

MONATSBERICHT

**OKTOBER
2010**

NOVEMBER

DEZEMBER

JANUAR

FEBRUAR

62. Jahrgang
Nr. 10

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
15. Oktober 2010, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



Inhalt

Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte	10
Zahlungsbilanz	11
Deutschland in der Finanz- und Wirtschaftskrise	15
Überblick	17
Finanzsystem	27
<i>Renditen von Bundesanleihen unter dem Einfluss von „Safe haven“- Effekten</i>	32
<i>Die Bedeutung bankseitiger Faktoren für die Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen während der Krise</i>	42
Konjunktur	49
Arbeitsmarkt	59
<i>Die Arbeitsmarktreaktion in Deutsch- land im Vergleich zu den USA</i>	62
<i>Ist die relativ verhaltene Anpassung des Arbeitsvolumens in der Krise ein Hinweis auf eine veränderte Arbeitsnachfrage der Unternehmen?</i>	70

Finanzpolitik 75

*Auswirkungen von Maßnahmen
zur Stützung von Finanzinstituten und
EWU-Ländern auf Maastricht-Defizit
und -Schuldenstand* 80

Statistischer Teil 1*

Wichtige Wirtschaftsdaten für die
Europäische Währungsunion 5*
 Bankstatistische Gesamtrechnungen
in der Europäischen Währungsunion 8*
 Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
Banken 16*
 Mindestreserven 20*
 Zinssätze 42*
 Kapitalmarkt 43*
 Finanzierungsrechnung 48*
 Öffentliche Finanzen in Deutschland 52*
 Konjunkturlage in Deutschland 54*
 Außenwirtschaft 61*
 68*

**Übersicht über Veröffentlichungen
der Deutschen Bundesbank** 77*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Die konjunkturelle Erholung der deutschen Volkswirtschaft hat sich in den Sommermonaten 2010 fortgesetzt, wenn auch gegenüber dem von Aufhol- und Nachholeffekten geprägten Frühjahr mit deutlich verringertem Tempo. Während die Industrie von der weiter aufwärtsgerichteten globalen Nachfrage nach hochwertigen Waren profitierte, dürfte die Bauwirtschaft stagniert haben, allerdings auf einem erhöhten Niveau.

Konjunkturelle Erholung setzt sich fort

Die kräftig expandierenden Auslandsaufträge und die zwar etwas nachlassenden, aber immer noch hohen Exporterwartungen sprechen dafür, dass die Industrie ihre Erzeugung im Herbst weiter steigern kann. Auch von der Binnenwirtschaft kamen weitere Impulse. Die Inlandsaufträge für Investitionsgüter nahmen nochmals zu. Das Umsatzplus im Einzelhandel, die steigenden privaten Pkw-Zulassungen und die Stimmungslage der Haushalte deuten auf eine anhaltende Belebung des privaten Verbrauchs hin.

Industrie

Die industrielle Fertigung hat im August im Vergleich zu dem durch Ferieneffekte beeinträchtigten Vormonat deutlich zugenommen. Im Durchschnitt der Monate Juli und August übertraf sie das zweite Quartal, in dem sie um 5,3 % gestiegen war, saisonbereinigt um 1,8 %. Dabei legten Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter in ähnlichem Umfang zu. Dies ist ein Zeichen dafür, dass sich

Produktion

Zur Wirtschaftslage in Deutschland*)

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2005 = 100			
	Industrie			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
	Inland	Ausland		
2009 4. Vj.	92,9	92,6	93,1	96,2
2010 1. Vj.	99,1	98,5	99,7	100,7
2. Vj.	106,6	104,2	108,8	95,9
Juni	109,1	104,1	113,5	94,2
Juli	107,4	104,3	110,1	98,9
Aug.	111,1	103,8	117,4	...
Produktion; 2005 = 100				
	Industrie			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorlei- stungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2009 4. Vj.	96,4	97,9	93,8	108,0
2010 1. Vj.	98,6	100,6	96,0	98,7
2. Vj.	103,8	107,6	101,7	114,3
Juni	104,8	108,4	102,9	113,0
Juli	104,7	108,8	101,9	114,2
Aug.	106,6	110,5	104,6	113,7
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2009 4. Vj.	211,03	166,92	44,11	39,65
2010 1. Vj.	218,12	183,44	34,68	29,41
2. Vj.	238,65	202,48	36,17	29,06
Juni	83,48	71,06	12,42	10,55
Juli	82,12	69,48	12,64	10,16
Aug.	81,82	70,14	11,68	9,74
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen 1)	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
Anzahl in 1 000				
2010 1. Vj.	40 251	316	3 387	8,1
2. Vj.	40 337	346	3 258	7,7
3. Vj.	...	371	3 179	7,5
Juli	40 385	366	3 206	7,6
Aug.	40 431	371	3 186	7,6
Sept.	...	375	3 146	7,5
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise 2)	Ver- braucher- preise
2005 = 100				
2010 1. Vj.	104,8	107,8	114,5	107,6
2. Vj.	108,2	109,2	115,2	108,0
3. Vj.	115,8	108,2
Juli	108,7	110,0	.	108,1
Aug.	108,2	110,1	.	108,2
Sept.	108,3

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, X, und Statisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. — 1 Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. — 2 Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

die Erholung des Verarbeitenden Gewerbes auf breiter Basis fortgesetzt hat.

Die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen erhöhte sich im August gegenüber dem Vor-
monat ebenfalls stark. Dabei spielte eine
Rolle, dass wie im Juni besonders große Auf-
träge im sonstigen Fahrzeugbau zu verzeich-
nen waren. Der Durchschnitt der Monate Juli
und August übertraf das Mittel des zweiten
Quartals saisonbereinigt um 2 ½ %. Den
stärksten Anstieg gab es mit 3 % bei Investitions-
gütern, gefolgt von Vorleistungen mit
2 ½ %, gegenüber einem Minus von 1 % bei
Konsumgütern. Während die Inlandsorder
trotz des Plus bei Investitionsgütern insge-
samt nicht weiter zunahm, gingen aus
dem Ausland vermehrt Bestellungen ein, wo-
bei die Zuwächse aus dem Euro-Gebiet zu-
letzt jene aus Drittländern deutlich übertrafen.
Hierbei dürfte von Bedeutung gewesen
sein, dass Großaufträge an europäische Kon-
zerne beziehungsweise Konsortien nach dem
Eingang aufgeteilt und innerhalb des Euro-
Raums weitergeleitet wurden.

*Auftrags-
eingang*

Der Inlandsabsatz der Industrie erhöhte sich
im Juli/August gegenüber dem zweiten Quar-
tal saisonbereinigt um 1 ½ %, der Auslands-
umsatz stieg um 1 ¾ % an. Die Ausfuhr
übertrafen im Mittel der ersten beiden Som-
mermonate den Stand des Frühjahrs dem
Wert nach um 3 %, die Einfuhren sogar um
3 ½ %, obwohl weder Ausfuhr noch Ein-
fuhren den hohen Stand vom Juni erreichten.

*Inlandsabsatz
und Außen-
handel*

Bauhauptgewerbe

*Produktion und
Auftrags-
eingang*

Die Erzeugung im Bauhauptgewerbe fiel im August etwas niedriger aus als im Juli. Im Durchschnitt dieser beiden Monate ging sie im Vergleich zum Frühjahrsquartal saisonbereinigt um ¼ % zurück. Während der volummäßig bedeutendere Hochbau um ¼ % zunahm, verringerte sich der Tiefbau um 1¼ %. Die Aufträge für die Bauindustrie legten im Juli – aktuellere Daten liegen derzeit noch nicht vor – kräftig zu. Den Stand der ersten Monate des Jahres konnten sie wegen des Auslaufens der staatlichen Konjunkturprogramme allerdings nicht mehr erreichen.

Arbeitsmarkt

Beschäftigung

Im Einklang mit der realwirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Arbeitsmarktlage weiter verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich der ersten Meldung des Statistischen Bundesamtes zufolge im August nach dem Inlandskonzept saisonbereinigt um 46 000 gegenüber dem Vormonat. Dahinter standen vor allem verstärkte Einpendlerströme. Dementsprechend fiel der Zuwachs nach dem Inländerkonzept deutlich schwächer aus. Im Vorjahrsvergleich ergab sich für die Inlandsbeschäftigung ein Plus von 0,5 %. Die Zahl der konjunkturellen Kurzarbeiter dürfte sich im Juli auf ein Fünftel des Höchststandes vom Mai 2009 verringert haben. Ein weiterer Rückgang ist absehbar. Das ifo Beschäftigungsbarometer und der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA) lassen für die nächsten Monate eine weitere Expansion der Beschäftigung erwarten.

Die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen verringerte sich im September saisonbereinigt um 40 000 auf 3,15 Millionen. Die Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne ging sogar noch etwas stärker zurück. Die Arbeitslosenquote (BA-Konzept) sank auf 7,5 %. Sie war damit um 0,8 Prozentpunkte niedriger als vor Jahresfrist.

Arbeitslosigkeit

Preise

Die Rohölnotierungen sind im September beinahe kontinuierlich gestiegen. Diese Tendenz hat sich auch in der ersten Oktoberhälfte fortgesetzt. Ein wichtiger Grund dafür dürfte die jüngste Abwertung des US-Dollar gewesen sein. Im Durchschnitt des Monats September lag der Kassakurs für die Sorte Brent mit 78¼ US-\$ je Fass zwar nur um 1 % über der Notierung vom August, im Vergleich der Monatsendstände ergab sich jedoch eine Zunahme um 7¼ % auf 81½ US-\$. Wegen der markanten Aufwertung gegenüber dem US-Dollar blieb der Ölpreis gerechnet in Euro trotzdem praktisch unverändert. Bei Abschluss dieses Berichts belief sich der Kassapreis auf 84¾ US-\$. Zukünftige Rohöllieferungen notierten mit nachlassenden Aufschlägen, die sich bei Bezug in sechs Monaten zuletzt auf 1¼ US-\$ sowie in 18 Monaten auf 4½ US-\$ beliefen.

*Internationale
Rohölpreise*

Auf der Einfuhrseite hat sich im August der Preisrückgang gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt etwas verstärkt. Ausschlaggebend hierfür waren die im August noch rückläufigen Energiepreise. Ohne Energie gerechnet sind die Einfuhrpreise hingegen leicht gestiegen. Ein ähnliches Bild ergab sich bei den inländischen Erzeugerpreisen, wobei hier

*Einfuhr- und
Erzeugerpreise*

wegen der geringeren Bedeutung der Rohölprodukte der Preisrückgang bei Energie deutlich schwächer ausgefallen ist und der Gesamtindex sogar anstieg. Dazu hat auch beigetragen, dass die deutsche Industrie ihre Preise im Inlands- wie im Auslandsabsatz wohl aufgrund der weltweit verbesserten Konjunkturlage weiter anheben konnte. Die Einfuhrpreise reduzierten sich insgesamt im August saisonbereinigt um 0,5 %, bei einem positiven Vorjahrsabstand von 8,6 %. Beim Inlandsabsatz gewerblicher Produkte ergab sich im Vormonatsvergleich saisonbereinigt ein Plus von 0,1 %. Der Vorjahrsabstand verringerte sich auf 3,2 %.

Verbraucherpreise

Die Verbraucherpreise sind im September saisonbereinigt ähnlich verhalten gestiegen wie in den Vormonaten. Zwar verteuerten sich Kraftstoffe und vor allem Heizöl. Bei den anderen Komponenten gab es aber keine größeren Bewegungen. Ein Anstieg bei Verbrauchs- und Gebrauchsgütern (ohne Energie und Nahrungsmittel) wurde durch Rückgänge bei Reiseleistungen kompensiert. Insgesamt übertrafen die Verbraucherpreise im September ihren Vorjahrsstand um 1,3 %, nach 1,0 % im August.

Öffentliche Finanzen¹⁾

Kommunal финанzen

Verschlechterte Finanzlage im zweiten Quartal 2010

Aus den jüngst veröffentlichten Kassenergebnissen des Statistischen Bundesamtes ergibt sich im zweiten Quartal ein Defizit der kommunalen Haushalte von 1¼ Mrd €, das damit nur leicht über dem Vorjahrsniveau (1 Mrd €)

liegt.²⁾ Allerdings hat sich die Stadt Stuttgart im vergangenen Jahr an der Kapitalerhöhung der LBBW beteiligt (1 Mrd €). Bereinigt um diesen Basiseffekt fällt der Defizitanstieg entsprechend stärker aus. Insgesamt legten die Einnahmen erstmals seit Ende 2008 im Vorjahrsvergleich wieder spürbar zu (+ 2¾ % bzw. 1 Mrd €). Der Zuwachs der Steuereinnahmen (+ 4¾ %), und dabei insbesondere bei der Gewerbesteuer (+ 14½ % nach Abzug der Umlage an Bund und Land, womit im ersten Halbjahr insgesamt ein Rückgang von – 6¾ % zu Buche schlägt), wurde durch das starke Absinken der zumeist verzögert an das Steueraufkommen gekoppelten Schlüsselzuweisungen der Länder (– 11%) vollständig aufgewogen. Per saldo resultierte der Anstieg der Gesamteinnahmen somit vor allem aus höheren Erlösen aus Vermögensverwertung und Gebühren. Die Investitionszuweisungen der Länder übertrafen ihren Vorjahrsstand dagegen kaum, sodass weiterhin offenbar nur in recht eng begrenztem Maße Zahlungen aus dem mit dem zweiten Konjunkturpaket geschaffenen Investitions- und Tilgungsfonds vereinnahmt wurden.

¹ Im Rahmen der Kurzberichte werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte statistische Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

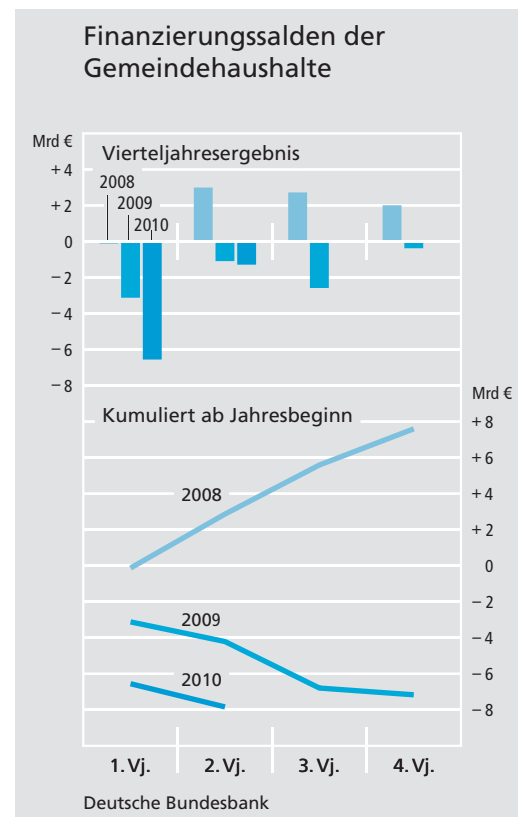
² Durch zeitweise unvollständige oder fehlerhafte Nachweise im Zusammenhang mit der Einführung der kaufmännischen Buchführung in zahlreichen Gemeinden kommt es weiterhin zu starken unterjährigen Schwankungen und auch zu Revisionsbedarfen. Infolgedessen verzichtet das Statistische Bundesamt bereits seit dem Frühjahr 2009 auf den Ausweis von Einzelquartalen und veröffentlicht nur noch kumulierte Kassenergebnisse.

Anhaltender
Ausgaben-
zuwachs, ins-
besondere bei
Sozialleistungen
und Sach-
investitionen

Gleichzeitig stiegen auch die Ausgaben merklich an (+ 3 % bzw. 1¼ Mrd €), insbesondere nach Bereinigung um die erwähnte Kapitalbeteiligung (+ 5½ %). Ausschlaggebend hierfür waren vor allem die Sozialleistungen (+ 6¼ % bzw. gut ½ Mrd €), bei denen der Zuwachs offenbar in erster Linie auf den Bereichen Sozial- und Jugendhilfe sowie Unterkunftskosten für Empfänger von Arbeitslosengeld II gründete, und die Sachinvestitionen – wohl vornehmlich im Zuge des zweiten Konjunkturpakets (+ 13 % bzw. ½ Mrd €). Aber auch die Personalausgaben (+ 3¼ %) legten nicht zuletzt infolge der zu Jahresbeginn vereinbarten Tarifanpassung erneut spürbar zu, ebenso wie der laufende Sachaufwand (+ 3½ %), während sich die rückläufige Entwicklung der Zinsausgaben fortsetzte. Das Statistische Bundesamt weist jedoch weiter darauf hin, dass infolge der schrittweisen Einführung der kaufmännischen Buchführung der Vorjahresvergleich einzelner Ausgabenkategorien wie Personalausgaben, Sachaufwand und Sachinvestitionen verzerrt sein kann.³⁾

Trüber Ausblick
für 2010 und
2011

Das fortgesetzte Defizit brachte auch den bis zuletzt verzeichneten Rückgang der Kreditmarktschulden zum Erliegen. Offenbar leistete – anders als in den Vorquartalen – das Abschmelzen von Rücklagen insgesamt keinen Beitrag mehr zur Finanzierung des Defizits. Besonders besorgniserregend ist jedoch das Bild bei den eigentlich nur zur kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen vorgesehenen Kassenkrediten, deren Bestand infolge der weiter verschlechterten Haushaltslage Ende Juni gegenüber dem Vorquartalschluss um 2 Mrd € auf nunmehr 39½ Mrd €



zunahm. Hohe Zuwächse je Einwohner sind dabei insbesondere bei den durchschnittlich bereits sehr hoch belasteten Gemeinden in den Ländern Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, aber auch bei den Kommunen in Schleswig-Holstein, Hessen und Niedersachsen zu verzeichnen. Insgesamt betrachtet bleibt der Ausblick für die Gemeindehaushalte trotz der deutlich verbesserten gesamtwirtschaftlichen Lage und der sich – auch bei den Ländern – abzeichnenden Stabilisierung der Steuereinnahmen trüb. Das Defizit dürfte in diesem Jahr einen Rekordstand erreichen, und auch für 2011 zeichnet sich bisher kein durchgreifender Rückgang ab. Die perspektivisch wieder ansteigenden Gesamteinnahmen aus Steuern und Schlüs-

³ Vgl.: Pressemitteilung Nr. 331 des Statistischen Bundesamtes vom 21. September 2010.

selzuweisungen der Länder werden durch die voraussichtlich anhaltenden Zuwächse insbesondere bei den Sozialleistungen, dem laufenden Sachaufwand und den Personalausgaben aus heutiger Sicht zumindest nahezu aufgewogen.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

*Absatz von
Rentenpapieren*

Das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im August 2010 auf brutto 97,9 Mrd € (Vormonat: 105,3 Mrd €). Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten erhöhte sich der Umlauf heimischer Rentenwerte um 14,3 Mrd €, verglichen mit einer Verringerung in Höhe von 33,6 Mrd € im Juli. Der Absatz ausländischer Schuldverschreibungen am deutschen Rentenmarkt betrug 2,1 Mrd €; dabei handelte es sich vor allem um in Euro denominierte Schuldverschreibungen. Im Ergebnis stieg der Umlauf an Rentenpapieren in Deutschland damit um 16,4 Mrd €.

*Öffentliche
Anleihen*

Die öffentliche Hand nahm den Kapitalmarkt im August mit 12,4 Mrd € in Anspruch, was fast ausschließlich auf den Bund zurückzuführen war. Er hat im Ergebnis vorwiegend zweijährige Schatzanweisungen (6,7 Mrd €) und zehnjährige Anleihen (4,8 Mrd €) sowie in geringem Umfang auch Bubills (0,7 Mrd €), 30-jährige Anleihen (0,3 Mrd €) und Bundesobligationen (0,2 Mrd €) abgesetzt. Hingegen wurden Bundesschatzbriefe für per saldo 0,2 Mrd € getilgt. Die Länder nahmen den Kapi-

talmarkt im Berichtsmonat im Ergebnis nur marginal in Anspruch.

Die heimischen Kreditinstitute erhöhten im August ihre Kapitalmarktverschuldung um 2,6 Mrd €. Dabei haben sie im Ergebnis verstärkt besonders flexibel gestaltbare Sonstige Bankschuldverschreibungen in Höhe von 7,0 Mrd € und in geringerem Umfang auch Hypothekendarlehen (0,8 Mrd €). Hingegen wurden Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten und Öffentliche Pfandbriefe netto getilgt (3,2 Mrd € bzw. 2,0 Mrd €).

Bankschuldverschreibungen

Inländische Unternehmen tilgten im Berichtsmonat Anleihen in Höhe von 0,7 Mrd €, im Vergleich zu 1,2 Mrd € im Juli. Dabei handelte es sich ausschließlich um Papiere mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Unternehmensanleihen

Als Erwerbergruppe traten im August im Ergebnis nur ausländische Investoren am deutschen Rentenmarkt in Erscheinung; sie nahmen für 19,7 Mrd € Schuldverschreibungen in ihre Portfolien auf. Sowohl heimische Kreditinstitute als auch hiesige Nichtbanken reduzierten dagegen ihr Engagement, und zwar um 1,9 Mrd € beziehungsweise 1,3 Mrd €. Während sich die Kreditinstitute im Ergebnis überwiegend von ausländischen Papieren trennten, veräußerten die Nichtbanken ausschließlich inländische Rentenwerte.

*Erwerb von
Schuldverschreibungen*

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt haben inländische Gesellschaften im Berichtsmonat junge Aktien für 0,1 Mrd € begeben; dabei han-

*Aktienabsatz
und -erwerb*

delte es sich vor allem um nicht börsennotierte Unternehmen. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt stieg ebenfalls um 0,1 Mrd €. Erworben wurden Dividendentitel netto ausschließlich von heimischen Kreditinstituten (2,5 Mrd €); dagegen trennten sich inländische Nichtbanken sowie ausländische Anleger im Ergebnis von Aktien (1,7 Mrd € bzw. 0,7 Mrd €).

Investmentzertifikate

*Absatz und
Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Inländische Investmentfonds haben im August Anteilscheine für netto 9,5 Mrd € am Markt abgesetzt (Juli 2010: 6,8 Mrd €). Davon entfielen im Ergebnis 8,4 Mrd € auf die institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds. Unter den Publikumsfonds konnten vor allem Gemischte Wertpapierfonds (0,4 Mrd €), aber auch Gemischte Fonds (0,2 Mrd €), Geldmarktfonds und Aktienfonds (je 0,1 Mrd €) Zertifikate platzieren. Hingegen mussten Rentenfonds sowie Offene Immobilienfonds leichte Mittelabflüsse in Höhe von je 0,1 Mrd € hinnehmen. Am deutschen Markt vertriebene ausländische Fonds setzten im Berichtsmont Anteile für 3,0 Mrd € ab. Auf der Erwerberseite traten im Ergebnis fast ausschließlich inländische Nichtbanken in Erscheinung, welche Anteilscheine für 12,7 Mrd € in ihr Portfolio aufnahmen. Heimische Kreditinstitute erwarben Fondsanteile für 0,4 Mrd €. Hingegen trennten sich ausländische Investoren von Investmentzertifikaten per saldo für 0,6 Mrd €.

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Position	Mrd €		
	2009 August	2010 Juli August	
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	11,9	- 33,6	14,3
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	8,6	- 31,2	2,6
Anleihen der öffentlichen Hand	3,8	- 1,2	12,4
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	- 0,1	3,9	2,1
Erwerb			
Inländer	- 6,3	- 26,1	- 3,3
Kreditinstitute ³⁾	- 3,9	- 23,9	- 1,9
Nichtbanken ⁴⁾	- 2,4	- 2,2	- 1,3
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 7,2	- 14,8	- 5,2
Ausländer ²⁾	18,0	- 3,6	19,7
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	11,7	- 29,7	16,4

1 Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Transaktionswerte. — 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. — 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Zahlungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im August 2010 – gemessen an den Ursprungsdaten – einen Überschuss von 4,6 Mrd € auf. Das Ergebnis lag damit um 4,5 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Ausschlaggebend dafür war der niedrigere Aktivsaldo in der Handelsbilanz. Zudem vergrößerte sich das Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, welche Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfassen, geringfügig.

Leistungsbilanz

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verminderte sich der Aktivsaldo im Außenhandel im August gegenüber dem Vormonat um 4,5 Mrd € auf 9,0

Außenhandel

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Position	Mrd €		
	2009 August	2010 Juli ¹⁾ August	
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel ¹⁾			
Ausfuhr (fob)	59,3	82,9	75,1
Einfuhr (cif)	51,2	69,4	66,1
Saldo	+ 8,1	+ 13,5	+ 9,0
nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	66,2	82,1	81,8
Einfuhr (cif)	55,3	69,5	70,1
2. Ergänzungen zum Außenhandel ²⁾	- 0,7	- 1,3	- 1,1
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	13,4	15,5	14,9
Ausgaben	16,2	18,5	18,0
Saldo	- 2,8	- 3,0	- 3,1
4. Erwerbs- und Ver- mögenseinkommen (Saldo)	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,2
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	0,9	0,7	0,7
Eigene Leistungen	3,8	4,3	4,1
Saldo	- 3,0	- 3,6	- 3,4
Saldo der Leistungsbilanz	+ 5,1	+ 9,1	+ 4,6
II. Vermögensübertragungen (Saldo) ³⁾	- 0,0	+ 0,4	- 0,1
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)			
1. Direktinvestitionen	- 1,6	+ 3,4	+ 4,6
Deutsche Anlagen im Ausland	- 5,0	+ 0,8	+ 4,6
Ausländische Anlagen im Inland	+ 3,4	+ 2,6	- 0,0
2. Wertpapiere	+ 18,9	- 5,0	+ 13,2
Deutsche Anlagen im Ausland	+ 0,4	- 1,5	- 5,2
darunter: Aktien	+ 0,5	+ 3,3	- 0,1
Anleihen ⁴⁾	- 3,4	- 2,7	- 3,2
Ausländische Anlagen im Inland	+ 18,6	- 3,5	+ 18,4
darunter: Aktien	+ 0,9	+ 0,8	- 0,7
Anleihen ⁴⁾	+ 11,8	- 7,3	+ 14,1
3. Finanzderivate	- 5,1	- 0,8	- 2,2
4. Übriger Kapitalverkehr ⁵⁾	- 19,2	+ 8,6	- 23,7
Monetäre Finanz- institute ⁶⁾	- 19,3	+ 39,0	- 1,4
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen	- 21,0	+ 17,9	- 2,5
Staat	- 5,8	- 5,6	- 8,4
Bundesbank	+ 2,5	- 3,4	- 1,9
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁷⁾	+ 3,3	- 21,4	- 12,0
Saldo der Kapitalbilanz	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,1
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Trans- aktionen (Restposten)	- 6,2	+ 6,3	- 8,1
	+ 1,1	- 15,8	+ 3,6

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 4 Ursprungslaufzeit über ein Jahr. — 5 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. — 6 Ohne Bundesbank. — 7 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

Mrd €. Saison- und kalenderbereinigt nahm er um 1,0 Mrd € auf 11,7 Mrd € ab. Dabei sanken die wertmäßigen Ausfuhren leicht (-0,4%), während die Einfuhren etwas zunahmen (+0,9%). Gleichwohl lagen die nominalen Exporte im Juli/August zusammen genommen saisonbereinigt um 3,0% über dem Durchschnitt des zweiten Quartals. Die Importe wuchsen in diesem Zeitraum um 3,4%.

Der negative Saldo bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen erhöhte sich im August von 3,1 Mrd € auf 3,3 Mrd €. Dabei waren die Veränderungen in allen drei Teilbilanzen relativ klein. Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz nahm insgesamt um 0,1 Mrd € auf 3,1 Mrd € zu. Dabei standen den urlaubszeitbedingt höheren Nettoausgaben im Reiseverkehr Gegenbewegungen in anderen Positionen gegenüber. Der Überschuss bei den grenzüberschreitenden Faktoreinkommen verringerte sich von 3,5 Mrd € im Juli auf 3,2 Mrd € im Berichtsmonat. Dagegen reduzierte sich der Fehlbetrag bei den laufenden Übertragungen um 0,2 Mrd € auf 3,4 Mrd €.

Im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr kam es im August zu Netto-Kapitalimporten (13,2 Mrd €), nach Netto-Kapitalabflüssen in Höhe von 5,0 Mrd € im Juli. Ausschlaggebend war, dass ausländische Portfolioinvestoren ihre Anlagen in Deutschland kräftig ausweiteten (18,4 Mrd €). Dabei erwarben sie per saldo ausschließlich hiesige Schuldverschreibungen (19,7 Mrd €), vorwiegend in Form öffentlicher Anleihen (11,3 Mrd €). Aktien und Investmentzertifikate wurden hingegen in geringem Umfang abgegeben. Hiesige Anleger erwarben für 5,2 Mrd € ausländische Wertpapiere.

„Unsichtbare“
Leistungstransaktionen

Wertpapierverkehr

dische Wertpapiere. Maßgeblich waren Käufe von Investmentzertifikaten (3,0 Mrd €) und Schuldverschreibungen (2,1 Mrd €).

*Direkt-
investitionen*

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im August ebenfalls zu Netto-Kapitalzuflüssen (4,6 Mrd €), die im Ergebnis ausschließlich auf Transaktionen deutscher Firmen zurückzuführen waren. Diese zogen Kapital von ihren ausländischen Niederlassungen ab (4,6 Mrd €). In erster Linie erfolgte dies im Rahmen des konzerninternen Kreditverkehrs (8,7 Mrd €). Dagegen führten sie ihren Auslands-töchtern Finanzmittel über zusätzliches Beteiligungskapital (1,2 Mrd €) und reinvestierte Gewinne (2,9 Mrd €) zu. Auf der anderen Seite veränderten ausländische Unternehmen die Kapitalausstattung ihrer deutschen Niederlassungen per saldo fast nicht.

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite

(soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im August Netto-Kapitalabflüsse (23,7 Mrd €). Davon entfielen 10,3 Mrd € auf Transaktionen von Nichtbanken. Ausschlaggebend waren hier die Unternehmen und Privatpersonen, welche Mittel im Umfang von 8,4 Mrd € ins Ausland transferierten. Bei öffentlichen Stellen flossen 1,9 Mrd € ab. Die unverbrieften Netto-Auslandsforderungen des Bankensystems stiegen um 13,4 Mrd €. Davon entfielen 1,4 Mrd € auf die Kreditinstitute und 12,0 Mrd € auf die Bundesbank. Die letztgenannten Netto-Kapitalabflüsse standen in erster Linie im Zusammenhang mit Transaktionen innerhalb des Großbetragszahlungsverkehrsystems TARGET2.

Die Währungsreserven der Bundesbank haben im August – zu Transaktionswerten gerechnet – leicht abgenommen (0,1 Mrd €).

*Übriger Kapital-
verkehr der
Nichtbanken
und ...*

*... des Banken-
systems*

*Währungs-
reserven*

Deutschland in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Überblick

Deutschland in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Bei Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 ließ sich nicht absehen, dass sie sich gut ein Jahr später zur größten globalen Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit auswachsen und die Europäische Währungsunion schweren Belastungen aussetzen würde. Umgekehrt war auf dem Höhepunkt der Krise im Winterhalbjahr 2008/2009 nicht zu erwarten, dass sich nicht nur die Weltkonjunktur, sondern auch und gerade die besonders hart vom globalen Abschwung getroffene deutsche Volkswirtschaft derart rasch wieder erholen würden, wie sie es seit dem Frühjahr 2009 getan haben. Vor diesem Hintergrund wirft der vorliegende Monatsbericht einen genaueren Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands während der Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Mittelpunkt stehen dabei das Finanzsystem, die Gesamtwirtschaft – hier besonders die bemerkenswerte Arbeitsmarktentwicklung – und, gerade wegen der umfassenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung, die öffentlichen Finanzen.

*Unterscheidung
von drei Krisen-
phasen*

Kennzeichen einer Finanzkrise ist ein massiver Vertrauensverlust in die Funktionsfähigkeit zentraler Märkte und in die Zahlungsfähigkeit der dortigen Akteure. Anschaulich wird dies in der aktuellen Krise an dem Aufschlag, den Banken untereinander auf dem Interbankenmarkt für unbesicherte gegenüber besicherten Krediten verlangen (siehe Schaubild auf S. 19). Der Finanzkrise vorausgegangen war eine Phase mit außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen und hoher Risiko-

neigung. Dies hatte in manchen Ländern einen nicht nachhaltigen Vermögenspreisanstieg begünstigt, der eine hohe Verschuldung des privaten Sektors und eine überschießende Inlandsnachfrage nach sich gezogen hatte. Ausgehend von diesem Umfeld lassen sich drei Krisenphasen mit den jeweiligen Startpunkten August 2007, September 2008 und Mai 2010 unterscheiden. Die damit verbundenen Schlüsselereignisse sind der offene Ausbruch der US-Subprime-Krise, der Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers (Lehman-Insolvenz) sowie die Zuspitzung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum.

Trotz Finanzkrise zunächst anhaltender Aufschwung

Obgleich die Finanzkrise ihren Auslöser im US-Subprime-Markt hatte, stand weltweit rasch das Bankensystem als mittelbarer oder unmittelbarer Halter der darauf aufsetzenden strukturierten Anleiheprodukte im Zentrum der Krise. Darin offenbarten sich erhebliche Lücken und Schwächen im regulatorischen Rahmenwerk. Die zunehmende Unsicherheit über den Umfang der Liquiditäts- und Solvenzrisiken im Bankensektor und die hierdurch sprunghaft gestiegene Risikoaversion der Finanzmarktteilnehmer führten im August 2007 auf den Interbankenmärkten zeitweise zu beträchtlichen Spannungen und einem Anstieg der Risikoprämien auf breiter Front. Für die Übertragung nach Deutschland spielte insbesondere eine Rolle, dass gleich zu Beginn der Krise einzelne deutsche Kreditinstitute in existenzbedrohende Schieflagen geraten

*Bankensystem
rasch im
Zentrum der
Krise*

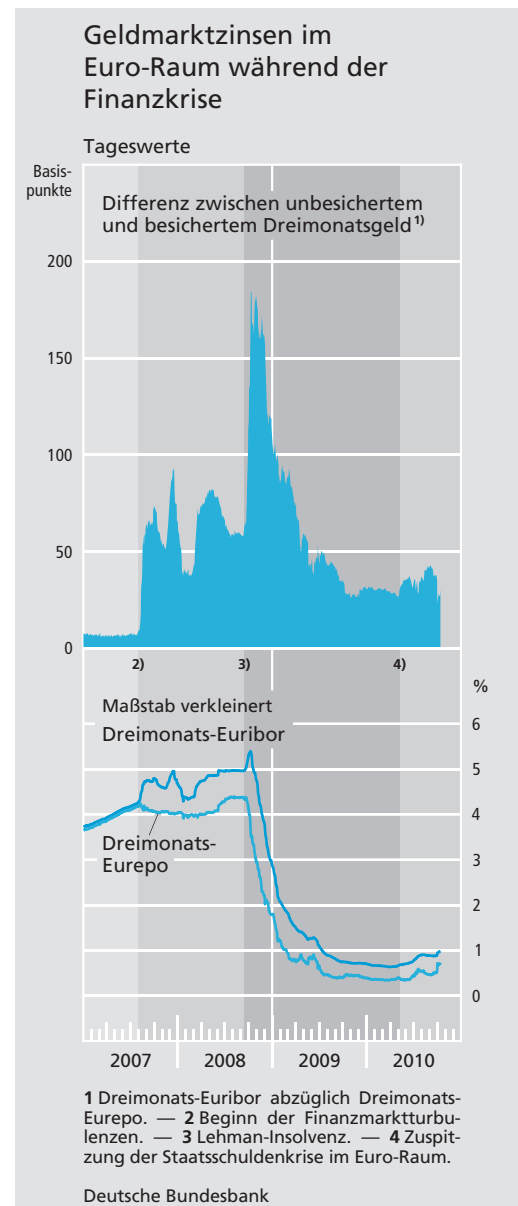
waren. Im Euro-Raum gelang es dem Eurosystem mittels einer großzügigen Liquiditätsbereitstellung und einer stärkeren Gewichtung längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte, destabilisierende Liquiditätsengpässe im Finanzsystem zu verhindern.

Zuspitzung der Probleme im Verlauf des Jahres 2008

Im Zuge der sich ausweitenden Finanzmarkt-turbulenzen und des sich verstärkenden Vertrauensverlustes an den internationalen Finanzmärkten spitzten sich im Verlauf des Jahres 2008 aber die Probleme im Bankensystem weltweit weiter zu. Angesichts immer schneller fallender Finanzmarktpreise, steigender Wertberichtigungen auf strukturierte Produkte sowie großer Verluste im Derivategeschäft gerieten verstärkt Insolvenzrisiken in den Blick, zumal sich die bis dato robuste Weltkonjunktur zunehmend abkühlte. In vielen Ländern, auch in Deutschland, wurde die Lage weiterer Banken derart kritisch, dass sie mittels staatlicher Unterstützungsmaßnahmen oder Übernahmen durch Institute mit solideren Bilanzen aufgefangen werden mussten.

Im Euro-Raum ging die großzügige Liquiditätsbereitstellung in dieser Phase noch mit einer Straffung der geldpolitischen Ausrichtung einher. Damit reagierte das Eurosystem auf die zunehmenden Preisrisiken infolge einer zunächst weiterhin robusten Konjunktur und eines deutlichen Preisschubs an den Rohstoffmärkten, der den Ölpreis in der Spitze über die Marke von 140 US-\$ trieb. Die deutsche Konjunktur befand sich zu dieser Zeit in einer günstigen Lage: Nach erfolgreichen strukturellen Anpassungen in den Vorjahren profitierte die deutsche Wirtschaft von

Aufschwung in Deutschland hielt zunächst noch an, ...



der hohen Nachfrage nach Investitionsgütern und langlebigen Konsumgütern, gerade auch aus den überaus dynamisch wachsenden Schwellenländern. Die Unternehmensgewinne erreichten Rekordhöhen, die Kapazitäten wurden ausgeweitet, und der Arbeitsmarkt belebte sich im Zusammenwirken starker konjunktureller Impulse und vergangener Strukturreformen merklich, sodass die Beschäftigung einen neuen Höchststand er-

reichte und die Arbeitslosigkeit erstmals seit Jahrzehnten den Tiefpunkt des vorangegangenen Aufschwungs unterschritt. Da die Dynamik der Binnenkonjunktur noch verhalten blieb, wies die Leistungsbilanz hohe Überschüsse auf. Im Frühjahr und Sommer des Jahres 2008 zeichnete sich zwar zunehmend ab, dass angesichts der sich verlangsamenden Weltkonjunktur und des steigenden Inflationsdrucks der Aufschwung in Deutschland zu Ende gehen würde. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung im Sommerhalbjahr 2008 hielt sich indes noch im Rahmen einer normalen zyklischen Moderation.

... um dann im Sommerhalbjahr 2008 auszulaufen

Öffentliche Finanzen: 2007 und 2008 leichte Überschüsse

Die Lage der deutschen öffentlichen Finanzen besserte sich mit der starken Zunahme der Wirtschaftsleistung und einer bis 2007 noch auf Konsolidierung ausgerichteten Finanzpolitik deutlich. Nachdem das gesamtstaatliche Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch 2005 die 3%-Grenze überschritten hatte, wurde in den Jahren 2007 und 2008 jeweils ein leichter Überschuss erzielt.

In den schwersten Abschwung der Nachkriegszeit – und wieder heraus

Mit der Lehman-Insolvenz und dem Beinahezusammenbruch des Versicherungskonzerns AIG im September 2008 verschärfte sich die globale Finanzkrise drastisch und wurde spätestens zu diesem Zeitpunkt zur Systemkrise: Wichtige Märkte froren ein, es kam zu massiven Einbrüchen der Aktienkurse, Anleger flüchteten in als sicher geltende Staatsanleihen, und das gesamte Bankensystem stand

Drastische Verschärfung der Krise nach der Lehman-Insolvenz

zeitweise vor dem Kollaps. Weltweit ergriffen Geld- und Finanzpolitik umfassende und weitreichende Gegenmaßnahmen, um einen Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems zu verhindern und Rückkopplungen zwischen der Finanzsystemkrise und dem sich weltweit beschleunigenden Konjunkturabschwung einzudämmen.

Das Eurosystem reagierte mit einer massiven Lockerung der Geldpolitik und einer Reihe unkonventioneller liquiditätspolitischer Maßnahmen. Die Preisperspektiven und die deutlich rückläufigen Inflationserwartungen rechtfertigten wiederholte Senkungen des Leitzinses, Refinanzierungsgeschäfte wurden als Festzinstender mit vollständiger Zuteilung aller Gebote ausgeschrieben, die durchschnittliche Laufzeit der Refinanzierungsgeschäfte wurde durch weitere längerfristige Geschäfte ausgedehnt, und das Spektrum der notenbankfähigen Sicherheiten wurde erweitert. Im Frühjahr 2009 startete das Eurosystem zudem ein auf ein Jahr und ein Volumen von 60 Mrd € begrenztes Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (Covered Bonds Purchase Programme), zu denen auch der deutsche Pfandbrief zählt, um den Markt dieser für die Bankenrefinanzierung wichtigen Anleiheform wiederzubeleben.

Umfassende Gegenmaßnahmen des Eurosystems

In Deutschland stellten Bundesregierung und ein Bankenkonsortium einem von Insolvenz bedrohten deutschen Realkreditinstitut, der Hypo Real Estate, umfangreiche Liquiditätshilfen zur Verfügung, bevor das Institut Mitte 2009 schließlich vollständig in öffentliches Eigentum überging. Darüber hinaus sprach

Umfangreiche Stützungsmaßnahmen für das deutsche Finanzsystem ...

die Bundesregierung zur Verhinderung eines allgemeinen „bank run“ Anfang Oktober 2008 eine Garantie für alle privaten Spareinlagen aus. Eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems nahm der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung ein, der Mitte Oktober 2008 eingerichtet wurde. Hierzu wurde ein Gesamtrahmen von 480 Mrd € für die Garantiegewährung für Bankschuldverschreibungen, für Rekapitalisierungsmaßnahmen und für die Auslagerung problembehafteter Aktiva aus den Bankbilanzen bereitgestellt.

*... und die
Konjunktur*

Darüber hinaus schnürte die Bundesregierung im Winterhalbjahr 2008/2009 zwei umfangreiche Konjunkturpakete, um mittels Abgabensenkungen, höherer Transfers, zusätzlicher öffentlicher Investitionen und Zuschüssen wie der Abwrackprämie für Autos die Binnennachfrage zu stimulieren. Um einer befürchteten Kreditklemme entgegenzuwirken, legte die Bundesregierung zudem ein Kreditbürgschaftsprogramm („Deutschlandfonds“) auf.

*Wichtiger
Stabilisierungs-
beitrag der
Finanzpolitik*

Eine entschiedene finanzpolitische Reaktion war angesichts der Schwere der Krise angemessen und leistete einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung von Konjunktur und Finanzsystem. Allerdings zeigten die teilweise kritisch zu beurteilende Ausgestaltung und die Umsetzung der Konjunkturpakete auch Probleme einer aktiven Konjunktursteuerung auf. Das staatliche Defizit erhöhte sich im Jahr 2009 auf 3,0 % des BIP, und die Schuldenquote stieg von rund 66 % im Jahr 2008 auf 73 ½ %. Darüber hinaus wurden umfang-

reiche Risiken im Rahmen von Staatsgarantien übernommen.

In anderen Ländern wurden ebenfalls große geld- und finanzpolitische Programme zur Stabilisierung der Finanzmärkte und der Realwirtschaft aufgelegt; darüber hinaus setzten auf internationaler Ebene, insbesondere auf der Ebene der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20), intensive Diskussionen über Art und Notwendigkeit einer wirtschaftspolitischen Abstimmung ein. Trotz des raschen Gegensteuerns von Geld- und Finanzpolitik brach die Konjunktur im Winterhalbjahr 2008/2009 weltweit massiv ein. Im Zentrum der Krise standen dabei das Verarbeitende Gewerbe und der Welthandel. Angesichts der hohen internationalen Verflechtung der deutschen Industrie wenig überraschend verzeichnete daher unter den großen entwickelten Volkswirtschaften die deutsche einen besonders scharfen Einbruch. In den beiden Quartalen des Winterhalbjahres ging die Wirtschaftsleistung um insgesamt 5 ½ % zurück, sodass das reale BIP im ersten Quartal 2009 kalenderbereinigt um 6 ½ % unter dem Wert des Vorjahres lag.

*Winterhalbjahr
2008/2009:
massiver
Konjunktur-
einbruch ...*

Der Rückgang der Wirtschaftsleistung konzentrierte sich dabei auf die Ausfuhren und die Ausrüstungsinvestitionen, während sich der private Konsum als stabilisierender Faktor erwies. Damit fand eine abrupte Gegenbewegung zum vorangehenden Aufschwung statt, in dem der Export besonders vom starken Wachstum der Weltwirtschaft profitiert hatte.

*... bei insge-
samt robuster
Binnen-
konjunktur...*

... und sehr
widerstands-
fähigem
Arbeitsmarkt

Entscheidend zur Stabilität des privaten Konsums trug die außerordentlich hohe Widerstandsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes bei: Zwar kam es in den vom globalen Nachfrageeinbruch besonders betroffenen exportorientierten Branchen zu einem merklichen Beschäftigungsabbau. Dieser fiel indes deutlich geringer aus, als es die Schärfe des Konjunkturerinbruchs hätte erwarten lassen. Verantwortlich für die vergleichsweise milde Reaktion waren die umfangreiche Nutzung innerbetrieblicher Instrumente der Arbeitszeitflexibilisierung und der Kurzarbeit, primär am Ziel der Beschäftigungssicherung orientierte Tarifabschlüsse und die Inkaufnahme beträchtlicher Lohnstückkostensteigerungen. Zudem wirkte dem Beschäftigungsabbau in den exportabhängigen Sektoren ein anhaltender Beschäftigungsaufbau in binnenwirtschaftlich ausgerichteten Branchen entgegen. In der Summe nahm die Beschäftigung nur wenig ab und die Arbeitslosigkeit kaum zu.

Erholung ab
dem Frühjahr
2009

Nachdem sich die deutsche Wirtschaftsleistung im Frühjahr 2009 auf niedrigem Niveau stabilisiert hatte, fasste die Konjunktur allmählich wieder Fuß. Neben der in Gang gekommenen Erholung der Weltwirtschaft und der robusten Arbeitsmarktlage war ein weiterer wichtiger Faktor, dass es trotz der massiven Verschlechterung der Ertragslage im Bankensystem nicht zu der zeitweise befürchteten breiten Kreditklemme kam: So konnten die Unternehmen ihren deutlich verringerten Finanzierungsbedarf überwiegend weiter über das Bankensystem oder über alternative Finanzierungswege decken. Anfang 2010 erhöhte sich dann die konjunkturelle Dynamik

und führte zusammen mit witterungsbedingten Sondereffekten zu einem überaus starken Anstieg der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal, als neue Verwerfungen an den Finanzmärkten drohten.

Staatsschuldenkrise im Euro-Raum

Zum Jahresende 2009 rückten weltweit, aber insbesondere in einigen Ländern des Euro-Raums, die durch den Staatssektor bereits übernommenen oder noch drohenden finanziellen Risiken in den Fokus der Anleger und der Ratingagenturen. Die Ausfallrisiken von bisher als sicher geltenden Staatsschuldtiteln dieser Länder wurden neu und differenzierter bewertet, und so fächerten sich die Renditen der EWU-Mitgliedsländer zulasten vor allem einiger Länder an der Peripherie des Euro-Raums stark auf. In Griechenland, das zuvor eine unverantwortliche Haushaltspolitik betrieben und diese teilweise durch statistische Fehlverbuchungen verschleiert hatte, spitzte sich die Lage drastisch zu, und die Finanzierung am Kapitalmarkt war akut gefährdet. Zwar wurde daraufhin im April 2010 für Griechenland ein mit strikten Auflagen versehenes Hilfspaket unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) geschnürt, doch konnte damit die Besorgnis der Anleger nicht beseitigt werden. Ihren Höhepunkt fand die Vertrauenskrise am zweiten Maiwochenende 2010, als die Märkte für Staatsanleihen aus Peripherieländern des Euro-Raums teilweise auszutrocknen drohten. Um einer weiteren Zuspitzung der Lage entgegenzuwirken, wurden umfangreiche Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen: Die Finanzpolitik

*Ausfallrisiken
von Staats-
schulden im
Blickpunkt...*

spannte, wiederum unter Beteiligung des IWF, einen präventiven Rettungsschirm mit einem Volumen von bis zu 750 Mrd € auf, der indes bislang noch nicht in Anspruch genommen wurde. Der EZB-Rat beschloss die Wiedereinführung ausgewählter geldpolitischer Sondermaßnahmen und ein Ankaufprogramm für öffentliche und private Schuldtitel. Im Ergebnis wurde eine krisenhafte Entwicklung abgewendet, doch hielten die Verspannungen an den Anleihemärkten der Peripherieländer an.

... wirtschaftliche Auswirkungen aber bislang eng begrenzt

Im Unterschied zur vorangegangenen Phase der Finanzkrise zeigten sich die Finanzmärkte und insbesondere die Weltwirtschaft von den neuerlichen Verwerfungen vergleichsweise wenig beeindruckt: Die Unsicherheit an den Finanzmärkten blieb zwar erhöht, stand aber in keinem Vergleich zur Lage im Herbst 2008; und obgleich für den weiteren Verlauf des Jahres von einer verhalteneren Aufwärtsdynamik auszugehen ist, blieb und bleibt die konjunkturelle Erholung weltweit wie auch in Deutschland aller Voraussicht nach intakt. Zwar haben in vielen Ländern die notwendigen grundlegenden wirtschaftlichen Anpassungen erst begonnen, und die davon ausgehende Dämpfungswirkung wurde durch die expansive Ausrichtung der Finanzpolitik überdeckt. Da jedoch zunehmend endogene Wachstumskräfte an Bedeutung gewinnen, ist kein erneutes Abgleiten in einen Abschwung zu befürchten. Umso deutlicher ist zu betonen, dass nun eine glaubwürdige Haushaltskonsolidierung unverzichtbar ist – ein Vertrauensverlust in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen hätte wesentlich gravierendere Auswirkungen als

die möglicherweise kurzfristig dämpfenden Effekte eines Defizitabbaus.

In Deutschland dürfte das reale BIP im laufenden Jahr um mehr als 3 % gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Die Beschäftigung hat mittlerweile selbst die sehr flache krisenbedingte Talsohle schon wieder durchschritten, und die Arbeitslosigkeit ist im Begriff, den Stand unmittelbar vor der Krise zu unterschreiten. Zudem gewinnt die Inlandsnachfrage mehr und mehr an Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung. Das gesamtstaatliche Defizit dürfte nicht so stark ansteigen wie anfänglich befürchtet und für das Gesamtjahr 2010 deutlich unter der 4 %-Marke bleiben, während bei der Schuldenquote vor allem aufgrund der Stützungsmaßnahmen für das Finanzsystem von einem kräftigen Anstieg auszugehen ist. Dabei profitiert Deutschland von einem sehr niedrigen Zinsniveau, das auf einem hohen Vertrauen in die Tragfähigkeit seiner Staatsfinanzen und wohl auch in die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven beruht.

Reales BIP steigt 2010 um mehr als 3 %

Defizit 2010 wohl deutlich unter 4 %-Marke

Lehren aus der Krise

Trotz teilweise erheblicher Verwerfungen im deutschen Bankensystem hat Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise im internationalen Vergleich bisher gut gemeistert. Entscheidend dazu beigetragen hat zweierlei: Erstens war die deutsche Volkswirtschaft, nicht zuletzt dank umfassender Reformen in den Vorjahren, am Beginn der Krise gut aufgestellt und wies nicht wie andere Länder gravierende binnenwirtschaftliche Ungleich-

Krise bislang gut gemeistert

gewichte auf. Zweitens war der Staat in der Lage, einen wichtigen Stabilisierungsbeitrag für Realwirtschaft und Finanzsystem zu leisten – und zwar nicht nur in Bezug auf Deutschland selbst, sondern auch auf die gesamte Währungsunion, für die sich Deutschland als stabilisierender Faktor erwies. Möglich war dies, da trotz der gravierenden Verschlechterung der Finanzlage das Vertrauen in die langfristige Solidität nicht verloren gegangen ist.

Anpassungsbedarf im Finanzsystem

Welche Aufgaben stellen sich vor diesem Hintergrund nun der Wirtschaftspolitik? Eine zentrale Herausforderung ist die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems gegen zukünftige Krisen. Obgleich bislang manche Einzelheiten dieses aus gutem Grund international breit abgestimmten Reformvorhabens noch offen sind, ist schon jetzt offensichtlich, dass das deutsche Bankensystem seine Eigenkapitalbasis stärken und dass in einigen Marktsegmenten eine grundlegende Neuordnung erfolgen muss. Beides sollte entschlossen angegangen werden.

Arbeitsmarktreformen: Kurs halten

In der Krise haben sich insbesondere die vergangenen Arbeitsmarktreformen eindrucksvoll bewährt. Ein Zurückdrehen der Reformen, wie es bereits vereinzelt zu beobachten war, wäre daher ein Irrweg. Vielmehr mahnt der Erfolg, den eingeschlagenen Kurs weiter zu verfolgen, um die noch bestehenden Probleme, beispielsweise im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit, anzugehen. Zusammen mit Maßnahmen – etwa zur weiteren Liberalisierung in verschiedenen Dienstleistungsbereichen – wäre dies ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der binnenwirtschaftlichen

Wachstumskräfte. Dieser ist umso wichtiger, als das angestrebte nachhaltigere Wachstum der Weltwirtschaft geringer als vor der Krise ausfallen dürfte und die Wirtschaftsleistung in Deutschland entsprechend weniger stark antreiben wird. Obgleich die deutsche Wirtschaft für die Herausforderungen, die aus einer starken Integration in den Welthandel resultieren, insgesamt gut gerüstet ist und Deutschland nicht zuletzt angesichts der demographischen Herausforderungen zunächst weiterhin Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen wird, dürfte daher in den nächsten Jahren die Bedeutung binnenwirtschaftlicher Quellen des Wachstums steigen.

Im Bereich der öffentlichen Finanzen schließlich gilt es, die Handlungsfähigkeit für künftige Herausforderungen wiederzugewinnen. Dies erfordert, das hohe strukturelle Defizit rasch abzubauen und die sprunghaft gestiegene Schuldenquote sowie die Risiken aus Garantien zügig zurückzuführen, um so das Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dauerhaft zu stärken. Fiskalregeln können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Auf nationaler Ebene wurde mit der Schuldenbremse mittlerweile eine ambitionierte Regel geschaffen, deren Bindungswirkung sich in den kommenden Jahren beweisen muss. Auf europäischer Ebene ist es nach den Erfahrungen der Schuldenkrise gerade für Deutschland ein zentrales Anliegen, das bestehende Regelwerk zu härten und zu ergänzen, um die EWU künftig auf ein belastbareres finanzpolitisches Fundament zu stellen.

Deutsche Wirtschaft auch für Zukunft gut aufgestellt

Finanzpolitik: Handlungsfähigkeit wiedergewinnen...

... und Regelwerk in der EWU stärken

Bei weiterhin eigenverantwortlichen nationalen Finanzpolitiken in der EWU muss eine konsequente Einhaltung der vereinbarten Haushaltsregeln erreicht werden, um Unterstützungsmaßnahmen zur Abwendung schwerwiegender Folgeschäden künftig möglichst zu vermeiden. Als letzter Ausweg sollte eine Restrukturierung von Staatsschulden möglich sein, wobei hier im Zusammenspiel mit der Finanzmarktregulierung ein Rahmen geschaffen werden sollte, der die Finanzmarktstabilität unterstützt. Eine umfassen-

dere makroökonomische Überwachung mag zudem dazu beitragen, gravierende Fehlentwicklungen und Ungleichgewichte früher zu erkennen. Ungeachtet der Notwendigkeit, in wirtschaftlichen Ausnahmesituationen gegebenenfalls auch gezielt staatlich einzugreifen, ist eine fortlaufende Steuerung der Konjunktur oder der Wirtschaft allerdings weiterhin weder Erfolg versprechend noch empfehlenswert – sei es auf nationaler oder auf internationaler Ebene.

Finanzsystem

Auch in Deutschland wirkte sich die Finanzkrise zunächst vor allem auf die Banken aus; andere Teile des deutschen Finanzsystems waren erst später oder nur mittelbar betroffen. So brach der Aktienmarkt wegen der steigenden Risikoaversion, der konjunkturellen Abschwächung und einer pessimistischeren Einschätzung gegenüber Finanzinstituten erst 2008 massiv ein, während der deutsche Rentenmarkt durch Portfolioumschichtungen aus den jeweils besonders betroffenen Anlageformen in die als sicher und liquide geltenden deutschen Staatsanleihen profitierte, so zuletzt auch im Zuge der Euro-Staatsschuldenkrise.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das deutsche Bankensystem massiv belastet und bestehende Schwächen schonungslos offengelegt. Gleichwohl unterschieden sich Art und Ausmaß der Belastung zwischen den Instituten und Institutsgruppen sowie im Zeitverlauf beträchtlich: Zu Beginn der Krise waren eher große, international tätige Kreditinstitute betroffen, die unmittelbar auf dem US-Immobilienmarkt und in den darauf aufsetzenden strukturierten Produkten engagiert waren und einen hohen Anteil an kurzfristiger, großvolumiger Finanzmarkt-Refinanzierung aufwiesen. Mit der Ausweitung der Finanzkrise zur Wirtschaftskrise ab Herbst 2008 wurden dann zunehmend auch andere, stärker binnenwirtschaftlich ausgerichtete Institute erfasst. Dennoch waren die 2008 und 2009 im deutschen Bankensystem entstandenen Verluste auf eine vergleichsweise geringe Anzahl größerer Institute zurückzuführen. Das deutsche Bankensystem in der Breite erwies sich als widerstandsfähig. Die mit zunehmender Dauer der Finanzkrise befürchteten krisenverschärfenden Rückkopplungen zwischen Finanzsystem und Realwirtschaft bis hin zu einer breiten Kreditklemme traten in Deutschland nicht ein. Der während der Finanzkrise zu beobachtende Rückgang der Bankkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen war vor allem konjunkturbedingt. Zudem konnten die Unternehmen auch in der Krise auf alternative externe und interne Finanzierungsquellen zurückgreifen.

Die Wirtschaftspolitik hatte einen entscheidenden Anteil an der Eindämmung der Krise. Neben den weltweit ergriffenen Stützungsmaßnahmen von Geld- und Finanzpolitik sind in Deutschland insbesondere die Schaffung des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) und die von der Politik ausgesprochene Einlagengarantie sowie der Beitrag an den Hilfsmaßnahmen zur Abwendung der EWU-Staatsschuldenkrise zu nennen. Nach der erreichten Stabilisierung muss es nun darum gehen, zügig die in der Krise zutage getretenen Schwachstellen im deutschen Bankensystem zu beseitigen. Über die Stärkung der Eigenkapitalbasis und die Umsetzung der absehbaren Regulierungsreform hinaus dürfte dies auch Anpassungen in der Marktstruktur erfordern.

Kapitalmärkte

Aktienmärkte

*Aktienmarkt-
entwicklung
bis Herbst 2007
robust*

Zu Beginn der Finanzkrise im Sommer 2007 präsentierte sich der deutsche Aktienmarkt in einer vergleichsweise günstigen Verfassung. Im Vorfeld der Krise hatte es – anders als während der New-Economy-Blase – keine gravierenden Übertreibungen gegeben; das Kurs-Gewinn-Verhältnis lag in etwa auf dem durchschnittlichen Niveau der Vorjahre. Außerdem war die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft robust, und die Gewinnerwartungen der hiesigen Unternehmen waren aufwärtsgerichtet. Trotz der Verwerfungen an den Geld- und Kreditmärkten gaben die Aktienkurse in Deutschland daher zunächst kaum nach und erholten sich rasch wieder.

*Kurseinbruch
Anfang 2008*

Anfang 2008 setzte dann aber eine kräftige Abwärtsbewegung an den internationalen Aktienmärkten ein, die auch auf Deutschland ausstrahlte. Auslöser dafür war vor allem die Sorge einer stärker als erwartet ausfallenden Konjunkturabschwächung in den USA infolge der Immobilien- und Finanzkrise. Der Kursrutsch ging einher mit einem beträchtlichen Anstieg der Unsicherheit der Marktteilnehmer über die weitere Kursentwicklung. Deutlich wird dies an der Entwicklung des VDAX-NEW, der sich innerhalb eines Monats fast verdoppelte.¹⁾ Leitzinssenkungen der amerikanischen Notenbank wirkten in dieser Phase stabilisierend auf die Märkte. Gleichwohl verzeichnete der CDAX Anfang September 2008 einen Verlust von 23 % gegenüber Mitte 2007.

Die zweite gravierende Schockwelle am Aktienmarkt setzte mit dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers ein. Ab Mitte September 2008 kam es weltweit innerhalb kürzester Zeit zu massiven Aktienkursverlusten.²⁾ Besonders betroffen war der Finanzsektor, dessen Aktienkurse deutlich stärker als der Gesamtmarkt nachgaben, da sich die Besorgnis über die Verfassung des Finanzsektors ausbreitete, und Marktteilnehmer weitere Zusammenbrüche von Finanzinstitutionen nicht ausschlossen. Zudem verschärften die Wechselwirkungen zwischen der Finanzkrise und den inzwischen stark eingetrübten Aussichten für die Realwirtschaft die Risikoaversion der Anleger.

*Zusammen-
bruch von
Lehman
Brothers*

Die Aktienkurse in Deutschland, das wegen seiner hohen außenwirtschaftlichen Verflechtung besonders stark vom Abschwung der Weltwirtschaft betroffen war, gaben bis in das erste Quartal 2009 hinein nach. Als die von den Regierungen aufgelegten Konjunkturprogramme und Hilfen für den Finanzsektor sowie die von den Notenbanken ergriffenen Maßnahmen zunehmend Wirkung zeigten, konnte schließlich auch der Einbruch an den Aktienmärkten gestoppt werden. Alles in allem haben deutsche Titel (gemessen am CDAX) zwischen Mitte 2007 und dem Tiefpunkt im März 2009 rund 58 % an Wert

*Stabilisierung
durch staatliche
Maßnahmen*

1 Bei dem VDAX-NEW handelt es sich um einen Index für implizite Volatilitäten von DAX-Optionen, der als Maß für die Unsicherheit der Marktteilnehmer interpretiert werden kann.

2 Innerhalb von 31 Handelstagen verlor der CDAX gut 32 %, was – gemessen an der Marktkapitalisierung – einem Vermögensverlust von 360 Mrd € entsprach. Der in diesem Zeitraum erlittene weltweite Vermögensverlust bezifferte sich gemessen an dem von Thomson Reuters konstruierten globalen Aktienindex auf über 7 ½ Billionen €.

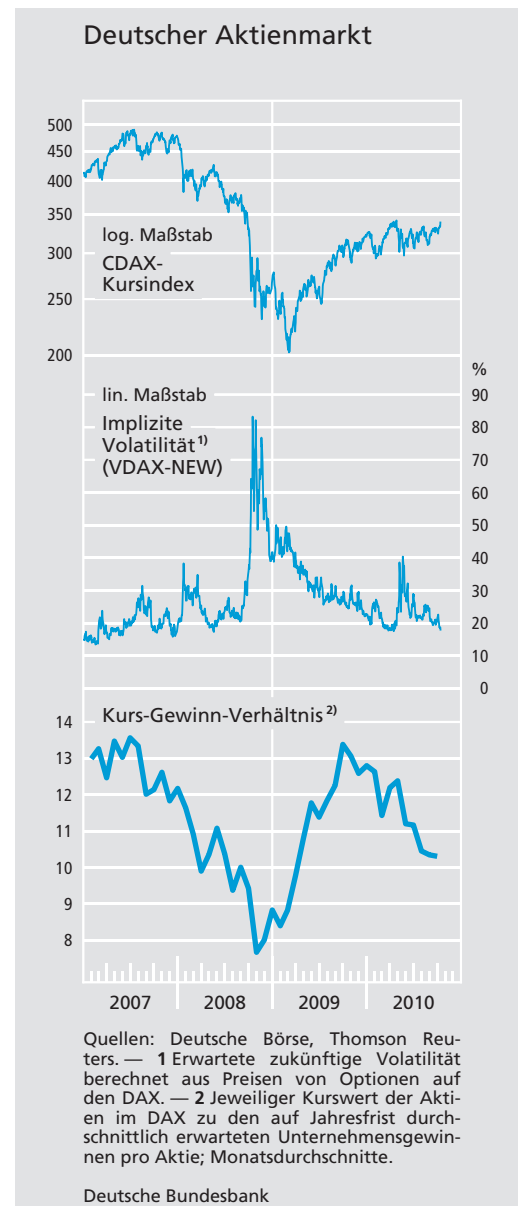
verloren; dabei mussten vor allem Banken überdurchschnittliche Kurseinbußen hinnehmen. Gemessen an der Marktkapitalisierung des CDAX belief sich der in dieser Zeit erlittene Vermögensverlust auf über 800 Mrd €. Anders als in den USA war der Kurseinbruch in Deutschland aber schwächer als nach dem Platzen der New-Economy-Blase nach der Jahrtausendwende, als die Kurse um über 70 % zurückgegangen waren.³⁾

Kursanstieg am Aktienmarkt ab Frühjahr 2009 getragen von weltwirtschaftlicher Erholung

Es folgte eine breite Erholung an den internationalen Aktienbörsen, die vor allem von der Erwartung auf ein Ende der Rezession getrieben wurde. Gleichwohl schwang bei den Marktteilnehmern die Sorge mit, dass sich der einsetzende Aufschwung als nicht selbsttragend, also lediglich basierend auf den Stützungsmaßnahmen der Regierungen und Notenbanken, erweisen könnte. Für die deutschen Notierungen wirkten insbesondere die Gewinnaussichten der Unternehmen kurssteigernd. So erhöhten die Analysten ihre Gewinnerwartungen auf Jahresfrist für die 30 DAX-Unternehmen im Einklang mit den verbesserten Konjunkturperspektiven seit März 2009 im Durchschnitt um 46%.⁴⁾ Das darauf basierende Kurs-Gewinn-Verhältnis

³ In den USA hingegen sanken die Aktienkurse lediglich während der Großen Depression in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts stärker als in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise.

⁴ Die realisierten Gewinne der vergangenen 12 Monate sind im gleichen Zeitraum noch etwas stärker, nämlich um 49 %, angestiegen. Wie bereits in früheren konjunkturellen Abschwüngen haben die Analysten die tatsächlichen Unternehmensgewinne während des gesamten Jahres 2009 stark überschätzt. Im laufenden Jahr hat sich dagegen der Vorhersagefehler deutlich reduziert und zuletzt sogar umgekehrt, d. h., die realisierten Gewinne der letzten 12 Monate lagen über den vor 12 Monaten geschätzten Gewinnen auf Jahresfrist. Vgl. zu den Prognosefehlern bei Gewinnschätzungen: Deutsche Bundesbank, Unternehmensgewinne und Aktienkurse, Monatsbericht, Juli 2009, S. 15–30.



liegt – trotz eines Kursanstiegs von 58 % seit März 2009 – momentan unter dem fünfjährigen Mittelwert. Dies deutet ebenso wie die gestiegenen Risikoprämien, die für das Halten von Aktien verlangt werden, auf eine vergleichsweise vorsichtige Ausrichtung der Anleger hin.

Vergleicht man die Aktienmarktentwicklung in Deutschland mit der anderer Industrielän-

*Internationale
Einordnung des
Aktienkursrück-
gangs*

der während der Finanzkrise, so gleicht sich das Verlaufprofil während des Einbruchs und der Erholung weitgehend, was den globalen Charakter der Krise und den engen Verbund der Märkte unterstreicht. Aktuell notiert der CDAX rund 32 % niedriger als Ende Juni 2007. Er schneidet damit über den hier betrachteten Gesamtzeitraum ungünstiger ab als der amerikanische Aktienindex S&P 500 (– 25 %), aber besser als der Euro Stoxx (– 39 %) oder der japanische Nikkei (– 48 %). Deutsche Werte profitieren derzeit von der globalen Erholung sowie den verbesserten konjunkturellen Aussichten für Deutschland.

*Emissionstätig-
keit am Aktien-
markt während
der Krisenjahre
uneinheitlich*

Trotz der über weite Strecken schwierigen Finanzierungsbedingungen nutzten Kapitalgesellschaften den Aktienmarkt auch während der Finanz- und Wirtschaftskrise als Finanzierungsquelle. Alles in allem haben sie seit Mitte 2007 Aktien im Kurswert von 47 Mrd € begeben. Etwa ein Drittel dieses Betrages entfiel auf Kreditinstitute, denen krisenbedingt besonders an einer Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis gelegen war. Dabei griffen sie auch auf Mittel des SoFFin zurück (6 ½ Mrd €). Insgesamt wurden seit Mitte 2007 39 Unternehmen neu in den Aktienhandel eingeführt.

Rentenmärkte

*Renditen unter
dem Einfluss
von Wachs-
tums- ...*

Die Umlaufrendite von Bundesanleihen ist während der Finanzkrise – unter Schwankungen – im Ergebnis stark gesunken. Dabei waren unterschiedliche Einflussfaktoren wirksam, insbesondere Erwartungen über die künftige Entwicklung von Wirtschaftsleistung und Inflation sowie Umschichtungen in als

besonders sicher und liquide geltende Anlageformen. So zeigten Bundesanleihen ansteigende Renditen in den ersten Jahreshälften 2007 und 2008, in denen die realwirtschaftlichen Perspektiven noch günstig eingeschätzt wurden. Im Einklang mit dem Abgleiten der deutschen Wirtschaft in eine Rezession im zweiten Halbjahr 2008 und insbesondere nach dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers gingen die Umlaufrenditen zehnjähriger Anleihen deutlich zurück – von gut 4 ½ % auf rund 3 %. Zu dem Rückgang dürften auch die um 3 ¼ Prozentpunkte gesunkenen Leitzinsen des Eurosystems zwischen dem Herbst 2008 und dem Frühjahr 2009 maßgeblich beigetragen haben.

Die Inflationserwartungen über einen Zeitraum von zehn Jahren folgten in etwa dem Muster der Wachstumserwartungen und trugen damit ebenfalls zu den geschilderten Renditeveränderungen bei. Sie waren bis Mitte 2008 unter dem Einfluss der hohen Kapazitätsauslastung und steigender Rohstoffpreise eher am oberen Rand des Stabilitätsbereichs des Eurosystems angesiedelt. Mit der Zuspitzung der Finanzkrise und nachgebenden Ölpreisen gingen sie in der zweiten Jahreshälfte 2008 zurück und verharren seitdem auf einem niedrigeren Niveau als 2007.

*... und
Inflations-
erwartungen*

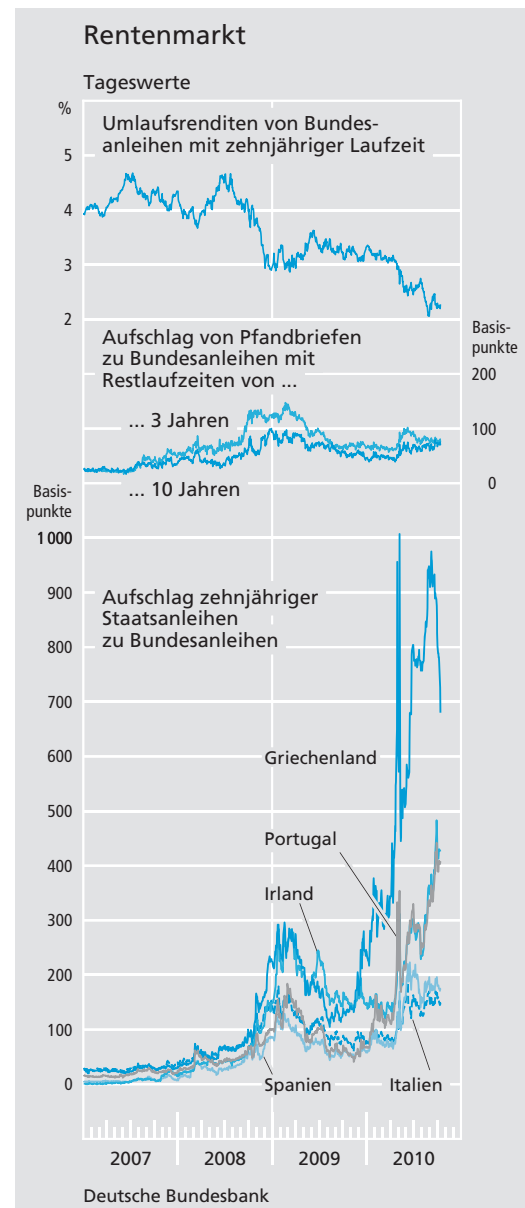
Zugleich werden Bundeswertpapiere von den Marktteilnehmern als sichere Anlagemöglichkeit angesehen und insbesondere in Krisenzeiten geschätzt. Dies schlägt sich in vergleichsweise niedrigen Risikoprämien nieder. Kursaufschläge für eine höhere Liquidität bilden ein weiteres, konstituierendes Element

*Sichere Rendite
atmet mit
Risikowahr-
nehmung der
Marktteil-
nehmer*

für die Rendite von Wertpapieren. In Zeiten großer Unsicherheit der Marktteilnehmer tragen nachfragebedingte Änderungen der Liquiditäts- und Risikoprämien erfahrungsgemäß zu den Renditerückgängen von Bundesanleihen bei. Dies zeigte sich auch während der Finanzkrise, als der Risikoappetit⁵⁾ drastisch nachließ und Liquidität angesichts eingefrorener Finanzmärkte zeitweilig zu einem entscheidenden Kriterium für Portfolioanlagen wurde. In dieser Zeit erwiesen sich Bundeswertpapiere einmal mehr als sicherer Hafen. Es ist allerdings schwierig, die jeweiligen Effekte auf die Rendite von Bundesanleihen exakt zu beziffern, da die einzelnen Prämien nicht direkt beobachtbar sind. Mittels einer Faktoranalyse lässt sich die Bedeutung verschiedener Einflussfaktoren, die mit „Safe haven“- und Liquiditätseffekten in Zusammenhang stehen, aber abschätzen (siehe hierzu auch die Erläuterungen auf S. 32 f.).

*Staatsschulden
im Fokus*

Nachdem Ende 2009 die durch den Staatssektor übernommenen finanziellen Risiken in den Fokus der Anleger und der Ratingagenturen gerückt waren, kam es zu einer starken Auffächerung der Renditen der EWU-Mitgliedsländer. Die Vertrauenskrise kulminierte am zweiten Maiwochenende 2010, als die Märkte teilweise auszutrocknen drohten und umfassende staatliche Stabilisierungsmaßnahmen erforderlich wurden. Der Zusammenbruch des Finanzsystems konnte zwar abgewendet werden, doch blieben die Märkte für Anleihen der betroffenen EWU-Länder angespannt. Die resultierende „Flucht“ der Marktteilnehmer in die Qualität und Liquidität deutscher Staatstitel führte im Frühjahr und Sommer dieses Jahres im Ergebnis erneut



zu einem kräftigen Renditerückgang. Ende August rentierten zehnjährige Bundesanleihen zeitweilig auf einem Rekordtief von weniger als 2,1 %. Angebotsseitige Faktoren, wie der stark gestiegene Umlauf von Bundes-

⁵⁾ Zur Abschätzung des Risikoappetits anhand eines aggregierten Risikoindicators siehe auch: Deutsche Bundesbank, Konstruktion eines aggregierten Risikoappetit-Indicators mit einer Hauptkomponentenanalyse, Monatsbericht, August 2008, S. 40f.

Renditen von Bundesanleihen unter dem Einfluss von „Safe haven“-Effekten

Der starke Rückgang der Renditen von Bundesanleihen während der Finanzkrise wird häufig mit „Safe haven“-Flüssen in Verbindung gebracht. Es wird vermutet, dass Anleger angesichts hoher Unsicherheit risikoreichere Finanztitel wie Aktien vermehrt angeboten und dafür Staatsanleihen nachgefragt haben. Mit der Zuspitzung der Staatsschuldenkrise seien zudem risikobehaftete Staatsanleihen durch risikoärmere substituiert worden. Im ersten Fall sollten Aktienkursverluste generell mit Renditerückgängen an den Anleihemärkten verknüpft sein; im zweiten Fall sollten die Renditeentwicklungen von Staatsanleihen unterschiedlicher Bonität in einem gegenläufigen Zusammenhang stehen.

Ein Faktormodell zur Analyse der Renditen von Staatsanleihen und Aktien

Um die sich überlagernden Einflussfaktoren in der Finanzkrise in einer ökonometrischen Untersuchung zu isolieren und die Dynamik auf den internationalen Finanzmärkten abzubilden, wird auf ein Faktormodell zurückgegriffen.¹⁾ Ein Vorteil der Faktoranalyse ist, dass unbeobachtete gemeinsame Faktoren extrahiert werden können. Der Faktoranalyse liegt ein Datensatz zugrunde, welcher tägliche Veränderungen der Renditen von Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit und tägliche Veränderungsraten der Leitindizes der Aktienmärkte enthält. Als Länder werden die Mitgliedstaaten der EWU sowie Japan, die Schweiz, die USA und das Vereinigte Königreich herangezogen. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Periode von Januar 2003 bis Ende August 2010.²⁾ Es zeigt sich, dass die Rendite- und Aktienkursentwicklung mittels dreier gemeinsamer Faktoren erklärt werden kann.

Interpretation der Faktoren und „Safe haven“-Effekte

Der erste Faktor steht sowohl mit Renditerückgängen als auch mit Aktienkursverlusten in einem positiven Zusam-

menhang. Dieses ist konsistent mit klassischen Portfolioanpassungen vor dem Hintergrund der allgemeinen ökonomischen Situation. Aktien werden beispielsweise beim Vorherrschen überwiegend negativer Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung oder einer hohen Risikoaversion verkauft und Staatsanleihen gekauft. Der erste Faktor kann somit als globaler Risikofaktor interpretiert werden. Er dürfte auch in enger Beziehung zur konjunkturellen Entwicklung stehen. Mit dem zweiten Faktor sind Aktienkursverluste und Renditeanstiege von Staatsanleihen aller Länder positiv verknüpft. Daher scheint der zweite Faktor die (längerfristigen) Finanzierungsbedingungen zu reflektieren. Der dritte Faktor wirkt stärker auf die Renditen von Staatsanleihen als auf die Aktienkurse. Auffällig ist ferner, dass die Korrelationen des dritten Faktors mit den Renditeveränderungen von Staatsanleihen der Peripherieländer in der EWU positiv und mit den Renditeveränderungen von Staatsanleihen der nicht unmittelbar von der Staatsschuldenkrise betroffenen Länder negativ sind. Dies lässt vermuten, dass Risikoaspekte aufgrund der Staatsverschuldung in den Peripherieländern des Euro-Raums für diesen Faktor eine entscheidende Rolle spielen. Der Faktor spiegelt somit ein höheres Schuldenrisiko wider, das von diesen Ländern ausgeht.

Zerlegung der Renditen von Bundesanleihen

Die drei Faktoren sind in der Lage, 94% der Variation der Renditen von Bundesanleihen zu erklären.³⁾ Allein 67% der Variation entfallen hierbei auf die Weltrisikokomponente, weitere 20% auf die Finanzierungsbedingungen und 7% auf das Staatsschuldenrisiko. Etwa 6% lassen sich auf variablenspezifische Einflüsse zurückführen.

Das Schaubild auf Seite 33 zeigt den Beitrag der drei Faktoren zur Entwicklung der Rendite von Bundesanleihen seit dem 2. Juli 2007. Ausgehend vom damaligen Renditeniveau werden die kumulierten Effekte jedes Faktors

1 Details zu den Modelleigenschaften finden sich in: J. Bai und S. Ng (2002), Determining the Number of Factors in Approximate Factor Models, *Econometrica* 70, S. 191–221., und J. H. Stock und M. W.

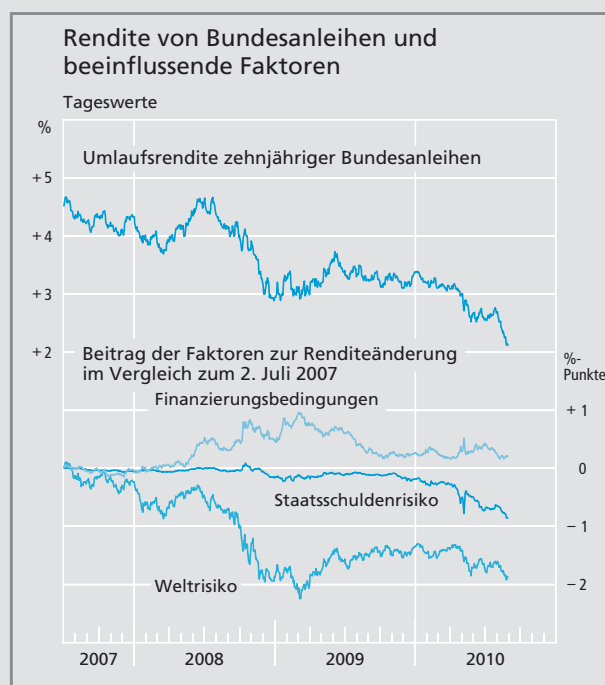
Watson (2002), *Macroeconomic Forecasting Using Diffusion Indexes*, *Journal of Business & Economic Statistics* 20, S. 147–162. — 2 Durch die Auswahl des Untersuchungszeitraums werden die Mitgliedsländer der

auf die Veränderung der Renditen dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass ein Anstieg der beiden Risikofaktoren die deutschen Renditen wegen der zugrunde liegenden „Safe haven“-Effekte senkt und eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen sie ansteigen lässt.

Mit dem Ausbruch der US-Immobilienkrise Mitte 2007 erhöhten sich die weltweiten Risiken, was die Renditen von Bundesanleihen sinken ließ. Intensiviert wurde diese Entwicklung durch die Geschehnisse im Herbst 2008 (Zusammenbruch von Lehman Brothers, massiver Konjunkturerinbruch). Der starke Anstieg der wahrgenommenen Risiken und der Risikoaversion im Zuge der Finanzkrise, die in dem Faktor „Weltrisiko“ zusammengefasst werden, kann somit als Hauptursache für den Rückgang der Renditen von Bundesanleihen in dieser Phase gesehen werden. Zeitweise hat der „Safe haven“-Effekt dazu beigetragen, dass die Renditen von Bundesanleihen um knapp 2,2 Prozentpunkte gesunken sind. Ende 2008 stieg zudem das „Staatschuldenrisiko“ an; dieser Prozess verstärkte sich zum Jahreswechsel 2009/2010 erheblich. Allein das „Staatschuldenrisiko“ führte dazu, dass die Renditen in Deutschland seit Anfang dieses Jahres um knapp 0,7 Prozentpunkte zurückgegangen sind. Verglichen mit diesen beiden Faktoren ist der Einfluss der „Finanzierungsbedingungen“ auf die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen derzeit recht gering. Ein nennenswerter, die Rendite steigernder Effekt war im Verlauf von 2008 zu beobachten, als die massiven finanziellen Lasten aus der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Staatshaushalte erkennbar wurden und die Anleger besorgten. Die Entwicklung damals lässt sich auch in der Zinsstruktur erkennen, die deutlich steiler geworden ist. Offensichtlich bestand seinerzeit eine – relativ gesehen – geringere Bereitschaft, in längerfristigen Wertpapieren anzulegen; statt dessen wurden tendenziell kürzerfristige Papiere bevorzugt. Hinsichtlich der Renditeentwicklung von zehnjährigen Bundesanleihen wird dieser

Effekt jedoch durch die gleichzeitige Flucht in sichere Anlagen überkompensiert.

Ein bedeutender Einflussfaktor, der im Rahmen des empirischen Modells nicht separat erfasst werden kann, dürfte hierbei auch die besonders hohe Liquidität von Bundesanleihen sein. So weist die Differenz zwischen den Renditen (zentralstaatlich besicherter) KfW-Anleihen und Bundesanleihen gleicher Laufzeit darauf hin, dass speziell nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers die Liquiditätsprämien angestiegen sind. In der Spitze betrug dieser Renditeabstand im November 2008 über 100 Basispunkte. Dies bedeutet, dass auch die hohe Nachfrage nach liquiden Anleihen zeitweilig in nennenswertem Umfang zur Senkung des deutschen Rendite-niveaus beigetragen hat.



EWU zum 1. Januar 2003 ohne Luxemburg herangezogen. Insgesamt gehen 30 Variablen in den Datensatz ein. — 3 Diese gemeinsamen Faktoren werden jedoch auch von inländischen Einflüssen bestimmt.

anleihen, schlugen nicht erkennbar auf die Rendite durch.

Anspannungen bei Schuldverschreibungen nichtstaatlicher Emittenten

Für nichtstaatliche Emittenten kam es während der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erheblichen Anspannungen am deutschen Rentenmarkt. Dies gilt für Banken ebenso wie für Wirtschaftsunternehmen. Emissionen waren zeitweilig kaum möglich. Auch der deutsche Pfandbriefmarkt wurde in Mitleidschaft gezogen, nicht zuletzt weil das Market Making durch die Emittenten eingestellt wurde, was die Liquidität der Pfandbriefe erheblich verringerte. Mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers schnellten die Zinsaufschläge von Pfandbriefen gegenüber laufzeitgleichen Bundesanleihen in die Höhe.

Ankaufprogramm des Eurosystems für gedeckte Schuldverschreibungen

Positiv auf den Markt für private Anleihen wirkte sich neben der im Jahresverlauf 2009 nachlassenden Risikoaversion der Marktteilnehmer das Ankaufprogramm des Eurosystems für gedeckte Schuldverschreibungen (Covered Bonds Purchase Programme) aus. Es hat seit seiner Ankündigung Anfang Mai 2009 über das gesamte Laufzeitspektrum zu einer Reduzierung der Zinsaufschläge beigetragen. So ermäßigten sich am Sekundärmarkt die Aufschläge von Pfandbriefen mit dreijähriger Restlaufzeit gegenüber Bundestiteln zwischen dem 7. Mai 2009 und Ende Februar 2010 von 104 auf 68 Basispunkte. Als die Sorge um die Tragfähigkeit der Schulden einiger Peripherieländer des Euro-Raums stark zunahm, kam es jedoch auch in den Märkten für gedeckte Schuldverschreibungen zu einem Rückschlag – vor allem außerhalb Deutschlands. Im Ergebnis lagen die Spreads

deutscher Pfandbriefe mit dreijähriger Restlaufzeit Ende September – also nach dem Auslaufen des Programms im Sommer 2010 – aber immer noch 16 Basispunkte niedriger als vor dessen Ankündigung im vergangenen Jahr. Im europäischen Vergleich haben sich die Finanzierungskosten deutscher Pfandbriefemittenten damit insgesamt recht günstig entwickelt.

Einhergehend mit reduzierten Zinsaufschlägen nahm die Primärmarktaktivität am Markt für Covered Bonds zu. Insgesamt wurden im Euro-Raum seit Ankündigung des Ankaufprogramms gedeckte Bankanleihen im Volumen von 353 Mrd € begeben, darunter deutsche Pfandbriefe für 110 Mrd €.

Primärmarktaktivität gestiegen

Ein besonderes Segment des Rentenmarkts stellen staatlich garantierte Anleihen dar. In Bedrängnis geratene Kreditinstitute konnten Garantien beim SoFFin, die mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 18. Oktober 2008 ermöglicht wurden, in Anspruch nehmen. In der Spitze belief sich das Volumen der ausstehenden garantierten Anleihen auf 168 Mrd €. Ein Großteil dieser Anleihen wird nicht am Sekundärmarkt gehandelt, da sie im Eigenbestand der emittierenden Bank gehalten werden. Die am Sekundärmarkt gehandelten Anleihen weisen aktuell einen Renditeabstand zu laufzeitgleichen Bundeswertpapieren von ungefähr 40 Basispunkten auf.

Staatlich garantierte Anleihen

Während deutsche nichtfinanzielle Unternehmen in der zweiten Jahreshälfte 2007 und im ersten Quartal 2008 – bei guter Ertragslage – ihre Kapitalmarktschulden im Ergebnis zurückgeführt hatten, nahmen sie den Anleihe-

Nichtfinanzielle Unternehmen seit Mitte 2008 mit starken Anleiheemissionen

markt in dem nachfolgenden Krisenzeitraum sehr stark in Anspruch. Vom zweiten Quartal 2008 bis zum zweiten Quartal des laufenden Jahres begaben sie Schuldverschreibungen im Wert von 410 Mrd € – und zwar zum überwiegenden Teil im Ausland. Nach Abzug der Tilgungen belief sich das Emissionsvolumen auf netto 118 Mrd €, obwohl in den Jahren 2008 und 2009 für Schuldner niedriger Bonität teilweise extrem hohe Zinsaufschläge am Markt beobachtet wurden und Emissionen phasenweise kaum möglich waren. Angesichts der Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und des zum Teil erschwerten Zugangs zu Bankkrediten insbesondere für große Unternehmen sahen sich diese veranlasst, benötigte Finanzmittel verstärkt am Kapitalmarkt aufzunehmen. Inzwischen hat sich dort die Zinssituation für Unternehmen mit Investmentgrade-Rating spürbar entspannt.

Deutsches Bankensystem

*Nationale
Stützungsmaß-
nahmen für das
Bankensystem*

Über die umfassenden Stabilisierungsmaßnahmen des Eurosystems hinaus gab es in Deutschland eine Reihe weiterer Krisenmaßnahmen zur Stützung des Bankensystems. So stellten Bundesregierung und ein Bankenkonkordatium in Reaktion auf die Verwerfungen durch die Lehman-Insolvenz einem von Insolvenz bedrohten deutschen Realkreditinstitut⁶⁾ umfangreiche Liquiditätshilfen zur Verfügung. Darüber hinaus sprach die Bundesregierung zur Verhinderung eines allgemeinen „bank runs“ Anfang Oktober 2008 eine Garantie für alle privaten Spareinlagen aus. Eine zentrale Rolle spielte der Mitte Oktober

errichtete SoFFin. Sein Finanzrahmen von bis zu 480 Mrd € ermöglicht es Finanzinstituten, ihr Eigenkapital zu stärken sowie Liquiditätsengpässe zu beheben. Im Juli 2009 wurde mit dem Finanzmarktstabilisierungsförderungsgesetz überdies die Möglichkeit geschaffen, bestimmte Risikoaktiva zur Entlastung der Bankbilanz in eine sogenannte „Bad Bank“ auszugliedern. Die Teilnahme an diesen Maßnahmen ist freiwillig und noch bis zum 31. Dezember 2010 möglich.⁷⁾ In der Summe konnte durch diese Maßnahmen die Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems aufrechterhalten werden.

Ertragsentwicklung im deutschen Bankensektor

Zwar schlug sich die Finanzkrise bereits im Jahr 2007 in einer deutlichen Verschlechterung der Gewinnentwicklung des deutschen Bankensektors nieder; zu einem massiven Gewinneinbruch kam es aber erst durch die Zuspitzung der internationalen Finanzkrise im Zuge der Lehman-Insolvenz. So musste die deutsche Kreditwirtschaft im Geschäftsjahr 2008 erstmals seit Bestehen der Ertragslagestatistik einen massiven Jahresfehlbetrag vor Steuern ausweisen. Die verschlechterte Ertragsituation war wesentlich durch erhebliche Bewertungsverluste im Eigenhandel, eine gestiegene Risikovorsorge und einen

*Sinkender
Gewinn der
Banken in
2007, massiver
Ertragseinbruch
in 2008 und ...*

⁶⁾ Im Jahr 2009 wurde dieses Kreditinstitut verstaatlicht.
⁷⁾ Der Staat gewährte per 30. September 2010 Stabilisierungshilfen in Höhe von insgesamt 203,9 Mrd €, wovon knapp 86 % auf Garantierahmen und der Rest auf Kapitalmaßnahmen entfielen. Die Möglichkeit der Gründung einer „Bad Bank“ wurde bislang von zwei Kreditinstituten in Anspruch genommen. Zudem erhielten einige Landesbanken aus Landesmitteln umfangreiche Rekapitalisierungsmittel und Garantien zur Abschirmung von Portfolios insbesondere strukturierter Wertpapiere.

starken Anstieg der Verluste im Finanzanlagengeschäft bedingt. Aufgrund sehr hoher Verluste einzelner Institute waren davon maßgeblich die Großbanken, die Banken mit Sonderaufgaben, die Landesbanken und die Realkreditinstitute betroffen. Aber auch die im Massengeschäft tätigen Institute, die 2007 – angesichts der zu dieser Zeit in Deutschland noch sehr robusten konjunkturellen Dynamik – von der Krise weitgehend unberührt geblieben waren, wiesen im Geschäftsjahr 2008 deutlich verringerte Jahresüberschüsse vor Steuern aus, wenngleich ihre Ergebnisse insgesamt positiv blieben.

... deutliche Verbesserung, aber dennoch Fehlbetrag in 2009

Auch im Geschäftsjahr 2009 verzeichneten die deutschen Kreditinstitute im Aggregat einen Fehlbetrag vor Steuern, der aber deutlich geringer ausfiel als im Jahr zuvor. Positiv wirkten dabei die sehr umfangreichen weltweiten staatlichen Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor sowie die äußerst expansive Geldpolitik, während die schwere globale Rezession die Ertragslage deutlich belastete. Erneut wiesen dabei die Großbanken, Landesbanken und Realkreditinstitute hohe, gegenüber dem Vorjahr aber zum Teil deutlich reduzierte Verluste vor Steuern aus, wobei für den Verlustausweis in allen diesen Bankengruppen weiterhin einzelne Institute maßgeblich verantwortlich waren. Alle anderen Bankengruppen – mit Ausnahme der Regionalbanken – konnten dagegen zum Teil deutlich gestiegene Jahresüberschüsse vor Steuern erzielen.⁸⁾

Während sich die Ertragslage großer deutscher, international tätiger Bankkonzerne im ersten Quartal 2010 unter anderem aufgrund

des günstigen Finanzmarktumfelds und den sich weltweit aufhellenden realwirtschaftlichen Perspektiven deutlich verbesserte, hat die Zuspitzung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum im zweiten Vierteljahr 2010 zu einer spürbaren Verlangsamung der Gewinndynamik geführt. Hierzu haben vor allem die Ergebnisse im Eigenhandel beigetragen. Für das Gesamtjahr 2010 ist insgesamt von einer eher verhaltenen, aber positiven Profitabilitätsentwicklung auszugehen. Zwar dürfte sie infolge der weltweiten Rezession des Vorjahres weiter spürbar von der Risikovorsorge geprägt sein; die derzeit robuste realwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sollte dem aber teilweise entgegenwirken.⁹⁾

Für 2010 insgesamt eher verhaltene Entwicklung der Profitabilität zu erwarten

Eigenmittelausstattung der deutschen Banken

Den krisenbedingten massiven Belastungen der Ertragslage der deutschen Banken stand während der Finanzkrise ein deutlicher Anstieg der Eigenkapitalausstattung des deutschen Bankensystems gegenüber (siehe Tabelle auf S. 37).

Kernkapitalquote in der Finanzkrise deutlich gestiegen ...

Hinter dem Anstieg der durchschnittlichen Kernkapitalquote, der wohl auch bereits eine Reaktion auf die erwartete Anhebung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen darstellte, stand zum einen eine kräftige

... aufgrund von Rekapitalisierungsmaßnahmen und ...

⁸ Für eine ausführliche Darstellung siehe: Deutsche Bundesbank, Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2007, 2008 und 2009, Monatsberichte, jeweils September 2008, 2009 und 2010, S. 15–40, 37–66 und 17–48.

⁹ Für eine ausführliche Darstellung des Ertragslageausblicks und der damit verbundenen Risiken siehe: Deutsche Bundesbank, Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2009, Monatsbericht, September 2010, S. 34–37.

Entwicklung der Kernkapitalquote *)

in %, Stand zum Monatsende

Bankengruppe	2008				2009				2010	
	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Alle Institute	9,03	9,17	9,46	9,69	9,81	10,44	10,66	10,88	10,83	10,85
Kreditbanken	9,45	9,50	10,26	10,33	10,24	11,25	11,82	12,09	11,86	11,73
darunter: Großbanken	9,17	9,18	9,88	9,96	9,72	10,99	11,73	12,05	11,67	11,48
Landesbanken	7,71	7,73	7,68	8,29	9,06	10,14	10,29	10,52	10,62	10,52
Sparkassen	8,95	9,30	9,49	9,48	9,54	9,73	9,73	9,68	9,60	9,91
Kreditgenossenschaften 1)	9,32	9,57	9,70	9,66	9,37	9,55	9,49	9,47	9,42	9,79
Sonstige 2)	9,67	9,99	9,82	11,14	10,96	10,38	10,12	10,86	11,07	10,75

* Kernkapitalquote = Kernkapital/Eigenmittelanforderungen für Adressrisiken, Marktrisiken und das operationelle Risiko nach der Solvabilitätsverordnung. Die Min-

destkernkapitalquote nach § 10 Kreditwesengesetz beträgt 4%. — 1 Ohne Genossenschaftliche Zentralinstitute. — 2 Inklusive Genossenschaftliche Zentralinstitute.

Deutsche Bundesbank

Zunahme des Kernkapitals. Diese Entwicklung war unter anderem auf Rekapitalisierungsmaßnahmen durch den SoFFin sowie Kapitalhilfen öffentlicher Eigner zurückzuführen, die zwar nur sieben Institute betrafen, in der Summe aber die durchschnittliche Kernkapitalquote des gesamten Bankensektors deutlich um rund 1,6 Prozentpunkte bezogen auf die aktuelle Höhe der risikogewichteten Aktiva (RWA) verbesserten.

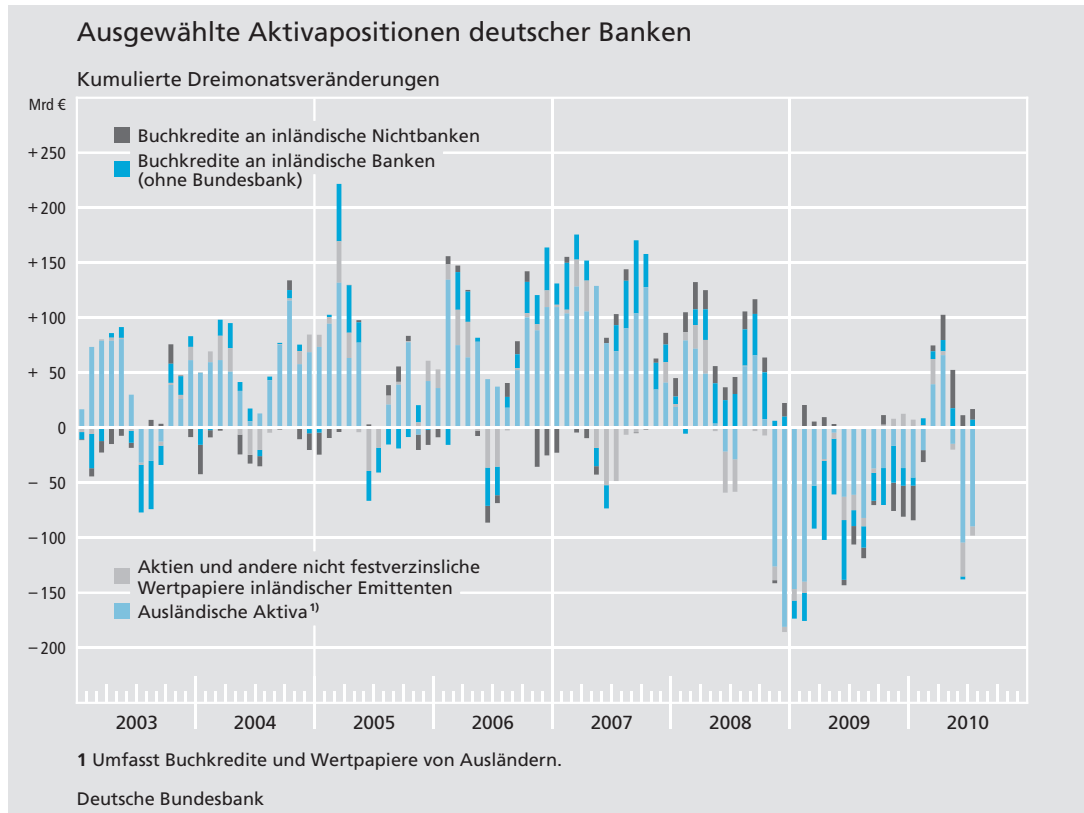
Zum anderen sanken die RWA trotz der krisenbedingten Verschlechterung der internen Ratings deutlich. Treibende Kraft war der im Landesbankensektor ab Anfang 2009 einsetzende signifikante Abbau der RWA um insgesamt rund 21 %. Dieser Rückgang war neben der Entlastungswirkung durch Garantien öffentlicher Eigner im Wesentlichen auf euro-

päische Restrukturierungsvorgaben zurückzuführen und dürfte sich noch weiter fortsetzen. Auch die Großbanken reduzierten ihre RWA seit Anfang 2009 mit – 8 % merklich. Dagegen haben Sparkassen und Kreditgenossenschaften ihre RWA seit dem ersten Quartal 2008 nahezu stabil gehalten beziehungsweise leicht aufgebaut.¹⁰⁾

Bilanzbereinigung im deutschen Bankensektor

Laut Bankenstatistik haben Kreditbanken, Landesbanken, Genossenschaftliche Zentral-

¹⁰ Weitere positive Effekte auf die Kernkapitalquote gingen insbesondere von den Sparkassen und Kreditgenossenschaften aus, die aufgrund ihrer Geschäftsmodelle weniger direkt von der Finanzkrise und nicht im ursprünglich erwarteten Ausmaß von den realwirtschaftlichen Auswirkungen betroffen waren und zudem Jahresüberschüsse erzielten, die thesauriert werden konnten.



Finanzkrise führt zu Abbau von Forderungen, insbesondere gegenüber Banken und Ausland, ...

banken und Realkreditinstitute seit Ende 2008 ihre Forderungen gegenüber in- und ausländischen (insbesondere britischen) Banken sowie weitere Auslandsaktiva außergewöhnlich deutlich abgebaut (siehe oben stehendes Schaubild). Diese Entwicklung war neben den Anpassungen zur Erfüllung der europäischen Restrukturierungsvorgaben aufseiten der Landesbanken vor allem durch das Austrocknen der Geldmärkte, den allgemeinen Abbau der in den vergangenen Jahren stark ausgeweiteten Auslandsaktivitäten über internationale Finanzzentren sowie durch ein zum Teil hohes Risiko dieser Aktiva zu erklären.

... aber weniger gegenüber inländischem Nichtbankensektor

Die Buchkreditbestände deutscher Banken gegenüber dem inländischen privaten Nichtbankensektor nahmen dabei per saldo vergleichsweise geringfügig ab. Allerdings ver-

birgt sich dahinter eine sehr heterogene Entwicklung nach Kreditnehmergruppen. Die kräftigste Abnahme war bei den Buchkrediten an nichtfinanzielle Unternehmen zu beobachten (siehe S. 39 ff.).¹¹⁾ Dagegen wiesen die Bankkredite an private Haushalte über den Zeitraum der Finanzkrise nur wenig Variation auf und verzeichneten bereits seit Anfang 2009 einen leichten, aber kontinuierlichen Bestandsaufbau. Die Wachstumsdynamik der Buchkredite an finanzielle Unternehmen war bis Mitte 2009 sehr stark, was sich vor allem daraus erklärt, dass zu diesem Sektor insbesondere auch Zweckgesellschaften der Banken sowie zentrale Gegenparteien bei besicherten Geldmarktgeschäften zählen, die im Zuge der Finanzkrise eine größere Bedeu-

¹¹⁾ Gleiches lässt sich auch für den gesamten Euro-Raum feststellen.

tung erlangt haben. Seitdem blieb der Bestand trotz volatiler monatlicher Bewegungen insgesamt auf seinem hohen Niveau.

Bankschuldverschreibungen unter Druck

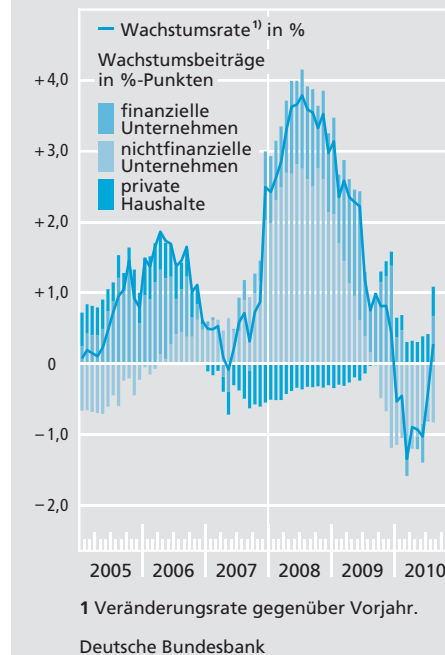
Auch auf der Passivseite der deutschen Bankbilanzen hinterließ die Finanzkrise deutliche Spuren, insbesondere bei Instituten, die sich aufgrund ihres Geschäftsmodells stärker über die globalen Finanzmärkte und weniger über Kundeneinlagen refinanzieren. Die Flucht in sichere und liquide Anlagen, vor allem nach der Insolvenz von Lehman Brothers, führte zu einer starken Zurückhaltung privater Anleger beim Kauf von Bankschuldverschreibungen, da die Papiere – anders als Einlagen – nicht der Einlagensicherung unterliegen, und zog selbst den deutschen Pfandbriefmarkt in Mitleidenschaft. Die großen Volumina auslaufender Bankschuldverschreibungen belasteten die Refinanzierung der Banken zusätzlich. Positiv für den gesamten Bankensektor wirkte sich in diesem Umfeld – neben der Möglichkeit, beim SoFFin Staatsgarantien für neu begebene Anleihen in Anspruch zu nehmen – das im Mai 2009 beschlossene Ankaufprogramm des Eurosystems für gedeckte Schuldverschreibungen aus.

Zum Risiko einer Kreditklemme im Sektor der nichtfinanziellen Unternehmen

Schwache Dynamik der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Spätestens ab Herbst 2008, als das jährliche Wachstum der Buchkreditvergabe deutscher Banken an die inländischen nichtfinanziellen Unternehmen deutlich an Dynamik verlor, kam die Befürchtung krisenverschärfender Rückkopplungen zwischen Finanzsystem und Realwirtschaft auf. Konkret wurde die Gefahr

Buchkredite deutscher Banken nach ausgewählten Sektoren



gesehen, dass die deutsche Wirtschaft in eine Kreditklemme geraten könne, also in eine Situation, in der eine auf bankseitige Faktoren zurückzuführende Einschränkung des Bankkreditangebots quantitativ so bedeutsam wird, dass sie ein maßgebliches konjunkturelles Risiko begründet.¹²⁾

Die empirische Identifikation einer so abgegrenzten Kreditklemme ist methodisch sehr schwierig, weil sich nachfrage- und angebotsseitige Bestimmungsfaktoren der Kreditvergabe auch im Nachhinein nicht trennscharf voneinander unterscheiden lassen. Grundsätzlich unterstützen aber mehrere

Kreditklemme empirisch schwer zu identifizieren

¹² Für eine ausführlichere Diskussion des Kreditklemmenbegriffs vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Entwicklung der Kredite an den privaten Sektor in Deutschland während der globalen Finanzkrise, Monatsbericht, September 2009, S. 17–36.

Überlegungen die These, dass die schwache Kreditvergabe an die nichtfinanziellen Unternehmen in Deutschland während der Finanzkrise insbesondere vor dem Hintergrund der gravierenden realwirtschaftlichen Abschwächung und des in dieser Situation mit der Kreditvergabe verbundenen gestiegenen Risikos zu sehen ist.

Kreditentwicklung während der Krise gut mit realwirtschaftlicher Entwicklung erklärbar

So spricht gegen das Vorliegen einer Kreditklemme, dass gemäß ökonomischen Schätzungen¹³⁾ die Abwärtsbewegung der jährlichen Wachstumsrate dieser Kredite bis zum aktuellen Datenrand gut mit realwirtschaftlichen Größen (wie dem Wachstum des realen BIP, der Investitionsquote und dem Zinsabstand zwischen Unternehmens- und Staatsanleihen) erklärt werden kann. Vor dem Hintergrund der schwachen realwirtschaftlichen Entwicklung war somit die Kreditvergabe im historischen Vergleich während der Krise nicht außergewöhnlich schwach.

Geringe Nutzung des Kredit- und Bürgschaftsprogramms der Bundesregierung

Auch die Tatsache, dass das Kredit- und Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung mit gut 12 % (Ende August 2010) nur in vergleichsweise geringem Maße in Anspruch genommen wurde, spricht dagegen, dass deutsche Unternehmen auf breiter Front kreditrestringiert waren. Der sogenannte Wirtschaftsfonds Deutschland, dessen Errichtung Anfang 2009 infolge der Verschärfung der Finanzkrise von der Bundesregierung beschlossen wurde und dessen Gesamtvolumen 115 Mrd € umfasst, soll daher auch planmäßig Ende dieses Jahres auslaufen.

Entwicklung der Kreditvergabedingungen

Umfragedaten können das Kreditvergabemfeld weiter aufhellen. Unmittelbar am Kreditangebot der Banken setzt der Bank Lending Survey (BLS) des Eurosystems an. Dieser Umfrage zufolge wurden mit dem Ausbruch der Finanzmarkturbulenzen strengere Maßstäbe bei der Kreditvergabe an Unternehmen angesetzt, nachdem diese noch im ersten Halbjahr 2007 spürbar gelockert worden waren.¹⁴⁾ Den Höhepunkt der Verschärfung erreichten die Kreditstandards im ersten Quartal 2009. Danach schwächten sich die Verschärfungen ab, und im zweiten Quartal 2010 kam diese Entwicklung schließlich zum Stillstand.

Abschwächung der Kreditdynamik zeitweise begleitet von strengeren Standards, ...

Während zu Beginn der Krise vor allem bankseitige Faktoren – wie Refinanzierungskosten und bilanzielle Restriktionen, die im BLS in „Eigenkapitalkosten“, „Finanzierungsbedingungen auf dem Geld- oder Anleihemarkt“ und „Liquiditätsposition“ unterteilt sind – für die Verschärfungen der Kreditstandards verantwortlich waren, spielte seit dem dritten Quartal 2008 zunehmend die Risikoeinschätzung der Institute, insbesondere die „allgemeinen Konjunkturaussichten“ sowie „branchen- oder firmenspezifische Faktoren“, eine zentrale Rolle. Eine genauere Analyse der Bedeutung bankseitiger Faktoren zeigt, dass

... die allerdings vor allem mit erhöhten Risiken begründet wurden

¹³ Für ein Beispiel einer solchen Schätzung und die Grenzen ihrer Interpretation siehe: Deutsche Bundesbank, Ökonometrische Schätzgleichung für die Entwicklung der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen in Deutschland, Monatsbericht, September 2009, S. 25.

¹⁴ Zum Erklärungsgehalt des BLS für die Kreditentwicklung an nichtfinanzielle Unternehmen vgl.: Deutsche Bundesbank, Bank Lending Survey: eine Zwischenbilanz und aktuelle Entwicklungen, Monatsbericht, Januar 2009, S. 15–31.

diese während der Finanzkrise zwar zeitweilig einen bedeutenden Einfluss auf die Kreditentwicklung hatten, dass dieser allerdings nur von begrenzter Dauer war. Auch dies deutet darauf hin, dass die schwache Kreditvergabe über den gesamten Zeitraum der Finanzkrise hinweg betrachtet vor allem realwirtschaftlich begründet war.

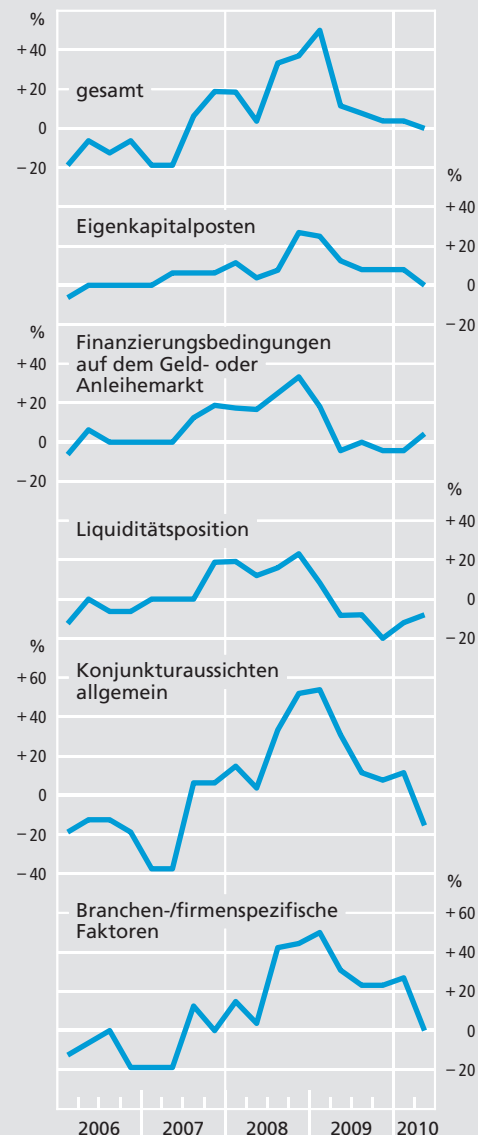
Auch andere Umfragen deuten nicht auf eine Kreditklemme hin, ...

Dieses Bild wurde von regelmäßig durchgeführten Unternehmensumfragen (wie z. B. der ifo Kreditürde und der Umfrage des DIHK) grundsätzlich bestätigt. Auch sie sahen zeitweise gewisse Engpässe in der Kreditvergabe an bestimmte Unternehmensgruppen und -sektoren, jedoch keine allgemeine Kreditklemme mit signifikanten Restriktionen für die Realwirtschaft.

... lediglich auf eine zeitweise besondere Betroffenheit bestimmter Unternehmensgruppen

Von den laut BLS und anderen Umfragen strengeren Vergabemaßstäben waren insbesondere zu Beginn der Krise große Unternehmen in deutlich stärkerem Ausmaß tangiert als kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Dies dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, dass die Sparkassen und Kreditgenossenschaften als klassische Geldgeber der KMU zunächst weniger von der Krise betroffen waren und erst im Zuge der allgemeinen konjunkturellen Eintrübung ihre Kreditrichtlinien anpassten. Auch die Ergebnisse einer Unternehmensumfrage von EZB und EU-Kommission deuten auf eine unterschiedliche Betroffenheit großer und kleinerer Unternehmen in den verschiedenen Phasen der Finanzkrise hin. Demnach sahen im ersten Halbjahr 2009 etwas mehr als 40 % der großen Unternehmen eine Verschlechterung bei der Verfügbarkeit von Bankkrediten, während

Veränderungen der BLS-Kreditstandards^{*)} deutscher Banken und ausgewählter erklärender Faktoren^{**)}



* Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ sowie „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ sowie „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten. — ** Saldo aus der Summe der Angaben „trug deutlich zur Verschärfung der Kreditrichtlinien bei“ sowie „trug leicht zur Verschärfung der Kreditrichtlinien bei“ und der Summe der Angaben „trug deutlich zur Lockerung der Kreditrichtlinien bei“ sowie „trug leicht zur Lockerung der Kreditrichtlinien bei“ in % der gegebenen Antworten.

Deutsche Bundesbank

Die Bedeutung bankseitiger Faktoren für die Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen während der Krise

Im Rahmen des vierteljährlichen Bank Lending Survey (BLS) des Eurosystems wird eine Stichprobe deutscher Banken regelmäßig dazu befragt, wie sich die Standards ihres Hauses für die Gewährung von Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen (einschl. Kreditlinien) in den vergangenen drei Monaten verändert haben. Darüber hinaus werden auch die Gründe für die vorgenommenen Anpassungen der Kreditstandards erfragt.¹⁾ Die Antwortmöglichkeiten umfassen neben der Wettbewerbssituation insbesondere die Risikoeinschätzung seitens der befragten Institute (bezüglich allgemeiner Konjunkturaussichten und branchen- oder firmenspezifischer Risiken) sowie bankseitige Faktoren wie Refinanzierungskosten, Liquiditätssituation und bilanzielle Restriktionen. Aus diesen qualitativen Angaben²⁾ lässt sich mithilfe ökonomischer Faktorextraktionstechniken für jede Bank jeweils ein Indikator für die bankseitigen

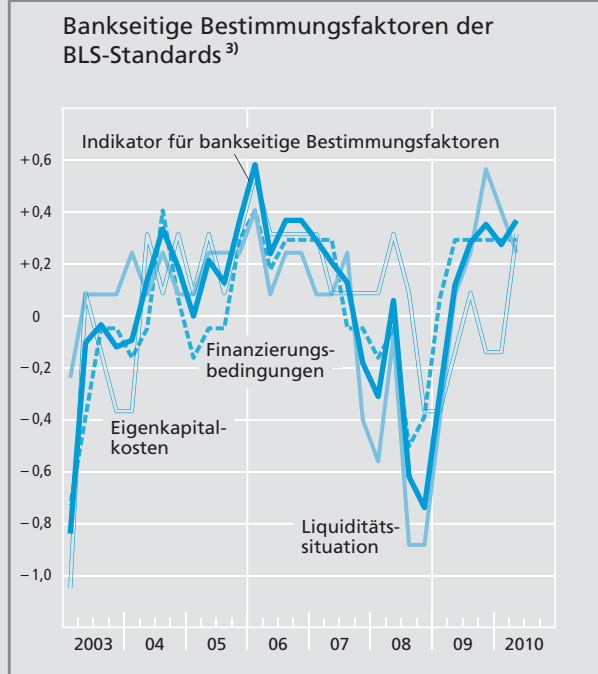
Bestimmungsfaktoren und ein Indikator für den Einfluss ihrer Risikoeinschätzung auf die Entwicklung ihrer Kreditstandards gewinnen. Während der erste Indikator angebotsseitige Bestimmungsgrößen der Kreditentwicklung widerspiegelt, beschreibt der zweite vorrangig die nachfrageseitig getriebenen Einflüsse. Zusätzlich werden die Teilnehmer des BLS auch explizit zu dem von ihnen beobachteten Mittelbedarf der Unternehmen befragt.

Vor dem Hintergrund der Kreditklemmendiskussion sind vor allem die bankseitigen Bestimmungsfaktoren von Interesse. Wie zu erwarten, gewinnt der betreffende Indikator mit Ausbruch der Finanzmarktverwerfungen ab dem dritten Quartal 2007 an Bedeutung und erreicht im dritten und vierten Quartal 2008, das heißt mit der Insolvenz der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers, seinen maximalen Einfluss auf die Kreditstandards. Anschließend verlieren die bankseitigen Bestimmungsfaktoren – offensichtlich vor dem Hintergrund der schnellen geld- und liquiditätspolitischen Reaktion des Eurosystems und der Einführung staatlicher Stützungsmaßnahmen – aber wieder zügig an Bedeutung.

Der Erklärungsgehalt beider Faktoren für die Kreditvergabe der Banken aus der BLS-Stichprobe an nichtfinanzielle Unternehmen wurde mithilfe einer Panel-Schätzung überprüft. Diese basiert auf einem balancierten Panel aus 14 Banken und 31 Quartalen (4. Quartal 2002 bis 2. Quartal 2010). Geschätzt wurde mit der Kleinstquadratmethode (Fixe-Effekte-Methode). In ihrer allgemeinen Form lautet die Schätzgleichung:

$$\Delta K_{i,t} = \alpha_i + \beta(L)BLS_{i,t} + \gamma(L)X_{i,t} + \varepsilon_{i,t}$$

Dabei stellt $\Delta K_{i,t}$ die erste Differenz der logarithmierten realen Kreditbestände (saisonbereinigt) für die Bank i in der Periode t dar, $BLS_{i,t}$ ist ein Vektor aus BLS-Variablen (Kreditstandards, Indikator für bankseitige Bestimmungsfaktoren, Indikator für den Einfluss der Risikoeinschätzung und Nachfrageindikator) für



1 Für eine ausführliche Beschreibung des Bank Lending Survey vgl.: Deutsche Bundesbank, Bank Lending Survey, eine Zwischenbilanz und aktuelle Entwicklungen, Monatsbericht, Januar 2009, S. 15–31. — 2 Die Antwortmöglichkeiten für die Bestimmungsfaktoren der Kreditstandards sind: 1= „trug deutlich zur Verschärfung der Kreditstandards bei“, 2= „trug leicht zur Verschärfung der Kreditstandards bei“,

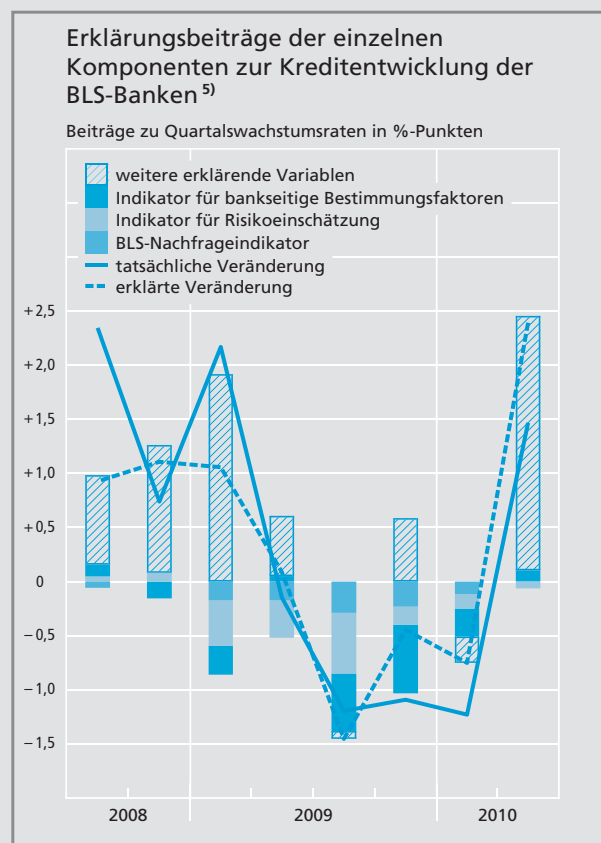
3= „trug dazu bei, dass die Kreditstandards weitgehend unverändert blieben“, 4= „trug leicht zur Lockerung der Kreditstandards bei“, 5= „trug deutlich zur Lockerung der Kreditstandards bei“. — 3 Negative Werte der Bestimmungsfaktoren haben eine verschärfende Wirkung, positive Ausprägungen eine lockernde Wirkung auf Bankkreditstandards. — 4 Vergleichbare Ergebnisse in Bezug auf die Effekte der

Bank i in Periode t . $X_{i,t}$ ist ein Vektor mit zusätzlichen erklärenden Makro- und Mikrovariablen (logarithmierte Wachstumsrate des realen BIP, Wachstumsrate der deflationierten Insolvenzforderungen, Eigenkapitalquote der Bank i , sowie der Abstand zwischen den Zinsen der Kreditfinanzierung und den Renditen alternativer Finanzierungsquellen für die Unternehmen). Die Ergebnisse zeigen, dass neben den anderen einbezogenen Variablen auch der Indikator der bankseitigen Angebotsfaktoren einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der negativen Kreditdynamik der Krisenjahre leistet. Da laut Schätzung der dämpfende Einfluss der bankseitigen Faktoren um vier Quartale verzögert auftritt, entfalten sie ihre maximale restriktive Wirkung erst im dritten und vierten Quartal 2009. Anschließend verliert dieser Erklärungsfaktor schnell an Bedeutung und kehrt sich jüngst sogar ins Positive um.⁴⁾ Die zeitliche Verzögerung in der Wirkung der bankseitigen Faktoren ist mit dem beobachteten sequentiellen Deleveraging der Banken vereinbar. Demnach haben die Banken die infolge der Verschärfung der Finanzkrise notwendig gewordene Erhöhung der Eigenkapitalquoten auf der Aktivseite ihrer Bilanzen zunächst nicht über Buchkredite an den privaten Sektor, sondern über andere Aktivpositionen (Auslandsaktiva, Interbankenforderungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) vorgenommen. Zu der zeitlich verzögerten Wirkung kann auch die unternehmensseitige Inanspruchnahme von ausgehandelten Kreditlinien beigetragen haben.

Per saldo haben laut Schätzung somit auch bankseitige Restriktionen in der Krise zur Abschwächung des Kreditwachstums beigetragen. Selbst in der Phase des stärksten Einflusses der bankseitigen Faktoren war der Erklärungsbeitrag der anderen in der Schätzung explizit berücksichtigten Bestimmungsgrößen in der Summe jedoch bedeutender. Außerdem war der Einfluss der bankseitigen Faktoren aufgrund der schnellen und deutlichen Reaktion des Eurosystems und der staatlichen

bankseitigen Bestimmungsgrößen ergeben sich auch in alternativen Schätzvarianten (OLS-Schätzungen unter zusätzlicher Berücksichtigung von Zeiteffekten, Schätzungen mit unbalancierten BLS-Daten, Schätzungen mit feasible GLS) im Rahmen der Robustheitskontrolle. — 5 Zerlegung der geschätzten Kreditentwicklung in ihre einzelnen Komponenten bzw. Erklärungsfaktoren. Das Schaubild zeigt, wie sich

Unterstützungsmaßnahmen nur von begrenzter Dauer. Ausmaß und Dauer des restringierenden Einflusses der bankseitigen Faktoren sprechen somit nicht für eine breit angelegte Kreditklemme. Ferner ist zu bedenken, dass die Ergebnisse auf einer Stichprobe basieren, in der größere Kreditinstitute einen überproportionalen Anteil besitzen. Da sie in der Krise tendenziell stärker von einem erhöhten Wertberichtigungsbedarf und eingeschränkten Refinanzierungsmöglichkeiten betroffen waren, dürfte die ökonometrische Analyse die Bedeutung der bankseitigen Faktoren für die Kreditvergabe des gesamten Bankensektors eher überschätzen.



die von der Schätzung erklärte Kreditentwicklung auf bankseitige Angebotsfaktoren, den Risikoindikator, den BLS-Nachfrageindikator und die weiteren erklärenden Variablen (wie z.B. die Wachstumsrate des realen BIP, die Wachstumsrate der deflationierten Insolvenzforderungen, den Zinsabstand usw.) aufteilt.

dies bei nur 30 % der KMU der Fall war.¹⁵⁾ Im zweiten Halbjahr 2009 näherten sich in dieser Umfrage die Werte der großen Unternehmen aber denen der KMU an. Damit unterscheidet sich diese Krise deutlich von früheren, in denen KMU typischerweise in stärkerem Ausmaß betroffen waren als große Unternehmen.

Zinsweitergabeverhalten der Banken ebenfalls unauffällig

Gegen das Vorliegen einer breit angelegten Kreditklemme in Deutschland spricht schließlich auch, dass Unternehmenskredite in den für den deutschen Bankenmarkt relevanten Kategorien tendenziell eher günstiger verzinst wurden, als es auf Basis des Zinsweitergabeverhaltens der deutschen Banken vor der Krise geschätzte Modelle prognostizierten. Es gibt nach diesen Schätzungen keinen Hinweis darauf, dass die infolge der geldpolitischen Lockerung stark gesunkenen Refinanzierungskosten außergewöhnlich zögerlich an die Bankkunden weitergegeben wurden.¹⁶⁾

Alternative Formen der Unternehmensfinanzierung

Während der Krise zunehmende Bedeutung der internen Finanzierung

Bei der Beurteilung der Finanzierungssituation der nichtfinanziellen Unternehmen in der Finanzkrise ist zudem zu berücksichtigen, dass der Bankkredit zwar eine wichtige, bei Weitem aber nicht die bedeutendste Finanzierungsquelle darstellt. So machten laut Finanzierungsrechnung der Bundesbank die den nichtfinanziellen Unternehmen zwischen 2000 und 2007 zugeflossenen Außenfinanzierungsmittel, zu denen der Bankkredit zählt, im Mittel nur 25 % der Gesamtfinanzierung aus; durchschnittlich 75 % wurden von den Unternehmen intern finanziert.

Die Innenfinanzierung spielte in Deutschland auch während der Finanzkrise eine besondere Rolle. Die nichtfinanziellen Unternehmen konnten über den Zeitraum der Finanzkrise rein rechnerisch ihre gesamten Sachinvestitionen mit Innenfinanzierungsmitteln tätigen – wozu auch beitrug, dass die Ausgaben für Sachinvestitionen krisenbedingt stark gekürzt wurden. Demnach waren die nichtfinanziellen Unternehmen auch in dem konjunkturell besonders schwierigen Jahr 2009 per saldo nicht auf die Mittel anderer Sektoren angewiesen; sie haben im Gegenteil insgesamt sogar Geldvermögen gebildet, was ebenfalls gegen die Hypothese einer Kreditklemme sprechen dürfte.

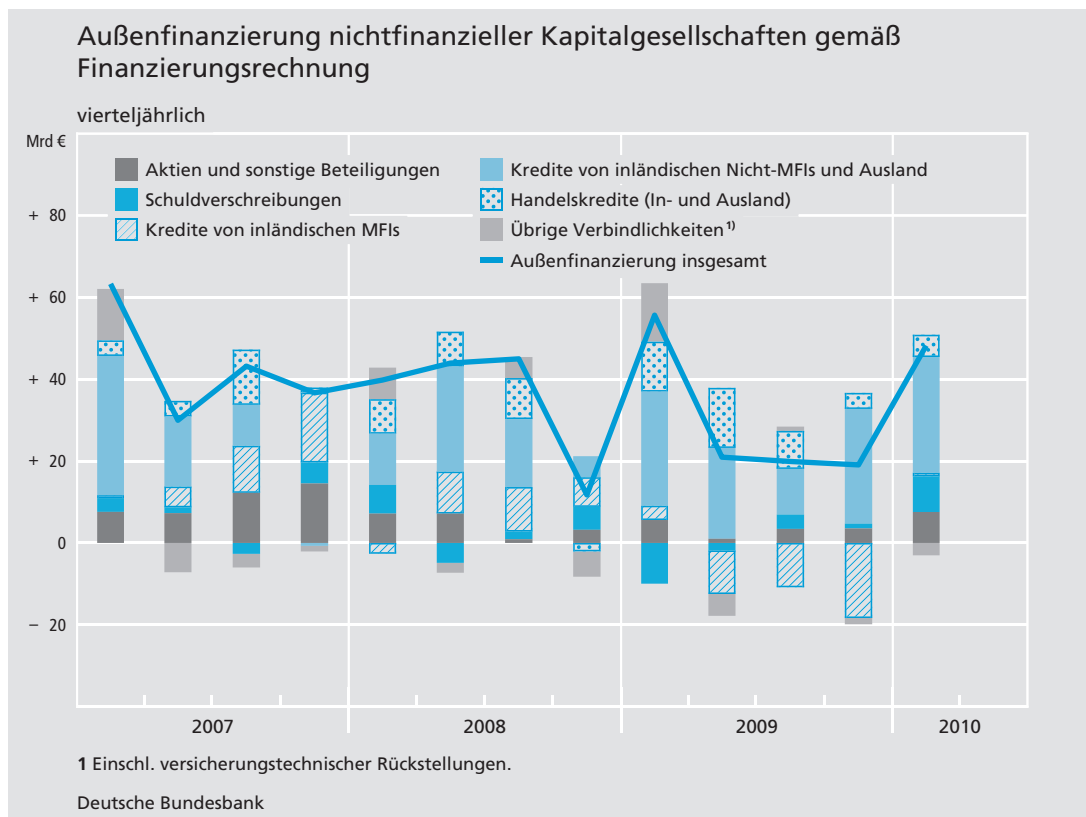
Positive Geldvermögensbildung der nichtfinanziellen Unternehmen spricht gegen Kreditklemme

Zeitgleich sank während der Finanzkrise das Volumen der Außenfinanzierung. Dem Rückgang bei den Bankkrediten stand dabei aber ein Anstieg der alternativen externen Finanzierungsformen gegenüber (siehe Schaubild auf S. 45). Hier hat 2009 insbesondere die Finanzierung über Kredite im Konzernverbund, die in erster Linie von größeren und international agierenden Unternehmen genutzt wird, einen stabilisierenden Einfluss ausgeübt.¹⁷⁾ Gleiches galt phasenweise auch für die – quantitativ allerdings weniger bedeutsa-

¹⁵ Vor dem Hintergrund, dass vergleichsweise wenige Informationen zur Finanzierungssituation von KMU zur Verfügung stehen, wird im Auftrag der EZB und der EU-Kommission seit 2009 eine Befragung von KMU in Europa zu dieser Thematik in einem halbjährlichen Rhythmus vorgenommen. Einzelheiten siehe unter <http://www.ecb.int/stats/money/surveys/sme/html/index.en.html>.

¹⁶ Zu der Methodik siehe: Deutsche Bundesbank, Kurzfristige Bankkreditzinsen seit Herbst 2008, Monatsbericht, Mai 2009, S. 38 f.

¹⁷ Ein Teil der konzerninternen Kredite geht auf die Weiterleitung von Mitteln zurück, die Finanzierungsgesellschaften deutscher Unternehmen aus der Platzierung von Schuldverschreibungen am internationalen Kapitalmarkt Erlöse haben.



men – Handelskredite. Weitere Alternativen zur Bankkreditfinanzierung standen nichtfinanziellen Unternehmen mit Kapitalmarktzugang zur Verfügung. Ihnen gelang es trotz der durch die Krise erschwerten Finanzierungsbedingungen, von 2007 bis heute über die Emission festverzinslicher Wertpapiere, Aktien und anderer Anteilsrechte durchweg positive Finanzierungsbeiträge zu erzielen.

In der Summe somit keine breit angelegte Kreditklemme festzustellen

In der Summe sprechen diese Entwicklungen dafür, dass sich der während der Finanzkrise zu beobachtende Rückgang des Buchkreditvolumens an nichtfinanzielle Unternehmen in Deutschland vor allem auf die realwirtschaftliche Abschwächung zurückführen lässt. Bankseitige Angebotsrestriktionen dagegen haben die Kreditdynamik wohl nicht über einen längeren Zeitraum einge-

schränkt.¹⁸⁾ Eine aufgrund bankseitiger Faktoren ausgelöste, breit angelegte Kreditklemme mit sich selbst verstärkenden Effekten ist demnach bisher nicht festzustellen.

Zum Risiko einer Kreditklemme in der konjunkturellen Erholungsphase

Im laufenden Jahr scheint der Abwärtstrend der Bankkreditdynamik in Deutschland gebrochen, denn seit Jahresbeginn stagniert der Bestand der Buchkredite deutscher Banken

¹⁸ Zwar zeigt die disaggregierte Betrachtung der Buchkreditvergabe nach Bankengruppen, dass ein Abbau der Kredite an inländische nichtfinanzielle Unternehmen insbesondere von den durch die Finanzkrise besonders belasteten Bankengruppen, vor allem den Groß- und Landesbanken, erfolgte. Allerdings kann daraus nicht geschlossen werden, dass durch restriktiv agierende Institute möglicherweise abgewiesene Unternehmen in ihrer Mittelaufnahme nicht durch andere Bankengruppen bedient wurden.

*Abwärtstrend
in der Kredit-
dynamik
inzwischen
gebrochen,
aber noch kein
Wendepunkt
erkennbar*

an inländische nichtfinanzielle Unternehmen weitgehend. Allerdings ist noch keine Wende zu einem Wiederanstieg des Kreditbestandes auszumachen. Wenn die Bankkreditnachfrage in den kommenden Monaten der zunehmenden wirtschaftlichen Erholung folgt und der Kapitalbedarf der Unternehmen bei Betriebsmitteln und Investitionen steigen sollte, kann zwar weiterhin nicht völlig ausgeschlossen werden, dass ein dahinter zurückbleibendes Finanzierungsangebot der Banken die gesamtwirtschaftliche Aktivität dämpft. Dies ist jedoch ein eher unwahrscheinliches Risikoszenario. Zum einen dürfte der Zugang zu alternativen externen und internen Finanzierungsquellen durch die konjunkturelle Erholung und die allmähliche Entspannung an den Finanzmärkten zunehmend leichter werden.

*Am aktuellen
Rand eher
Entspannung
bei der Kredit-
versorgung, ...*

Zum anderen dürfte die Wahrscheinlichkeit für eine bevorstehende Kreditklemme aber auch aus bankseitigen Gründen begrenzt bleiben. So ist seit Anfang 2010 auf Basis von Ergebnissen aus Unternehmens- und Bankumfragen eine stetige Verbesserung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft erkennbar. Gemäß der im Juli 2010 erneut durchgeführten Sonderumfrage der Bundesbank¹⁹⁾ unter deutschen Banken erwarten diese für die nächsten 12 Monate vor dem Hintergrund des günstigen konjunkturellen Umfelds sogar ein steigendes Kreditvolumen. Der durch die Finanzkrise ausgelöste Druck zum Abbau der Bilanzaktiva im deutschen Bankensystem nimmt zudem aktuell tendenziell ab. Vor dem Hintergrund der makroökonomischen Entwicklung kann für das Gesamtjahr 2010 aus heutiger Sicht trotz der nicht vernachlässigbaren Finanzmarktrisiken

eine verhaltene, aber positive Profitabilitätsentwicklung deutscher Banken erwartet werden (siehe S. 36). Auch die langsam einsetzende Normalisierung des Interbankenmarkts im Euro-Raum setzt ermutigende Signale.

Allerdings ist bei der Beantwortung der Frage nach einer möglichen Kreditklemme in der Zukunft zu berücksichtigen, inwieweit Banken und Märkte die von regulatorischer Seite zu erwartenden steigenden Eigenkapitalforderungen bereits im Vorfeld umsetzen werden. Die bisherigen Beschlüsse des Baseler Ausschusses über die Höhe der zukünftigen Kapitalanforderungen²⁰⁾, die voraussichtlich Anfang November von den G20-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel in Seoul endgültig verabschiedet werden, deuten auf einen spürbaren Kapitalbedarf der deutschen Institute in der Zukunft hin. Regulatorisch bedingte starke Veränderungen im Kreditvergabeverhalten sind – nicht zuletzt wegen langer Übergangszeiten – für die nahe Zukunft gleichwohl nicht zu erwarten. Zudem belegt die Restrukturierung der Bankbilanzen während der Krise, dass Kreditinstitute in Deutschland Portfolioumschichtungen auf der Aktivseite nur bedingt zulasten ihrer Kundenkreditbeziehungen angingen. Daher sollte die Wirkung regulatorischer Anpassungen auf Kredite mit durchschnittlichem Risiko zunächst begrenzt sein; eher könnte der Zu-

*... aber die
Eigenkapital-
anforderungen
werden
zunehmen*

¹⁹ Für detailliertere Ergebnisse vgl.: 3. Sonderumfrage der Deutschen Bundesbank zum Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Unternehmen unter http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/publikationen/ergebnisbericht_sonderumfrage_juli10.pdf.

²⁰ Für Details siehe Pressemitteilung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, Gruppe der Zentralbankpräsidenten und Leiter der Bankenaufsichtsinstanzen gibt höhere globale Mindestkapitalanforderungen bekannt, 12. September 2010.

gang zu risikoreicheren Krediten erschwert werden.

Die höheren Eigenkapitalanforderungen stärken die Widerstandsfähigkeit des Bankensystems. Dies dürfte für sich genommen die Risikoprämien für Eigen- und Fremdkapital der Banken verringern. Sofern die Finanzmarkt-

stabilisierung global weiter voranschreitet und der Bilanzbereinigungsprozess des deutschen Bankensystems seinen Höhepunkt überschritten hat, sollten die Rückkopplungseffekte der Finanzkrise auf die Realwirtschaft jedenfalls begrenzt und das Auftreten einer breiten Kreditklemme lediglich ein Risikoszenario bleiben.

Konjunktur

Die deutsche Wirtschaft musste im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise den stärksten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit Bestehen der Bundesrepublik hinnehmen. Obwohl die Krise hier nicht ihren Ursprung hatte, traf der globale Nachfrageschock im Winterhalbjahr 2008/2009 Deutschland wegen des Spezialisierungsmusters der heimischen Industrie besonders hart. In der Folge gingen die Ausfuhren erheblich zurück. Die inländische Endnachfrage erwies sich hingegen als vergleichsweise robust. Dies gilt vor allem für den privaten Verbrauch, wozu der stabile Arbeitsmarkt wesentlich beigetragen hat. Diese Diskrepanz zwischen außenwirtschaftlicher und binnenwirtschaftlicher Entwicklung unterscheidet Deutschland von den Ländern, die durch größere strukturelle Verwerfungen gekennzeichnet waren. Der zuvor zyklisch überhöhte Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz reduzierte sich spürbar. Deutschland bildete damit in dieser Zeit einen Puffer für die globale Nachfrage.

Die deutsche Wirtschaft profitiert umgekehrt in besonderem Maß von der im Frühjahr 2009 einsetzenden, kräftigen Belebung der Weltwirtschaft. Das Erholungstempo ist daher aus zyklischer Sicht höher als in den meisten anderen Industriestaaten. Zusammen mit der von der Krise wenig beeinträchtigten Binnennachfrage stützt dies die Einschätzung, dass der Produktionsrückgang in Deutschland zu einem erheblichen Anteil zyklisch bedingt war. Dennoch ist nicht damit zu rechnen, dass die deutsche Wirtschaft auf absehbare Zeit wieder auf den Wachstumspfad unmittelbar vor der Krise zurückkehren wird.

Die Widerstandsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft während der Krise war nicht zuletzt Folge der Restrukturierungsmaßnahmen im Unternehmenssektor sowie struktureller Reformen während der letzten Dekade. Aus diesem Grund befindet sich Deutschland jetzt auch in einer gegenüber früheren Erholungsphasen verbesserten Ausgangslage. Gleichwohl besteht noch Raum, um die Krisenfestigkeit und Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Die in Gang gekommene Verbreiterung der Wachstumsbasis vollzieht sich über marktwirtschaftliche Prozesse. Diese sind durch weitere Reformen wirtschaftspolitisch zu flankieren. Dabei kann es jedoch nicht darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu beschränken. Nicht nur hierzulande würden dann Wachstums- und Wohlstandspotenziale leichtfertig verspielt.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung während der Krise

*Scharfer
Konjunktur-
einbruch im
Winterhalbjahr
2008/2009...*

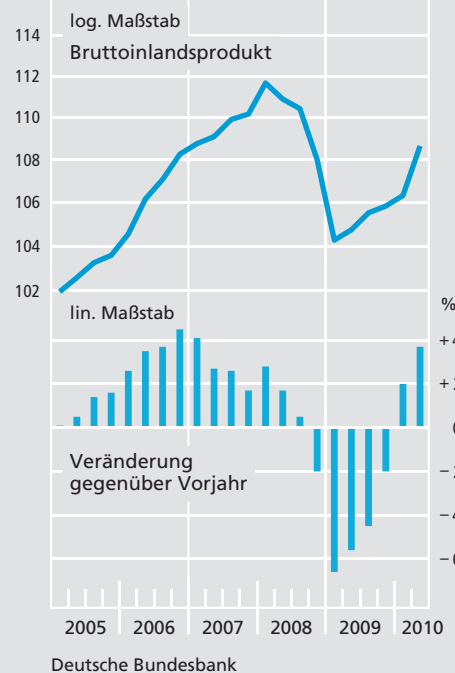
Die deutsche Wirtschaft musste im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise den stärksten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit Bestehen der Bundesrepublik hinnehmen. Dabei blieb die erste Phase der Anspannungen auf den Finanz- und Immobilienmärkten einiger Länder noch ohne spürbaren Einfluss auf die Konjunkturentwicklung in Deutschland. Die Produktion lief bis zum ersten Quartal 2008 auf hohen Touren, und auch die Abkühlungstendenzen im weiteren Jahresverlauf hielten sich zunächst im Rahmen normaler zyklischer Bewegungen. Erst die nach der Jahresmitte 2008 einsetzende drastische Stimmungseintrübung, die mit der Lehman-Insolvenz sich nochmals verschärfende Finanzkrise sowie der nachfolgende heftige Einbruch des globalen Handels insbesondere mit dauerhaften Konsum- und Investitionsgütern führten in den Wintermonaten 2008/2009 zu einem markanten Rückgang der Wirtschaftsaktivität in Deutschland, der stärker ausfiel als in vielen anderen Industrieländern.

*... gefolgt von
zyklischer
Erholung*

Dank weltweiter umfangreicher Stützungsmaßnahmen für das Finanzsystem sowie erheblicher Konjunkturstimuli von der Geld- und Finanzpolitik stabilisierten sich Welthandel und Weltproduktion jedoch ab dem Frühjahr 2009, wengleich auf einem deutlich gedrückten Niveau. Das galt auch für die deutsche Wirtschaft. Mit der allmählichen Rückkehr des verloren gegangenen Vertrauens setzte eine zunächst verhaltene zyklische Erholung ein, die mit der später hinzukommenden äußerst schwungvollen Belebung

Gesamtwirtschaftliche Produktion

2000 = 100, preis- und saisonbereinigt



des Welthandels deutlich an Stärke gewann. Es zeichnet sich ab, dass die Wirtschaftsleistung in Deutschland im Jahr 2010 um mehr als 3 % zunehmen wird, nach einem Rückgang um 4,7 % im Vorjahr.

Zunächst nur geringe Beeinträchtigung der Konjunktur

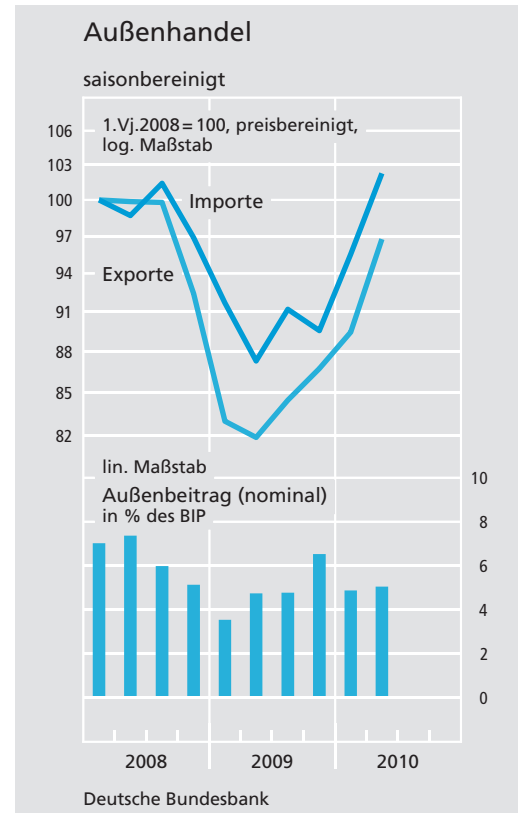
Die Finanz- und Wirtschaftskrise traf die deutsche Konjunktur in einer ausgesprochenen Hochphase. Vor allem die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes produzierten im Jahr 2007 an der Kapazitätsgrenze, um die kräftige Nachfrage aus dem Ausland und zunehmend auch aus dem Inland zu bedienen. Die schwierigen strukturellen Anpassungsprozesse der Vorjahre hatten die Rentabilität der deutschen Wirtschaft wieder hergestellt.

*Günstige
Ausgangslage
vor der Krise*

Im Zuge des weltweiten Aufschwungs erreichten die Unternehmensgewinne dann Rekordhöhen. Aufgrund bestehender Kapazitätsengpässe wurden vor dem Hintergrund weiterhin recht optimistischer Erwartungen umfangreiche Investitionen getätigt. Die verbesserte Situation der deutschen Wirtschaft zeigte sich auch an der deutlichen Belebung des Arbeitsmarktes. In einigen Bereichen nahmen die Schwierigkeiten zu, offene Stellen zu besetzen.

*Nach starkem
Jahresbeginn
2008
beginnende
Abschwächung*

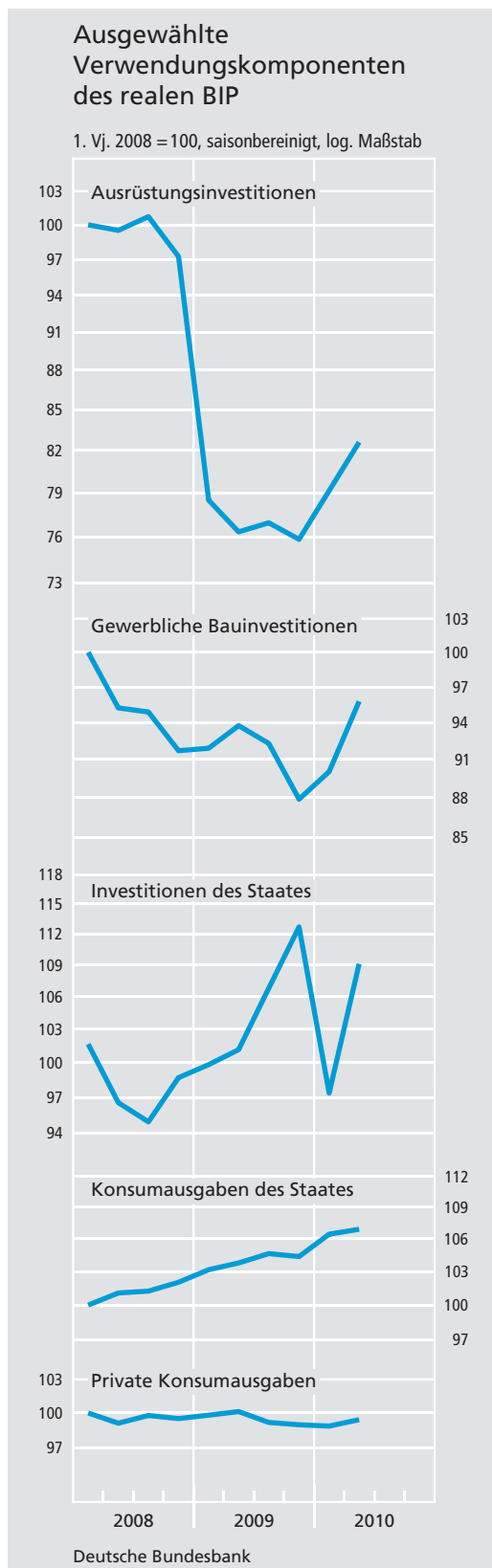
Für das Jahr 2008 deutete sich zwar an, dass das hohe Expansionstempo der Vorjahre nicht gehalten werden konnte, Anzeichen für einen massiven Einbruch gab es zunächst aber nicht. Auch die Unternehmensplanungen bezüglich Investitionen und Beschäftigung bauten auf der Erwartung einer von größeren Verwerfungen unbeeinträchtigten wirtschaftlichen Entwicklung auf. Die Geschäftserwartungen der Industrie trübten sich von einem sehr hohen Niveau aus nach und nach ein, und der Auftragseingang konnte an die schwungvolle Entwicklung der Jahre 2006 und 2007 nicht mehr anknüpfen. Im Hinblick auf die aktuelle Geschäftslage überwogen in dieser Zeit jedoch noch die positiven Einschätzungen. Dies galt vor allem für das Verarbeitende Gewerbe, wo beträchtliche Auftragsbestände eine hohe Auslastung eine gewisse Zeit zu sichern schienen. Trotzdem setzte bereits im zweiten Quartal 2008 der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität ein. Dabei spielte eine Rolle, dass es im Vorquartal auch aufgrund witterungsbedingter Sondereffekte im Baugewerbe einen außerordentlich kräftigen Zuwachs gegeben hatte. Das Minus im dritten Quartal hielt sich im Rahmen einer normalen zyklischen Schwäche.



Scharfe Rezession im Winterhalbjahr 2008/2009

In den letzten Monaten des Jahres 2008 verschlechterte sich jedoch zunächst die Stimmung und dann auch die Lage dramatisch. Bereits vor der Insolvenz von Lehman Brothers korrigierten die Unternehmen ihre Erwartungen deutlich nach unten, und die Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen ging erheblich zurück. Diese Abwärtstendenzen verstärkten sich in den nächsten Monaten im Gefolge der sich zuspitzenden Finanzkrise und der um sich greifenden Verunsicherung massiv. Weltweit bemühten sich viele Unternehmen, ihre freien Betriebsmittel zu erhöhen, indem sie die Vorratshaltung so weit wie möglich zurückführten, Investitionsprojekte stoppten, auf die Vergabe neuer Aufträge

Starker Rückgang der globalen Nachfrage nach Industrieprodukten



verzichteten und teilweise Bestellungen stornierten. Die privaten Haushalte schränkten die Nachfrage nach dauerhaften und hochwertigen Konsumgütern ein. Dies alles wirkte unmittelbar krisenverschärfend, und es bestand die Gefahr einer Abwärtsspirale.

Deutschland traf dieser globale Nachfrageschock besonders hart, obwohl die Krise hier nicht ihren Ursprung hatte. Wesentlich für den scharfen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität waren vor allem das für die Größe der Volkswirtschaft sehr hohe Gewicht des Außenhandels und die Spezialisierung der deutschen Wirtschaft auf die Herstellung der besonders konjunktur reagiblen hochwertigen Vorleistungs- und Investitionsgüter.¹⁾ Während sich das globale Handelsvolumen mit Waren den Angaben des Centraal Planbureau zufolge vom zweiten Quartal 2008 bis zum ersten Vierteljahr 2009 um 18 ½ % verringerte, nahmen die Warenexporte Deutschlands wegen der besonderen Sortimentsstruktur um 22 ½ % ab. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands verringerte sich in diesem Zeitraum um 6 % gegenüber 4 ¾ % im OECD-Raum insgesamt.

Die scharfe Kontraktion des Welthandels beeinträchtigte die deutsche Wirtschaft über die unmittelbaren Produktionswirkungen hinaus. Bemerkenswert ist allerdings, dass indirekte Effekte in weit geringerem Maße eintraten, als angesichts der Stärke des Einbruchs hätte erwartet werden können. Nicht nur als Folge der zunehmenden Unterauslastung der Pro-

Starker Produktionsrückgang im Winterhalbjahr 2008/2009...

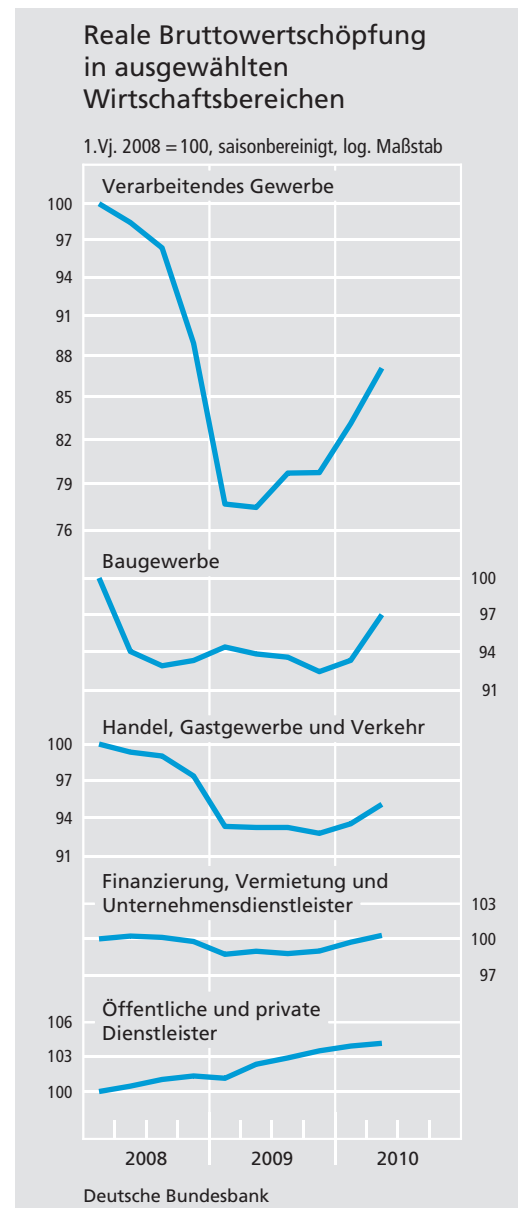
¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Finanzmarktschock und Einbruch der Industrieproduktion in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, Monatsbericht, Mai 2009, S. 14f.

duktionskapazitäten, sondern auch wegen der steigenden Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung reduzierten die Unternehmen ihre Investitionsbudgets abrupt: Im ersten Jahresviertel 2009 wurde der Erwerb neuer Ausrüstungen gegenüber der Vorperiode saisonbereinigt um ein Fünftel eingeschränkt. Die Aufwendungen für gewerbliche Bauten mit einem im Vergleich zu Ausrüstungsinvestitionen längeren Planungshorizont wurden hingegen zunächst kaum verringert. Ähnliches gilt für die Personaldispositionen (siehe dazu ausführlich S. 59 ff.). Als Folge erwies sich der private Verbrauch als vergleichsweise robust, sodass die inländische Endnachfrage deutlich weniger stark nachließ als die Wertschöpfung.

... auf exportorientierte Branchen konzentriert

In sektoraler Hinsicht war das Verarbeitende Gewerbe unmittelbar betroffen. Die Wertschöpfung dieses Sektors schrumpfte im Winterhalbjahr 2008/2009 um fast ein Fünftel. Über Verbundwirkungen übertrug sich der Schock auf andere Wirtschaftsbereiche wie den Groß- und Außenhandel, das Transportgewerbe und zahlreiche unternehmensnahe Dienstleister. Das Baugewerbe, der Einzelhandel und öffentliche sowie haushaltsnahe Dienstleistungen blieben hingegen weitgehend unbeeinflusst. Diese Diskrepanz zwischen außenwirtschaftlicher und binnenwirtschaftlicher Entwicklung unterscheidet Deutschland von den Ländern, in denen die Krise ihren Ursprung hatte und die durch größere strukturelle Verwerfungen gekennzeichnet sind.

Wegen der vergleichsweise moderaten Reaktion der inländischen Nachfrage wurden die



Importe im Winterhalbjahr 2008/2009 deutlich weniger stark zurückgenommen als die Exporte. Der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz reduzierte sich von 7 1/2 % des nominalen BIP im Jahr 2007 auf 5 % im Jahr 2009. Damit bildete Deutschland in dieser Zeit einen Puffer für die globale Nachfrage.

Reduzierter Leistungsbilanzüberschuss

Stabilisierung der Konjunktur im Frühjahr 2009

*Umfangreiche
wirtschafts-
politische
Maßnahmen
zur Auflösung
der Schock-
starre*

Der weltweite massive Einsatz der Geld- und Fiskalpolitik und die Rettungsmaßnahmen für das Finanzsystem trugen dazu bei, dass sich die Schockstarre im internationalen Wirtschaftsgeschehen im Verlauf der Frühjahrsmonate 2009 allmählich auflöste. Über die bereits beachtliche Wirkung der automatischen Stabilisatoren hinaus wurden in vielen Ländern expansive finanzpolitische Maßnahmen ergriffen. So wurde in Deutschland nach einem ersten, kleineren Maßnahmenpaket im November 2008 im Januar 2009 ein zweites Konjunkturpaket mit einem im Wesentlichen über zwei Jahre verteilten Finanzvolumen von rund 50 Mrd € oder 2 % des BIP beschlossen (Vgl. im Einzelnen die Ausführungen auf den S. 75 ff.). Neben umfangreichen öffentlichen Investitionen enthielt das Paket unter anderem Entlastungen bei der Einkommensteuer, Senkungen der Beiträge zur Sozialversicherung, höhere Sozialleistungen, unternehmensbezogene Bürgschaftsprogramme und eine Abwrackprämie für den Ersatz privat genutzter Altfahrzeuge durch Neuwagen, deren Volumen kurze Zeit später von 1,5 Mrd € auf 5 Mrd € aufgestockt wurde.

*Abwrackprämie
mit kräftigen
Impulsen für die
Konjunktur...*

Im Unterschied zu den vorgesehenen öffentlichen Investitionen, deren Umsetzung auch wegen längerer Planungs- und Genehmigungsverfahren erst mit zum Teil erheblicher zeitlicher Verzögerung erfolgte, entfaltete die Abwrackprämie rasch ihre Wirkung. Die Nachfrage der privaten Haushalte schnellte – insbesondere im Kleinwagen- und Mittelklassesegment – nach oben und glich den

andere Marktsegmente betreffenden Ausfall der Bestellungen für gewerbliche Zwecke zu einem großen Teil aus. In der Folge begann sich die Produktion im Kfz-Bereich, die zuvor um beinahe zwei Fünftel eingebrochen war, zu erholen. Diese Impulse kamen in hohem Maße auch ausländischen Kfz-Produzenten und Auslandstöchtern deutscher Automobilkonzerne zugute. So übertrafen die Importe von Kraftfahrzeugen von Frühling bis Herbst 2009 den Stand zu Jahresanfang im Mittel um 5 ¼ %. Im Jahr 2009 insgesamt erhöhte sich die Zahl der Pkw-Zulassungen der privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Millionen auf 2,4 Millionen Kraftfahrzeuge.

Als Instrument zur Konjunkturstabilisierung wirkte die Abwrackprämie zweifelsohne zielgerichtet, zeitnah und zeitlich begrenzt. Insofern hat sie drei wichtige Anforderungen an ein wirksames öffentliches Ausgabenprogramm erfüllt. Für die Automobilbranche als Ganzes hat sie die Zeitspanne zwischen dem breit angelegten Nachfrageeinbruch und dem Wiederaufleben zunächst der Auslandsnachfrage und dann auch der Nachfrage inländischer Gewerbetreibender, die zuvor Ersatzbeschaffungen in erheblichem Umfang aufgeschoben hatten, wirksam überbrückt. Hiervon profitierten nicht nur die Kfz-Hersteller selbst, sondern ebenso die Zulieferindustrie dieses Wirtschaftszweiges.²⁾ Gleichwohl bedeutete die massenweise Verschrottung alter, aber funktionsfähiger Kraftfahrzeuge

*... aber gespal-
tener Bilanz*

² Vgl.: Deutsche Bundesbank, Gesamtwirtschaftliche Folgen eines Rückgangs der Automobilnachfrage unter Berücksichtigung intersektoraler Produktionsverflechtungen, Monatsbericht, Februar 2008, S. 48 f.

eine Vernichtung werthaltigen Sachvermögens.

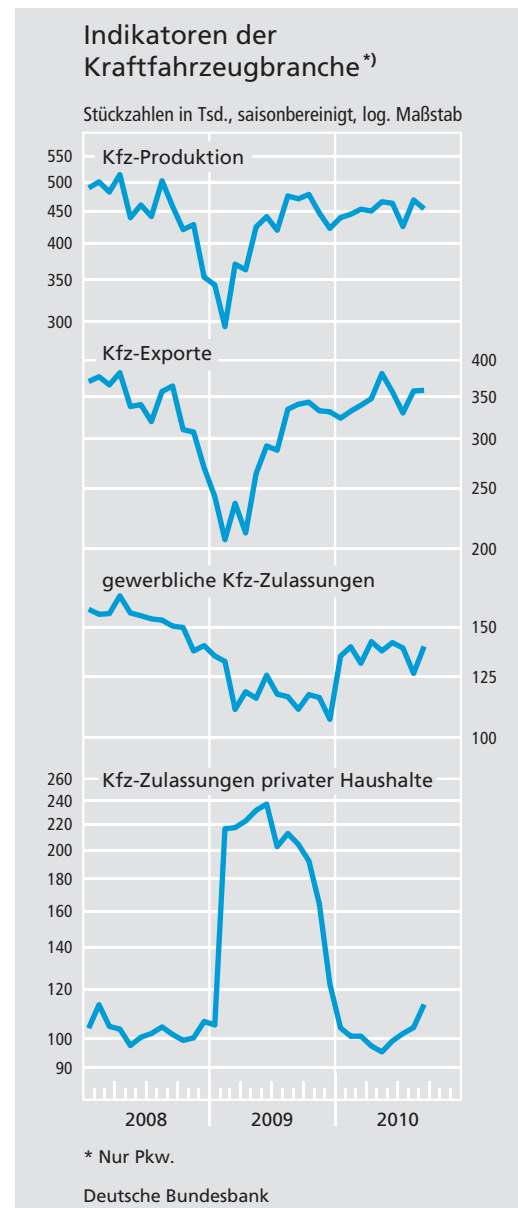
Zunächst verhaltene, dann kräftige Konjunkturerholung

Zunächst verhaltene konjunkturelle Erholung

Die ersten Anstöße für die wirtschaftliche Erholung kamen im Frühjahr 2009 überwiegend von den öffentlichen Konjunkturprogrammen, die sich in einer steigenden privaten und öffentlichen Konsumnachfrage niederschlugen. Daneben expandierte wieder die Nachfrage aus China und dem südostasiatischen Raum. Bereits im Sommerquartal zeigten die Ausfuhren in der Breite nach oben. Zudem wurden die öffentlichen Bauinvestitionen spürbar ausgeweitet. Im vierten Quartal 2009 schwächte sich das zyklische Erholungstempo auch deshalb vorübergehend ab, weil sich die zuvor positiven Impulse der Abwrackprämie auf den privaten Verbrauch umkehrten. Hinzu kam, dass sich die Unternehmen angesichts damals noch stark unterausgelasteter Kapazitäten bei den Ausstattungsinvestitionen zurückhielten. Nach dem Jahreswechsel 2009/2010 nahm die Erholung in der Grundtendenz deutlich Fahrt auf; in der BIP-Entwicklung spiegelte sich dies noch nicht vollständig wider, weil ungewöhnlich kaltes und schneereiches Winterwetter die Produktion im Bauhauptgewerbe in besonderem Maß, in anderen Wirtschaftsbereichen in geringerem, aber doch spürbarem Umfang beeinträchtigte.

Kräftiges Wachstum im zweiten Quartal 2010...

Auch wegen der damit verbundenen Nachhol- und Aufholeffekte kam es im Frühjahr 2010 zu einem außergewöhnlich starken Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,2%



gegenüber dem Vorquartal. Vor allem aber machte sich die Belebung des Welthandels in stark steigenden deutschen Ausfuhren bemerkbar. Dies hatte sich bereits mit einer erheblichen Zunahme der Auslandsaufträge für die deutsche Industrie im ersten Vierteljahr 2010 angedeutet. Die damit einhergehende massive Stimmungsverbesserung dürfte ein wesentlicher Grund für das Anziehen der Investitionen gewesen sein. Mit der steigen-

den Zuversicht, dass die Krise der Weltwirtschaft schneller als zuvor gedacht überwunden werden könnte, nahm die Zurückhaltung bei Konsumententscheidungen ab. Finanzierungsseitig gab es weiter nur in Teilsegmenten Angebotsbeschränkungen, sodass sich die Befürchtung einer breiten Kreditklemme nicht bestätigte (siehe S. 39 ff.).

... aber Produktionsverluste noch nicht aufgeholt

Trotz der deutlichen konjunkturellen Aufwärtsbewegung hat die gesamtwirtschaftliche Aktivität den letzten zyklischen Höchststand noch nicht wieder erreicht. Bislang wurden rund drei Fünftel des durch die Krise verursachten Produktionseinbruchs aufgeholt. Im Verarbeitenden Gewerbe, das von dem Nachfrageausfall besonders stark getroffen wurde, sind es erst zwei Fünftel. Im Handel und Verkehrsgewerbe liegt die Wirtschaftsleistung – anders als bei den unternehmensnahen Dienstleistungen einschließlich Finanzierung und Vermietung – ebenfalls noch unter dem Vorkrisenniveau.

Perspektiven und Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft

Krise in Deutschland aus realwirtschaftlicher Sicht vor allem konjunkturelles Phänomen

Die deutsche Wirtschaft wurde einerseits von dem massiven weltweiten Nachfrageausfall im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise wegen ihres Spezialisierungsmusters, das mit einem hohen Grad an außenwirtschaftlicher Verflechtung einhergeht, besonders hart getroffen. Andererseits hat sie von der im Frühjahr 2009 einsetzenden, recht kräftigen Belebung der Weltwirtschaft auch in besonderem Maß profitiert. Das Erholungstempo ist daher aus zyklischer Sicht höher als in den meis-

ten anderen Industriestaaten. Zusammen mit dem Bild einer in der Krise bemerkenswert robusten inländischen Endnachfrage stützt dies die Einschätzung, dass es sich bei dem Produktionsrückgang in Deutschland zu einem erheblichen Teil um ein zyklisches Phänomen handelt. Dennoch ist aus heutiger Sicht nicht damit zu rechnen, dass die deutsche Wirtschaft in absehbarer Zeit wieder auf den Wachstumspfad unmittelbar vor der Krise zurückkehren wird.

Ein Grund dafür ist, dass der letzte globale Aufschwung zumindest in seiner Endphase durch ein nicht nachhaltiges Expansions-tempo geprägt war. Hierfür waren internationale Fehllenkungen von Ressourcen, der Aufbau makroökonomischer Ungleichgewichte und Übertreibungen ausschlaggebend.³⁾ Der notwendige Restrukturierungsprozess wird in vielen Ländern längere Zeit in Anspruch nehmen. Insofern spricht vieles dafür, dass das Wachstum der Weltwirtschaft – nach der raschen Erholung vor allem in der ersten Jahreshälfte 2010 – verhaltener ausfallen wird. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die stark mit dem Weltmarkt verflochtene deutsche Wirtschaft.

Geringeres globales Expansions-tempo

Darüber hinaus gehen von wirtschaftlichen Krisen in der Regel eigenständige, per saldo potenzialmindernde Effekte aus. Die bislang nicht mehr als rezessionsüblich gestiegenen Unternehmensinsolvenzen und die zuletzt kräftig erhöhte Nachfrage nach deutschen Produkten deuten darauf hin, dass in

Abflachung des Potenzialpfads in Deutschland

³ Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum, Monatsbericht, Juli 2010, S. 17–40.

Deutschland die in der Finanz- und Wirtschaftskrise angestoßenen Marktberichtigungen nicht außergewöhnlich umfangreich ausfallen werden. Deshalb dürften die unmittelbaren Kapitalstockverluste, die mit dem Marktaustritt von Firmen oder einer wirtschaftlichen Obsoleszenz bestehender Produktionsanlagen zusammenhängen, begrenzt bleiben. Allerdings wird die gewerbliche Investitionstätigkeit noch durch die in weiten Teilen der Wirtschaft bestehende Unterauslastung der Sachkapazitäten gedämpft. Hingegen dürften Anpassungen der Produktpalette ebenso wie Prozessinnovationen mit dem Ziel, angesichts einer voraussichtlich geringeren Dynamik der globalen Nachfrage Marktanteile zu halten beziehungsweise auszuweiten, an Bedeutung gewinnen. Im Ergebnis könnte sich das Potenzialwachstum seit Beginn der Krise um rund einen halben Prozentpunkt verringert haben. Derartige Schätzungen sind jedoch angesichts der markanten zyklischen Schwankungen mit erheblicher Unsicherheit behaftet.⁴⁾

*Steigender
Auslastungs-
grad...*

Mit der kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität um voraussichtlich mehr als 3 % in diesem Jahr wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke deutlich verringern. Vor allem in der Industrie und den damit eng verbundenen Bereichen des Handels und des Verkehrsgewerbes sowie den unternehmensnahen Dienstleistungen dürften weiterhin Kapazitätsreserven bestehen. So lag nach den Umfragen des ifo Instituts die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe im Juli um knapp zwei Prozentpunkte unter ihrem langjährigen Mittel, wobei insbesondere in der Investitionsgüterbran-

che noch ein erheblicher Rückstand besteht. Dies gilt insbesondere dann, wenn man berücksichtigt, dass sich die zyklischen Produktionsschwankungen in den ifo Indikatoren zur Kapazitätsauslastung nur gedämpft widerspiegeln. Auch die Arbeitszeiten in der Industrie haben sich noch nicht wieder vollständig normalisiert.

Im Jahr 2011 könnte aus heutiger Sicht trotz der erwarteten langsameren konjunkturellen Gangart der Korridor der Normalauslastung erreicht werden. Angesichts einer weiter intakten, aber moderateren Dynamik der Weltwirtschaft fallen die außenwirtschaftlichen Impulse für die deutsche Wirtschaft weniger stark aus. Zudem könnten kurzfristig von der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wachstumsdämpfende Effekte ausgehen. Die in vielen Ländern in Gang gekommenen Sanierungsmaßnahmen sollten allerdings helfen, das Vertrauen in die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen wieder herzustellen und so selbst positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung auslösen.

Als Folge der Anstrengungen während der letzten Dekade befindet sich Deutschland trotz des außerordentlich scharfen konjunkturellen Einbruchs in einer gegenüber früheren Erholungsphasen verbesserten strukturellen Ausgangslage. Die relative Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen hat sich in der Krise nicht wesentlich verändert, und auch ihre finanzielle Lage hat nicht übermä-

*... trotz
dämpfender
Fiskalpolitik im
Jahr 2011*

*Verbesserte
strukturelle
Ausgangslage,
aber...*

⁴ Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Wie hoch sind die Schäden am Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise? Eine Zwischenbilanz, Monatsbericht, Dezember 2009, S. 26f.

Big gelitten. Anders als in einer Reihe anderer entwickelter Volkswirtschaften, die mit den Nachwirkungen einer Immobilienblase kämpfen, bietet die finanzielle Situation der privaten Haushalte ebenfalls keinen Grund zur Sorge. Zudem gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Arbeitslosigkeit in der Krise strukturell gestiegen sein könnte. Im Privatsektor dürfte deshalb der Bedarf an strukturellen Anpassungen begrenzt sein. Im Gegensatz zur Situation nach der vorangegangenen zyklischen Schwächephase sind von dieser Seite keine starken Belastungen für die Konjunktur zu erwarten.

*... ungenutzte
Wachstumspotenziale
bei Dienstleistungen*

Gleichwohl bestehen Möglichkeiten, die Wachstumsbasis der deutschen Wirtschaft zu verbreitern und ihre Krisenfestigkeit und Anpassungsfähigkeit zu stärken. Dabei kann es nicht darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu beschränken. Nicht nur hierzulande würden Wachstums- und Wohlstandspotenziale leichtfertig verspielt, würden die kompetitiven Produktionsstrukturen und das hoch spezialisierte Humankapital nicht adäquat verwendet und damit entwertet. Reformbedarf in Deutschland

besteht vor allem im Dienstleistungsbereich, wo durch geringere Marktzutrittsschranken und Bürokratieabbau vorhandene Möglichkeiten stärker genutzt und neue erschlossen werden könnten.

Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen würde die Attraktivität des Produktionsstandorts Deutschland stärken und könnte das Potenzialwachstum erhöhen sowie die strukturelle Arbeitslosigkeit reduzieren. Aber auch wenn in der Zukunft stärkere Impulse von der Binnenwirtschaft ausgehen dürften, spricht doch vieles dafür, dass die Exportorientierung der deutschen Industrie fortbestehen wird. Dies wird helfen, den Wohlstand in Deutschland weiter zu steigern. Gleichzeitig wird die Abhängigkeit von der globalen Wirtschaftsentwicklung anhalten. Vor diesem Hintergrund bleibt es wichtig, dass die Unternehmen im Aufschwung Reserven aufbauen, sodass konjunkturell schlechte Zeiten ohne größere Schäden am Produktionspotenzial, durch Verluste am Sach- oder Humankapital, überstanden werden können. Dies ist in der gegenwärtigen Krise bisher außerordentlich gut gelungen.

*Fortbestehende
hohe Exportabhängigkeit*

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat den massiven Produktionseinbruch in der Finanz- und Wirtschaftskrise ohne einen substanziellen Anstieg der Arbeitslosigkeit überstanden. Dies ist nicht nur beispiellos mit Blick auf die früheren konjunkturellen Schwächephasen in der Geschichte der Bundesrepublik, sondern auch im internationalen Vergleich sticht Deutschland damit hervor. Zu erklären ist der Befund damit, dass der Nachfragerückgang von den Unternehmen primär als zyklisches Phänomen eingestuft wurde und sich struktureller Anpassungsbedarf in der deutschen Wirtschaft in nur relativ begrenztem Umfang aufgebaut hatte. Die mit der vorübergehenden Hortung von Arbeitskräften verbundene Kostenbelastung verringerte sich dadurch, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer die erweiterten tariflichen Gestaltungsspielräume zur Absenkung der effektiven Arbeitszeiten auch unter Hinnahme spürbarer Lohninbußen nutzten und die öffentliche Hand diese Anstrengungen mit den verbesserten Möglichkeiten der Nutzung von Kurzarbeit flankierte. Außerdem befanden sich viele Firmen vor Ausbruch der Krise in einer günstigen finanziellen Ausgangsposition.

Im Verlauf der Krise ging die Beschäftigung im Verarbeitendem Gewerbe, dem Transport- und Logistikbereich und vor allem in der Arbeitnehmerüberlassung dennoch spürbar zurück. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene fiel dies aber nicht nennenswert ins Gewicht, weil sich in den binnenwirtschaftlich ausgerichteten Sektoren entweder keine spürbaren negativen Beschäftigungswirkungen einstellten oder es sogar – wie in den sozialen Dienstleistungen – zu Personalaufstockungen kam. Ab Herbst 2008 war es nur kurzzeitig zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen, der sich inzwischen wieder zurückgebildet hat. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich der trendmäßige Zuwachs in der Erwerbsbeteiligung unbeeindruckt von der Krise fortsetzte und der Strukturwandel hin zum tertiären Sektor wieder an Tempo gewann.

Die tariflichen und arbeitsmarktpolitischen Reformschritte aus der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts haben nicht nur die Grundlage für eine verstärkte Aktivierung von Arbeitslosen und einen verbesserten Arbeitsmarktausgleich gelegt. Im Verbund mit der jahrelangen Lohnmoderation verringerten sich im Ergebnis die Kosten und Risiken von Personaldispositionen. Die im Vergleich zu den Stammebelegschaften sehr ausgeprägte Reaktion der Leiharbeit in dieser Krise ist gleichwohl ein Hinweis für eine weiter fortbestehende Segmentierung des Arbeitsmarktes. Hier besteht ebenso Reformpotenzial wie auch im Hinblick auf die nach wie vor zu hohe Zahl von Erwerbspersonen, die bislang nur wenig Aussicht haben, auf dem ungeforderten Arbeitsmarkt eine Stelle zu erhalten.

Bemerkenswerte zyklische Widerstandskraft des deutschen Arbeitsmarktes

Arbeitsmarktreaktion im historischen wie internationalen Vergleich sehr verhalten

Der deutsche Arbeitsmarkt hat den Produktionseinbruch infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur sehr gut verkraftet, sondern mit seiner Stabilität substanziell zur schnellen Überwindung der schweren Rezession beigetragen. In keiner konjunkturellen Schwächeperiode in der Geschichte der Bundesrepublik zeigte sich der Arbeitsmarkt in einer ähnlich robusten Verfassung. Auch im internationalen Vergleich ist die milde Reaktion von Beschäftigung und Erwerbslosigkeit auffällig, obwohl die deutsche Wirtschaft besonders heftig unter der globalen Nachfrageschwäche zu leiden hatte: Während beispielsweise die standardisierte Arbeitslosenquote vom zyklischen Tiefpunkt im ersten Quartal 2008 bis zum dritten Vierteljahr 2010 im Euro-Raum insgesamt um fast drei Prozentpunkte auf 10 % und in den USA um $4\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf $9\frac{1}{2}$ % zugenommen hat, kam es in Deutschland in diesem Zeitraum insgesamt sogar zu einem Rückgang um drei Viertel Prozentpunkte auf $6\frac{3}{4}$ %, obwohl es zwischenzeitlich auch hierzulande einen leichten Anstieg gegeben hatte (Detaillierte Erläuterungen zu den Unterschieden in der Arbeitsmarktentwicklung zwischen Deutschland und den USA finden sich auf den S. 62 f.).

Primäreffekt durch Arbeitskräftehortung gedämpft

Ein entscheidender Faktor dabei war, dass viele Unternehmen in den von der Krise besonders in Mitleidenschaft gezogenen Wirtschaftsbereichen ihre Personaldispositionen im Hinblick auf die Stammbesetzungen weiter eher am Arbeitskräftebedarf ausrichte-

ten, der ihnen für konjunkturelle Normallagen angemessen erschien. Dies stützte sich auf die Erwartung, dass der beträchtliche Nachfrageausfall während der Krise zum Großteil temporärer Natur sein würde und somit die mittelfristigen Absatzperspektiven weit weniger betroffen wären. Der strukturelle Anpassungsbedarf wurde hingegen offensichtlich als gering eingestuft. In diesem Zusammenhang spielte sicherlich auch eine Rolle, dass zahlreiche Firmen in der Endphase des letzten Aufschwungs Schwierigkeiten hatten, im erforderlichen Umfang qualifizierte Mitarbeiter zu rekrutieren.

Die Arbeitskräftehortung wurde dadurch erleichtert, dass Tarifverträge in den Jahren zuvor Spielräume geschaffen hatten, durch Betriebsvereinbarungen Arbeitszeiten und Entlohnung an wechselnde konjunkturelle Lagen anzupassen.¹⁾ Gleichzeitig hatten Änderungen bei den Bedingungen für den Rentenbezug und beim Arbeitslosengeld das vorzeitige Ausscheiden älterer Arbeitnehmer, welches in früheren Rezessionsphasen eine wichtige und für die Unternehmen kostengünstige Anpassungsstrategie war, unattraktiv gemacht. Die Anstrengungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Beschäftigung zu sichern, wurde zudem durch die Ausweitung der Kurzarbeit wirtschaftspolitisch flankiert. Gleichwohl kam es zu einem beträchtlichen Rückgang der Stundenproduktivität und einem erheblichen Anstieg der Lohnstückkosten. Die Firmen konnten das Halten von Arbeitskräften trotz der kostendämpfen-

Flexibilisierungsspielräume und wirtschaftspolitische Flankierung von Bedeutung

¹ Vgl. dazu im Einzelnen: Deutsche Bundesbank, Mehr Flexibilität am deutschen Arbeitsmarkt, Monatsbericht, September 2004, S. 43–58.

den Maßnahmen allerdings nur deshalb durchstehen, weil die bilanzielle Widerstandskraft in den guten Jahren zuvor substantiell erhöht worden war und die Konjunktur wieder Tritt fasste, bevor die finanziellen Reserven von den krisenbedingten Verlusten aufgebraucht worden waren.

Kein zusätzlicher Abwärtsdruck über Wechselbeziehung zwischen Arbeitsmarkt und Inlandsnachfrage

Die zyklische Robustheit des Arbeitsmarktes verhinderte bereits im Ansatz, dass sich die rezessive Grundtendenz über die Wechselbeziehung zwischen Arbeitsmarkt und Inlandsnachfrage auf die primär binnenwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsbereiche übertragen konnte und so verfestigt hätte. Neben den konjunkturstabilisierenden Maßnahmen half dabei auch, dass die Bundesregierung zuvor die gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die vermehrte Bereitstellung sozialer Dienstleistungen geschaffen hatte, was in diesen Bereichen zu einer Beschäftigungsexpansion führte, die über die gesamte Krise hinweg anhielt.²⁾

Insgesamt stabile Beschäftigung bei sektoralen Divergenzen und reduzierter Arbeitszeit

Beschäftigung insgesamt kaum verringert, ...

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt ist der auffälligste Befund, dass die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung während der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nennenswert zurückgegangen ist. So verringerte sich die Erwerbstätigkeit in Deutschland ab Oktober 2008 binnen eines Jahres um nur 0,4%, nachdem sie bis dahin allein in der beschäftigungsintensiven Phase des vorangegangenen Aufschwungs seit Anfang 2006 saisonbereinigt um 4%

gestiegen war. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung fiel das Minus mit 0,8% zwar etwas höher aus; allerdings hatte der Zuwachs hier zuvor sogar 6% betragen. Schon kurz nach Durchschreiten des konjunkturellen Tiefpunkts waren nicht nur Stabilisierungstendenzen am Arbeitsmarkt erkennbar, im laufenden Jahr hat sogar ein Beschäftigungsaufbau eingesetzt. Die Erwerbstätigkeit überschreitet am aktuellen Rand den zyklischen Höchststand vom Herbst 2008; die Zahl sozialversicherungspflichtiger Stellen übertrifft das entsprechende Niveau bereits seit dem Frühjahr 2010.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung gibt aufgrund ausgeprägter sektoraler Differenzen und der weit verbreiteten Nutzung der Arbeitszeit als Anpassungsparameter die durchaus sichtbaren Spuren der Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt allerdings nur unzureichend wieder. In den vom Nachfrageschock primär betroffenen Wirtschaftsbereichen waren spürbare Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen. Dieser Prozess wurde erst in den letzten Monaten gestoppt. Im Verarbeitenden Gewerbe gingen zwischen dem Herbst 2008 und dem Winter 2010 saisonbereinigt 4¾% der sozialversicherungspflichtigen Stellen verloren, und im ebenfalls konjunkturell stark in Mitleidenschaft gezogenen Transport- und Logistik-

... aber beträchtliche sektorale Differenzen

² Im Gesundheitswesen dürften die Pflegereform 2008 mit Leistungsausweitungen und der Dynamisierung von Leistungsansprüchen ebenso nachfragesteigernd gewirkt haben wie die Gesundheitsreformschritte der vergangenen Jahre. In den Bildungsbereich fallen der Bund-Länder-Hochschulpakt und die Programme zum Ausbau von Ganztagschulen und anderen Tagesbetreuungsmöglichkeiten für Kinder mit Blick auf den Rechtsanspruch ab 2013.

Die Arbeitsmarktreaktion in Deutschland im Vergleich zu den USA

Im internationalen Vergleich hat sich der deutsche Arbeitsmarkt in der Krise als überaus robust erwiesen. Um die Besonderheit der deutschen Arbeitsmarktreaktion und ihre möglichen Ursachen herauszuarbeiten, wird im Folgenden ein Vergleich zur Entwicklung in den USA gezogen. Die USA sind vor allem aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und ihrer Rolle als Ausgangspunkt des globalen Abschwungs ein besonders geeignetes Referenzland.

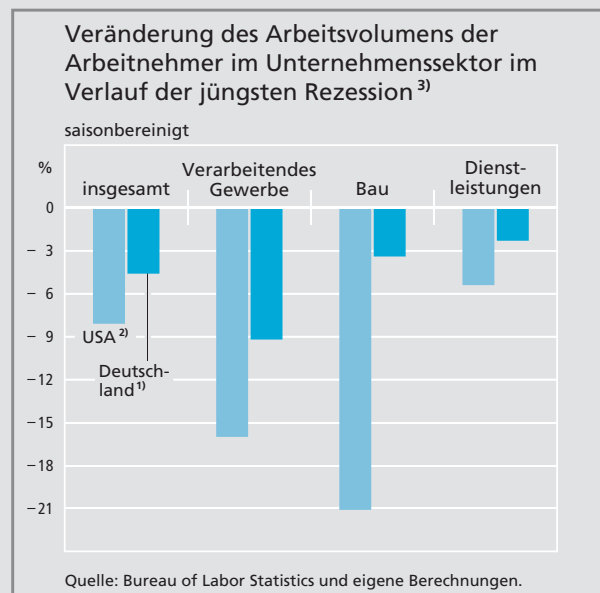
Die standardisierte Erwerbslosenquote hat sich dort im Verlauf der jüngsten Rezession, die das National Bureau of Economic Research auf den Zeitraum von Ende 2007 bis Mitte 2009 veranschlagt, praktisch verdoppelt. Dagegen hat sich die entsprechende Quote in Deutschland zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem ersten Jahresviertel 2009, die hier als die letzten zyklischen Hoch- und Tiefpunkte angesehen werden können, sogar leicht vermindert. Allerdings haben deutsche Unternehmen in stärkerem Maße als amerikanische Firmen die Arbeitszeit je Beschäftigten reduziert, um Personal zu halten. Das in Stunden gemessene Arbeitsvolumen bildet daher die Entwicklung des Arbeitseinsatzes besser ab als die Zahl der Erwerbstätigen oder Erwerbslosen. Doch auch hier schneidet Deutschland vergleichsweise günstig ab. Mit einem Rückgang um 4 ½% wurde die geleistete Stundenzahl der Beschäftigten in heimischen Unternehmen in der Rezession nur etwa halb so stark eingeschränkt wie in der amerikanischen Privatwirtschaft.¹⁾²⁾ Das ist umso bemerkenswerter, als das reale Bruttoinlandsprodukt in

Deutschland mit 6 ½% spürbar schärfer schrumpfte als in den USA (–4%). Entsprechend schlug die Stundenproduktivität, das Verhältnis von Erzeugung zu Arbeitseinsatz, in beiden Volkswirtschaften sehr unterschiedliche Pfade ein. Dies wird in sektoraler Betrachtung noch deutlicher.

Der im Spätsommer 2008 durch die Lehman-Insolvenz hervorgerufene Vertrauensschock hatte einen Einbruch der globalen Nachfrage insbesondere nach langlebigen Konsum- und Investitionsgütern zur Folge. Dem Abwärtssog konnte sich das stark exportorientierte Verarbeitende Gewerbe in Deutschland nicht entziehen, und wie in den USA wurde das Arbeitsvolumen in diesem Sektor überdurchschnittlich kräftig eingeschränkt. Der Einfluss globaler Faktoren ist ebenfalls an einer in weiten Teilen ähnlichen Produktivitätsentwicklung in diesem Wirtschaftsbereich erkennbar. Die Unternehmen dieser Branche sind für gewöhnlich bemüht, ihren Personalbestand nicht proportional zu den hier besonders ausgeprägten zyklischen Produktionsschwankungen anzupassen. Als sichtbares Zeichen der Arbeitskräftehortung in der Rezession ging die Stundenproduktivität im Verlauf des Jahres 2008 in den USA spürbar zurück, in Deutschland freilich deutlich kräftiger. Mit der Belebung des Absatzes begann im Frühjahr 2009 in beiden Ländern auch eine starke Erholung der Arbeitsleistung pro Stunde im Verarbeitenden Gewerbe. Eine entscheidende Divergenz zeigt sich allerdings für die Wintermonate 2009, als der Output je Erwerbstätigenstunde im hiesigen Verarbeitenden Gewerbe – im Gegensatz zu den USA – scharf sank. Die deutschen Unternehmen, die damals in großem Umfang ihre Produktion herunterfahren, waren offenbar gewillt, eine erheblich niedrigere Auslastung ihres Personals zumindest temporär in Kauf zu nehmen.

Gleichzeitig trafen auch die Unternehmen außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sehr unterschiedliche Entscheidungen. Während sie in Deutschland das Arbeitsvolumen lediglich an den niedrigeren Output anpassten, wurden in den USA deutlich tiefere Einschnitte vorgenommen. Mithin machte die Stundenproduktivität dort einen Sprung nach oben,⁴⁾ wohingegen sie im heimischen Unternehmenssektor außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes nahezu unverändert blieb. In Deutschland war folglich das Verarbeitende Gewerbe maßgeblich für die Produktivitätsentwicklung im Unternehmenssektor insgesamt, in den USA waren es jedoch die übrigen Firmen, wie aus der Berechnung der Beiträge dieser Teilbereiche zum aggregierten Produktivitätswachstum deutlich wird.

Eine plausible Erklärung für die beobachteten abweichenden Reaktionen zwischen Deutschland und den USA sind Unterschiede in der Interpretation des aggregierten Nachfrageaus-



1 In der hier verwendeten Abgrenzung umfasst der Unternehmenssektor in Deutschland das Produzierende Gewerbe (einschl. Baugewerbe), Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, aber keine privaten Dienstleister. — 2 US-

Privatwirtschaft ohne Landwirtschaft. — 3 Für USA 2. Vj. 2009 gegenüber 4. Vj. 2007; für Deutschland 1. Vj. 2009 gegenüber 1. Vj. 2008. — 4 Es mag naheliegen, den Produktivitätssprung im amerikanischen Unternehmenssektor außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes unmit-

falls seitens der Unternehmen in beiden Ländern.⁵⁾ In Deutschland wurde wohl vor allem ein Einbruch der Auslandsnachfrage wahrgenommen, der sich auf das Verarbeitende Gewerbe beschränken würde. Sofern der Nachfrageausfall hier im Wesentlichen als nur temporär eingestuft wurde, hatten die Unternehmen einen starken Anreiz, ihr Personal zu halten, wobei flexible Tarifvertragsgestaltungen, betriebliche Bündnisse und die Regelungen zur Kurzarbeit die Belastung für sie abfederten. Die relativ schwache Reaktion des Arbeitseinsatzes im deutschen Verarbeitenden Gewerbe dürfte wiederum dazu geführt haben, dass der externe Schock auch über den Arbeitsmarkt kaum auf die binnenwirtschaftlich orientierten Sektoren übertragen wurde.

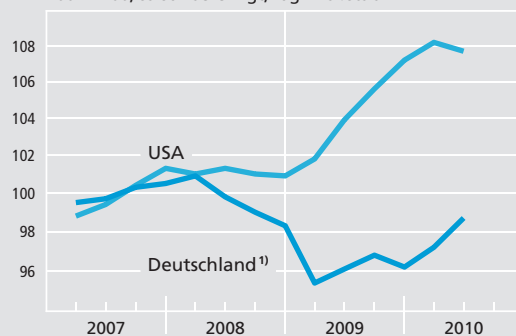
In den USA hingegen wurde der gesamtwirtschaftliche Nachfragerückgang möglicherweise stärker als heimisches, strukturelles und persistentes Problem identifiziert. Bereits Anfang 2006 hatte eine steile Talfahrt im Wohnungsbau eingesetzt, und in der zweiten Jahreshälfte 2008 schränkten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben erheblich ein, die in den Vorjahren eine wesentliche Triebfeder der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung gewesen waren. Die Erwartung eines langwierigen Anpassungsprozesses oder auch nur die erhöhte Unsicherheit über die Aussichten der eigenen Wirtschaft könnten die Unternehmen auf breiter Front veranlasst haben, ihren Arbeitseinsatz zu minimieren und Produktivitätsreserven auszuschöpfen. Während sich in Deutschland Arbeitsmarkt und Binnennachfrage durch ihre Robustheit wechselseitig stützten, dürfte dieses Wirkungsgeflecht in den USA den Abschwung eher noch verstärkt haben. Eine engere Bezugsgröße für die Arbeitsnachfrage der Unternehmen in der Rezession als die gesamtwirtschaftliche Erzeugung dürfte daher die inländische Endverwendung sein. Sie fiel in den Vereinigten Staaten im Verlauf des Abschwungs um 4½%; in Deutschland hingegen betrug der Rückgang lediglich 2%.

Tatsächlich hat sich der Einbruch der Güternachfrage im Verarbeitenden Gewerbe bereits zu einem großen Teil als temporär erwiesen, sodass die Stundenproduktivität in diesem Sektor kräftig angezogen hat. Die Produktivitätsschere zwischen Deutschland und den USA hat aber auch deshalb begonnen, sich wieder zu schließen, weil im amerikanischen Unternehmenssektor außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes das Arbeitsvolumen im Verhältnis zur Erzeugung zuletzt spürbar zugenommen hat. Die Produktivitätsreserven dürften inzwischen weitgehend ausgeschöpft sein, sodass dort – im Unterschied etwa zu der „jobless recovery“ nach der Jahrtausendwende – die Fortsetzung des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs zu einer merklichen Ausweitung des Arbeitseinsatzes führen dürfte.

telbar mit der einschneidenden Rückführung des Arbeitseinsatzes im Bausektor in Zusammenhang zu bringen. Allerdings ging diese Hand in Hand mit einer massiven Abnahme der Bautätigkeit. Darüber hinaus wurden in zahlreichen Dienstleistungsbereichen die Arbeitsvolu-

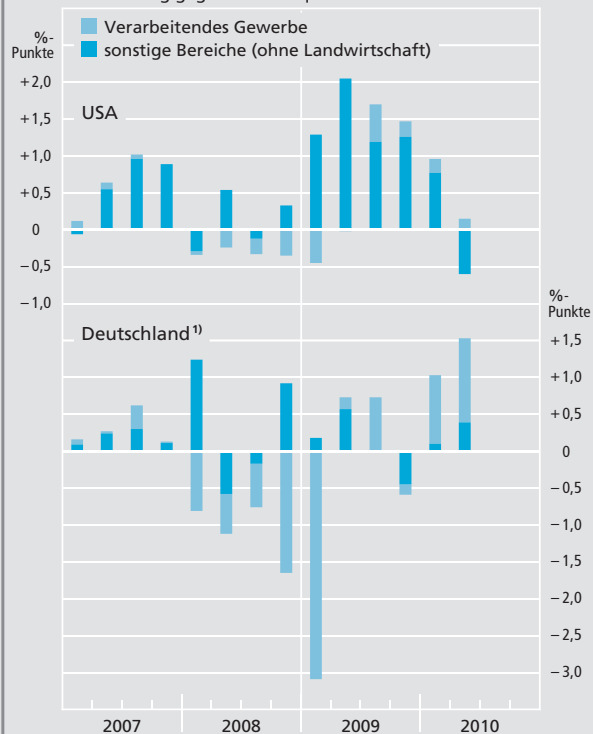
Output je Erwerbstätigenstunde im Unternehmenssektor

2007 = 100, saisonbereinigt, log. Maßstab



Beiträge zum Produktivitätswachstum im Unternehmenssektor

Veränderung gegenüber Vorquartal



Quelle: Bureau of Labor Statistics und eigene Berechnungen.

mina eingeschränkt und wohl auch kräftige Produktivitätsgewinne erzielt. — 5 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Arbeitsmärkte in der globalen Rezession, Monatsbericht, November 2009, S. 22 f.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Sektorprofil

Wirtschaftsbereich	2. Quartal 2008	2. Quartal 2009		2. Quartal 2010	
	Personen (in Tsd.)	Personen (in Tsd.)	Verände- rung gegenüber Vorjahr (in %)	Personen (in Tsd.)	Verände- rung gegenüber Vorjahr (in %)
Mit zyklischer Beschäftigungsreaktion					
Verarbeitendes Gewerbe	6 516	6 412	- 1,6	6 256	- 2,4
Verkehr und Logistik	1 415	1 400	- 1,1	1 408	0,5
Arbeitnehmerüberlassung	677	512	- 24,4	708	38,1
Ohne krisenbedingte Beschäftigungsanpassung					
Landwirtschaft, Bergbau, Energie- und Wasser- versorgung	759	766	0,9	773	0,9
Baugewerbe	1 553	1 553	- 0,1	1 605	3,4
Handel	4 029	4 037	0,2	4 003	- 0,8
Gastgewerbe	794	817	2,8	846	3,6
Finanzdienstleister	992	1 005	1,2	998	- 0,7
Wirtschaftliche Dienstleistungen ohne Arbeitnehmer- überlassung sowie Information und Kommunikation	3 626	3 675	1,4	3 739	1,7
Soziale und haushaltsnahe Dienstleistungen darunter:	5 323	5 507	3,5	5 667	2,9
Gesundheits- und Sozialwesen	3 234	3 353	3,7	3 478	3,7
Erziehung und Unterricht	1 032	1 072	3,9	1 096	2,2
Öffentliche Verwaltung	1 673	1 693	1,2	1 704	0,7

Deutsche Bundesbank

sektor waren es in der Spitze 2 ¼ %. Überdies baute die Zeitarbeitsbranche, die in der Endphase des vorigen Aufschwungs vermutlich einen sehr großen Teil ihrer Personalressourcen der Industrie überlassen hatte, zwischen Frühjahr 2008 und Frühjahr 2009 rund ein Viertel ihrer sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse ab. Demgegenüber setzte sich – unbeeindruckt von der Krise – die Beschäftigungsexpansion im Gesundheits- und Sozialwesen (+ 8 ¼ % seit dem ersten Quartal 2008) sowie im Erziehungs- und Unterrichtsbereich (+ 7 ¾ % in diesem Zeitraum) fort. Außerdem stockte die öffentliche Verwaltung zwischen Frühjahr 2008 und Sommer 2009 das Personal um 1 ¾ % auf, nachdem es in den Jahren davor (und bislang auch danach) nicht gestiegen war.

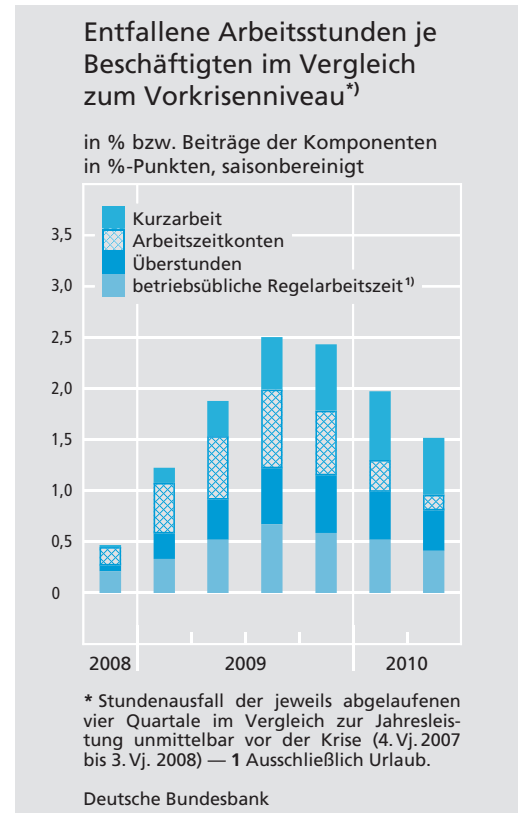
Zur Stabilisierung der Beschäftigung trug bei, dass die Unternehmen, welche infolge der massiven Nachfrageschwäche ihre Erzeugung drastisch drosseln mussten, die effektive Arbeitszeit des Stammpersonals reduzieren konnten. In der ersten Phase des Abschwungs wurde dies neben dem Abbau von Überstunden durch die Rückführung der zum Teil beträchtlichen Überschusspositionen in den Arbeitszeitkonten der Arbeitnehmer bewerkstelligt. Das Ausmaß des Produktionseinbruchs machte es in vielen Firmen aber zusätzlich notwendig, im Rahmen der tariflichen Möglichkeiten die reguläre Arbeitszeit abzusenken oder Kurzarbeit anzuordnen. Den Angaben der Arbeitszeitrechnung des IAB zufolge arbeiteten Personen im Zeitraum vom vierten Quartal 2008 bis zum dritten Quartal 2009 saisonbereinigt insgesamt

*Effektive
Arbeitszeiten
erheblich
verringert*

2 ½ % weniger Stunden verglichen mit der Jahresleistung vor der Krise.³⁾ Auf den Abbau positiver Salden in den Arbeitszeitkonten entfiel mit drei Zehnteln der größte Anteil. Die Kürzung tariflicher beziehungsweise betriebsüblicher Wochenarbeitszeiten steuerte gut ein Viertel dazu bei, während die Verringerung von Überstunden und die Kurzarbeit jeweils rund ein Fünftel ausmachten. Seit dem Tiefpunkt im ersten Quartal 2009 arbeiten die abhängig Beschäftigten unter Ausschaltung saisonaler Einflüsse aus zyklischer Sicht aber wieder länger. Auf den Jahresabschnitt vom dritten Quartal 2009 bis zum zweiten Quartal 2010 bezogen betrug der Rückstand bei den geleisteten Stunden noch 1 ½ % gegenüber dem Vorkrisenniveau. Neben dem Abbau von Kurzarbeit sorgte die partiell schnell vorangekommene Erholung dafür, dass in einzelnen Unternehmen bereits wieder Arbeitszeitkonten aufgefüllt, vermehrt Überstunden geleistet und auch die Regelarbeitszeiten erhöht wurden.

*Halten von
Stammpersonal
betriebswirt-
schaftlich
geboten, ...*

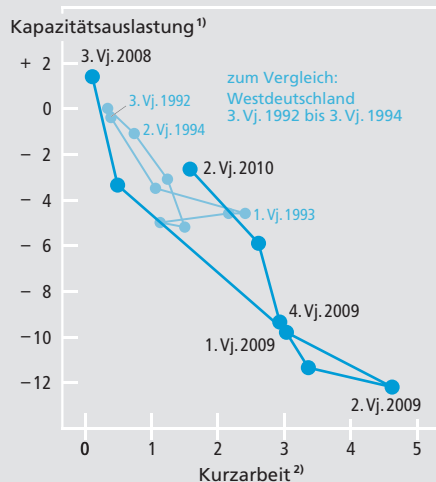
Die vorübergehende Hortung von Arbeitskräften folgte insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe durchaus einem betriebswirtschaftlichen Kalkül. Angesichts der dort vorherrschenden Erwartung, die Nachfrageschwäche könnte zu einem großen Teil zyklischer Natur sein, wurde der mit Entlassungen beim Stammpersonal verbundene Verlust an betriebsspezifischem Humankapital hoch gewichtet. Gerade der in der Endphase des vorigen Aufschwungs akute Fachkräftemangel hinterließ bei den Firmen offensichtlich den Eindruck, die Rekrutierung qualifizierter Mitarbeiter würde schon bald nach dem Wiederanspringen der Branchenkon-



junktur zeitaufwendig und teuer werden. Demgegenüber waren die Haltekosten im Vergleich zu früheren wirtschaftlichen Schwächephasen niedriger zu veranschlagen, da für die im Einvernehmen mit den Betriebsräten vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen im Rahmen der in den vergangenen Jahren flexibler gestalteten Tarifverträge lediglich ein partieller oder gar kein Lohnausgleich gewährt werden musste. Kostendämpfend wirkte ferner, dass die Bezugsdauer für wirtschaftlich bedingte Kurzarbeit in zwei Schritten auf 24 Monate verlängert wurde und die vom Arbeitgeber während der Ausfallzeit zu zahlenden Sozialbeiträge zu einem größeren

³ Die rechnerische Wirkung zunehmender Teilzeitarbeit auf die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer bleibt dabei unberücksichtigt. Unter Einschluss dieses Effekts sank die Arbeitszeit je Arbeitnehmer (einschließl. Nebenerwerbstätigkeit) um 3 ¼ %.

Kurzarbeit im Verarbeitenden Gewerbe im Spiegel der Branchenkonjunktur



1 Abweichung vom längerfristigen Durchschnitt in %-Punkten nach Erhebungen des ifo Instituts. — 2 Anteil der konjunkturellen Kurzarbeit (Beschäftigtenäquivalente) an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in %.

Deutsche Bundesbank

Anteil von den Arbeitsagenturen getragen wurden.

... zumal durch verbesserte Konditionen bei der Kurzarbeit erleichtert

Tatsächlich wurde die Kurzarbeit in der Phase des stärksten Rezessionsdrucks im Winterhalbjahr 2008/2009 massiv ausgeweitet; ihre Verbreitung blieb jedoch auf die exportorientierten Branchen beschränkt. Im Mai 2009 registrierte die Bundesagentur für Arbeit mit 1,44 Millionen Kurzarbeitern aus konjunkturellen Gründen den höchsten Stand in der Krise. In Relation zur Stärke des Produktionseinbruchs war dies im historischen Vergleich ebensowenig außergewöhnlich hoch wie der durchschnittliche Arbeitsausfall je Betroffenen von gut einem Viertel. Ein Grund für die zurückhaltende Inanspruchnahme von Kurzarbeit dürften die tariflichen Anpassungsmöglichkeiten von Arbeitszeiten und Ent-

gelten gewesen sein. Die Tatsache, dass etwa vier Fünftel der Kurzarbeiter auf Beschäftigte des Verarbeitenden Gewerbes entfielen, ist ein Beleg für die Nutzung im Sinne der wirtschaftspolitisch intendierten Brückenfunktion.

Mehr als das Ausmaß und das Sektorprofil deutet aber die Dauer der Inanspruchnahme an, ob Kurzarbeit dazu zweckentfremdet wird, notwendige Strukturanpassungen zu verschleppen, zumal die günstigen Konditionen nur wenig eingeschränkt bis zum März 2012 verlängert wurden. Im Juli 2010 waren nach ersten Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit noch 288 000 Arbeitnehmer von konjunktureller Kurzarbeit betroffen, was einem Rückgang von vier Fünfteln gegenüber dem Höchststand entspricht. Das Abschmelzen des Bestandes erfolgt – in Beschäftigungsäquivalenten gemessen – bislang im Wesentlichen ohne sichtbare Verzögerung im Einklang mit dem konjunkturellen Erholungstempo. Da sich dieser Befund für alle wichtigen Industriezweige trotz erheblicher Unterschiede hinsichtlich der erreichten Fortschritte im zyklischen Aufholprozess nachweisen lässt, gibt es bis dato keine Anhaltspunkte für eine Verfestigung der Kurzarbeit in den Kernbereichen der Wirtschaft.

Bislang zügige Rückführung der Kurzarbeit in der Erholung

Die Kurzarbeit hat dabei geholfen, dass Beschäftigung in der Krise gesichert werden konnte, auch wenn sie entgegen der öffentlichen Wahrnehmung keineswegs eine herausragende Rolle gespielt hat. Bei der Beurteilung des Instruments müssen aber auch die damit verbundenen enormen fiskalischen Belastungen und verzerrenden Anreizwirkungen

Aber auch Nachteile bei der Kurzarbeit

mit ins Bild genommen werden. Die Kurzarbeit kam überwiegend den Branchen zugute, die von dem vorherigen Aufschwung in besonderem Maß profitiert hatten. Ihre Nutzung setzt voraus, dass keine anderen Maßnahmen zur Absenkung der Arbeitszeit zur Verfügung stehen. So sollen Mitnahmeeffekte vermieden werden. Es geht jedoch auch darum, die Eigenverantwortlichkeit der Tarifpartner zu stärken, größere zyklische Rückschläge aus eigener Kraft abzufedern. Nicht zuletzt die Beschäftigungsbilanz älterer Arbeitnehmer hat in der Krise gezeigt, dass geeignete Anreizstrukturen in hohem Maße wirksam sind und sich hiermit wirtschaftspolitische Erfolge mit weniger finanziellen Mitteln als über staatliche Ausgabenprogramme erzielen lassen.

Volatilität in der Gesamtbeschäftigung durch Arbeitsmarktflexibilisierung verringert

Die tariflichen Flexibilisierungsschritte im Hinblick auf die Arbeitszeit erweiterten ebenso wie die weitgehende Freigabe der Arbeitnehmerüberlassung das Instrumentarium, mit dem der Arbeitseinsatz auf Betriebsebene an die jeweilige Geschäftslage angepasst werden kann. Die Leiharbeit, auf die bislang nicht mehr als 2 ½ % der sozialversicherungspflichtigen Stellen entfallen, reagierte zwar stark prozyklisch, aber Schwankungen in den Stammbeschäftigten wurden substantiell reduziert. In der Krise hatte dies den Vorteil, dass das Entlassungsrisiko der übergroßen Mehrheit der Arbeitnehmer nur vergleichsweise wenig zunahm. Gleichwohl sind die gerade in konjunkturellen Schwächephasen sehr ungleich verteilten Beschäftigungschancen von Stammpersonal und Leiharbeitskräften ein Beleg für die nach wie vor starke Segmentierung des Arbeitsmarktes, die nicht nur

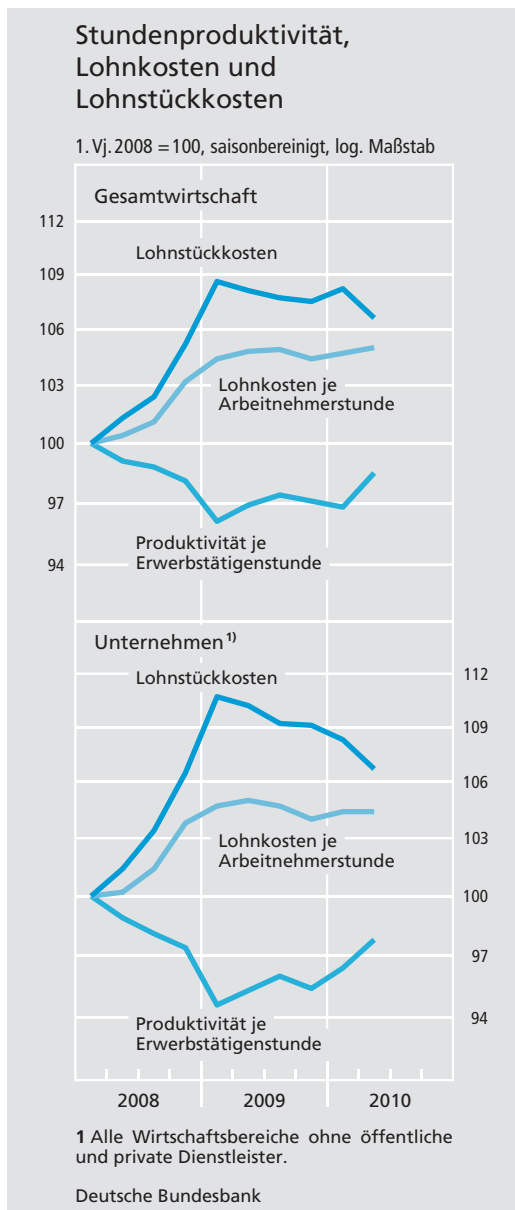
die Akzeptanz flexibler Beschäftigungsformen gefährdet, sondern auch den Mix von unbefristeten und befristeten beziehungsweise kurzzeitigen Arbeitsverhältnissen verzerren kann.

Prozyklische Stundenproduktivität und nachlassender Lohnkostenzuwachs

Die vielfältigen Maßnahmen der Wirtschaft, den Arbeitseinsatz entsprechend der notwendigen Produktionsdrosselung zu steuern, konnten nicht verhindern, dass die Stundenproduktivität im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise massiv nachgab. Ausgehend vom ersten Vierteljahr 2008 sank die Wertschöpfung pro Arbeitsstunde binnen eines Jahres im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt saisonbereinigt um fast 4 %, ⁴⁾ und im Unternehmensbereich waren es sogar 5 ½ %. Rückgänge dieser Größenordnung hat es seit Jahrzehnten nicht gegeben. Dies könnte das Ergebnis davon sein, dass die Arbeitszeit von Mitarbeitern in den Verwaltungs-, Vertriebs- und Entwicklungsabteilungen der Betriebe weit weniger gekürzt wurde als von Beschäftigten, deren Tätigkeit mit der Gütererzeugung unmittelbar zusammenhängt. Beispielsweise zeigt sich am ifo Investitionstest, dass ein Großteil der Unternehmen in der Krise bestrebt war, Absatzmärkte zu halten und neue Kundenkreise auch mit Produktinnovationen zu erschließen. Dagegen war die Stilllegung

Stundenproduktivität in der Rezession spürbar gesunken

⁴ Zum Rückgang der aggregierten Stundenproduktivität hat auch ein Struktureffekt beigetragen. Die Zunahme des Gewichts der generell weniger produktiven Dienstleistungsbereiche am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen macht Schätzungen zufolge allerdings lediglich ein Achtel der Gesamtveränderung aus.



ganzer Betriebsteile, die nicht nur die Produktion selbst, sondern auch damit zusammenhängende Dienstleistungen betroffen hätte, weniger ausgeprägt. Hierfür spricht auch, dass Rationalisierungen in den vergangenen zwei Jahren anders als in früheren wirtschaftlichen Abschwüngen nicht in den Mittelpunkt unternehmerischer Investitionsentscheidungen rückten.

Da die Arbeitskosten nicht im gleichen Maß zurückgingen wie die Stundenleistung, kam es zu einem empfindlichen Anstieg der Lohnstückkosten. Auf die Gesamtwirtschaft bezogen betrug dieser in der Spitze saisonbereinigt $3\frac{1}{4}\%$, und im gewerblichen Bereich lag er mit 4% deutlich darüber. Dies war nicht nur darauf zurückzuführen, dass der Teillohnausgleich bei Kürzungen der Wochenarbeitszeit und die Kurzarbeit für die Arbeitgeber mit Kosten verbunden waren. Eine Rolle spielten dabei auch die Arbeitszeitkonten: Bei einem fixen Arbeitseinkommen, das sich beispielsweise an einer wöchentlichen Regelarbeitszeit orientiert, führt die flexible Gestaltung von Einsatzzeiten dazu, dass bei guter Auftragslage tendenziell mehr Stunden geleistet als entlohnt werden. In einer konjunkturellen Schwächephase ist die Relation umgekehrt. Die darauf zurückzuführenden Veränderungen in den Lohnstückkosten sind temporärer Natur und phasenverschoben mit entsprechenden Mehr- oder Mindererlösen beim Arbeitgeber verbunden. In mittelfristiger Betrachtung wird die Profitabilität der Unternehmen dadurch für sich genommen nicht tangiert, sofern die resultierenden Liquiditätsschwankungen finanzierungsseitig gerade auch in Abschwungphasen abgedeckt werden können (siehe S. 39 ff.).

Lohnkosten auf Stundenbasis gestiegen

Die gesamtwirtschaftliche Stundenproduktivität hat sich seit dem zweiten Vierteljahr 2009 erst langsam, zuletzt aber recht kräftig erholt. Vom vorangegangenen Rückgang wurden gleichwohl erst gut drei Fünftel wettgemacht. Auf die Lohnstückkosten hatte die Aufwärtsbewegung dennoch einen spürbar dämpfenden Effekt, zumal das Wachstum der Stun-

Normalisierung der Lohnstückkosten durch Erholung der Produktivität und verhaltene Lohnabschlüsse

denverdienste nennenswert nachgegeben hat. In der Tarifrunde 2010 rückte das Ziel der Beschäftigungssicherung in den Mittelpunkt. In wichtigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes wie der Metall- und Elektroindustrie sowie der Chemie gingen die Gewerkschaften erstmals in der Nachkriegsgeschichte ohne konkrete Lohnforderung in die Verhandlungen. Im Ergebnis wurden in diesen Branchen ebenso wie im privaten und öffentlichen Bankensektor für das laufende Jahr keine tabellenwirksamen Entgeltanhebungen, sondern lediglich Einmalzahlungen vereinbart, deren Höhe teilweise nach der betrieblichen Ertragslage gestaffelt werden kann. Der zum Zeitpunkt der Abschlüsse ausgesprochen hohen Unsicherheit hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung begegneten die Tarifpartner in den einzelnen Branchen auf unterschiedliche Weise. Die Chemische Industrie vermied mit einer sehr kurzen Vertragslaufzeit eine Festlegung für das kommende Jahr. In der Metall- und Elektroindustrie einigten sich die Vertragsparteien hingegen auf ein durchaus beachtliches prozentuales Einkommensplus. Insgesamt fielen die tabellenwirksamen Entgeltsteigerungen bei den während der Krise abgeschlossenen Verträgen sehr verhalten aus. Die Vorjahrsrate der tariflichen Grundvergütungen, die als Anhaltspunkt für die permanente Komponente der Tarifverdienstentwicklung genommen werden können, verminderte sich daher recht kontinuierlich von 3,0 % im ersten Quartal 2008 auf 1,4 % im August 2010. Im Verarbeitenden Gewerbe erhöhten sie sich am aktuellen Rand nur noch um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr, verglichen mit 3,1 % vor Jahresfrist.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Relationen zwischen Produktionsausstoß, Arbeitsinsatz und Arbeitskosten in relativ kurzer Zeit massiv verändert. Ökonometrische Untersuchungen im Rahmen eines Vektorfehlerkorrekturmodells deuten darauf hin, dass trotz substanzieller Korrekturen seit Frühjahr 2009 auch am aktuellen Rand noch eine beträchtliche Abweichung zu den langfristigen Relationen besteht (vgl. dazu im Einzelnen die Erläuterungen auf S. 70 f.). Die Erholung der Stundenproduktivität wird voraussichtlich aus rein zyklischen Gründen noch eine Zeit lang anhalten, während die längerfristige Sicherung der Beschäftigungserfolge insbesondere vom Augenmaß der Tarifparteien abhängen wird.

Anpassungsprozesse noch nicht abgeschlossen

Arbeitsmarktausgleich bei wieder beschleunigtem Strukturwandel und steigender Erwerbsbeteiligung

In Abschwüngen wird der Arbeitsmarkt üblicherweise nicht nur zyklisch belastet, häufig kommt es überdies zu strukturellen Verschiebungen. Die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes muss sich dann darin beweisen, Erwerbspersonenpotenzial und eine unter Qualifikationsgesichtspunkten veränderte Personalnachfrage der Unternehmen möglichst ohne größere Friktionen in Einklang zu bringen. Diese Ausgleichsfunktion wurde durch die entschlossene Reformpolitik in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts zweifelsohne gestärkt. Im vorigen Aufschwung kam aber erleichternd hinzu, dass sich die Geschwindigkeit des Strukturwandels hin zum

Arbeitsmarktausgleich bislang nicht gelitten

Ist die relativ verhaltene Anpassung des Arbeitsvolumens in der Krise ein Hinweis auf eine veränderte Arbeitsnachfrage der Unternehmen?

Die deutschen Unternehmen haben ihre Produktion infolge des Nachfrageeinbruchs im Winterhalbjahr 2008/2009 massiv gedrosselt. Angesichts der ausgesprochen zurückhaltenden Anpassung der Beschäftigung konnte selbst die spürbare Absenkung der von den Arbeitnehmern geleisteten Wochenstunden nicht verhindern, dass die Stundenproduktivität erheblich sank. Gleichzeitig kam es als weitere Konsequenz der Krise zu einem Anstieg der Lohnkosten pro Stunde. Das Erlös-Kosten-Verhältnis einer Arbeitsstunde hat sich innerhalb weniger Monate substantiell verschlechtert. Dabei ist von besonderem Interesse, warum die Unternehmen offensichtlich im Gegensatz zu früheren Vorgehensweisen kurzfristig nicht mit stärkeren Anpassungen beim Arbeitsvolumen reagiert haben.

Der Einsatz der Produktionsfaktoren wird abgesehen von den kurzfristigen Steuerungsinstrumenten wie Leiharbeit und Anlagenleasing mittel- bis langfristig unter Unsicherheit geplant. Für die Volatilität in den Betriebsergebnissen spielen Abweichungen der tatsächlichen Güternachfrage von den Umsatzplanungen eine zentrale Rolle, weil die künftige Auftragslage im Vergleich zu den Güter- und Faktorpreisen in der Regel weniger gut vorhersehbar ist. Beispielsweise hatte es vor den Gewinneinbrüchen infolge der wirtschaftlichen Talfahrt in nicht wenigen Branchen als Konsequenz einer unerwartet hohen Nachfrage Rekordergebnisse gegeben. Der Zusammenhang von Produktion, Arbeitseinsatz und Lohnkosten sollte daher nicht als Momentaufnahme betrachtet, sondern in einem längerfristigen Kontext anhand eines geeigneten Kriteriums beurteilt werden.

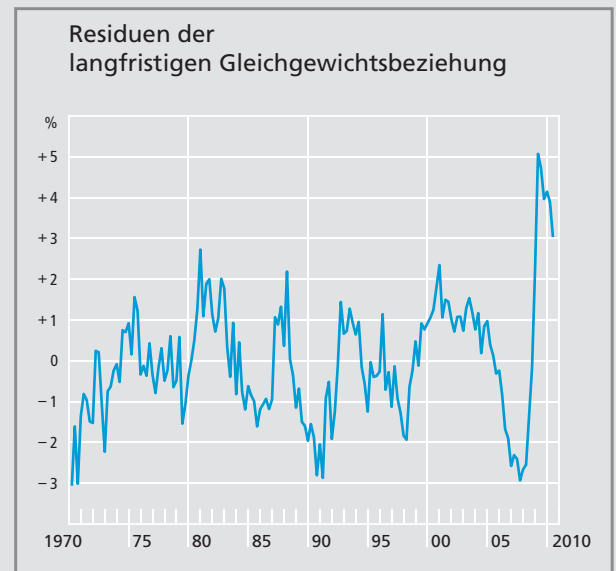
Ein gängiger derartiger Referenzpunkt ist die aus einem Kostenminimierungskalkül abgeleitete Arbeitsnachfragefunktion, wobei die als plausibel anzusehende Annahme getroffen wurde, dass die Unternehmen über den zur Herstellung einer bestimmten Absatzmenge benötigten Faktoreinsatz bei gegebenen Preisrelationen entscheiden können. Unterstellt man ferner eine Produktionsfunktion mit zeitinvarianter Substitutionselastizität σ zwischen den Primärfaktoren Arbeit und Kapital sowie konstanten Skalenerträgen und arbeitsvermehrendem technischen Fortschritt, der mit der unveränderten Rate θ pro Zeiteinheit wächst, ergibt sich aus den Bedingungen erster Ordnung die folgende Bestimmungsgleichung für den in Stunden gemessenen Arbeitseinsatz L in der Periode t :

$$\ln L_t = \ln L_0 - \sigma \ln W_t + \ln Y_t - (1 - \sigma)\theta t,$$

wobei W das reale Arbeitsentgelt je Beschäftigtenstunde und Y die Wertschöpfung bezeichnet.

1 Die Stufendummy-Variablen modelliert den statistischen Bruch im 1. Quartal 1991, der mit der Verknüpfung west- und gesamtdeutscher Daten zusammenhängt. — 2 Die Standardfehler der Parameterschätzungen sind in Klammern angegeben. Die Schätzung erweist sich in zentralen Parametern wie z. B. der Substitutionselastizität als robust gegenüber unterschiedlichen Schätzmethoden und Veränderungen des Stützzeitraums. — 3 Unter normalen Umständen hätten

Deutsche Bundesbank



Die makroökonomischen Größen sind in diesem Kontext grundsätzlich als endogene, nichtstationäre Variablen zu modellieren. Für die empirische Untersuchung, die auf den Zeitreihen von Arbeitsvolumen, Wertschöpfung (zu Herstellungspreisen) und realem Arbeitnehmerentgelt je Stunde – jeweils für die Gesamtwirtschaft betrachtet – basiert, bietet es sich daher an, ein Vektorfehlerkorrekturmodell zu spezifizieren, sofern sich Kointegration nachweisen lässt. Statistische Tests in der Stichprobe vom ersten Quartal 1970 bis zum zweiten Quartal 2010 stützen die Hypothese, wonach es genau eine Linearkombination zwischen den Zeitreihen unter Berücksichtigung eines linearen Trends und der Stufendummy-Variablen s_{91} gibt,¹⁾ aus der stationäre Residuen resultieren. Die Schätzung der Kointegrationsbeziehung liefert:²⁾

$$\ln L_t - \ln Y_t + 0,69 \ln W_t + 0,0025 t - 0,057 s_{91} + 1,14 = \varepsilon_t.$$

(0,08) (0,0005) (0,016) (0,19)

Die langfristige Gleichgewichtsbeziehung zwischen den Variablen kann somit als die wirtschaftstheoretisch abgeleiteten Arbeitsnachfragefunktion identifiziert werden.

Die positiven Langfristresiduen ε seit Beginn der Krise lassen sich dahingehend interpretieren, dass der tatsächliche Arbeitseinsatz über demjenigen Stundenvolumen lag, das zur Herstellung

die Unternehmen die Sachkapitalbildung weiter forciert. Außerdem wäre es damals angesichts der gegebenen Knappheitsrelationen am Arbeitsmarkt vermutlich zu einem dynamischeren Lohnwachstum gekommen. In der Tendenz hätten diese Anpassungsreaktionen das langfristige Gleichgewicht bei einem von der Krise unbeeinflussten Outputpfad wiederherstellen können. — 4 Statistische Tests liefern Evidenz für einen Strukturbruch in der Kointegrationsbeziehung seit

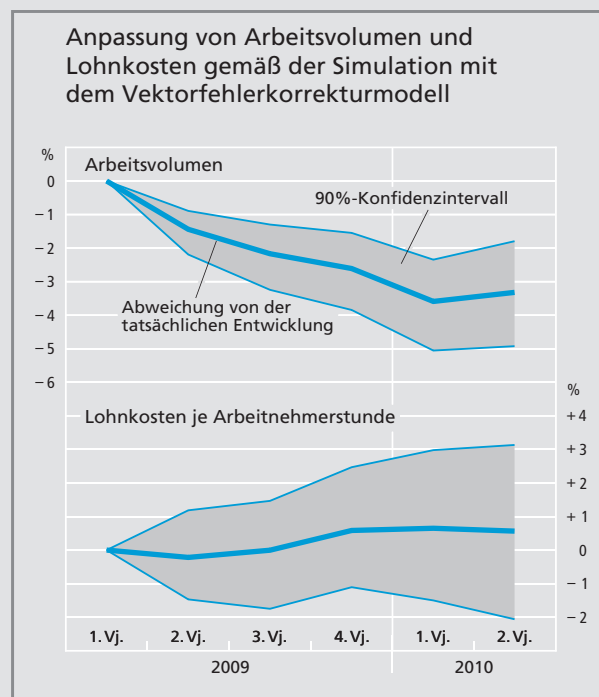
der am Markt absetzbaren Gütermenge bei gegebenen Produktionsstrukturen, das heißt insbesondere fixem Kapitalstock, und Reallöhnen im Sinne der Kosteneffizienz nachgefragt werden sollte. Am konjunkturellen Tiefpunkt im ersten Quartal 2009 überstieg das Arbeitsvolumen diese Referenz um 5%, und am aktuellen Rand ist der Überhang mit 3% verglichen mit den vor der Krise beobachteten Abweichungen immer noch ausgesprochen hoch. Die Arbeitskräftehortung in den letzten beiden Jahren kann daher als außergewöhnlich bezeichnet werden. Die Residuenanalyse illustriert aber auch deutlich negative Abweichungen vom langfristigen Gleichgewicht am Ende des vorangegangenen Aufschwungs. Hierfür war ausschlaggebend, dass das Arbeitsvolumen so zügig expandierte, dass der Kapitalstock nur unzureichend angepasst werden konnte, was für sich genommen die Grenzproduktivität des Faktors Arbeit dämpfte.³⁾ Im Gesamtzusammenhang ist die rasante Verschiebung der Erlös-Kosten-Relationen im Winterhalbjahr 2008/2009 somit zu rund einem Drittel als Rückkehr in die langfristige Normalposition zu werten.

Die Konzentration außergewöhnlich hoher Residualwerte am Stichprobenende ist rein statistisch betrachtet ein Beleg dafür, dass es infolge der Krise zu einem Strukturbruch in der langfristigen Gleichgewichtsbeziehung gekommen sein könnte.⁴⁾ Diese Schlussfolgerung ist jedoch insoweit voreilig, als die Anpassungsprozesse, die nach einem Schock dieses Ausmaßes naturgemäß länger dauern, zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind. Um zu beurteilen, ob sich Arbeitsvolumen und Lohnkosten diesmal signifikant anders anpassen als früher, werden für beide Größen hypothetische Reaktionspfade aus der Modellstruktur ab dem Beginn der Erholung im zweiten Quartal 2009 simuliert. Die Ergebnisse sind dabei auf das beobachtete Zeitprofil der Wertschöpfung bedingt, was bedeutet, dass nicht nur der Nachfrageeinbruch vom Winterhalbjahr 2008/2009, sondern auch die nachfolgende zyklische Erholung den simulierten Verlauf der beiden Arbeitsmarktvariablen beeinflusst.⁵⁾

Die Untersuchung verdeutlicht, dass das Arbeitsvolumen in der Krise nicht in dem Maße nach unten angepasst wurde, wie es anhand des über das (konditionierte) Vektorfehlerkorrekturmodell ermittelten Reaktionsmusters zu erwarten gewesen wäre. Die Differenz, die auch unter Berücksichtigung statistischer Unsicherheiten von null verschieden ist, hat im Verlauf des vergangenen Jahres zugenommen und belief sich im ersten Halbjahr 2010 auf 3½% des gesamtwirtschaftlichen Stundenumfangs. Demgegenüber gibt es bei den realen Lohnkosten je Arbeitneh-

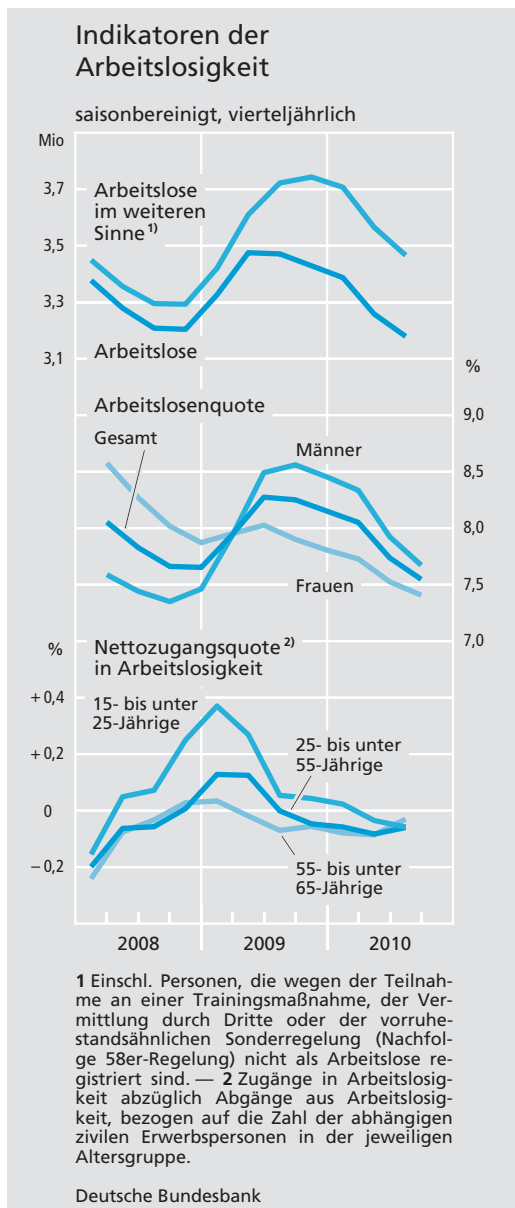
merstunde bislang keine nennenswerte Abweichung zwischen der tatsächlichen Entwicklung und dem simulierten Pfad.

Die Auswertungen legen den Schluss nahe, dass die Unternehmen in der Krise nicht nur aus zyklischer Sicht, sondern auch strukturell verhältnismäßig viel Arbeit nachgefragt haben. Dazu könnten zum einen der erweiterte Gestaltungsspielraum beigetragen haben, der den Betrieben im Zuge der Arbeitsmarktflexibilisierung der vergangenen Dekade zugestanden wurde und der daher im aus der Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte abgeleiteten Reaktionsmuster des Modells nur ansatzweise enthalten ist. Dieser zusätzliche Spielraum verringert im Ergebnis die Kosten von Personaldispositionen einschließlich der damit verbundenen Risiken. Zum anderen haben wohl auch Erwartungseffekte eine Rolle gespielt. Mit Blick auf offensichtlich mittelfristig als nicht stark beeinträchtigt angesehenen Absatzperspektiven wurde in den Betrieben wenig rationalisiert. Außerdem könnte die Aussicht, dass zunehmend mit Knappheiten im Arbeitsangebot zu rechnen sein wird, die Arbeitsnachfrage schon im Vorgriff beeinflusst haben.



gen, dass die ausgeprägten Schwankungen der Güternachfrage primär außenwirtschaftlich verursacht waren. Außerdem umfasst der Zeithorizont der Simulation lediglich fünf Quartale; in dieser kurzen Frist fallen die hier ausgeblendeten Wechselwirkungen zwischen Output und Beschäftigung, die in der Regel erst mit einer gewissen Verzögerung zum Tragen kommen, vermutlich kaum ins Gewicht.

dem 4. Quartal 2008. Vgl. dazu: D.W.K. Andrews and J.-Y. Kim (2006), Tests for cointegration breakdown over a short time period, *Journal of Business and Economic Statistics* 24: 379–394. — 5 Die darin enthaltene Annahme, wonach die wirtschaftliche Erholung ebenso wie der krisenbedingte Produktionseinbruch zuvor nicht von der Entwicklung am Arbeitsmarkt beeinflusst worden sei, lässt sich dadurch rechtferti-



tertiären Sektor vorübergehend verringerte.⁵⁾ Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat dieser Prozess wieder an Tempo gewonnen. Noch lassen sich die Wirkungen dieser sich allmählich vollziehenden Verschiebungen erst in Ansätzen diagnostizieren; es scheint jedoch, als habe der Arbeitsmarktausgleich bislang nicht nennenswert gelitten. Für Arbeitskräfte, welche in den stark von der Krise betroffenen Wirtschaftsbereichen freigesetzt

wurden, bestehen angesichts flexibler Anstellungsformen und verbesserter Vermittlungsmechanismen im Umfeld der zügigen konjunkturellen Erholung dieser Branchen generell gute Chancen auf Wiederbeschäftigung. Die Beschäftigungsexpansion in den Dienstleistungssektoren speiste sich zu einem nicht unerheblichen Teil aus dem Reservoir zuvor inaktiver Personen.

Im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise kam es lediglich im Zeitraum vom Herbst 2008 bis zum Herbst 2009 zu einem sichtbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit, wenn auf das erweiterte Unterbeschäftigungskonzept der Bundesagentur für Arbeit abgestellt wird, welches im Betrachtungszeitraum keiner Änderung der Erhebungspraxis unterworfen war. Die Zunahme belief sich saisonbereinigt nur auf rund 450 000 Personen und war damit deutlich geringer als in früheren Rezessionsphasen. Der Anstieg der Zahl registrierter Arbeitsloser ist zu etwa drei Vierteln dem Versicherungssystem zuzurechnen und hat sich inzwischen weitgehend zurückgebildet, was für einen überwiegend zyklischen Effekt spricht. Die Anzahl der erwerbslosen Personen in der Grundsicherung hat sich ferner in den letzten zwei Jahren vergleichsweise wenig bewegt. Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Lage hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Unterbeschäftigung ähnlich günstig wie im Sommer 2008, obwohl der krisenbedingte Produktionsrückgang erst zu rund drei Fünftel wettgemacht wurde.

Arbeitslosigkeit nur kurzfristig und verhalten gestiegen

⁵ Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Verbesserter Ausgleich am Arbeitsmarkt? – Evidenz von der Beveridge-Kurve, Monatsbericht, November 2008, S. 57f.

Erwerbsbeteiligung während der Krise weiter angewachsen

Dieser Befund ist auch angesichts der Tatsache bemerkenswert, dass das Arbeitsangebot während der Krise durchweg gestiegen ist, wobei der Zunahme der Erwerbsbeteiligung die entscheidende Bedeutung zukam. Dass sich die Arbeitsmarktpartizipation im Trend erhöht, wird seit Langem beobachtet. Typischerweise verzögern konjunkturelle Schwächephasen diesen Prozess aber vorübergehend. Die ungewöhnliche Reaktion der Erwerbsbeteiligung in diesem Abschwung steht nicht im Widerspruch mit den üblichen Wirkungskanälen, sondern ist eine weitere Konsequenz des speziellen Anpassungsmusters am Arbeitsmarkt. So entzog der geringfügige Anstieg der Arbeitslosigkeit dem an sich gewichtigen Entmutigungseffekt weitgehend die Grundlage. Überdies hat das vorzeitige Ausscheiden aus dem Berufsleben im Vergleich zu früheren Zeiten für die Betroffenen finanziell an Attraktivität eingebüßt. In der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen haben die Zugänge in Arbeitslosigkeit die entsprechenden Abgänge lediglich im Winterhalbjahr 2008/2009 saisonbereinigt leicht übertroffen. Während sich die Netto-Zugangsquote von Arbeitnehmern im Alter zwischen 25 und 54 Jahren nur wenig länger im positiven Bereich aufhielt, waren insbesondere junge Erwerbspersonen während der Krise neu von Arbeitslosigkeit betroffen.

Zunehmende Arbeitsmarktpartizipation von Frauen dabei bedeutsam

Die zunehmende Arbeitsnachfrage in den sozialen Dienstleistungsbranchen kam vor allem Frauen zugute, wofür auch die gestiegene Teilzeitbeschäftigung spricht. Dabei wurde ein Teil aus der Stillen Reserve (re-)aktiviert. Es kam aber zu gegenläufigen Tendenzen bei der Erwerbslosigkeit von Männern und

Frauen. Der durchaus spürbare Verlust industrieller Arbeitsplätze ließ die Arbeitslosenquote der Männer im Zeitraum von Herbst 2008 bis Herbst 2009 saisonbereinigt um gut einen Prozentpunkt ansteigen. Die entsprechende Quote der Frauen nimmt seit Jahren tendenziell ab. In der ersten Jahreshälfte 2009 wurde dieser Prozess kurzzeitig unterbrochen. Auch wenn im Zuge der konjunkturellen Erholung wieder vermehrt Männer eine Wiederanstellung gefunden haben, unterschreitet die Arbeitslosenquote der Frauen die der Männer nach wie vor.

Vor allem wegen der gestiegenen zyklischen Widerstandskraft des Arbeitsmarktes ist die Erwerbslosigkeit gegenwärtig trotz des noch nicht vollständig überwundenen konjunkturellen Einbruchs deutlich niedriger als vor einigen Jahren. Bemerkenswert ist ferner, dass die sektoralen Reallokationsprozesse offenbar die strukturelle Arbeitslosigkeit nicht erhöhen und zudem die Arbeitsmarktpartizipation befördern. Gleichwohl ist die Zahl der Erwerbspersonen, die auf dem ungeforderten Arbeitsmarkt keine Stelle bekommen, immer noch zu hoch. Es ist daher weiterhin eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass Unternehmen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und die Anreize für eine Arbeitsaufnahme gestärkt werden. Dies betrifft vor allem niedrig Qualifizierte und Langzeitarbeitslose. Keine Erfolg versprechende Strategie ist die staatliche Garantie hoher sektorspezifischer Mindestlöhne. Dies wirkt der erwünschten und in Gang gekommenen Belebung des tertiären Sektors entgegen.

Weiteres Reformpotenzial am Arbeitsmarkt

Finanzpolitik

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise gingen eine außerordentliche Unsicherheit und die Gefahr schwerer gesamtwirtschaftlicher Störungen und Schäden einher. In diesem Umfeld haben die Staatsfinanzen in Deutschland einen wichtigen Stabilisierungsbeitrag geleistet. Entscheidend hierfür war, dass trotz der gravierenden Verschlechterung der staatlichen Finanzlage das Vertrauen in ihre langfristige Tragfähigkeit nicht verloren gegangen ist. Zur Stützung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung trugen die automatischen Stabilisatoren zeitnah bei. Hinzu kamen Abgabensenkungen und Ausgabenerhöhungen. Um die Stabilität der Finanzmärkte abzusichern, wurden – wie auch in anderen Ländern – umfangreiche Hilfsprogramme für Finanzinstitute aufgelegt. Im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise in einigen Ländern der EWU wurde zum einen Griechenland durch Darlehen unterstützt. Zum anderen wurde potenziellen Refinanzierungsproblemen anderer Euro-Länder durch implizite Garantien für Hilfen der EU sowie explizite Garantiezusagen für einen zeitlich befristeten europäischen Rettungsmechanismus vorgebeugt.

Entschiedene finanzpolitische Reaktionen waren vor dem Hintergrund der Gefährdungslage angemessen. Die konkrete Ausgestaltung ist allerdings teilweise kritisch zu beurteilen, und die grundsätzlichen Probleme einer aktiven Konjunktursteuerung wurden erneut deutlich. Die endgültige Bewertung der Finanzpolitik in der Krise wird letztlich maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, das hohe strukturelle Defizit abzubauen sowie die sprunghaft steigende Schuldenquote und die Risiken aus Garantien zügig zurückzuführen.

In diesem Zusammenhang ist entscheidend, dass die neue nationale Schuldenbremse eingehalten wird. Im europäischen Kontext gilt es, als zentrale Lehre aus der Krise die Regeln zur Absicherung solider Staatsfinanzen auf europäischer Ebene zu verbessern. Das existierende Regelwerk hat die krisenhafte Finanzentwicklung in einigen Ländern nicht verhindert. Es wurde zudem stark strapaziert, und seine Schwächen und Reformnotwendigkeiten sind klar zutage getreten. Bei weiterhin eigenverantwortlichen nationalen Finanzpolitiken in der EWU muss eine konsequente Einhaltung der vereinbarten Haushaltsregeln erreicht werden, um Unterstützungsmaßnahmen zur Absicherung gegen schwerwiegende Folgeschäden möglichst zu vermeiden. Als letzter Ausweg sollte auch eine Restrukturierung von Staatsschulden möglich sein, wobei hier ein Rahmen geschaffen werden muss, der die Finanzmarktstabilität nicht gefährdet. Eine umfassendere makroökonomische Überwachung mag zudem dazu beitragen, gravierende Fehlentwicklungen und Ungleichgewichte früher zu erkennen. Eine fortlaufende Steuerung der Konjunktur oder der Wirtschaft ist allerdings weiterhin weder Erfolg versprechend noch empfehlenswert – sei es auf nationaler oder auf internationaler Ebene.

Die Krise im Spiegel der deutschen Staatsfinanzen

Drastische Verschlechterung der Staatsfinanzen seit Beginn der Krise

Staatsfinanzen grundlegend verschlechtert

Die Lage der deutschen Staatsfinanzen hatte sich in den Jahren vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise spürbar verbessert. Die Schuldenquote lag zwar mit einer Größenordnung von 65 % oberhalb des Referenzwertes der gemeinsamen europäischen Regeln. Der Staatshaushalt war für die Jahre 2007 und 2008 aber insgesamt ausgeglichen. Der in der zweiten Jahreshälfte 2008 einsetzende gesamtwirtschaftliche Einbruch spiegelte sich in den Haushalten des Jahres 2008 noch nicht wider, sondern das konjunkturelle Umfeld war bezogen auf das Gesamtjahr für die öffentlichen Finanzen noch sehr günstig.¹⁾ Im Jahr 2009 stieg die Defizitquote dann allerdings stark auf 3 %. Für das laufende Jahr ist aus heutiger Sicht mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Aufgrund des verbesserten gesamtwirtschaftlichen Umfelds könnte die Defizitquote aber deutlich unter 4 % bleiben. Dabei dürfte der weit überwiegende Teil der hohen Finanzierungslücke struktureller Natur sein. Die Schuldenquote stieg sprunghaft an und lag bereits im vergangenen Jahr bei 73 ½ %. 2010 ist eine weitere kräftige Zunahme absehbar. Hinzu kommen umfangreiche Risiken insbesondere durch die staatliche Finanzmarktstützung, die zu einem erheblichen Teil über Garantien erfolgte. Insgesamt stellt sich die Lage der Staatsfinanzen nunmehr grundlegend schlechter dar als vor Ausbruch der Krise.

Automatische Stabilisatoren

Die automatischen Stabilisatoren, das heißt die unmittelbar infolge des Abschwungs steigenden staatlichen Arbeitsmarktausgaben sowie die mit diesem verbundenen Ausfälle bei Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen, trugen spürbar zu der Verschlechterung des Finanzierungssaldos im vergangenen Jahr bei.²⁾ Dabei wurde ihre Wirkung erheblich dadurch gedämpft, dass sich für die öffentlichen Finanzen besonders relevante Größen – Arbeitslosigkeit, Bruttolöhne und -gehälter sowie privater Verbrauch – stabiler entwickelten als das stark rückläufige BIP (siehe auch Schaubild auf S. 77).³⁾ Demgegenüber brachen die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern besonders kräftig ein, nachdem sie bis einschließlich 2008 außergewöhnlich stark gestiegen waren. Insgesamt dürfte die Verschlechterung des Finanzierungssaldos 2009 zu rund 40 Mrd € beziehungsweise 1 ½ % des BIP auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zurückzuführen sein. Hinzu kamen Ausfälle bei den gewinnabhängigen Steuern in einer Größenordnung von ½ % des BIP, die sich als Korrektur einer im vorangegangenen

Auswirkungen des Wirtschaftseinbruchs auf die Staatsfinanzen 2009

¹ Die Konjunkturkomponente des Finanzierungssaldos wird hier mit dem im ESZB angewendeten disaggregierten Verfahren ermittelt, vgl. z. B.: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 66 f.

² Die fiskalische Wirkung der automatischen Stabilisatoren wird hier mit der Veränderung der Konjunkturkomponente der staatlichen Defizitquote gleichgesetzt.

³ Dies wird durch das hier verwendete disaggregierte Konjunkturbereinigungsverfahren anders als bei einem lediglich am BIP anknüpfenden aggregierten Verfahren berücksichtigt.

Aufschwung überschießenden Einnahmendynamik interpretieren lassen.⁴⁾

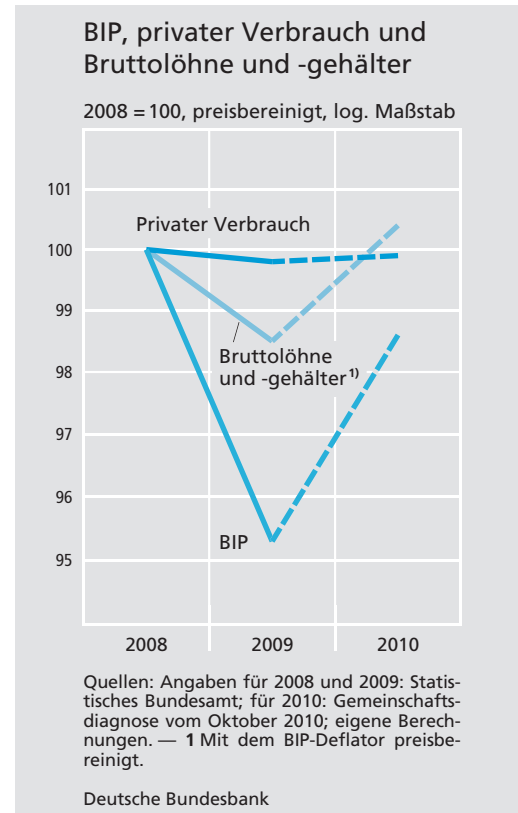
Erholung 2010

Im laufenden Jahr könnte der Korrekturprozess bei den gewinnabhängigen Steuern abgeschlossen sein, und die konjunkturelle Erholung dürfte den Finanzierungssaldo über die automatischen Stabilisatoren spürbar verbessern (knapp ½ % des BIP). Spiegelbildlich zum vergangenen Jahr wird sich die kräftige konjunkturelle Erholung aber nicht in dem Maße in einer Verbesserung des Defizits niederschlagen, den das starke BIP-Wachstum nahelegt.

Expansive finanzpolitische Maßnahmen

Diskretionäre Reaktionen auf den Wirtschaftseinbruch

Über die automatischen Stabilisatoren hinaus hat die Finanzpolitik in Deutschland – wie auch in anderen Ländern – mit umfangreichen Stabilisierungsmaßnahmen aktiv auf den Wirtschaftseinbruch reagiert. Explizit zur Konjunkturstützung ergriffene Maßnahmen sind allerdings nicht eindeutig von anderen finanzpolitischen Maßnahmen abgrenzbar, und eine getrennte Betrachtung wäre für die Beurteilung der Finanzpolitik ohnehin nicht sachgerecht. Die folgende Analyse knüpft daher an einer Schätzung der Defizitwirkung finanzpolitischer Maßnahmen insgesamt an.⁵⁾ Von Bedeutung waren dabei vor allem die im Oktober 2008 angekündigte finanzpolitische Lockerung, gefolgt von zwei Konjunkturpaketen im November 2008 und im Januar 2009⁶⁾ sowie einem kleineren Maßnahmenbündel Mitte 2009. Schließlich wurden Ende 2009 weitere Entlastungen auf den Weg gebracht (siehe Tabelle auf S. 78).



Insgesamt erhöhten finanzpolitische Maßnahmen das Defizit 2009 um 1½ % des BIP und 2010 um zusätzlich 1% des BIP. Am finanziellen Umfang gemessen sind einnahrnenseitig vor allem die zum überwiegenden

Maßnahmen zum größeren Teil dauerhaft

4 Da sich Revisionen in der makroökonomischen Prognose auch in einer geänderten Einschätzung der Anteile von Konjunktur und Trend an der Wirtschaftsentwicklung niederschlagen, sind die genannten Schätzungen der automatischen Stabilisatoren insofern vorläufig. Vgl. für eine Analyse der Einnahmementwicklung bei den gewinnabhängigen Steuern: Deutsche Bundesbank, Entwicklung der Steuereinnahmen in Deutschland und aktuelle steuerpolitische Fragen, Monatsbericht, Oktober 2008, S. 35 ff., sowie R. Morris u. a. (2009), Explaining government revenue windfalls and shortfalls: an analysis for selected EU countries, ECB Working Paper Series, Nr. 1114.

5 Insbesondere werden also auch Wirkungen früher beschlossener Maßnahmen (z.B. Abgeltungsteuer) sowie von Änderungen, die aus anderen Gründen erforderlich waren (z.B. Neuregelung der Entfernungspauschale infolge eines Verfassungsgerichtsurteils), erfasst.

6 In Deutsche Bundesbank, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Februar 2009, S. 68f. werden die mit den Konjunkturpaketen beschlossenen Maßnahmen ausführlicher erläutert.

2009 und 2010 defizitwirksame Maßnahmen *)

in % des BIP, geschätzte Veränderung gegenüber 2008, defiziterhöhend: +

Maßnahmen	2009	2010	2010 darunter: temporär
Insgesamt 1)	1,3	2,4	1,1
Im Oktober 2008 gebündelt angekündigte Maßnahmen darunter:	0,3	0,6	0,0
Erweiterte Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen ab 2010 (nach Verfassungsgerichtsbeschluss)	–	0,4	–
Höheres Kindergeld ab 2009	0,1	0,1	–
Niedrigerer Beitragssatz zur Bundesagentur für Arbeit 2009/2010	0,2	0,1	0,0
November 2008: Konjunkturpaket I darunter:	0,2	0,3	0,2
Günstigere steuerliche Abschreibungsbedingungen 2009/2010	0,1	0,2	0,2
Verkehrsinvestitionen, Wirtschaftsförderung	0,1	0,1	0,1
Januar 2009: Konjunkturpaket II davon:	0,7	1,1	0,6
Investitionen	0,1	0,3	0,3
Wirtschaftsförderung im weiteren Sinne (inkl. 1,5 Mrd € für die Abwrackprämie)	0,1	0,1	0,1
Einkommensteuersenkungen 2009 und 2010	0,1	0,2	–
Zusätzliche Bundesmittel für die Gesetzliche Krankenversicherung zur Finanzierung der Beitragssatzsenkung ab Juli 2009	0,1	0,3	–
Arbeitsmarktstützung (Kurzarbeitergeld, Aktivierung, Qualifizierung, Vermittlung), Beitragssatzanhebung Bundesagentur für Arbeit verschoben	0,1	0,2	0,2
Transfers an Familien (Kinderbonus, höhere SGB II-Leistungen für Kinder)	0,1	0,0	0,0
Zwischen Jahreswechsel 2008/2009 und Mitte 2009: verschiedene weitere Maßnahmen davon:	0,2	0,2	0,1
Fortführung der Entfernungspauschale 2006 ab 2009 (Ende 2008/Anfang 2009; nach Verfassungsgerichtsurteil)	0,0	0,1	–
Ausweitung der Abwrackprämie (April 2009)	0,1	0,0	0,0
Unternehmensteuerentlastungen (Mitte 2009)	0,1	0,0	0,0
Ende 2009: verschiedene Maßnahmen der neu gewählten Bundesregierung ab 2010 davon:	–	0,4	0,2
Höheres Kindergeld	–	0,1	–
Steuererleichterungen (v. a. Unternehmensbesteuerung, Umsatzsteuerermäßigung für Beherbergungsleistungen, Erbschaftsteuer)	–	0,1	–
Höherer Bundeszuschuss an die Gesetzliche Krankenversicherung	–	0,2	0,2

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. — * Die ausgewiesenen Werte sind in der Regel den jeweiligen Gesetzentwürfen entnommen, wurden zum Teil aber an neue Informationen und die hier zugrunde liegende VGR-Abgrenzung angepasst (beispielsweise zeitliche Aufteilung bei den Maßnahmen aus dem Investitions- und Tilgungsfonds in Anlehnung an Mittel-

abflüsse). Verhaltensanpassungen infolge der Maßnahmen, wie z.B. die Kürzung anderer staatlicher Ausgaben in den Bereichen Arbeitsmarkt oder Investitionen, bleiben unberücksichtigt. Die Finanzwirkung der Maßnahmen wird insoweit nicht vollständig erfasst. — 1 Im Folgenden sind nur die wichtigsten Maßnahmen aufgeführt.

Teil dauerhaften Steuersenkungen relevant. Auf der Ausgabenseite kommen insbesondere staatliche Investitionen, Kindergelderhöhungen, die Abwrackprämie sowie die Arbeitsmarktstützung (u. a. durch großzügigere Regelungen für das Kurzarbeitergeld, siehe S. 65 ff.) hinzu. Insgesamt ist weniger als die Hälfte der Defizitwirkung vorübergehender Natur, und auch einige befristete Maßnahmen laufen erst allmählich aus.

Spezielle Maßnahmen zur Stabilisierung von Finanzinstituten und EWU-Mitgliedstaaten

*Stützung von
Finanzinstituten*

Neben den vorgenannten finanzpolitischen Maßnahmen wurden umfangreiche Hilfsmaßnahmen für Finanzinstitute ergriffen, um die Auswirkungen der krisenhaften Entwicklung an den Finanzmärkten direkt zu begrenzen. So wurde die Industriekreditbank über die Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Bund bereits in den Jahren 2007 und 2008 gestützt und anschließend verkauft. Nach der Insolvenz von Lehman Brothers und der folgenden weiteren Zuspitzung von Liquiditäts- und Solvabilitätsproblemen im Finanzsektor wurde im Oktober 2008 das Bundessondervermögen „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin)⁷ eingerichtet, um schwerwiegende realwirtschaftliche Folgen durch drohende weitere Zusammenbrüche systemrelevanter Finanzinstitute im Zuge der Krise zu verhindern. Der dem Staatssektor zugeordnete SoFFin soll inländische Finanzinstitute durch Garantien (bis zu einer Obergrenze von 400 Mrd €) sowie Rekapitalisierungen und Risikoübernahmen (bis zur Ausschöpfung des Kreditrahmens von maximal 80 Mrd €)

stabilisieren. Im Juli 2009 wurden außerdem „Bad Bank“- und Konsolidierungsmodelle verabschiedet, mit denen hoch abschreibungsgefährdete Finanzaktiva sowie (beim Konsolidierungsmodell) Risikopositionen und einzelne Geschäftsbereiche in staatlich abgesicherte Einheiten ausgelagert werden können. Darüber hinaus haben insbesondere verschiedene Bundesländer landeseigene Finanzinstitute (WestLB, BayernLB, HSH Nordbank, LBBW, SachsenLB, NordLB) durch Kapitalerhöhungen oder Garantien für die Absicherung oder Auslagerung von Risikoaktiva sowie für die Emission von Bankschuldverschreibungen unterstützt.

In einigen EWU-Mitgliedstaaten haben sich die Staatsfinanzen nicht nur, aber auch aufgrund der Krise so weit verschlechtert, dass Zweifel an ihrer Zahlungsfähigkeit aufkamen. Die daraus resultierenden Risiken spitzten sich schließlich massiv zu. Im Mai 2010 beschlossen daher die Finanzminister des Euro-Raums und der IWF, den erforderlichen Konsolidierungsprozess im akut insolvenzgefährdeten Griechenland durch eine an strikte Auflagen gebundene Kreditgewährung zu unterstützen. Damit sollten Ansteckungseffekte verhindert werden, die die Stabilität des Finanzsystems im Euro-Raum insgesamt bedrohten. Noch bevor die EU-Finanzminister das Paket finalisierten, hatte sich die Lage an den Kapitalmärkten weiter verschärft. Deshalb wurde ein aus zwei Modulen bestehender „Europäischer Stabilisierungsmechanismus“ verein-

*Hilfen für hoch
verschuldete
Euro-Länder*

⁷ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Eckpunkte des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, Monatsbericht, November 2008, S. 32 f., und Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 2009, S. 93.

Auswirkungen von Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten und EUWU-Ländern auf Maastricht-Defizit und -Schuldenstand

Im Rahmen der europäischen Fiskalregeln kommt dem Maastricht-Defizit und dem Maastricht-Schuldenstand zentrale Bedeutung zu. Für deren Berechnung sind grundsätzlich die Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) maßgeblich. Diese sehen vor, dass Vorgänge entsprechend der ihnen zugrunde liegenden wirtschaftlichen Realität abgebildet werden. Dies kann beispielsweise im Einzelfall dazu führen, dass Einheiten oder Transaktionen, die nicht direkt in den Staatshaushalten erfasst sind, in den VGR dem Staatssektor zugerechnet werden. Die Zuständigkeit für die teilweise notwendig werdende konkrete Auslegung der ESVG-Regeln und für die Überprüfung ihrer Anwendung liegt bei Eurostat. Es lässt sich jedoch auch angesichts der hohen Komplexität der zugrunde liegenden Vorgänge, der mitunter vorhandenen Probleme bei der Einordnung in das vielschichtige Regelwerk, der bestehenden Verbuchungs- und Ausgestaltungsspielräume und der zum Teil unvollkommenen Informationslage nicht ausschließen, dass Maßnahmen mit ähnlichem ökonomischen Gehalt am Ende unterschiedlich erfasst werden. Vor diesem Hintergrund ist es gerade im Hinblick auf die europäischen Haushaltsregeln von entscheidender Bedeutung, dass die statistische Verbuchung transparent und ungeachtet politischer Einflüsse erfolgt.

Die Maastricht-Kennzahlen Defizit und Brutto-Schuldenstand stellen Indikatoren dar, mit denen die finanzielle Lage möglichst präzise und international sowie im Zeitablauf vergleichbar gemessen und eine zeitnahe Implementierung der Haushaltsüberwachung ermöglicht werden sollen. Dabei spiegelt das Maastricht-Defizit die transaktionsbedingte Änderung des staatlichen Netto-Finanzvermögens wider. Der Maastricht-Schuldenstand erfasst die staatliche Bruttoverschuldung (zu Nominalwerten).¹⁾ Diese stellt naturgemäß nur einen Ausschnitt der staatlichen Finanzlage dar, und vorhandenes Finanz- oder Sachvermögen wird nicht berücksichtigt. So erhöht beispielsweise der schuldenfinanzierte Erwerb von Finanzvermögen die Bruttoschulden, während die Änderung der Netto-Vermögenssituation von der Werthaltigkeit der erworbenen Finanzaktiva abhängt. Insbesondere in Zeiten der Finanzmarktkrise und im Zusammenhang mit staatlichen Stützungsmaßnahmen unterliegt hier die Bewertung häufig besonderer Unsicherheit.

Stützungsmaßnahmen zugunsten von Finanzinstituten²⁾

Staatliche Maßnahmen zur direkten Stützung von Finanzinstituten können zum einen auf eine Verbesserung der Solvenz abzielen, beispielsweise durch Kapitalzuführungen oder Entlastungen im Bereich der Risikoaktiva. Sie können aber auch auf die Verbesserung der Liquiditätssituation ausgerichtet

sein, wobei hier häufig auf Garantien für Bankschuldentitel zurückgegriffen wird.

In Deutschland wurden seit Beginn der Finanzmarktkrise bis zum Ende des ersten Halbjahres 2010 staatliche Rekapitalisierungen im Umfang von insgesamt 47 ½ Mrd € durchgeführt (vgl. Tabelle auf S. 82). Diese werden statistisch regelmäßig nur dann in voller Höhe als Erwerb von Finanzvermögen erfasst, wenn sich der Staat ähnlich einem privaten Investor mit entsprechender Ertragserwartung verhält. In diesem Fall wird das Defizit nicht berührt, bei einer Kreditfinanzierung der Transaktion nimmt aber der Brutto-Schuldenstand zu. Zur Erleichterung der statistischen Verbuchung in von hoher Unsicherheit geprägten Krisenzeiten werden nach einer Eurostat-Entscheidung vom Juli 2009 Kapitalzuführungen grundsätzlich defizitneutral erfasst, wenn eine den beihilferechtlichen Anforderungen entsprechende Vergütung vereinbart ist. Dagegen werden defiziterhöhende Vermögens-transfers gebucht, wenn eine Aufstockung von Kapitalreserven bei Banken erfolgt, die über mehrere Perioden Verluste schreiben und bei denen keine zusätzlichen Eigentumsrechte oder sonstigen Vergütungsansprüche erworben werden (wie etwa bei der HRE). Ein Defizit wird auch ausgewiesen, wenn eine Zuführung den bei einer zeitnahen Privatisierung erzielten Verkaufserlös übersteigt (wie im Fall der IKB). Somit wurden von den Kapitalmaßnahmen in Deutschland insgesamt 7 ½ Mrd € im Defizit berücksichtigt.

Die Übertragung von Risikopositionen von Finanzinstituten auf ausgelagerte Einheiten erfolgt häufig zu einem Preis oberhalb des Marktwerts. Damit übernehmen diese Einheiten aktuelle Marktwertverluste und die mit der künftigen Wertentwicklung verbundenen Risiken, was im Fall einer Abwicklung über staatlich abgesicherte und kontrollierte Entschuldungseinheiten für deren Zuordnung zum Staatssektor maßgeblich ist.³⁾ Die Absicherung kann durch Garantien, Eigenkapital oder eine Kombination von beidem erfolgen. Dies führt bei den gestützten Instituten in der Regel zu einer Bilanzverkürzung, wohingegen sich die Bilanz des Staates verlängert und der Brutto-Schuldenstand (d.h. ohne Abzug der erworbenen Aktiva) steigt. Eine unmittelbare Defizitwirkung ergibt sich in Höhe der Differenz zwischen Ankaufspreis⁴⁾ und Marktpreis. Spätere (unrealisierte oder realisierte) Wertminderungen haben hingegen keine weiteren Defizitwirkungen (da sie als Umbewertung gebucht werden),⁵⁾ würden allerdings die mit der Verwertung verbundene Rückführung der Bruttoverschuldung einschränken. Aufgrund von Bewertungsproblemen während der Finanzkrise räumt die Eurostat-Entscheidung vom Juli 2009 alternative Möglichkeiten zur Approximation von Marktpreisen ein, wobei dann in den meisten Fällen – abweichend vom üblichen Verfahren –

1 Dabei handelt es sich um die explizite Verschuldung, wobei weder implizite Verbindlichkeiten, z.B. aus einem umlagefinanzierten Rentensystem, noch potenzielle Verbindlichkeiten, z.B. aus Garantien, eingerechnet werden. — 2 Im Juli 2009 hatte Eurostat eine spezielle Entscheidung zur statistischen Behandlung von Maßnahmen im Zuge der Finanzkrise veröffentlicht, die für einen begrenzten Zeitraum Gültigkeit hat und den besonderen Herausforderungen für die Statistik Rechnung tragen sollen. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Öffent-

liche Finanzen, Monatsbericht, August 2009, S. 79–84. Die ursprüngliche Entscheidung wurde im September 2009 durch eine ergänzende Verbuchungsleitlinie modifiziert. — 3 Mit der Eurostat-Entscheidung vom Juli 2009 und den Leitlinien vom September 2009 wurde eine (temporäre) Regelaufweichung für mehrheitlich in privatem Eigentum stehende Zweckgesellschaften vorgenommen. Sofern diese zur Bewältigung der Finanzkrise für einen begrenzten Zeitraum aktiv sind, ist unabhängig von einer staatlichen Kontrolle und Risikoüber-

spätere (realisierte) Vermögensverluste defizitwirksam zu buchen sind. In Deutschland werden bislang die Erste Abwicklungsanstalt einschließlich Phoenix (WestLB) und die 2008 eingerichtete Zweckgesellschaft Sealink-Funding (SachsenLB) mit 65 Mrd € im Schuldenstand berücksichtigt. Die Defiziteffekte beschränkten sich auf Basis der verfügbaren Wertansätze auf knapp 2 ½ Mrd €. Sofern keine Marktpreise zugrunde lagen, könnten gemäß der Eurostat-Entscheidung künftig weitere Defizite anfallen. Die möglichen Schuldenstandseffekte aus der Übertragung von Aktiva auf die HRE-Abwicklungsanstalt Ende des dritten Quartals wurden vom Bundesministerium der Finanzen auf bis zu 8 ½ % des BIP beziffert.

Staatliche Garantien werden als Eventualverbindlichkeiten im Regelfall erst bei Auszahlungen im Falle einer Inanspruchnahme erfasst. Der Bestand der im Zuge der Finanzmarktstützung übernommenen Garantien belief sich bis zur Jahresmitte 2010 auf rund 182 ½ Mrd €. Nicht berücksichtigt sind dabei Garantien zugunsten von Einheiten, die bereits in den Staatssektor eingerechnet sind oder die wie bei der Gesellschaft für die LBBW mit einer kreditfinanzierten Einlage unterlegt sind und somit bereits im Schuldenstand erfasst wurden. Der Hauptteil entfällt auf Garantien des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung für Emissionen von Schuldtiteln von Finanzinstituten, die grundsätzlich über eine angemessene Eigenkapitalausstattung verfügen sollten, sodass die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme eng begrenzt bleiben dürfte. Es wurden jedoch auch Garantien in Höhe von knapp 15 Mrd € für risikobehaftete Bankaktiva übernommen (BayernLB, HSH Nordbank), bei denen die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme deutlich erhöht sein dürfte und teilweise dementsprechend bereits Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalten ausgebracht wurden.

Grundsätzlich sieht das ESVG vor, Transaktionen gemäß ihrer ökonomischen Substanz zu klassifizieren. Eurostat hatte im Fall der 2007 von der KfW ausgeführten Stützungsmaßnahmen zugunsten der IKB zunächst entschieden, dass diese in den Konten des Bundes nachzuweisen sind, obwohl die KfW dem Bankensektor zugeordnet ist. Die KfW hätte offensichtlich nicht aus unternehmerischem Eigeninteresse, sondern letztlich im Auftrag des Bundes zur Sicherung der Finanzmarktstabilität in Deutschland gehandelt. Mit der Eurostat-Entscheidung vom Juli 2009 wurde dies jedoch zurückgenommen und das Vorliegen einer schriftlichen Anweisung oder anderer unwiderlegbarer Beweise für ein Handeln in staatlichem Auftrag zur Voraussetzung für eine Umbuchung gemacht. Die von der KfW im Zuge der IKB-Rettung verbuchten Verluste (knapp 8 ½ Mrd €) schlagen sich somit nur noch indirekt beim Staat als – nicht defizitwirksam erfasster – Wertverlust seines Besitzes an der KfW nieder.

nahme eine Erfassung außerhalb des Staatssektors möglich, sofern die für den Staat zu erwartenden Risiken in Relation zum Geschäftsvolumen gering sind. — 4 Bei der Ermittlung des Ankaufspreises wäre ein ggf. vom übertragenden Institut in die staatliche Abwicklungseinheit eingebrachtes rechnerisches Eigenkapital zu berücksichtigen. Dies ändert freilich nichts daran, dass die ESVG-Bilanz einer staatlichen Entschuldungseinheit auf Grundlage von Marktwerten in der

Stützungsmaßnahmen zugunsten von Euro-Ländern

Im Fall der Darlehen an Griechenland, die in Deutschland im Rahmen eines durch Bundesgarantie abgesicherten Zuweisungsgeschäfts über die KfW abgewickelt werden, ist das Handeln in staatlichem Auftrag eindeutig belegt.⁶⁾ Die von der KfW vergebenen Kredite werden in den VGR beim Staat nachgewiesen, das heißt als Kreditvergabe des Bundes an Griechenland, für deren Finanzierung eine Kreditaufnahme bei der KfW unterstellt wird. Bis zum Ende des ersten Halbjahres 2010 wurden für die erste Tranche 4 ½ Mrd € (von insgesamt bis 2013 vorgesehenen 22 ½ Mrd €) schuldenstandserhöhend verbucht.

Im Fall einer Kreditvergabe des EFSF an notleidende Euro-Staaten scheint eine schuldenstandswirksame Erfassung in den Konten der garantiegebenden Mitgliedsstaaten ebenfalls angezeigt. Entsprechend den Vereinbarungen der Eurogruppe von Anfang Juni 2010 werden bedarfsweise Darlehen über eine nach luxemburgischem Recht gegründete Zweckgesellschaft bereitgestellt. Für deren Finanzierung garantieren die Euro-Länder entsprechend ihrem EZB-Kapitalschlüssel.⁷⁾ Alle wesentlichen Entscheidungen über die Gewährung von Darlehensfazilitäten oder die Auszahlung von Mitteln erfordern einen einstimmigen Beschluss der garantiegebenden Staaten. Die Zweckgesellschaft entscheidet nicht selbst über die Kreditvergabe, sondern führt letztlich nur die Stützungsmaßnahmen im Auftrag und auf Risiko der Euro-Länder aus. Während die bloßen Garantiezusagen zunächst nicht verbucht werden, wäre bei einer Kreditaufnahme und -vergabe der Zweckgesellschaft im Auftrag der garantiegebenden Staaten – analog zur Kreditvergabe Deutschlands an Griechenland über die KfW – eine schuldenstandswirksame Erfassung geboten. Damit würden der Brutto-Schuldenstand und das Finanzvermögen in entsprechender Höhe steigen. Zu einer Defizitwirkung dürfte es hingegen nur bei Ausfällen in Form von Schuldenerlassen kommen. Eine endgültige Entscheidung über die statistische Erfassung wurde bislang zwar noch nicht getroffen. Eurostat sprach sich jedoch auf der letzten Sitzung des Ausschusses für die Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken im Juli 2010 für eine schuldenstandswirksame Verbuchung aus. Dies erscheint zum einen im Sinne einer Orientierung an der ökonomischen Substanz sachgerecht. Zum anderen würde die Alternative einer Etablierung von „off-balance“-Mechanismen, mit deren Hilfe finanzpolitische Maßnahmen abseits bestehender Verschuldungsgrenzen durchgeführt werden könnten, dem Reformziel einer Stärkung der finanzpolitischen Disziplin und statistischen Stringenz zuwiderlaufen und potenziell neue Spielräume zur Umgehung von Haushaltsregeln schaffen.

Regel negatives Eigenkapital ausweisen dürfte. — 5 Dies gilt allerdings nicht für Schuldenerlasse, die eine Transaktion darstellen und in jedem Fall als Vermögenstransfer zu buchen sind. — 6 Grundlage ist das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010. — 7 In Deutschland erfolgt die Garantieübernahme auf Grundlage des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010.

Staatliche Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten und EUW-Ländern

Mrd €, bis Ende des 2. Quartals 2010

Maßnahmen zur Stützung von ... ¹⁾	Defizit	Schulden- stand	Even- tualver- bindlich- keiten ²⁾
... Finanzinstituten			
Kapitalzuführungen	7,4	⁴⁾ 47,3	.
Übernahme von Aktiva durch spezielle Einhei- ten	2,4	⁴⁾ 65,0	.
Sonstiges (Einlagen LBBW, Garantien)	.	12,7	182,5
... Euro-Ländern ³⁾			
Griechenland	.	4,4	17,9
EFSF	.	.	147,6

¹ Effekte auf Defizit und Schuldenstand aufgrund von Zinseinnahmen und -ausgaben sowie Garantiegebühren unberücksichtigt. — ² Ohne Berücksichtigung von Garantien für Einheiten des Staatssektors oder Maßnahmen, die sich bereits im Schuldenstand niederschlagen. — ³ Eventualverbindlichkeiten entsprechend der (noch nicht genutzten) maximalen Garantiermächtigung. — ⁴ Unter Berücksichtigung etwaiger Veräußerungen oder Rückflüsse.

Deutsche Bundesbank

bart, mit dem an verschiedene Bedingungen, wie insbesondere Konsolidierungsaufgaben, geknüpfte Kredite vergeben werden können. Im Rahmen des ersten Moduls, dem unbefristeten „Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus“ (EFSM), steht eine Kreditlinie der EU bereit, deren Umfang auf 60 Mrd € beziffert wurde.⁸⁾ Die Kreditaufnahme der neuen Zweckgesellschaft „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) wird durch Garantien von EUW-Staaten in Höhe von 440 Mrd € abgesichert.⁹⁾ EFSF-Kredite können bis Ende Juni 2013 durch Euro-Länder mit Zahlungsschwierigkeiten beantragt werden. Grundsätzlich ist wie bei der Griechenlandhilfe die Zusammenarbeit mit dem IWF vorgesehen. Die Risiken aus den potenziellen Krediten im Rahmen der beiden Module werden letztlich von den Mitgliedsländern getragen.

Die Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten und Euro-Ländern mit drohenden Zahlungsschwierigkeiten gehen insgesamt mit hohen Belastungen und Risiken für die öffentlichen Haushalte in Deutschland einher. Diese schlagen sich allerdings nur teilweise in den zumeist im Fokus stehenden Maastricht-Kennzahlen nieder. Insbesondere übernommene Garantien berühren die Kennzahlen als Eventualverbindlichkeiten in der Regel erst bei einer Inanspruchnahme (vgl. auch die Erläuterungen auf S. 80f.).

Risiken und Belastungen nur teilweise in Maastricht-Kennzahlen sichtbar

Die Hilfsmaßnahmen für Finanzinstitute in Deutschland erhöhten per saldo das Defizit in den Jahren 2008 und 2009 um jeweils 0,1% des BIP und den Schuldenstand bis Ende 2009 um insgesamt 4% des BIP.¹⁰⁾ Die vor dem Hintergrund der Krise gewährten staatlichen Garantien für Finanzinstitute beliefen sich auf 7% des BIP.¹¹⁾ Für das laufende Jahr werden wohl insbesondere im Zusammenhang mit den zur Entlastung von WestLB und HRE gegründeten Abwicklungsanstalten zusätzliche Defizit- und Schuldenstandswirkungen zu Buche schlagen. Im Fall der Ersten Abwicklungsanstalt (WestLB) hat Eurostat bereits entschieden, dass diese Einheit – und damit deren Verschuldung – dem Staatssektor

Zwischenbilanz

⁸ Das maximale Volumen der Kreditlinie im EFSM wird auf Grundlage der Ratsentscheidung vom 9./10. Mai 2010 allerdings nicht absolut, sondern durch den Abstand zwischen der Eigenmittelobergrenze und den Zahlungsermächtigungen des EU-Haushalts bestimmt.

⁹ Das Volumen der ausgereichten Kredite ist geringer als das Garantievolumen, u. a. da eine Übersicherung von 120% vorgesehen ist und der EFSF bei Kreditgewährung eine Barreserve bildet. Das verfügbare Kreditvolumen dürfte sich damit auf weniger als 300 Mrd € belaufen.

¹⁰ Hierbei sind u. a. auch Einnahmeeffekte (z. B. Garantiegebühren) berücksichtigt.

¹¹ Hierbei bleiben staatliche Garantien zugunsten von Einheiten des Staatssektors unberücksichtigt.

zuzuordnen ist, wodurch sich der Schuldenstand zusätzlich um 1 % des BIP erhöht hat.¹²⁾ Vorgesehen sind außerdem zusätzliche Schulden in Höhe von 1 % des BIP bis 2013 aus der deutschen Beteiligung an den Kredithilfen für Griechenland.

*Schwierige
Risiko-
abschätzung*

Wie hoch die Belastung des deutschen Staatshaushalts durch die bislang eingegangenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Stützung von Finanzinstituten und hoch verschuldeten Euro-Staaten letztlich ausfallen wird, ist noch offen. So ist zu beachten, dass den oben beschriebenen Bruttoschulden zwar zum größten Teil statistisch ein Vermögensaufbau (z. B. in Form einer Forderung) in ähnlicher Größenordnung gegenübersteht. Nach Auslaufen des derzeitigen staatlichen Engagements könnten aber Vermögensverluste beim Staat verbleiben. Inwieweit die bislang vergebenen Garantien insgesamt mit finanziellen Lasten verbunden sein werden, lässt sich aus heutiger Sicht genauso wenig verlässlich quantifizieren wie die Risiken aus anderen Stabilisierungsmaßnahmen im Bereich der Finanz- und der Geldpolitik. Darüber hinaus sind Maßnahmen durch den SoFFin grundsätzlich noch bis Jahresende verfügbar.¹³⁾ Außerdem könnten von anderen Mitgliedstaaten Kredite aus den beiden Modulen des Europäischen Stabilisierungsmechanismus in Anspruch genommen werden. Schließlich bestehen finanzielle Risiken aufgrund der Beteiligung am IWF und nach Maßgabe des EZB-Kapitalanteils aufgrund der Ausweitung des Sicherheitenrahmens des Eurosystems und des Ankaufprogramms für Schuldverschreibungen durch das Eurosystem vom Mai dieses Jahres.

Zur Abschätzung fiskalischer Stabilisierungswirkungen

Nach dem starken Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 hat sich die deutsche Wirtschaft bereits im Frühjahr 2009 stabilisiert und wächst inzwischen wieder mit beachtlichem Tempo. Auch stellt sich die Lage an den Finanzmärkten bei weiter bestehender Unsicherheit nun ungleich besser dar als zu den Höhepunkten der jeweiligen Krisenphasen. Die Bedeutung der ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen für die Entwicklung lässt sich dabei aber nur schwer beurteilen. Besonders schwierig ist sicherlich die Abschätzung der Wirkungen der Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen und möglicher alternativer Handlungsoptionen. Insgesamt hätte ohne Maßnahmen zur Finanzmarktstützung ein noch drastischerer gesamtwirtschaftlicher Einbruch gedroht, sodass von einer sehr hohen, wenngleich nicht quantifizierbaren Stabilisierungswirkung auszugehen ist.

Hohe Unsicherheit bei Abschätzung der Stabilisierungswirkungen

Im Hinblick auf die Wirkungen der übrigen finanzpolitischen Maßnahmen und der automatischen Stabilisatoren scheint eine Quantifizierung eher möglich. Allerdings ist auch hierbei zu konzedieren, dass die Ergebnisse modellabhängig sind und insbesondere den Besonderheiten der Finanz- und Wirtschaftskrise nur schwer Rechnung zu tragen ist.

Ergebnisse von Simulationen modellabhängig

¹² Dabei ist zu beachten, dass die Verschuldung der Zweckgesellschaft Phoenix in Höhe von 23 Mrd €, die sich in der Bilanz der Ersten Abwicklungsanstalt niederschlägt, bereits seit 2008 im Schuldenstand erfasst ist.

¹³ Mit den Maßnahmen kann auch ein längeres Engagement verbunden sein. Außerdem sollen noch bestehende Garantie- und Kreditermächtigungen des SoFFin teilweise auf den geplanten Restrukturierungsfonds (durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung verwaltetes neues Sondervermögen des Bundes) übertragen werden.

Einerseits könnten die fiskalischen Maßnahmen zur Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage angesichts der sehr hohen Unsicherheiten durch stärkeres Vorsichtssparen und das Bestreben, die erlittenen Vermögensverluste teilweise zu kompensieren, sowie vor dem Hintergrund der erheblich verschlechterten Staatsfinanzen stärker als gewöhnlich konterkariert worden sein. Außerdem dürfte es die gute Finanzlage in der Ausgangssituation vielen deutschen Unternehmen erleichtert haben, die Krise ohne staatliche Stützung zu überstehen. Andererseits waren die Kapazitäten stark unterausgelastet, die Kapitalmärkte sahen die langfristige Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen offenbar als nicht nachhaltig beeinträchtigt an, und das staatliche Handeln zur Bekämpfung der Krise könnte das Vertrauen in deren Bewältigung gestärkt haben. Schließlich berücksichtigen Modelle in der Regel nicht, inwieweit möglicherweise eine ungebremste gesamtwirtschaftliche Abwärtsentwicklung mit sich gegenseitig verstärkenden Wechselwirkungen zwischen Realwirtschaft und Finanzsystem eingesetzt hätte.

Maßnahmen und automatische Stabilisatoren minderten BIP-Rückgang 2009

Nach einer Simulation mithilfe des makroökonomischen Modells der Bundesbank wäre der Rückgang des realen BIP im Jahr 2009 ohne die hier betrachteten defiziterhöhenden Maßnahmen im Umfang von 1½ % des BIP um etwa einen Prozentpunkt stärker ausgefallen. Dabei war insbesondere die Abwrackprämie, von der spürbare Vorzieheffekte ausgelöst wurden, von Bedeutung.¹⁴⁾ Die automatischen Stabilisatoren haben den Rückgang des BIP zusätzlich in ähnlicher Größenordnung gebremst. Die oben angespro-

chene Sonderentwicklung bei den gewinnabhängigen Steuern dürfte dagegen nach dem Modell nur mit geringen stabilisierenden Wirkungen verbunden gewesen sein. Insgesamt zeigt die Modellsimulation damit für 2009 eine positive Wirkung der diskretionären Maßnahmen und automatischen Stabilisatoren auf das BIP von rund 2 % an.

Im laufenden Jahr wird die Defizitquote durch fiskalische Maßnahmen nochmals um etwa einen Prozentpunkt ausgeweitet. Nicht zuletzt aufgrund der nunmehr starken Dämpfung durch den Wegfall der Abwrackprämie beläuft sich der Wachstumseffekt per saldo aber auf lediglich gut einen halben Prozentpunkt. Dagegen wirken die automatischen Stabilisatoren aufgrund der insgesamt positiven konjunkturellen Entwicklung restriktiv, wobei der Effekt von der für die Staatsfinanzen nun (anders als 2009) weniger günstigen Wachstumsstruktur begrenzt wird (vgl. auch Schaubild auf S. 77).

Auch 2010 noch positive Impulse von fiskalischen Maßnahmen

Beurteilung der Finanzpolitik in der Krise

Die Finanzpolitik kann grundsätzlich einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung leisten. Eine entscheidende

Fiskalische Stabilisierung erfordert Vertrauen in tragfähige Staatsfinanzen

¹⁴ Während die Abwrackprämie das BIP 2009 per saldo um etwa ¼ % an hob, dämpft ihr Wegfall das Wirtschaftswachstum 2010 sogar noch etwas stärker, da nicht nur die 2009 generierte Zusatznachfrage, sondern darüber hinaus vorgezogener Konsum entfällt. Eingerechnet ist bei den Berechnungen zudem, dass die automatischen Stabilisatoren ohne diskretionäre Maßnahmen höher ausgefallen wären und somit den BIP-Rückgang stärker gebremst hätten. Die Auswirkungen defizitneutraler Maßnahmen wie Bürgschaften und Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor werden dagegen generell nicht berücksichtigt.

Voraussetzung sind allerdings solide Staatsfinanzen. Gerade die Entwicklung in einigen EU-Ländern während der Krise hat gezeigt, dass steigende staatliche Defizite und Schulden sogar destabilisierend wirken, wenn das Vertrauen in die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte schwindet.

Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung insgesamt angemessen

Die Stabilisierung heimischer Finanzinstitute sowie – im weiteren Verlauf der Krise – anderer EU-Staaten durch den deutschen Staat war in der Ausnahmesituation der Finanz- und Wirtschaftskrise angemessen. Es bestand die Gefahr noch massiverer Störungen der Finanzmärkte mit schwerwiegenden realwirtschaftlichen Folgen. Zukünftig gilt es allerdings, durch Reformen der Finanzmarktregulierung und -aufsicht die Finanzmarktstabilität verlässlicher abzusichern und generell die Eigenverantwortlichkeit der Akteure zu stärken, um Fehlentwicklungen frühzeitig und möglichst ohne Rückgriff auf den Staat zu begegnen. Die auf europäischer Ebene festgelegten Regeln für die Staatsfinanzen bedürfen nicht zuletzt vor diesem Hintergrund einer grundlegenden Überarbeitung (siehe S. 87 f.).

Zeitnahe Konjunkturglättung durch automatische Stabilisatoren

Auch die automatischen Stabilisatoren haben in der jüngsten Krise einen zeitnahen und spürbaren Stabilisierungsbeitrag geleistet und den wirtschaftlichen Einbruch erheblich gemildert. Mit Blick auf die Dämpfung konjunktureller Schwankungen durch die öffentlichen Finanzen sind die automatischen Stabilisatoren grundsätzlich besonders geeignet, da sie unabhängig von längerwierigen Erkenntnis- und Entscheidungsprozessen sind und über den Zyklus symmetrisch wirken.

Eine aktive fiskalische Konjunktursteuerung ist auch nach den jüngsten Erfahrungen grundsätzlich skeptisch zu beurteilen. In der außerordentlichen Krisensituation war es aber gerechtfertigt und hilfreich, einen expansiven fiskalischen Impuls zu setzen – auch wenn die damit verbundenen konkreten Probleme einmal mehr ersichtlich wurden.

Fiskalische Stimulierung durch besondere Situation gerechtfertigt

Grundsätzlich wird mit einer aktiven fiskalischen Konjunkturpolitik das Ziel verfolgt, die ökonomische Aktivität durch eine vorübergehende Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in dem Zeitraum zu steigern, in dem die angebotsseitigen Produktionsmöglichkeiten unterdurchschnittlich ausgeschöpft werden. Einem expansiven Impuls im Abschwung müssen allerdings restriktive Maßnahmen in guten Zeiten gegenüberstehen, wenn ein dauerhafter Anstieg der Verschuldung vermieden werden soll. Konjunkturpakete sollten daher zeitnah wirken und zeitlich befristet sein. Vorteilhaft ist es darüber hinaus, wenn sie zielgenau sind und damit eine hohe Multiplikatorwirkung haben sowie andere finanzpolitische Ziele nicht durch unerwünschte Verteilungs- oder Verzerrungswirkungen beeinträchtigen.

Anforderungen an fiskalische Stimulierungsmaßnahmen ...

Die Vergangenheit hat allerdings gezeigt, dass Maßnahmen zur Konjunkturstützung wegen der Schwierigkeit, einen Abschwung zeitnah zu erkennen, sowie der zeitlichen Verzögerungen bei Entscheidung, Durchführung und Wirkungsentfaltung häufig erst dann die Konjunktur stimulieren, wenn die Wirtschaft ohnehin bereits wieder auf Erholungskurs ist. Zudem fällt es häufig schwer, zeitnah zwischen konjunkturellen und damit

... in Vergangenheit häufig verfehlt ...

vorübergehenden und strukturellen Ursachen für einen Abschwung zu unterscheiden. Bei letzteren verzögern Konjunkturprogramme aber den notwendigen Anpassungsprozess der Wirtschaft. Die Maßnahmen sind häufig nicht zeitlich befristet, und im nachfolgenden Aufschwung unterbleiben aus politischen Gründen oft die dann notwendigen Konsolidierungsschritte. Außerdem besteht ein Anreiz, nicht zuletzt vor Wahlen ein konjunkturelles Strohfeuer auszulösen.

... und auch in dieser Krise nur teilweise erfüllt

Bei außerordentlich großen gesamtwirtschaftlichen Risiken wie zum Jahreswechsel 2008/2009 ist es dagegen grundsätzlich angemessen, auch mit fiskalischen Maßnahmen zu versuchen, abrupte und ungebremste Einbrüche abzufedern. Allerdings erfüllten die ergriffenen Maßnahmen die genannten Anforderungen nur teilweise. Die beiden Konjunkturpakete vom November 2008 und Januar 2009 wurden zwar bereits zu einem Zeitpunkt verabschiedet, als die volle Wucht der Rezession erst allmählich sichtbar wurde (siehe auch Schaubild auf S. 87). Sieht man von den kaum zu quantifizierenden Vertrauens- und Ankündigungseffekten ab, entfalten sie ihre Wirkung zum großen Teil aber erst ab dem zweiten Quartal 2009, und ein guter Teil der aktiven finanzpolitischen Expansion fällt in das laufende Jahr, also in eine Phase, in der sich die Erholung wohl auch ohne weitere Stimuli fortgesetzt hätte.¹⁵⁾ Es wäre vorteilhaft gewesen, wenn das Konjunkturpaket II stärker auf 2009 konzentriert gewesen wäre. Die zusätzliche Ausweitung des Maßnahmenumfangs für das Jahr 2010 durch das Ende 2009 beschlossene Wachstumsbeschleunigungsgesetz war bereits zum

Zeitpunkt der Verabschiedung unnötig. Dies gilt umso mehr angesichts des für das laufende Jahr nun erwarteten sogar sehr starken Wachstums. Des Weiteren belastet gut die Hälfte der ergriffenen Maßnahmen die Staatsfinanzen dauerhaft; eine stärkere zeitliche Befristung wäre hier wünschenswert gewesen. Die Abwrackprämie ist ein Beispiel für eine Maßnahme, die aus Sicht der zeitnahen Konjunkturstimulierung relativ wirksam, insgesamt gesehen aber auch nicht unproblematisch war (siehe S. 54f.).

Eine entscheidende Rolle bei der Beurteilung der Finanzpolitik in der Krise spielt auch, inwieweit das Vertrauen in die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen erhalten blieb. Glaubwürdige Haushaltsregeln können hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. So können nicht nur die Risikoprämien auf die zu zahlenden Zinsen begrenzt werden. Vielmehr wird auch einer zusätzlichen Verunsicherung der Verbraucher und Investoren entgegengewirkt. Nicht zuletzt ermöglicht dies der Geldpolitik, Preisstabilität bei einem niedrigen Zinsniveau zu gewährleisten. Auf der nationalen Ebene war es deshalb in Deutschland von besonderer Bedeutung und positiv zu bewerten, dass die expansiven Fiskalmaßnahmen mit der Verabschiedung neuer verfassungsmäßiger Haushaltsregeln verbunden wurden, die den Verschuldungsspielraum zukünftig wesentlich enger begrenzen und nicht so einfach wie die bisherigen Regeln durch unspezifische Ausnahmeklauseln unterlaufen oder auf anderem Wege umgangen

Auf nationaler Ebene Verabschiedung neuer Haushaltsregeln von großer Bedeutung

¹⁵ Eine Ausnahme bildete hier vor allem die Abwrackprämie, die bereits im Februar 2009 zu einem deutlichen Anstieg der Kfz-Zulassungen führte.

werden können. Im Rahmen einer Übergangsregel ist ein verlässlicher Konsolidierungspfad festgelegt. Die strukturelle Neuverschuldung des Bundes ist von dem 2010 erreichten Niveau aus in gleichmäßigen Schritten bis auf höchstens 0,35 % des BIP im Jahr 2016 zurückzuführen. Die Länder müssen ihre Defizite bis spätestens 2020 vollständig abgebaut haben.

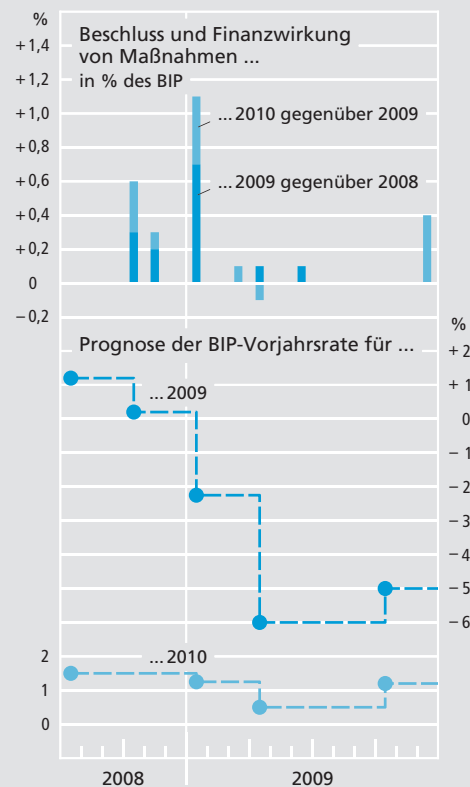
Erforderliche Reform der europäischen Fiskalregeln steht noch aus

Auf europäischer Ebene steht eine vergleichbare Härtung der Haushaltsregeln noch aus. Hier haben sich die bisherigen Vorgaben und ihre Umsetzung durch die verantwortlichen Institutionen als unzureichend erwiesen. In einigen EU-Mitgliedstaaten konnten gravierende fiskalische Fehlentwicklungen nicht verhindert werden, die teilweise in einen Verlust des Vertrauens in die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen mündeten.

Fundamente der Währungsunion wieder festigen

Darüber hinaus wurden die Fundamente der Währungsunion, die insbesondere auf der Eigenverantwortlichkeit der nationalen Finanzpolitiken beruht, durch das Anfang Mai 2010 beschlossene Hilfspaket für Griechenland und den nur eine Woche später vereinbarten Europäischen Stabilisierungsmechanismus in ganz erheblicher Weise strapaziert. Letztlich war das Eingreifen in der gegebenen Situation aber angesichts der kurzfristig bestehenden Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte und der Europäischen Währungsunion trotz grundlegender Bedenken vertretbar. Für die gegenwärtig debattierte Reform der europäischen Fiskalregeln kommt es deshalb darauf an, die angegriffenen Grundlagen der Währungsunion zu stabilisieren und zu stärken.

Echtzeitprognosen des realen Bruttoinlandsprodukts und Beschluss finanzpolitischer Maßnahmen *)



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, eigene Berechnungen. — * Prognosen aus den Frühjahrs- und Herbstschätzungen der Bundesregierung sowie aus den Aktualisierungen des deutschen Stabilitätsprogramms von Dezember 2008 und Januar 2009. Vgl. Tabelle auf S. 78 für die dargestellten Maßnahmen.

Deutsche Bundesbank

Zur Krisenprävention müssen als Basis für die Haushaltsüberwachung deren statistische Grundlagen verbessert werden, damit für die Analyse der Entwicklung der Staatshaushalte verlässliche Informationen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt gehärtet werden. Insbesondere hat die Krise die besondere Bedeutung des Schuldenkriteriums unterstrichen, dem bislang zu wenig Gewicht beigemessen

Statistische Grundlagen sowie Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken

wurde. Für Schuldenquoten über 60 % sollte festgelegt werden, wie schnell sie reduziert werden müssen und welche Sanktionen anderenfalls ergriffen werden. Zentral ist außerdem, die oft unzureichende Umsetzung zu verbessern, indem beispielsweise Sanktionen stärker regelgebunden verhängt werden und weniger dem politischen Verhandlungsprozess unterliegen. Die Vorschläge der EU-Kommission zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts von Ende September 2010 gehen hier in die richtige Richtung.

*Zentralisierte
Feinsteuerung
weiterhin nicht
empfehlens-
wert*

In Ergänzung zu den Fiskalregeln mag eine verstärkte makroökonomische Überwachung auf europäischer Ebene dazu beitragen, gravierende Fehlentwicklungen und Ungleichgewichte früher zu erkennen. Allerdings sind dabei sowohl die Unabhängigkeit der Geldpolitik als auch die bei der gegebenen Integrationsstufe der EU bestehende Eigenverantwortlichkeit der nationalen Finanzpolitiken und das Subsidiaritätsprinzip zu beachten. Auch sollte dies nicht zu einer zentralisierten fiskal- und wirtschaftspolitischen Feinsteuerung führen. Die Grenzen einer solchen zentralen Makrosteuerung durch die supranationale Ebene in Europa wurden auch in der Krise deutlich, als die EU-Gremien ihre Aufforderung zu defiziterhöhenden Maßnahmen im Rahmen des European Economic Recovery Plan mit der Aussicht auf eine großzügige Regelauslegung verbunden hatten. Dies hat das Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in einigen Ländern zusätzlich erodieren lassen.

Selbst mit deutlich verbesserten Präventionsmechanismen im Rahmen der Haushaltsre-

geln lassen sich Finanzierungsprobleme von EWU-Staaten allerdings auch künftig nicht zuverlässig ausschließen. Für diesen Fall sollte grundsätzlich eine geordnete Restrukturierung der Staatsschuld des betroffenen Landes und damit eine angemessene Beteiligung der Gläubiger ins Auge gefasst werden, nicht zuletzt um die im AEU-Vertrag verankerte Nicht-Haftungsklausel („No-Bail-Out“) wieder zu stärken. Dies kann im Zusammenspiel mit einer verbesserten Finanzmarktregulierung und -aufsicht dazu beitragen, Risiken für die Finanzmarktstabilität zu begrenzen. Insgesamt könnte damit dem Prinzip der fiskalischen Eigenverantwortlichkeit Rechnung getragen werden, und höhere Zinsen für Staaten mit unsolider Finanzpolitik als Kompensation für das Risiko von Teilausfällen könnten über Marktmechanismen bereits im Vorfeld eine disziplinierendere Wirkung entfalten. Wird als Ultima Ratio in systemischen Krisen dennoch finanzielle Unterstützung gewährt, um eine Gefahr für die Finanzstabilität im Euro-Raum abzuwenden, können die daraus resultierenden negativen Anreize (moralisches Risiko) durch angemessene Zinsaufschläge für bereitgestellte Kredite und strenge Auflagen begrenzt werden. Werden diese nicht eingehalten, sind harte Sanktionen unverzichtbar.

*Zukünftig
stärkere
Beteiligung der
Gläubiger an
Krisenlösung*

Ausstieg aus der expansiven Finanzpolitik in Deutschland

Nachdem die deutsche Wirtschaft die Talsohle durchschritten hat und bereits wieder mit beachtlichem Tempo expandiert, kommt es jetzt darauf an, die dramatische Verschlechterung der Lage der öffentlichen

*Konsolidierungs-
anforderung
durch Defizit-
verfahren wenig
ehrgeizig*

Haushalte aus der Zeit der Krise schnell zu korrigieren. Hierzu müssen die Defizite zügig abgebaut und der Anstieg der Schuldenquote zunächst gebremst und dann umgekehrt werden.¹⁶⁾ Als Mindestanforderung auf europäischer Ebene wurden vom Ecofin-Rat im Rahmen des gegen Deutschland laufenden Defizitverfahrens Schritte zur Korrektur des übermäßigen Defizits bis spätestens 2013 verlangt. Diese Frist war bereits aus damaliger Sicht wenig ehrgeizig, und aus heutiger Sicht sollte die 3 %-Grenze bereits im kommenden Jahr wieder unterschritten werden. Im Anschluss sind Maßnahmen zu ergreifen, um das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts zu erreichen.

*Nationale
Schulden-
bremse
konsequent
umsetzen*

Auf nationaler Ebene sind die Mindestanforderungen an die Konsolidierung für den Bund und die Länder durch die neue Schuldenbremse festgelegt. Mit dem Entwurf für den Bundeshaushalt 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 hat sich die Bundesregierung klar zur neuen Schuldengrenze bekannt. Insbesondere wurde zunächst darauf verzichtet, durch die Festlegung eines überhöhten Ausgangsdefizits 2010 für die strukturelle Schuldengrenze im Übergangszeitraum ab 2011 („Sprungchance“) die erforderliche Konsolidierung herauszuzögern. In diesem Sinne ist der Startpunkt bei der endgültigen parlamentarischen Verabschiedung des Haushalts 2011 im November nochmals an die jüngste Entwicklung anzupassen. Darüber hinaus wäre es geboten, für unvorhergesehene Haushaltsbelastungen einen Sicherheitsabstand einzuplanen, um kurzfristigen Nachsteuerungsbedarf zu vermeiden. Gemäß

*Sicherheits-
abstand zur
Verschuldungs-
grenze geboten*

den derzeitigen Planungen für 2011 und die mittlere Frist wird das Defizit die Obergrenze allerdings regelmäßig annähernd erreichen. Zudem sind einige eingerechnete Konsolidierungsmaßnahmen noch nicht hinreichend konkretisiert.

Die Krise hat die Notwendigkeit solider Staatsfinanzen nachdrücklich verdeutlicht. Aufgrund der hohen staatlichen Defizite und Schulden, der erheblichen darüber hinaus gehenden Risiken – insbesondere aus übernommenen Garantien – und nicht zuletzt der absehbaren demographischen Belastungen sollte jede günstiger als erwartete Entwicklung beispielsweise bei den Steuereinnahmen, den arbeitsmarktbedingten Ausgaben oder den Zinsaufwendungen zum zügigeren Defizitabbau verwendet und nicht etwa zum Anlass für Ausgabenausweitungen oder Steuerensenkungen genommen werden. Dies entspricht nicht zuletzt auch der Intention, die sowohl den nationalen als auch den europäischen Fiskalregeln zugrunde liegt. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist sicherlich politisch schwerer umzusetzen als expansive Maßnahmen. Gerade die jüngste Vergangenheit zeigt aber, dass das Versäumnis, in besseren Zeiten die Haushaltsdisziplin zu wahren, im Krisenfall die staatlichen Handlungsmöglichkeiten erheblich einschränkt und sogar den Grundstein für die Zerrüttung der Staatsfinanzen legen kann.

*Bessere
Entwicklung
zum zügigeren
Defizitabbau
nutzen*

¹⁶ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Zu den konjunkturellen Auswirkungen einer gleichzeitigen fiskalischen Konsolidierung innerhalb des Euro-Raums, Monatsbericht, Juli 2010, S. 32 f.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 5* |
| 2. Außenwirtschaft | 5* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 6* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarktsätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion	44*
6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	51*

VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren	52*
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren	53*

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“	54*
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	54*
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	55*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	55*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	56*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	56*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	57*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	57*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	58*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	58*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	59*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	59*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	59*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	60*

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	62*
3. Auftragseingang in der Industrie	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	64*
5. Einzelhandelsumsätze	64*
6. Arbeitsmarkt	65*

7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarif- und Effektivverdienste	67*

XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	68*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	69*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	70*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	71*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	71*
6. Vermögensübertragungen	71*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	72*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	73*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	73*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	74*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	75*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU	75*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	76*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2008 Dez.	3,4	8,3	7,6	7,1	7,2	7,8	4,2	2,49	3,29	3,7	
2009 Jan.	5,1	7,5	6,0	6,5	6,9	7,1	4,7	1,81	2,46	3,9	
Febr.	6,2	7,0	5,8	5,7	6,6	6,4	5,6	1,26	1,94	4,0	
März	6,1	6,3	5,2	5,3	5,8	5,2	5,2	1,06	1,64	3,9	
April	8,4	6,0	4,9	4,6	5,0	4,2	5,0	0,84	1,42	3,9	
Mai	8,1	5,2	3,9	4,1	4,5	3,6	5,5	0,78	1,28	4,0	
Juni	9,5	5,0	3,6	3,5	4,7	3,4	6,0	0,70	1,23	4,2	
Juli	12,0	4,6	2,9	3,0	3,8	2,3	5,9	0,36	0,97	4,0	
Aug.	13,4	4,5	2,4	2,4	3,3	1,6	6,2	0,35	0,86	3,8	
Sept.	12,8	3,6	1,8	1,5	3,5	1,4	6,4	0,36	0,77	3,8	
Okt.	11,8	2,3	0,3	0,6	3,3	0,9	7,2	0,36	0,74	3,7	
Nov.	12,5	1,8	- 0,2	- 0,1	2,8	0,7	7,0	0,36	0,72	3,7	
Dez.	12,4	1,6	- 0,3	- 0,2	2,6	0,7	6,7	0,35	0,71	3,7	
2010 Jan.	11,5	1,8	0,0	- 0,2	1,8	0,2	6,5	0,34	0,68	3,8	
Febr.	11,0	1,6	- 0,4	- 0,2	1,8	0,2	5,7	0,34	0,66	3,8	
März	10,8	1,6	- 0,1	- 0,2	1,8	0,2	5,9	0,35	0,64	3,7	
April	10,7	1,3	- 0,2	- 0,1	1,8	0,4	6,0	0,35	0,64	3,7	
Mai	10,3	1,5	0,0	0,0	1,7	0,1	5,1	0,34	0,69	3,6	
Juni	9,1	1,4	0,2	0,1	1,5	0,0	3,9	0,35	0,73	3,6	
Juli	8,1	1,5	0,2	0,5	1,8	0,6	3,8	0,48	0,85	3,6	
Aug.	7,7	2,0	1,1	...	2,2	1,1	3,4	0,43	0,90	3,3	
Sept.	0,45	0,88	0,88	3,4	

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegen-

über im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)		
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr		Währungsreserven	nominal	real 4)
Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100		
2008 Dez.	- 4 975	- 437	+ 15 161	+ 921	- 3 150	+ 9 536	+ 7 855	1,3449	110,2	109,7
2009 Jan.	- 23 567	- 10 548	+ 31 581	- 21 454	- 3 474	+ 51 278	+ 5 231	1,3239	109,8	109,2
Febr.	- 5 738	+ 61	+ 8 457	- 15 583	+ 66 238	- 43 465	+ 1 267	1,2785	108,7	108,0
März	- 7 929	+ 2 872	+ 10 851	- 27 565	+ 58 853	- 19 579	- 858	1,3050	111,1	110,3
April	- 9 794	+ 4 110	+ 18 083	+ 7 680	+ 7 718	+ 1 502	+ 1 182	1,3190	110,3	109,5
Mai	- 13 697	+ 2 593	+ 9 398	+ 17 466	+ 43 195	- 49 092	- 2 171	1,3650	110,8	110,0
Juni	+ 1 537	+ 7 264	- 16 600	- 24 798	+ 42 769	- 34 152	- 418	1,4016	112,0	111,1
Juli	+ 8 088	+ 14 115	- 19 404	+ 7 209	- 20 022	- 2 893	- 3 698	1,4088	111,6	110,5
Aug.	- 6 059	- 1 853	- 10 785	+ 1 706	+ 15 914	- 29 161	+ 756	1,4268	111,7	110,6
Sept.	- 5 608	+ 1 535	+ 17 568	- 32 628	+ 77 734	- 30 809	+ 3 270	1,4562	112,9	111,6
Okt.	- 1 300	+ 8 721	+ 1 065	+ 3 794	+ 7 754	- 9 846	- 636	1,4816	114,3	112,8
Nov.	- 2 415	+ 5 464	+ 3 382	- 3 547	- 7 417	+ 12 963	+ 1 382	1,4914	114,0	112,5
Dez.	+ 10 556	+ 6 358	- 10 620	+ 8 780	+ 61 499	- 80 064	- 834	1,4614	113,0	111,2
2010 Jan.	- 14 445	- 7 667	+ 32 028	+ 9 156	+ 24 963	- 3 600	+ 1 509	1,4272	110,8	108,9
Febr.	- 8 737	+ 4 217	- 8 379	- 17 624	+ 1 626	+ 11 272	- 3 652	1,3686	108,0	106,1
März	- 2 234	+ 6 214	+ 778	- 26 480	- 2 367	+ 32 118	- 2 494	1,3569	107,4	105,7
April	- 7 467	+ 2 874	+ 8 620	- 11 416	+ 32 602	- 12 530	- 36	1,3406	106,1	104,5
Mai	- 17 949	+ 444	+ 16 293	- 12 356	+ 61 861	- 33 116	- 96	1,2565	102,8	101,4
Juni	+ 1 793	+ 5 546	- 1 280	- 7 923	+ 7 690	- 2 211	+ 1 164	1,2209	100,7	99,4
Juli	+ 3 682	+ 8 046	- 10 481	- 1 897	- 24 205	+ 18 725	- 3 103	1,2770	102,5	101,1
Aug.	1,2894	102,1	100,6
Sept.	1,3067	102,5	101,0

* Quelle: EZB. — 1 S. auch Tab. XI.12 und 13, S. 75*/ 76*. — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-21-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾								
2007	2,8	2,9	2,7	5,3	2,4	4,5	5,6	1,5
2008	0,5	1,0	1,0	0,9	0,2	2,0	- 3,5	- 1,3
2009	- 4,1	- 2,7	- 4,7	- 8,0	- 2,6	- 2,0	- 7,6	- 5,0
2009 1.Vj.	- 5,2	- 4,3	- 6,3	- 9,1	- 3,7	- 1,0	- 9,2	- 6,9
2.Vj.	- 4,9	- 4,0	- 6,8	- 9,7	- 3,8	- 1,9	- 7,8	- 6,5
3.Vj.	- 4,0	- 2,5	- 4,4	- 8,1	- 2,5	- 2,4	- 7,4	- 4,0
4.Vj.	- 2,0	- 0,2	- 1,3	- 5,2	- 0,6	- 2,5	- 5,8	- 2,7
2010 1.Vj.	0,8	1,6	2,1	0,0	1,2	- 2,3	- 0,8	1,0
2.Vj.	1,9	2,5	4,1	3,7	2,1	- 3,8	- 1,8	1,8
Industrieproduktion ¹⁾³⁾								
2007	3,7	2,9	6,0	4,7	1,3	2,3	5,2	1,8
2008	- 1,8	- 0,6	0,0	1,0	- 2,8	- 4,2	- 2,2	- 3,5
2009	- 14,8	- 14,0	- 16,3	- 18,1	- 12,3	- 9,2	- 4,5	- 18,3
2009 1.Vj.	- 18,3	- 16,5	- 20,0	- 19,0	- 15,8	- 8,1	- 1,1	- 22,3
2.Vj.	- 18,6	- 17,5	- 20,2	- 21,6	- 15,9	- 11,3	- 0,7	- 23,2
3.Vj.	- 14,4	- 13,8	- 16,0	- 19,2	- 11,4	- 9,9	- 7,8	- 17,1
4.Vj.	- 7,4	- 7,4	- 8,8	- 12,4	- 5,4	- 7,2	- 8,7	- 9,4
2010 1.Vj.	4,7	2,5	7,1	- 1,6	5,2	- 7,2	2,7	3,5
2.Vj.	9,0	9,1	12,9	5,8	7,2	- 6,4	3,6	7,9
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾⁵⁾								
2007	84,3	83,2	87,5	87,3	86,6	76,9	76,6	78,2
2008	83,0	82,9	86,5	84,4	85,8	76,4	...	75,9
2009	71,4	72,3	72,8	67,7	73,0	70,7	...	66,7
2009 2.Vj.	70,2	70,4	71,8	66,5	71,2	70,3	...	66,2
3.Vj.	69,6	71,5	71,1	65,3	70,8	68,3	...	64,6
4.Vj.	71,0	72,0	72,1	67,0	74,1	70,6	...	65,6
2010 1.Vj.	72,3	73,7	73,9	74,6	74,6	69,0	...	66,7
2.Vj.	75,5	76,9	79,8	74,6	76,4	69,7	...	68,6
3.Vj.	77,4	79,0	82,1	79,5	78,8	66,6	...	69,6
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾								
2007	7,5	7,5	8,4	6,9	8,4	8,3	4,6	6,1
2008	7,5	7,0	7,3	6,4	7,8	7,7	6,3	6,7
2009	9,4	7,9	7,5	8,2	9,5	9,5	11,9	7,8
2010 März	10,0	8,4	7,2	8,7	9,8	11,1	12,9	8,6
April	10,0	8,5	7,0	8,6	9,8	12,2	13,2	8,6
Mai	10,1	8,5	7,0	8,6	9,9	12,2	13,6	8,6
Juni	10,1	8,6	6,9	8,5	9,9	12,2	13,7	8,4
Juli	10,1	8,7	6,9	8,5	10,0	...	13,8	8,4
Aug.	10,1	8,7	6,8	8,5	10,1	...	13,9	8,2
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾								
2007	7) 2,1	1,8	2,3	1,6	1,6	3,0	2,9	2,0
2008	8) 3,3	4,5	2,8	3,9	3,2	4,2	3,1	3,5
2009	9) 0,3	0,0	0,2	1,6	0,1	1,3	- 1,7	0,8
2010 April	1,5	2,1	1,0	1,6	1,9	4,7	- 2,5	1,6
Mai	1,6	2,5	1,2	1,4	1,9	5,3	- 1,9	1,6
Juni	1,4	2,7	0,8	1,3	1,7	5,2	- 2,0	1,5
Juli	1,7	2,4	1,2	1,3	1,9	5,5	- 1,2	1,8
Aug.	p) 1,6	2,4	1,0	1,3	1,6	5,6	- 1,2	1,8
Sept.	s) 1,8	2,9	1,3	...	1,8	5,7
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾								
2007	- 0,6	- 0,2	0,3	5,2	- 2,7	- 5,1	0,1	- 1,5
2008	- 2,0	- 1,2	0,1	4,2	- 3,3	- 7,7	- 7,3	- 2,7
2009	- 6,2	- 6,0	- 3,0	- 2,2	- 7,5	- 13,6	- 14,3	- 5,3
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾								
2007	65,9	84,2	64,9	35,2	63,8	95,7	25,0	103,5
2008	69,3	89,8	66,3	34,2	67,5	99,2	43,9	106,1
2009	78,7	96,7	73,5	44,0	77,6	115,1	64,0	115,8

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. — 2 Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten be-

rechnet. — 3 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. — 4 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. — 5 Ab 2. Quartal 2010 Nace Rev. 2, mit früheren Angaben nicht vergleichbar. — 6 In Prozent der zivilen

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
6,6	3,7	3,9	3,7	2,4	10,6	6,9	3,6	5,1	2007
1,4	2,6	1,9	2,2	0,0	6,2	3,7	0,9	3,6	2008
- 3,7	- 2,1	- 3,9	- 3,9	- 2,6	- 4,7	- 8,1	- 3,7	- 1,7	2009
- 5,4	- 2,4	- 4,5	- 5,4	- 4,1	- 5,7	- 8,4	- 3,8	0,6	2009 1.Vj.
- 8,1	- 3,9	- 5,3	- 5,7	- 3,0	- 5,5	- 9,4	- 4,5	- 1,8	2.Vj.
- 3,1	- 2,5	- 3,7	- 3,6	- 2,4	- 4,9	- 8,8	- 4,0	- 2,7	3.Vj.
2,1	0,3	- 2,2	- 0,9	- 0,9	- 2,6	- 5,7	- 2,6	- 2,9	4.Vj.
2,8	4,2	0,6	0,0	1,7	4,8	- 1,1	- 0,9	- 1,3	2010 1.Vj.
5,3	3,9	2,2	2,4	1,6	4,7	2,2	0,2	0,5	2.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
- 0,6	-	2,3	5,9	0,1	16,9	7,4	2,0	4,5	2007
- 5,3	-	1,4	1,2	- 4,1	3,2	1,7	- 7,3	4,0	2008
- 15,8	-	- 7,6	- 11,9	- 8,6	- 13,7	- 17,6	- 15,8	- 8,6	2009
- 24,9	-	- 9,8	- 12,5	- 12,3	- 21,5	- 18,1	- 22,6	- 7,2	2009 1.Vj.
- 21,3	-	- 12,5	- 16,6	- 9,9	- 20,6	- 24,0	- 18,6	- 9,6	2.Vj.
- 16,4	-	- 6,9	- 13,2	- 7,4	- 12,7	- 18,9	- 14,6	- 8,7	3.Vj.
2,8	-	- 1,4	- 5,3	- 4,5	1,3	- 8,4	- 5,6	- 8,7	4.Vj.
15,6	-	7,1	1,2	3,7	19,7	- 0,5	0,3	- 2,3	2010 1.Vj.
14,6	-	10,7	9,4	2,7	24,3	10,5	2,9	p) - 2,7	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾⁵⁾									
87,3	80,8	83,6	85,2	81,8	73,6	85,9	81,0	70,0	2007
85,1	79,0	83,4	83,0	79,8	72,0	84,1	79,2	72,0	2008
69,2	69,7	75,9	74,8	72,6	53,7	71,1	70,0	66,3	2009
65,2	65,9	74,6	73,2	70,6	50,9	69,1	69,8	66,7	2009 2.Vj.
67,4	71,0	75,5	73,5	71,5	51,9	69,3	67,9	64,8	3.Vj.
71,6	73,0	76,0	75,2	72,0	58,8	70,7	68,8	64,3	4.Vj.
77,5	77,3	77,3	75,8	75,1	58,1	73,0	68,9	63,1	2010 1.Vj.
79,3	75,7	78,8	79,4	75,7	55,4	75,3	70,9	63,1	2.Vj.
80,2	78,7	78,4	82,6	75,0	59,7	77,6	72,7	61,4	3.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾									
4,2	6,4	3,6	4,4	8,1	11,1	4,9	8,3	4,0	2007
4,9	5,9	3,1	3,8	7,7	9,5	4,4	11,3	3,6	2008
5,1	7,0	3,7	4,8	9,6	12,0	5,9	18,0	5,3	2009
4,9	6,9	4,5	4,5	10,7	14,6	6,9	19,5	6,7	2010 März
4,9	6,9	4,5	4,6	10,9	14,5	7,2	19,7	6,9	April
4,9	6,7	4,5	4,6	11,0	14,4	7,3	20,0	7,1	Mai
4,9	6,5	4,5	4,5	11,0	14,4	7,3	20,2	7,2	Juni
5,0	6,4	4,6	4,3	10,8	14,5	7,2	20,3	7,1	Juli
5,0	6,2	4,5	4,3	10,7	14,6	7,3	20,5	7,2	Aug.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
2,7	0,7	1,6	2,2	2,4	1,9	3,8	2,8	2,2	2007
4,1	4,7	2,2	3,2	2,7	3,9	5,5	4,1	4,4	2008
0,0	1,8	1,0	0,4	- 0,9	0,9	0,9	- 0,2	0,2	2009
3,1	0,8	0,6	1,8	0,7	0,7	2,7	1,6	2,5	2010 April
3,1	1,8	0,4	1,7	1,1	0,7	2,4	1,8	1,8	Mai
2,3	1,8	0,2	1,8	1,1	0,7	2,1	1,5	2,1	Juni
2,9	2,5	1,3	p) 1,7	1,9	1,0	2,3	1,9	2,7	Juli
2,5	3,0	1,2	p) 1,6	2,0	1,1	2,4	1,8	3,4	Aug.
2,6	2,4	p) 1,4	...	2,0	...	2,1	Sept.
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾									
3,6	- 2,2	0,2	- 0,4	- 2,6	- 1,9	0,0	1,9	3,4	2007
2,9	- 4,5	0,7	- 0,4	- 2,8	- 2,3	- 1,7	- 4,1	0,9	2008
- 0,7	- 3,8	- 5,3	- 3,4	- 9,4	- 6,8	- 5,5	- 11,2	- 6,1	2009
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾									
6,7	61,9	45,5	59,5	63,6	29,3	23,4	36,2	58,3	2007
13,7	63,7	58,2	62,6	66,3	27,7	22,6	39,7	48,4	2008
14,5	69,1	60,9	66,5	76,8	35,7	35,9	53,2	56,2	2009

Erwerbspersonen; saisonbereinigt. — 7 Ab 2007 einschl. Slowenien. — 8 Ab 2008 einschl. Malta und Zypern. — 9 Ab 2009 einschl. Slowakische Republik. — 10 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische

Kommission (Maastricht-Definition). Die hier für Deutschland bereits ausgewiesenen Ergebnisse der VGR-Revision vom August 2010, Defizit und Bruttoinlandsprodukt betreffend, sind in der Berechnung des Aggregats noch nicht berücksichtigt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde- rungen an das Nicht-Euro- Währungs- gebiet	Verbind- lichkeiten gegen- über dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein- barter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein- barter Kündi- gungsfrist von mehr als 3 Mo- naten	Schuldver- schreibun- gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rück- lagen ³⁾
		zusammen	darunter Wert- papiere	zusammen	darunter Wert- papiere								
2009 Jan.	102,8	33,6	8,5	69,1	55,2	- 78,0	- 40,8	37,2	46,7	31,6	2,1	6,6	6,4
Febr.	28,5	- 8,7	13,6	37,2	40,5	- 52,1	-101,9	-154,0	43,8	13,2	- 0,3	24,1	6,9
März	50,5	14,8	12,7	35,7	44,4	- 26,9	-129,3	-102,4	19,4	22,9	0,4	2,2	- 6,1
April	84,9	42,2	46,0	42,6	31,3	39,9	39,6	- 0,3	15,7	15,0	0,1	- 5,4	6,0
Mai	33,8	22,2	8,5	11,6	19,0	19,8	- 51,9	- 71,7	57,5	23,7	1,3	23,5	9,0
Juni	110,6	38,0	6,7	72,6	49,6	45,7	- 49,1	- 94,7	76,4	20,8	0,8	14,5	40,3
Juli	- 34,2	- 40,0	- 9,4	5,8	5,1	9,3	- 40,0	- 49,2	28,5	12,2	1,1	14,1	1,1
Aug.	- 52,7	- 62,0	- 0,8	9,3	4,9	26,3	- 22,8	- 49,1	37,2	6,7	0,7	16,9	12,9
Sept.	72,5	50,7	5,7	21,8	31,2	- 13,9	- 35,0	- 21,1	22,5	16,3	1,0	- 8,4	13,6
Okt.	- 5,9	- 39,6	- 1,4	33,7	14,0	10,1	12,2	2,2	5,1	1,7	2,2	- 0,7	1,9
Nov.	42,5	44,9	13,8	- 2,4	2,4	- 7,1	4,8	11,9	29,1	9,5	0,6	4,6	14,3
Dez.	- 35,7	- 2,7	3,5	- 33,0	- 28,4	48,9	- 51,2	-100,1	41,9	19,8	- 1,1	- 13,3	36,4
2010 Jan.	- 11,2	- 31,2	- 1,5	20,0	8,6	5,1	61,4	56,3	34,1	11,1	1,0	30,7	- 8,7
Febr.	20,8	- 6,1	- 9,4	26,9	31,9	- 15,1	14,2	29,3	- 1,9	6,3	- 0,7	- 6,6	- 1,0
März	63,7	6,1	- 20,7	57,6	33,5	- 16,2	- 24,7	- 8,5	35,9	2,6	- 0,1	23,2	10,3
April	87,6	72,9	42,6	14,6	11,5	- 24,7	71,5	96,3	20,8	16,2	- 2,0	6,2	0,3
Mai	15,7	- 19,0	- 41,7	34,6	20,8	26,8	30,7	3,9	1,2	- 4,3	- 0,7	- 8,0	14,2
Juni	68,7	26,0	- 16,7	42,7	24,2	- 11,8	-157,1	-145,3	1,4	- 9,8	- 1,3	- 19,9	32,4
Juli	26,9	32,6	18,4	- 5,7	5,3	- 31,3	- 41,8	- 10,4	26,5	6,5	- 1,1	8,1	13,0
Aug.	5,6	3,8	16,9	1,7	- 5,4	7,0	95,6	88,6	13,8	3,1	- 0,3	- 1,5	12,5

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde- rungen an das Nicht-Euro- Währungs- gebiet	Verbind- lichkeiten gegen- über dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein- barter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein- barter Kündi- gungsfrist von mehr als 3 Mo- naten	Schuldver- schreibun- gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rück- lagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wert- papiere	zusammen	darunter: Wert- papiere								
2009 Jan.	36,2	29,7	7,1	6,5	6,9	- 59,8	- 54,4	5,4	0,4	3,7	0,0	- 0,6	- 2,8
Febr.	- 9,1	- 6,6	6,7	- 2,4	- 0,3	- 1,9	- 24,9	- 23,0	- 13,7	6,8	- 0,0	- 9,8	- 10,7
März	9,2	13,7	- 3,6	- 4,6	- 0,1	- 30,8	- 35,1	- 4,4	- 3,0	2,6	0,8	- 6,8	0,4
April	20,1	13,4	12,0	6,7	4,9	19,7	40,7	21,0	- 8,3	3,9	0,2	- 5,9	- 6,5
Mai	- 3,3	- 4,2	- 8,5	1,0	5,1	28,0	- 5,7	- 33,7	2,9	2,6	1,5	2,4	- 3,6
Juni	15,8	16,1	5,0	- 0,3	1,6	- 22,9	- 19,2	3,8	34,5	13,6	1,0	- 3,0	23,0
Juli	- 8,5	- 23,3	- 3,6	14,8	1,9	- 25,3	- 31,6	- 6,3	- 7,1	0,9	1,2	- 9,0	- 0,2
Aug.	- 27,5	- 18,8	- 6,4	- 8,7	- 3,2	1,9	- 13,3	- 15,2	1,5	1,9	0,8	1,8	- 2,9
Sept.	22,3	18,7	0,5	3,6	6,5	- 6,7	- 28,0	- 21,3	- 12,0	2,9	1,2	- 17,1	0,9
Okt.	- 0,1	- 19,2	- 5,1	19,1	7,3	9,2	- 0,9	- 10,1	- 0,5	- 0,9	2,4	- 1,3	- 0,7
Nov.	- 0,4	6,6	2,4	- 7,0	1,3	- 0,4	- 1,2	- 0,8	- 0,9	2,2	0,9	- 10,0	6,0
Dez.	- 37,4	- 30,0	- 9,7	- 7,4	- 1,4	10,6	- 9,3	- 20,0	- 12,5	0,7	- 1,1	- 12,8	0,6
2010 Jan.	16,6	5,4	8,1	11,1	8,1	- 15,1	6,8	21,9	- 6,2	2,4	- 1,6	- 0,3	- 6,7
Febr.	- 12,8	- 15,3	- 11,1	2,5	5,7	- 22,1	- 18,4	3,8	- 6,8	0,5	- 0,7	- 6,3	- 0,4
März	- 2,5	- 8,8	- 5,2	6,2	7,0	- 14,0	2,8	16,8	2,9	1,1	0,1	2,7	- 0,9
April	54,7	50,6	24,7	4,1	2,3	- 13,0	40,5	53,5	- 3,7	0,1	- 1,9	- 0,6	- 1,4
Mai	- 36,4	- 54,5	- 52,2	18,1	7,8	- 35,4	13,5	48,9	- 17,1	- 5,3	- 1,8	1,7	- 11,6
Juni	15,1	- 10,3	- 9,7	25,3	20,4	- 17,8	- 62,2	- 44,4	- 4,9	0,7	- 1,3	- 3,4	- 0,9
Juli	- 2,9	- 1,5	- 4,5	- 1,4	2,9	- 30,9	- 38,4	- 7,5	- 6,4	- 0,2	- 2,2	- 12,1	8,1
Aug.	8,7	7,1	1,7	1,6	1,6	7,5	12,0	4,6	- 8,3	- 2,3	- 1,8	- 2,5	- 1,7

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit		
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)	Repo-geschäfte		Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)
				zusammen	Geldmenge M1			täglich fällige Einlagen 5)	Bargeldumlauf	zusammen						
					zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen 5)									
62,5	1,3	-	85,7	64,3	22,0	-11,9	33,9	-131,4	45,1	-	6,4	34,8	-	49,9	2009 Jan.	
13,9	7,9	-	14,8	7,3	3,9	3,6	0,3	-34,3	23,0	-	3,4	20,2	-	1,5	Febr.	
12,7	9,1	-	0,6	10,4	33,5	4,0	29,5	-43,6	20,5	-	11,2	0,9	-	21,9	März	
-14,0	39,0	-	84,0	71,1	82,7	9,3	73,4	-36,1	24,6	-	0,3	2,3	-	10,9	April	
-5,8	9,5	-	7,6	2,5	26,9	2,8	24,1	-38,7	14,3	-	1,9	0,6	-	8,9	Mai	
20,4	57,5	-	1,9	28,7	91,0	3,0	88,0	-74,0	11,7	-	11,1	-22,6	-	15,3	Juni	
-54,0	37,9	-	37,4	-15,8	-0,6	10,5	-11,1	-34,1	18,9	-	25,9	16,0	-	11,6	Juli	
-12,3	-11,8	-	39,5	-15,5	7,4	-4,3	11,7	-39,9	16,9	-	10,5	1,2	-	14,6	Aug.	
20,8	8,7	-	6,6	9,7	62,6	-0,5	63,1	-59,6	6,7	-	24,5	-19,5	-	8,0	Sept.	
22,3	-9,1	-	14,2	26,2	55,6	4,8	50,8	-44,1	14,7	-	25,8	-4,8	-	9,8	Okt.	
-13,6	40,1	-	20,1	-7,0	38,5	4,7	33,9	-49,3	3,8	-	5,5	-15,0	-	3,6	Nov.	
-57,3	-54,4	-	83,0	96,9	84,3	19,9	64,4	-23,9	36,6	-	12,5	-26,3	-	0,2	Dez.	
30,7	-9,7	-	61,1	-46,7	-4,2	-12,8	8,5	-71,5	29,1	-	19,9	4,7	-	0,8	2010 Jan.	
-3,9	40,1	-	28,5	-28,9	-16,6	2,4	-19,0	-21,4	9,1	-	15,3	-8,2	-	6,7	Febr.	
-6,0	9,9	-	7,7	-3,3	4,1	9,1	-4,9	-16,2	8,8	-	18,4	-16,6	-	9,1	März	
-20,0	-17,9	-	80,0	55,6	81,6	4,0	77,5	-35,4	9,4	-	21,0	1,6	-	1,7	April	
36,8	-2,8	-	7,3	14,7	27,4	6,4	21,0	-11,0	1,7	-	4,1	-4,0	-	7,6	Mai	
21,0	5,2	-	29,4	23,6	39,1	6,5	32,6	-17,5	2,0	-	39,0	-26,6	-	6,7	Juni	
-23,1	5,1	-	13,0	-15,1	-11,5	8,4	-20,0	16,5	10,2	-	22,2	-8,9	-	2,9	Juli	
-20,1	4,5	-	14,4	-0,9	-32,7	-6,0	-26,8	19,2	12,6	-	2,9	15,2	-	2,9	Aug.	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)											Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)					
											Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren				
0,6	-31,3	17,5	-18,2	6,7	57,9	-47,7	3,8	6,3	-	0,3	-	13,3	2009 Jan.		
8,1	-14,1	1,5	0,7	8,8	17,2	-23,1	5,3	6,6	-	0,8	-	1,9	Febr.		
3,2	0,7	0,3	1,3	-22,5	-1,8	-19,4	2,8	13,7	-	0,6	-	17,2	März		
14,4	7,2	1,3	1,6	26,5	32,1	-20,8	3,1	4,9	-	0,1	-	7,3	April		
12,0	19,8	0,4	0,1	-10,0	4,1	-15,0	2,4	1,7	-	0,3	-	0,5	Mai		
-9,2	-15,3	0,3	1,5	-17,1	20,0	-33,9	3,7	2,5	-	0,2	-	9,2	Juni		
-5,8	3,7	0,1	3,3	-24,6	2,3	-19,0	4,6	-11,0	-	1,1	-	0,2	Juli		
1,7	-18,5	1,6	-1,4	-10,2	12,8	-18,0	4,5	-10,6	-	0,1	-	1,1	Aug.		
-2,3	20,1	1,6	0,1	9,6	20,5	-26,1	3,1	11,9	-	0,1	-	0,0	Sept.		
1,4	11,1	1,5	0,8	-3,1	27,9	-30,7	4,2	0,4	-	0,1	-	3,9	Okt.		
-7,8	2,0	0,3	1,5	5,9	24,0	-16,8	3,0	-2,3	-	0,2	-	1,7	Nov.		
-8,9	2,5	0,0	4,3	-7,8	-16,6	3,7	10,0	-0,5	-	0,6	-	3,8	Dez.		
-6,1	16,4	0,7	-2,9	-2,7	29,3	-27,6	4,7	-12,3	-	0,7	-	2,5	2010 Jan.		
-3,8	-30,9	2,1	0,6	6,6	0,3	-11,6	5,9	10,7	-	0,2	-	1,5	Febr.		
-1,6	3,3	0,5	2,9	-14,6	-14,7	-0,0	1,8	1,0	-	0,5	-	2,1	März		
0,2	4,5	0,9	0,6	40,8	40,5	-21,9	2,0	20,8	-	0,2	-	0,4	April		
1,6	-65,6	0,6	1,2	9,3	11,8	-5,3	2,0	0,7	-	0,4	-	0,3	Mai		
-1,0	6,5	0,8	2,3	-3,4	1,7	-0,3	0,7	1,2	-	0,7	-	6,0	Juni		
1,5	-23,0	0,3	1,7	-5,9	-0,2	-3,0	3,7	-10,4	-	0,5	-	3,5	Juli		
7,5	9,8	2,0	-1,3	26,7	4,8	1,4	1,7	11,7	-	0,4	-	7,4	Aug.		

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder

M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte				
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2008 Juli	23 400,8	15 307,8	12 791,3	10 704,2	1 209,2	877,9	2 516,5	995,3	1 521,3	5 396,3	2 696,6
Aug.	23 622,4	15 351,3	12 836,5	10 711,8	1 245,7	878,9	2 514,8	988,8	1 526,0	5 499,9	2 771,2
Sept.	23 888,3	15 392,0	12 901,2	10 807,6	1 218,7	874,9	2 490,8	999,0	1 491,8	5 600,7	2 895,6
Okt.	24 572,8	15 447,0	12 958,7	10 863,8	1 259,4	835,5	2 488,3	999,4	1 488,9	5 783,6	3 342,2
Nov.	24 730,5	15 553,8	13 018,8	10 873,0	1 321,7	824,1	2 535,0	997,0	1 538,0	5 672,9	3 503,7
Dez.	24 121,4	15 523,8	12 970,0	10 775,5	1 409,8	784,8	2 553,7	988,9	1 564,9	5 231,4	3 366,2
2009 Jan.	24 487,4	15 704,6	13 064,5	10 863,2	1 413,6	787,8	2 640,1	1 004,4	1 635,7	5 389,0	3 393,9
Febr.	24 431,4	15 727,7	13 049,3	10 839,8	1 434,3	775,3	2 678,4	1 001,0	1 677,4	5 303,7	3 400,0
März	24 157,6	15 752,4	13 037,4	10 818,3	1 451,1	768,0	2 715,0	991,9	1 723,1	5 034,0	3 371,2
April	24 239,7	15 845,1	13 086,8	10 815,4	1 476,5	794,9	2 758,3	1 003,0	1 755,3	5 094,3	3 300,3
Mai	23 919,0	15 852,1	13 090,2	10 812,7	1 484,6	792,8	2 761,9	995,3	1 766,5	4 961,8	3 105,1
Juni	24 085,4	15 956,3	13 122,0	10 839,1	1 500,0	782,9	2 834,4	1 018,3	1 816,0	4 910,2	3 218,9
Juli	24 038,3	15 924,6	13 081,0	10 802,0	1 499,7	779,3	2 843,6	1 019,0	1 824,6	4 871,7	3 242,0
Aug.	23 953,8	15 873,5	13 019,7	10 737,8	1 499,6	782,3	2 853,8	1 023,4	1 830,4	4 860,9	3 219,5
Sept.	23 906,8	15 948,6	13 069,0	10 771,9	1 499,5	797,6	2 879,6	1 013,9	1 865,7	4 779,2	3 179,1
Okt.	23 852,6	15 934,5	13 022,5	10 726,0	1 497,4	799,1	2 912,1	1 033,5	1 878,6	4 786,5	3 131,6
Nov.	24 007,9	15 973,2	13 064,7	10 755,3	1 497,9	811,5	2 908,5	1 026,0	1 882,5	4 796,0	3 238,7
Dez.	23 861,4	15 972,9	13 100,5	10 784,0	1 504,6	811,9	2 872,5	1 021,6	1 850,8	4 808,4	3 080,0
2010 Jan.	24 089,2	15 983,6	13 091,0	10 773,7	1 501,5	815,8	2 892,6	1 033,2	1 859,4	4 940,8	3 164,9
Febr.	24 259,8	16 008,9	13 084,4	10 777,0	1 505,9	801,5	2 924,4	1 028,4	1 896,0	5 011,5	3 239,4
März	24 308,8	16 067,0	13 085,8	10 800,7	1 491,6	793,5	2 981,2	1 052,6	1 928,6	4 997,5	3 244,4
April	24 631,5	16 140,9	13 147,1	10 822,5	1 499,3	825,3	2 993,8	1 056,0	1 937,8	5 121,4	3 369,1
Mai	25 234,4	16 174,5	13 144,1	10 864,7	1 478,6	800,7	3 030,4	1 070,2	1 960,2	5 347,5	3 712,5
Juni	25 234,1	16 346,8	13 274,7	10 980,3	1 511,9	782,5	3 072,1	1 086,8	1 985,3	5 244,1	3 643,2
Juli	24 937,8	16 362,1	13 291,8	10 971,0	1 536,4	784,5	3 070,4	1 075,5	1 994,8	5 051,1	3 524,6
Aug.	25 602,0	16 383,6	13 306,4	10 969,0	1 541,6	795,8	3 077,2	1 083,1	1 994,1	5 240,2	3 978,2
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2008 Juli	5 239,5	3 592,2	2 959,4	2 503,6	162,1	293,7	632,9	380,0	252,9	1 394,5	252,8
Aug.	5 284,5	3 623,9	2 995,2	2 511,9	187,2	296,1	628,8	379,8	249,0	1 410,0	250,6
Sept.	5 383,1	3 627,7	3 016,0	2 530,7	188,4	296,9	611,7	377,3	234,4	1 501,9	253,5
Okt.	5 457,7	3 632,1	3 016,4	2 540,2	186,7	289,5	615,7	379,4	236,3	1 554,5	271,1
Nov.	5 385,6	3 637,4	3 026,4	2 549,0	191,6	285,8	611,1	377,3	233,8	1 463,2	285,0
Dez.	5 310,8	3 642,6	3 035,0	2 529,4	224,5	281,1	607,6	374,9	232,8	1 379,1	289,1
2009 Jan.	5 343,8	3 682,0	3 065,9	2 557,6	219,9	288,4	616,1	374,8	241,3	1 367,2	294,6
Febr.	5 315,0	3 672,2	3 058,5	2 544,1	235,8	278,6	613,8	372,8	241,0	1 348,2	294,6
März	5 282,0	3 674,0	3 065,2	2 555,9	235,1	274,3	608,8	368,1	240,7	1 278,5	329,5
April	5 330,0	3 694,6	3 079,0	2 557,4	234,9	286,8	615,6	369,8	245,8	1 319,6	315,8
Mai	5 261,9	3 684,9	3 068,7	2 556,8	234,0	277,8	616,2	365,5	250,8	1 292,8	284,3
Juni	5 220,8	3 698,7	3 082,9	2 566,5	246,0	270,4	615,8	363,7	252,1	1 270,5	251,6
Juli	5 173,5	3 689,5	3 059,0	2 545,9	245,8	267,3	630,6	376,6	254,0	1 238,5	245,5
Aug.	5 149,9	3 660,3	3 038,5	2 532,0	242,9	263,6	621,8	371,0	250,7	1 223,4	266,3
Sept.	5 131,7	3 679,7	3 054,4	2 548,0	242,8	263,6	625,2	368,1	257,1	1 186,5	265,5
Okt.	5 128,8	3 677,6	3 033,3	2 532,0	240,4	260,9	644,2	379,8	264,4	1 184,0	267,3
Nov.	5 131,5	3 675,6	3 041,1	2 537,6	240,3	263,2	634,6	368,9	265,7	1 184,3	271,6
Dez.	5 084,8	3 642,7	3 015,1	2 520,4	235,5	259,1	627,6	363,0	264,6	1 188,8	253,3
2010 Jan.	5 123,4	3 660,2	3 021,3	2 516,0	239,8	265,5	638,8	366,1	272,7	1 211,6	251,5
Febr.	5 099,1	3 649,6	3 008,2	2 513,7	237,7	256,8	641,4	362,9	278,5	1 208,0	241,5
März	5 105,8	3 638,3	2 993,1	2 509,7	233,9	249,6	645,2	362,2	283,0	1 209,3	258,2
April	5 210,6	3 693,3	3 044,0	2 535,9	231,3	276,8	649,3	364,1	285,2	1 262,7	254,6
Mai	5 259,6	3 664,4	2 996,6	2 539,6	209,1	247,9	667,8	374,7	293,1	1 324,9	270,3
Juni	5 236,5	3 680,2	2 988,1	2 540,8	205,5	241,8	692,1	377,7	314,4	1 272,2	284,0
Juli	5 144,1	3 670,8	2 980,4	2 537,8	200,7	242,0	690,4	373,1	317,3	1 195,0	278,3
Aug.	5 209,6	3 683,2	2 991,3	2 546,6	199,6	245,1	691,9	373,2	318,7	1 228,9	297,5

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bauparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarkt-

papiere von öffentlichen Haushalten. — 4 Euro-Bargeldumlauf (s. auch Anm. 8, S. 12*). Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
658,7	9 215,4	8 695,8	8 769,0	2 986,9	2 037,7	225,5	1 914,3	1 496,2	108,3	2008 Juli	
656,0	9 238,3	8 703,6	8 785,0	2 943,0	2 087,3	233,7	1 919,4	1 494,4	107,2	Aug.	
657,1	9 310,1	8 767,9	8 849,1	3 026,1	2 087,9	237,0	1 907,4	1 484,6	106,1	Sept.	
698,8	9 475,1	8 865,3	8 950,4	3 050,5	2 158,4	238,1	1 911,8	1 482,7	109,0	Okt.	
703,6	9 609,7	8 944,6	9 006,3	3 060,8	2 171,3	239,9	1 934,4	1 487,3	112,6	Nov.	
722,7	9 645,6	9 084,1	9 122,6	3 106,4	2 158,8	236,1	1 973,5	1 531,4	116,5	Dez.	
712,2	9 770,0	9 124,1	9 179,9	3 184,7	2 047,6	241,7	2 011,7	1 576,9	117,3	2009 Jan.	
715,8	9 788,5	9 135,6	9 182,2	3 185,0	2 004,1	250,6	2 025,4	1 599,9	117,2	Febr.	
719,8	9 817,5	9 163,2	9 201,8	3 203,3	1 962,0	252,2	2 046,6	1 620,0	117,8	März	
729,1	9 882,3	9 244,2	9 281,2	3 254,9	1 945,8	253,8	2 064,0	1 643,9	118,8	April	
731,9	9 887,9	9 260,1	9 293,3	3 275,9	1 900,8	252,5	2 085,9	1 657,9	120,2	Mai	
734,9	9 955,5	9 300,4	9 337,1	3 354,1	1 842,7	242,1	2 107,2	1 669,7	121,3	Juni	
745,3	9 887,2	9 285,1	9 326,9	3 341,9	1 801,2	254,5	2 118,7	1 688,2	122,4	Juli	
741,0	9 857,4	9 281,6	9 320,7	3 350,7	1 759,6	257,8	2 124,5	1 704,9	123,2	Aug.	
740,5	9 895,9	9 303,8	9 338,4	3 407,1	1 701,4	254,6	2 139,3	1 711,5	124,4	Sept.	
745,3	9 941,5	9 322,4	9 365,2	3 460,8	1 654,9	256,7	2 140,0	1 726,0	126,9	Okt.	
750,0	9 922,5	9 324,0	9 357,1	3 485,6	1 605,4	259,9	2 148,6	1 730,0	127,7	Nov.	
769,9	9 985,3	9 440,5	9 495,2	3 559,9	1 590,9	262,2	2 188,3	1 767,0	126,9	Dez.	
757,1	10 011,6	9 432,0	9 487,3	3 579,5	1 521,0	265,1	2 199,3	1 796,9	125,4	2010 Jan.	
759,5	9 994,9	9 424,1	9 472,0	3 559,8	1 502,0	269,0	2 210,3	1 805,9	124,9	Febr.	
768,6	9 981,5	9 413,5	9 467,1	3 560,6	1 485,2	268,3	2 213,1	1 814,8	125,1	März	
772,6	10 029,7	9 477,7	9 536,4	3 638,5	1 449,9	270,3	2 231,2	1 824,4	122,1	April	
779,0	10 087,7	9 479,1	9 550,2	3 660,4	1 442,0	270,3	2 234,0	1 823,1	120,4	Mai	
785,5	10 211,2	9 587,4	9 645,1	3 698,9	1 431,7	269,0	2 313,6	1 812,6	119,3	Juni	
793,9	10 182,9	9 598,8	9 658,6	3 686,9	1 444,4	270,2	2 317,2	1 822,7	117,2	Juli	
787,9	10 178,7	9 602,5	9 670,8	3 663,6	1 460,0	272,6	2 323,0	1 835,6	116,0	Aug.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
178,2	2 676,3	2 596,5	2 512,2	750,5	458,7	49,2	724,8	426,5	102,5	2008 Juli	
177,2	2 688,5	2 608,0	2 522,6	751,6	472,1	50,3	724,0	423,4	101,3	Aug.	
177,7	2 698,7	2 618,7	2 532,2	768,0	471,5	51,5	720,9	420,1	100,3	Sept.	
188,3	2 742,6	2 664,9	2 580,8	798,6	489,4	52,8	718,1	418,8	103,2	Okt.	
189,6	2 760,1	2 685,4	2 592,5	804,1	492,9	54,6	716,3	417,6	106,9	Nov.	
195,2	2 799,3	2 728,0	2 632,6	800,8	493,7	54,4	747,3	425,7	110,7	Dez.	
177,0	2 819,7	2 748,0	2 657,0	859,6	452,3	53,7	751,4	429,4	110,7	2009 Jan.	
177,7	2 834,1	2 754,4	2 660,1	872,0	432,0	52,8	758,1	434,7	110,6	Febr.	
179,0	2 821,3	2 740,2	2 650,6	870,1	418,5	52,7	760,7	437,3	111,3	März	
180,6	2 854,6	2 759,1	2 667,2	880,6	418,0	52,0	764,7	439,8	112,1	April	
180,7	2 860,9	2 753,2	2 661,0	884,4	401,8	51,8	767,2	442,2	113,6	Mai	
182,2	2 856,1	2 755,9	2 666,6	902,2	372,6	50,8	780,8	445,7	114,6	Juni	
185,6	2 840,1	2 747,1	2 663,6	907,2	358,8	50,2	781,5	450,2	115,7	Juli	
184,2	2 832,1	2 748,8	2 667,0	919,1	344,4	49,1	783,3	454,6	116,5	Aug.	
184,3	2 830,8	2 750,2	2 671,8	937,9	324,4	47,9	786,2	457,7	117,7	Sept.	
185,0	2 834,4	2 752,2	2 676,5	966,4	295,8	47,6	784,8	461,8	120,1	Okt.	
186,5	2 839,6	2 767,0	2 687,1	987,8	280,1	46,6	787,0	464,7	120,9	Nov.	
190,8	2 828,4	2 763,3	2 688,5	975,3	283,8	46,9	788,0	474,6	119,8	Dez.	
187,9	2 830,4	2 772,0	2 696,8	1 005,5	261,0	44,4	788,2	479,4	118,3	2010 Jan.	
188,5	2 829,6	2 776,4	2 695,8	1 003,1	253,7	43,7	792,4	485,3	117,6	Febr.	
191,4	2 816,4	2 765,5	2 687,3	992,2	254,0	42,8	793,5	487,1	117,7	März	
192,1	2 836,8	2 782,6	2 710,0	1 035,2	234,4	42,0	793,6	489,0	115,8	April	
193,2	2 841,8	2 783,5	2 706,9	1 043,4	229,2	40,8	788,5	490,9	114,0	Mai	
195,5	2 842,8	2 787,0	2 702,1	1 041,7	229,2	39,0	787,9	491,6	112,7	Juni	
197,2	2 841,1	2 785,3	2 706,3	1 047,6	227,6	37,8	787,4	495,2	110,6	Juli	
195,8	2 853,2	2 789,7	2 705,5	1 050,3	227,0	37,5	784,9	496,9	108,8	Aug.	

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der

Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva											Begebene Schuld-			
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	öffentliche Haushalte										insgesamt	darunter: auf Euro			
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)					insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen							
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
2008 Juli	180,7	265,7	118,8	107,9	5,8	24,4	1,6	7,2	333,1	329,0	743,2	2 871,3	2 255,6		
Aug.	186,6	266,8	117,5	110,3	5,9	24,4	1,6	7,1	343,1	338,3	757,9	2 881,9	2 256,1		
Sept.	191,1	270,0	121,1	110,1	5,9	24,6	1,5	6,8	345,6	340,9	731,1	2 899,9	2 262,6		
Okt.	256,0	268,8	122,9	107,3	5,8	24,8	1,5	6,6	351,0	347,4	729,8	2 883,6	2 204,6		
Nov.	325,8	277,5	129,3	110,1	5,7	24,5	1,5	6,4	336,6	333,4	739,7	2 863,9	2 202,5		
Dez.	259,6	263,4	124,4	101,6	4,9	24,7	1,6	6,1	330,1	327,4	726,0	2 823,3	2 221,0		
2009 Jan.	325,1	265,0	125,9	99,4	5,0	24,6	2,0	8,2	324,0	321,4	759,9	2 816,8	2 188,7		
Febr.	339,0	267,3	130,2	97,0	5,2	24,6	2,3	8,0	327,4	324,6	779,9	2 840,9	2 209,3		
März	351,7	264,1	134,9	89,2	4,6	24,9	2,6	7,9	338,5	335,5	780,8	2 794,1	2 194,4		
April	337,4	263,8	139,9	83,8	4,8	24,9	2,8	7,7	338,2	335,4	781,8	2 804,8	2 190,6		
Mai	331,5	263,1	138,1	84,7	4,9	24,9	3,0	7,5	336,2	333,4	771,6	2 800,4	2 209,3		
Juni	352,3	266,2	146,0	80,3	4,6	25,0	3,1	7,3	347,3	344,5	742,0	2 799,2	2 198,1		
Juli	298,2	262,0	146,0	74,9	4,9	25,5	3,5	7,2	321,3	318,9	758,3	2 802,4	2 203,3		
Aug.	274,5	262,2	148,2	72,3	5,1	25,7	3,8	7,1	310,8	308,8	759,7	2 798,6	2 197,2		
Sept.	295,2	262,2	154,7	65,9	5,2	25,7	3,9	6,8	335,2	333,0	740,8	2 769,7	2 187,1		
Okt.	317,5	258,7	151,6	65,1	5,2	26,0	4,2	6,6	309,4	307,2	735,2	2 756,7	2 176,5		
Nov.	304,0	261,5	158,1	61,8	5,0	26,1	4,1	6,4	314,8	312,7	722,0	2 751,7	2 173,0		
Dez.	246,7	243,5	143,9	58,8	4,8	25,8	4,0	6,2	327,5	324,8	647,2	2 753,5	2 168,2		
2010 Jan.	277,3	247,0	144,4	56,8	4,8	28,2	4,3	8,6	307,6	306,1	652,2	2 800,3	2 184,6		
Febr.	273,4	249,5	146,5	56,8	4,7	28,3	4,7	8,4	323,0	321,4	644,0	2 794,9	2 163,3		
März	267,4	247,0	142,2	58,8	4,6	28,5	4,9	8,1	341,4	339,6	628,3	2 829,0	2 192,6		
April	247,5	245,8	141,0	58,6	4,5	28,6	5,1	7,9	362,4	360,4	634,0	2 844,2	2 194,4		
Mai	284,2	253,3	145,6	61,6	4,4	28,4	5,4	7,8	366,8	364,8	630,0	2 869,3	2 181,2		
Juni	305,3	260,8	149,4	64,5	3,9	30,0	5,5	7,6	405,9	404,4	603,4	2 849,0	2 163,6		
Juli	282,2	242,0	131,7	63,0	3,6	30,5	5,7	7,5	383,6	382,2	594,5	2 832,3	2 166,7		
Aug.	262,3	245,7	131,5	66,9	3,3	30,7	5,9	7,4	386,6	385,2	609,7	2 845,3	2 159,0		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
2008 Juli	37,3	126,9	23,4	76,7	4,5	21,1	0,8	0,3	58,1	58,1	17,7	842,4	619,3		
Aug.	37,3	128,6	24,6	77,1	4,6	21,1	0,8	0,3	63,1	63,1	17,3	846,5	619,4		
Sept.	38,0	128,4	25,0	76,4	4,6	21,3	0,8	0,3	70,9	70,9	16,9	845,5	607,4		
Okt.	36,6	125,1	25,0	73,2	4,5	21,3	0,8	0,3	69,8	69,8	13,0	853,5	600,2		
Nov.	36,7	130,8	28,7	75,7	4,4	21,0	0,8	0,3	71,0	71,0	12,3	854,6	607,1		
Dez.	36,7	129,9	32,0	72,0	3,6	21,2	0,8	0,3	61,1	61,1	11,5	819,1	596,4		
2009 Jan.	37,3	125,4	32,2	67,2	3,6	21,1	1,0	0,4	67,4	67,4	11,1	822,0	575,4		
Febr.	45,4	128,6	37,1	65,0	3,9	21,1	1,0	0,4	74,0	74,0	12,0	814,7	563,9		
März	48,6	122,2	36,3	59,5	3,4	21,4	1,1	0,5	87,7	87,7	11,4	779,4	542,7		
April	62,7	124,6	41,4	56,8	3,5	21,3	1,2	0,5	92,6	92,6	11,2	782,5	531,5		
Mai	74,7	125,1	41,0	57,6	3,5	21,3	1,2	0,5	90,9	90,9	10,9	776,7	538,0		
Juni	65,8	123,7	43,0	54,3	3,2	21,3	1,3	0,6	93,4	93,4	10,7	764,5	521,5		
Juli	60,0	116,5	40,3	49,4	3,3	21,5	1,4	0,6	82,4	82,4	9,6	754,9	510,6		
Aug.	50,2	114,9	41,1	46,6	3,4	21,5	1,6	0,6	71,7	71,7	9,5	755,1	507,7		
Sept.	47,9	111,2	42,4	41,7	3,4	21,5	1,6	0,7	83,7	83,7	9,6	734,0	498,1		
Okt.	49,3	108,5	41,6	39,5	3,4	21,7	1,6	0,7	83,3	83,3	9,5	727,1	492,8		
Nov.	41,6	110,9	44,1	39,3	3,3	21,7	1,7	0,7	81,0	81,0	9,3	713,6	483,0		
Dez.	32,7	107,3	40,7	39,5	3,2	21,4	1,8	0,7	80,5	80,5	8,7	703,3	470,7		
2010 Jan.	26,6	107,0	40,3	37,4	3,1	23,7	1,7	0,7	68,2	68,2	9,4	712,0	466,2		
Febr.	22,7	111,1	43,4	38,4	3,1	23,7	1,7	0,7	78,9	78,9	9,2	711,0	456,3		
März	21,2	107,9	39,6	39,1	3,0	23,7	1,8	0,7	79,8	79,8	8,6	714,4	458,2		
April	21,4	105,4	37,4	38,8	2,9	23,8	1,8	0,7	100,7	100,7	8,4	715,8	451,0		
Mai	23,0	112,0	42,2	40,6	2,8	23,7	2,0	0,7	101,4	101,4	8,8	733,9	451,9		
Juni	21,9	118,8	45,4	43,2	2,4	25,0	2,0	0,7	102,7	102,7	8,1	729,6	450,9		
Juli	23,5	111,3	38,4	42,9	2,1	25,1	2,0	0,7	92,2	92,2	8,6	709,2	437,0		
Aug.	30,9	116,8	41,1	45,6	2,0	25,4	2,1	0,7	104,0	104,0	8,2	720,9	436,3		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). — 1 Quelle: EZB. — 2 In Deutschland nur Spareinlagen. — 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzugsfähig Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. — 5 Ohne

Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosistems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 4, S. 10*). — 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

										Nachrichtlich				
verschreibungen (netto) 3)			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende		
mit Laufzeit						insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)			Geldkapitalbildung 13)	
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren												
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
148,8	137,3	2 585,2	5 001,5	1 518,0	- 50,3	3 109,4	-	3 838,9	7 750,2	9 111,4	6 157,4	111,0	2008 Juli	
140,2	137,1	2 604,7	5 115,6	1 529,2	- 41,0	3 141,2	-	3 790,3	7 759,5	9 136,4	6 192,0	109,9	Aug.	
146,6	140,0	2 613,3	5 173,6	1 564,3	- 35,6	3 242,0	-	3 877,0	7 839,9	9 201,9	6 222,5	108,8	Sept.	
140,0	136,2	2 607,5	5 288,0	1 570,8	- 13,7	3 589,2	-	3 944,5	7 972,1	9 328,1	6 230,4	106,3	Okt.	
136,4	137,7	2 589,8	5 162,7	1 609,6	- 39,8	3 744,2	-	3 969,7	8 019,0	9 368,8	6 277,4	109,5	Nov.	
138,0	128,8	2 556,5	4 779,8	1 615,1	- 82,3	3 560,8	-	4 035,7	8 103,1	9 425,2	6 292,3	115,1	Dez.	
93,3	123,4	2 600,1	4 996,5	1 652,3	- 102,3	3 557,8	-	4 096,2	8 101,9	9 420,0	6 414,3	106,6	2009 Jan.	
88,3	126,5	2 626,1	4 860,5	1 666,1	- 100,7	3 552,6	-	4 101,9	8 093,8	9 415,5	6 467,4	103,6	Febr.	
65,9	128,5	2 599,8	4 643,6	1 643,7	- 91,2	3 510,3	-	4 130,8	8 094,0	9 407,1	6 440,6	105,5	März	
65,5	139,9	2 599,4	4 670,6	1 646,3	- 89,6	3 475,9	-	4 197,6	8 165,0	9 489,7	6 461,0	106,2	April	
53,5	144,7	2 602,2	4 513,2	1 656,8	- 110,3	3 331,0	-	4 220,8	8 157,1	9 462,4	6 497,5	107,4	Mai	
38,6	143,2	2 617,4	4 436,0	1 689,8	- 71,3	3 451,9	-	4 311,6	8 186,1	9 456,6	6 567,8	108,7	Juni	
25,3	145,5	2 631,6	4 383,7	1 698,1	- 66,7	3 508,4	-	4 311,0	8 170,1	9 420,1	6 603,6	109,7	Juli	
12,1	144,3	2 642,3	4 307,7	1 716,8	- 76,7	3 538,1	-	4 317,6	8 153,0	9 379,3	6 639,7	109,6	Aug.	
7,0	141,1	2 621,6	4 234,4	1 740,1	- 73,0	3 523,0	-	4 379,3	8 153,6	9 377,5	6 657,9	108,7	Sept.	
- 1,6	140,3	2 618,0	4 226,4	1 747,0	- 99,2	3 490,2	-	4 434,6	8 178,4	9 361,4	6 664,4	108,6	Okt.	
- 2,4	136,5	2 617,5	4 212,6	1 780,6	- 63,3	3 616,7	-	4 472,3	8 170,0	9 340,4	6 706,9	110,2	Nov.	
3,6	129,2	2 620,6	4 237,3	1 802,3	- 30,7	3 368,8	-	4 559,6	8 278,5	9 385,1	6 770,2	117,2	Dez.	
2,5	129,3	2 668,5	4 357,7	1 798,3	- 31,0	3 435,4	-	4 557,4	8 237,6	9 329,2	6 828,4	107,8	2010 Jan.	
1,1	124,2	2 669,7	4 421,0	1 814,4	- 14,2	3 522,3	-	4 542,6	8 216,8	9 309,0	6 856,0	107,8	Febr.	
11,7	122,4	2 694,8	4 423,1	1 831,9	- 51,1	3 556,2	-	4 546,8	8 214,0	9 317,9	6 901,5	106,1	März	
16,0	119,9	2 708,4	4 548,5	1 840,8	- 69,2	3 668,1	-	4 629,3	8 272,8	9 405,1	6 939,0	107,8	April	
22,2	106,8	2 740,3	4 702,8	1 877,6	- 51,1	3 972,1	-	4 663,8	8 301,2	9 427,0	7 008,5	109,4	Mai	
21,9	100,2	2 726,8	4 603,2	1 956,4	- 3,8	3 823,1	-	4 714,0	8 331,3	9 462,7	7 153,7	110,4	Juni	
28,4	99,1	2 704,9	4 486,8	1 943,2	- 20,1	3 740,5	-	4 697,3	8 336,9	9 442,4	7 120,5	114,8	Juli	
27,4	98,5	2 719,4	4 631,3	1 982,6	- 5,8	4 173,7	-	4 667,3	8 341,2	9 463,4	7 179,1	113,9	Aug.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
12,2	54,3	775,9	783,7	381,7	- 223,0	702,7	107,4	773,9	1 790,4	1 932,6	2 006,2	-	2008 Juli	
13,7	50,9	782,0	803,1	382,3	- 241,0	724,7	109,8	776,2	1 804,4	1 949,4	2 011,0	-	Aug.	
13,5	49,5	782,5	850,4	391,3	- 238,3	747,6	111,8	793,1	1 817,9	1 968,8	2 016,5	-	Sept.	
19,2	45,6	788,7	862,4	388,3	- 248,6	776,8	119,3	823,6	1 863,0	2 010,7	2 019,9	-	Okt.	
33,2	45,7	775,7	815,4	395,6	- 309,6	786,2	120,6	832,8	1 878,8	2 040,9	2 015,9	-	Nov.	
41,9	37,5	739,8	762,8	406,3	- 334,6	785,4	121,8	832,8	1 883,0	2 034,9	2 025,6	-	Dez.	
32,7	33,5	755,8	791,6	414,8	- 353,2	770,3	139,2	891,8	1 898,9	2 043,7	2 054,1	-	2009 Jan.	
34,5	33,5	746,8	770,8	407,4	- 376,1	778,2	140,7	909,1	1 898,4	2 052,3	2 044,4	-	Febr.	
19,3	31,4	728,8	751,2	400,0	- 382,6	813,6	140,4	906,4	1 878,9	2 028,6	2 022,7	-	März	
24,5	33,4	724,5	774,4	390,7	- 373,8	797,8	141,8	922,0	1 893,1	2 054,9	2 013,9	-	April	
25,8	32,5	718,4	727,4	389,3	- 361,3	767,1	142,2	925,5	1 883,5	2 043,6	2 010,3	-	Mai	
22,0	26,6	715,9	731,4	407,9	- 390,7	747,5	141,9	945,2	1 873,0	2 025,8	2 041,0	-	Juni	
23,3	25,1	706,4	724,8	408,0	- 397,8	751,5	141,8	947,5	1 860,8	2 001,2	2 033,8	-	Juli	
24,7	24,9	705,6	718,3	408,3	- 407,6	762,6	143,4	960,2	1 859,9	1 990,7	2 035,8	-	Aug.	
26,3	23,2	684,5	690,3	409,6	- 396,2	769,8	144,9	980,3	1 856,9	1 999,7	2 020,1	-	Sept.	
23,7	21,9	681,5	678,5	411,0	- 388,6	773,6	146,5	1 008,0	1 857,8	1 996,2	2 019,8	-	Okt.	
21,5	22,4	669,7	674,6	424,7	- 384,9	773,7	146,8	1 031,9	1 867,7	2 001,8	2 024,8	-	Nov.	
23,1	17,0	663,2	663,8	423,6	- 390,1	766,7	146,8	1 015,9	1 865,7	1 994,9	2 016,8	-	Dez.	
25,4	17,2	669,3	693,8	419,4	- 364,7	755,0	147,6	1 045,8	1 872,9	1 993,1	2 019,7	-	2010 Jan.	
27,4	16,7	666,9	703,0	424,6	- 394,6	737,4	149,6	1 046,5	1 872,4	2 004,6	2 026,0	-	Febr.	
27,3	15,3	671,8	721,0	424,3	- 419,9	761,1	150,2	1 031,8	1 859,6	1 990,6	2 031,8	-	März	
27,5	14,7	673,7	777,7	429,9	- 411,7	753,1	151,1	1 072,5	1 881,6	2 032,7	2 037,4	-	April	
26,7	15,3	692,0	847,8	431,1	- 469,8	764,6	151,7	1 085,6	1 891,9	2 044,0	2 050,0	-	Mai	
23,5	13,1	693,0	807,3	431,2	- 475,4	790,2	150,9	1 087,1	1 894,5	2 041,9	2 050,6	-	Juni	
25,4	14,7	669,1	784,5	426,1	- 483,3	765,7	151,2	1 086,0	1 893,7	2 034,6	2 019,1	-	Juli	
33,7	13,9	673,3	797,1	433,5	- 496,8	789,5	153,2	1 091,3	1 902,4	2 062,2	2 026,6	-	Aug.	

emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). — 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. — 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlage- fazilität	Sonstige liquidi- täts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquidi- täts- zuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2008 April	349,4	181,5	278,6	0,1	2,6	0,6	0,4	662,1	66,4	- 124,8	207,5	870,3
Mai	364,5	174,4	295,0	0,1	-	0,3	0,8	667,6	68,8	- 112,2	208,6	876,6
Juni	375,0	172,8	287,9	0,3	-	0,2	0,5	671,4	67,3	- 111,5	208,1	879,7
Juli	376,4	185,4	275,4	0,1	-	0,4	0,5	677,2	64,9	- 118,3	212,7	890,3
Aug.	374,5	166,3	299,3	0,1	-	0,3	0,6	686,1	61,3	- 123,0	214,8	901,2
Sept.	376,6	163,5	300,0	0,1	-	0,6	0,7	685,0	61,1	- 121,2	214,0	899,5
Okt.	417,3	174,1	334,3	7,5	5,9	19,9	45,5	684,3	55,2	- 82,6	216,8	921,0
Nov.	549,0	301,6	452,5	12,7	4,2	213,7	2,3	722,1	85,0	- 78,2	218,6	1 154,4
Dez.	580,5	337,3	457,2	2,7	-	200,9	4,9	731,1	107,8	114,3	218,7	1 150,7
2009 Jan.	581,3	219,2	613,6	2,9	-	238,5	3,3	753,1	99,9	100,6	221,5	1 213,1
Febr.	547,4	224,9	551,4	2,1	-	175,4	6,1	740,2	102,7	79,3	222,1	1 137,7
März	512,7	224,3	472,4	1,6	-	95,5	4,0	741,5	110,1	41,4	218,6	1 055,5
April	508,0	230,5	443,1	1,1	-	57,8	3,7	747,3	139,0	13,3	221,6	1 026,6
Mai	512,4	239,7	426,9	0,7	-	42,7	3,1	757,5	141,9	13,7	220,8	1 021,0
Juni	487,9	238,8	400,6	0,7	-	22,3	2,1	759,8	141,7	- 15,8	217,9	1 000,0
Juli	457,1	221,4	504,9	1,3	-	119,7	9,9	763,1	137,9	- 65,1	219,2	1 102,0
Aug.	433,6	94,1	694,0	0,3	2,8	185,1	22,1	770,8	133,9	- 103,9	216,9	1 172,8
Sept.	427,6	74,8	645,4	0,3	8,4	136,7	18,5	769,1	125,7	- 110,4	216,9	1 122,7
Okt.	421,4	79,1	616,9	0,3	14,3	109,6	12,9	768,8	139,0	- 113,1	214,7	1 093,1
Nov.	413,0	52,3	626,1	0,3	20,1	86,5	12,0	770,7	148,7	- 118,9	212,8	1 070,0
Dez.	407,6	55,8	593,4	0,7	24,6	65,7	9,9	775,2	150,1	- 130,2	211,4	1 052,3
2010 Jan.	413,0	60,6	648,4	0,4	28,4	147,0	8,1	796,8	119,8	- 132,1	211,2	1 155,0
Febr.	425,6	59,7	662,2	0,2	33,5	168,3	13,3	783,6	122,6	- 117,5	210,9	1 162,8
März	426,9	80,5	641,1	0,9	38,0	186,4	10,5	784,6	113,2	- 119,3	211,8	1 182,9
April	439,8	77,7	650,5	0,4	43,6	200,7	8,4	792,9	113,6	- 116,1	212,5	1 206,1
Mai	457,0	76,7	666,4	0,9	49,4	218,2	11,4	796,6	112,1	- 100,3	212,4	1 227,2
Juni	462,4	110,0	706,7	0,3	86,9	288,8	34,1	806,2	123,1	- 98,4	212,5	1 307,5
Juli	500,9	167,5	573,2	0,3	140,2	230,4	54,4	813,0	126,5	- 56,5	214,4	1 257,8
Aug.	543,4	185,4	432,2	0,1	121,4	96,7	67,5	819,3	95,2	- 11,8	215,7	1 131,7
Sept.	543,2	153,1	435,0	0,6	121,8	83,7	66,9	816,0	86,8	- 15,0	215,3	1 115,0
Deutsche Bundesbank												
2008 April	92,9	76,7	109,9	0,0	1,5	0,5	-	179,7	0,0	52,4	48,6	228,7
Mai	99,6	75,7	112,7	0,0	-	0,2	0,2	181,0	0,0	57,9	48,6	229,8
Juni	104,4	73,5	112,8	0,1	-	0,1	0,1	182,7	0,1	58,9	49,1	231,8
Juli	102,8	79,4	107,2	0,0	-	0,1	0,1	183,6	0,1	55,9	49,5	233,2
Aug.	99,6	70,8	111,9	0,0	-	0,1	0,0	185,5	0,0	46,5	50,1	235,7
Sept.	100,6	76,7	105,2	0,1	-	0,2	0,1	185,7	0,1	46,2	50,2	236,2
Okt.	114,4	74,8	118,6	0,9	3,6	10,1	8,6	186,2	0,2	55,9	51,2	247,5
Nov.	138,6	103,6	163,2	2,7	2,0	88,8	1,1	198,9	0,3	68,7	52,3	339,9
Dez.	146,9	105,1	158,5	2,0	-	84,2	1,1	197,9	0,2	77,2	52,0	334,0
2009 Jan.	141,2	72,4	198,1	2,4	-	91,5	1,2	195,8	4,1	68,5	52,8	340,2
Febr.	132,9	79,4	178,5	1,3	-	77,9	2,2	185,0	2,5	71,4	53,2	316,1
März	135,3	72,9	147,8	1,2	-	51,9	1,7	185,3	9,6	55,7	52,9	290,1
April	142,9	74,7	122,8	0,7	-	38,9	1,6	186,3	14,6	46,2	53,4	278,7
Mai	150,7	87,5	111,9	0,1	-	24,1	1,3	189,1	26,2	56,3	53,3	266,5
Juni	145,7	95,0	103,4	0,6	-	15,4	0,6	189,3	32,3	54,3	52,8	257,4
Juli	138,0	81,0	141,5	0,7	-	49,4	4,5	190,2	23,5	40,4	53,2	292,8
Aug.	128,6	47,6	189,1	0,1	0,8	70,1	4,9	192,0	23,5	23,6	52,2	314,2
Sept.	126,0	40,6	178,0	0,1	2,9	51,8	4,3	192,3	23,6	23,4	52,2	296,4
Okt.	124,2	37,3	175,9	0,2	4,9	49,4	3,0	192,5	23,7	22,4	51,5	293,3
Nov.	120,7	34,6	178,8	0,2	6,2	34,2	4,3	192,5	23,6	34,8	51,0	277,7
Dez.	116,3	33,7	171,1	0,6	7,2	25,7	2,7	193,3	18,8	37,8	50,5	269,5
2010 Jan.	112,1	42,8	168,9	0,1	7,9	44,8	2,3	198,4	10,7	25,3	50,3	293,5
Febr.	112,3	42,2	168,6	0,1	8,9	50,3	5,2	195,6	5,4	25,4	50,2	296,1
März	112,6	51,8	157,9	0,8	10,0	67,8	5,0	196,5	2,1	11,8	50,0	314,3
April	116,2	40,9	164,9	0,2	11,5	69,8	3,4	198,0	0,3	11,9	50,3	318,2
Mai	121,1	40,5	164,7	0,1	12,8	74,9	4,2	199,0	0,7	10,2	50,2	324,1
Juni	122,2	43,0	166,4	0,0	22,1	113,1	17,1	201,5	0,8	- 29,2	50,5	365,0
Juli	133,9	55,2	112,8	0,1	32,7	81,0	22,3	202,5	0,4	- 22,7	51,2	334,7
Aug.	145,8	61,7	52,8	0,1	28,4	32,7	20,7	204,2	0,5	- 21,6	52,3	289,2
Sept.	145,5	52,6	50,3	0,2	28,4	24,8	26,5	204,2	0,5	- 30,9	52,0	280,9

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. — 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf ge-

deckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. — 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. — 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben- der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen			
	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 6,1	+ 0,2	+ 10,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 8,9	+ 6,7	+ 0,2	+ 2,2	+ 11,6	2008 April
+ 15,1	- 7,1	+ 16,4	- 0,0	- 2,6	- 0,3	+ 0,4	+ 5,5	+ 2,4	+ 12,6	+ 1,1	+ 6,3	Mai
+ 10,5	- 1,6	- 7,1	+ 0,2	-	- 0,1	- 0,3	+ 3,8	- 1,5	+ 0,7	- 0,5	+ 3,1	Juni
+ 1,4	+ 12,6	- 12,5	- 0,2	-	+ 0,2	+ 0,0	+ 5,8	- 2,4	- 6,8	+ 4,6	+ 10,6	Juli
- 1,9	+ 19,1	+ 23,9	- 0,0	-	- 0,1	+ 0,1	+ 8,9	- 3,6	- 4,7	+ 2,1	+ 10,9	Aug.
+ 2,1	- 2,8	+ 0,7	+ 0,0	-	+ 0,3	+ 0,1	- 1,1	- 0,2	+ 1,8	- 0,8	- 1,7	Sept.
+ 40,7	+ 10,6	+ 34,3	+ 7,4	+ 5,9	+ 19,3	+ 44,8	- 0,7	- 5,9	+ 38,6	+ 2,8	+ 21,5	Okt.
+ 131,7	+ 127,5	+ 118,2	+ 5,2	- 1,7	+ 193,8	+ 43,2	+ 37,8	+ 29,8	+ 160,8	+ 1,8	+ 233,4	Nov.
+ 31,5	+ 35,7	+ 4,7	- 10,0	- 4,2	- 12,8	+ 2,6	+ 9,0	+ 22,8	+ 36,1	+ 0,1	- 3,7	Dez.
+ 0,8	- 118,1	+ 156,4	+ 0,2	-	+ 37,6	- 1,6	+ 22,0	- 7,9	- 13,7	+ 2,8	+ 62,4	2009 Jan.
- 33,9	+ 5,7	- 62,2	- 0,8	-	- 63,1	+ 2,8	- 12,9	+ 2,8	- 21,3	+ 0,6	+ 75,4	Febr.
- 34,7	- 0,6	- 79,0	- 0,5	-	- 79,9	- 2,1	+ 1,3	+ 7,4	- 37,9	- 3,5	- 82,2	März
- 4,7	+ 6,2	- 29,3	- 0,5	-	- 37,7	- 0,3	+ 5,8	+ 28,9	- 28,1	+ 3,0	- 28,9	April
+ 4,4	+ 9,2	- 16,2	- 0,4	-	- 15,1	- 0,6	+ 10,2	+ 2,9	+ 0,4	- 0,8	- 5,6	Mai
- 24,5	- 0,9	- 26,3	- 0,0	-	- 20,4	- 1,0	+ 2,3	- 0,2	- 29,5	- 2,9	- 21,0	Juni
- 30,8	- 17,4	+ 104,3	+ 0,6	-	+ 97,4	+ 7,8	+ 3,3	- 3,8	- 49,3	+ 1,3	+ 102,0	Juli
- 23,5	- 127,3	+ 189,1	- 1,0	+ 2,8	+ 65,4	+ 12,2	+ 7,7	- 4,0	- 38,8	- 2,3	+ 70,8	Aug.
- 6,0	- 19,3	- 48,6	- 0,0	+ 5,6	- 48,4	- 3,6	- 1,7	- 8,2	- 6,5	- 0,0	- 50,1	Sept.
- 6,2	+ 4,3	- 28,5	+ 0,0	+ 5,9	- 27,1	- 5,6	- 0,3	+ 13,3	- 2,7	- 2,2	- 29,6	Okt.
- 8,4	- 26,8	+ 9,2	- 0,0	+ 5,8	- 23,1	- 0,9	+ 1,9	+ 9,7	- 5,8	- 1,9	- 23,1	Nov.
- 5,4	+ 3,5	- 32,7	+ 0,4	+ 4,5	- 20,8	- 2,1	+ 4,5	+ 1,4	- 11,3	- 1,4	- 17,7	Dez.
+ 5,4	+ 4,8	+ 55,0	- 0,3	+ 3,8	+ 81,3	- 1,8	+ 21,6	- 30,3	- 1,9	- 0,2	+ 102,7	2010 Jan.
+ 12,6	- 0,9	+ 13,8	- 0,2	+ 5,1	+ 21,3	+ 5,2	- 13,2	+ 2,8	+ 14,6	- 0,3	+ 7,8	Febr.
+ 1,3	+ 20,8	- 21,1	+ 0,7	+ 4,5	+ 18,1	- 2,8	+ 1,0	+ 9,4	- 1,8	+ 0,9	+ 20,1	März
+ 12,9	- 2,8	+ 9,4	- 0,5	+ 5,6	+ 14,3	- 2,1	+ 8,3	+ 0,4	+ 3,2	+ 0,7	+ 23,2	April
+ 17,2	- 1,0	+ 15,9	+ 0,5	+ 5,8	+ 17,5	+ 3,0	+ 3,7	- 1,5	+ 15,8	- 0,1	+ 21,1	Mai
+ 5,4	+ 33,3	+ 40,3	- 0,6	+ 37,5	+ 70,6	+ 22,7	+ 9,6	+ 11,0	+ 1,9	+ 0,1	+ 80,3	Juni
+ 38,5	+ 57,5	- 133,5	- 0,0	+ 53,3	- 58,4	+ 20,3	+ 6,8	+ 3,4	+ 41,9	+ 1,9	- 49,7	Juli
+ 42,5	+ 17,9	- 141,0	- 0,2	- 18,8	- 133,7	+ 13,1	+ 6,3	+ 31,3	+ 44,7	+ 1,3	- 126,1	Aug.
- 0,2	- 32,3	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,4	- 13,0	- 0,6	- 3,3	- 8,4	- 3,2	- 0,4	- 16,7	Sept.
Deutsche Bundesbank												
+ 2,1	+ 16,9	- 12,5	+ 0,0	+ 1,4	+ 0,3	-	+ 2,2	- 0,0	+ 5,4	- 0,0	+ 2,4	2008 April
+ 6,7	- 1,1	+ 2,7	- 0,0	- 1,5	- 0,3	+ 0,2	+ 1,3	- 0,0	+ 5,5	+ 0,0	+ 1,1	Mai
+ 4,8	- 2,1	+ 0,1	+ 0,1	-	- 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,5	+ 2,0	Juni
- 1,7	+ 5,9	- 5,6	- 0,1	-	+ 0,1	- 0,0	+ 0,9	+ 0,0	- 2,9	+ 0,4	+ 1,4	Juli
- 3,2	- 8,6	+ 4,7	- 0,0	-	- 0,1	- 0,0	+ 2,0	- 0,1	- 9,4	+ 0,6	+ 2,5	Aug.
+ 1,0	+ 5,9	- 6,7	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,4	Sept.
+ 13,8	- 1,9	+ 13,5	+ 0,8	+ 3,6	+ 10,0	+ 8,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 9,7	+ 0,9	+ 11,4	Okt.
+ 24,2	+ 28,8	+ 44,6	+ 1,9	- 1,6	+ 78,6	- 7,5	+ 12,7	+ 0,1	+ 12,8	+ 1,1	+ 92,4	Nov.
+ 8,3	+ 1,5	- 4,6	- 0,8	- 2,0	- 4,6	+ 0,0	- 1,0	- 0,2	+ 8,5	- 0,3	- 5,9	Dez.
- 5,7	- 32,7	+ 39,5	+ 0,4	-	+ 7,3	+ 0,1	- 2,1	+ 4,0	- 8,7	+ 0,9	+ 6,1	2009 Jan.
- 8,3	+ 7,0	- 19,5	- 1,0	-	- 13,6	+ 0,9	- 10,8	- 1,7	+ 2,9	+ 0,3	- 24,0	Febr.
+ 2,3	- 6,4	- 30,7	- 0,2	-	- 26,1	- 0,4	+ 0,3	+ 7,2	- 15,7	- 0,2	- 26,0	März
+ 7,6	+ 1,8	- 25,1	- 0,5	-	- 12,9	- 0,1	+ 1,0	+ 5,0	- 9,5	+ 0,5	- 11,4	April
+ 7,8	+ 12,8	- 10,9	- 0,6	-	- 14,8	- 0,3	+ 2,7	+ 11,6	+ 10,1	- 0,2	- 12,2	Mai
- 5,0	+ 7,5	- 8,5	+ 0,5	-	- 8,7	- 0,6	+ 0,2	+ 6,2	- 2,0	- 0,5	- 9,1	Juni
- 7,7	- 13,9	+ 38,1	- 0,0	-	+ 34,1	+ 3,8	+ 0,9	- 8,9	- 13,9	+ 0,4	+ 35,4	Juli
- 9,3	- 33,5	+ 47,6	- 0,5	+ 0,8	+ 20,6	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,0	- 16,8	- 1,0	+ 21,5	Aug.
- 2,6	- 7,0	- 11,1	+ 0,0	+ 2,1	- 18,2	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 17,9	Sept.
- 1,8	- 3,3	- 2,1	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	- 1,2	+ 0,2	+ 0,1	- 1,0	- 0,8	- 3,1	Okt.
- 3,5	- 2,7	+ 3,0	- 0,0	+ 1,3	- 15,2	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 12,5	- 0,4	- 15,6	Nov.
- 4,4	- 0,9	- 7,7	+ 0,4	+ 1,0	- 8,5	- 1,6	+ 0,7	- 4,8	+ 3,0	- 0,5	- 8,2	Dez.
- 4,2	+ 9,1	- 2,2	- 0,5	+ 0,7	+ 19,1	- 0,4	+ 5,1	- 8,1	- 12,6	- 0,2	+ 24,0	2010 Jan.
+ 0,2	- 0,6	- 0,3	+ 0,0	+ 1,0	+ 5,5	+ 3,0	- 2,8	- 5,2	+ 0,1	- 0,1	+ 2,6	Febr.
+ 0,3	+ 9,6	- 10,6	+ 0,7	+ 1,1	+ 17,4	- 0,3	+ 0,9	- 3,3	- 13,6	- 0,1	+ 18,2	März
+ 3,6	- 10,8	+ 7,0	- 0,7	+ 1,5	+ 2,0	- 1,6	+ 1,6	- 1,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 3,9	April
+ 4,9	- 0,4	- 0,2	- 0,1	+ 1,3	+ 5,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	- 1,7	- 0,1	+ 5,9	Mai
+ 1,1	+ 2,5	+ 1,7	- 0,0	+ 9,3	+ 38,2	+ 12,9	+ 2,5	+ 0,1	- 39,4	+ 0,3	+ 40,9	Juni
+ 11,7	+ 12,2	- 53,6	+ 0,0	+ 10,7	- 32,1	+ 5,1	+ 1,0	- 0,4	+ 6,5	+ 0,8	- 30,3	Juli
+ 11,9	+ 6,6	- 60,0	+ 0,0	- 4,3	- 48,3	- 1,5	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,0	- 45,6	Aug.
- 0,3	- 9,1	- 2,5	+ 0,1	+ 0,0	- 7,9	+ 5,8	+ 0,0	- 0,1	- 9,3	- 0,3	- 8,3	Sept.

Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Um-

lauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. — 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. — 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. — 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwa- rung an Ansässige im Euro-Wa- rungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wert- papieranlagen, Auslandskre- dite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wert- papieran- lagen und Kredite	Forderungen aus der Kredit- fazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2010 Jan. 29.	1 877,7	266,9	193,8	62,8	130,9	28,3	18,1	18,1	-
Febr. 5.	1 874,5	266,9	194,5	62,8	131,7	29,0	17,8	17,8	-
12.	1 874,7	266,9	193,4	62,8	130,6	29,2	17,1	17,1	-
19.	1 880,9	266,9	195,7	63,0	132,7	28,8	17,3	17,3	-
26.	1 889,0	266,9	197,6	64,4	133,2	28,3	15,4	15,4	-
März 5.	1 890,3	266,9	197,5	64,4	133,1	27,8	16,1	16,1	-
12.	1 886,7	266,9	197,2	64,3	132,9	28,3	15,7	15,7	-
19.	1 889,7	266,9	198,0	64,2	133,8	28,4	16,1	16,1	-
26.	1 894,9	266,9	198,6	64,4	134,2	28,5	15,7	15,7	-
April 1.	3) 1 942,5	3) 286,7	3) 210,6	3) 66,5	3) 144,1	3) 29,3	17,6	17,6	-
9.	1 936,7	286,7	209,4	66,7	142,7	28,5	17,2	17,2	-
16.	1 940,0	286,7	209,9	66,6	143,3	28,4	16,8	16,8	-
23.	1 943,3	286,7	209,3	66,6	142,7	28,0	17,3	17,3	-
30.	1 956,8	286,7	211,7	66,5	145,2	27,2	17,5	17,5	-
Mai 7.	1 983,2	286,7	209,6	66,5	143,1	28,8	16,8	16,8	-
14.	2 062,9	286,7	215,0	69,7	145,3	35,2	16,4	16,4	-
21.	2 070,0	286,7	211,7	69,6	142,1	29,8	19,3	19,3	-
28.	2 088,5	286,7	212,3	69,5	142,8	33,7	18,1	18,1	-
2010 Juni 4.	2 098,5	286,7	213,0	69,4	143,6	28,7	17,8	17,8	-
11.	2 107,1	286,7	213,7	69,4	144,3	28,6	17,0	17,0	-
18.	2 124,7	286,7	213,7	69,4	144,4	27,9	16,5	16,5	-
25.	2 154,2	286,7	213,0	69,3	143,6	28,3	16,3	16,3	-
Juli 2.	3) 2 049,8	3) 352,1	3) 232,6	3) 74,1	3) 158,6	3) 31,3	16,9	16,9	-
9.	2 004,7	352,1	234,2	74,0	160,2	30,8	17,5	17,5	-
16.	1 987,0	352,1	234,1	74,0	160,1	30,5	19,7	19,7	-
23.	1 993,6	352,0	235,6	74,0	161,6	29,8	18,1	18,1	-
30.	2 001,7	352,0	236,3	74,1	162,2	29,5	17,9	17,9	-
Aug. 6.	1 964,9	352,0	236,1	74,1	162,0	30,4	17,6	17,6	-
13.	1 953,1	352,0	234,4	74,0	160,4	30,5	17,0	17,0	-
20.	1 956,1	352,0	234,0	73,9	160,1	30,0	18,4	18,4	-
27.	1 957,9	352,0	235,4	73,8	161,6	29,4	18,4	18,4	-
Sept. 3.	1 963,2	352,0	237,7	73,7	163,9	28,0	17,0	17,0	-
10.	1 973,3	352,0	236,7	73,5	163,3	28,2	17,8	17,8	-
17.	1 970,5	351,9	236,5	74,0	162,5	28,2	17,5	17,5	-
24.	1 971,4	351,9	236,3	73,9	162,4	27,7	17,3	17,3	-
Okt. 1.	3) 1 865,9	3) 334,4	3) 219,6	3) 70,1	3) 149,5	3) 24,9	17,6	17,6	-
Deutsche Bundesbank									
2008 Nov.	577,1	68,8	34,8	3,3	31,5	61,1	0,3	0,3	-
Dez.	3) 612,9	3) 68,2	3) 31,0	3,3	3) 27,7	63,3	0,3	0,3	-
2009 Jan.	560,5	68,2	28,7	3,3	25,5	46,7	0,3	0,3	-
Febr.	547,5	68,2	29,0	3,3	25,7	45,3	0,3	0,3	-
März	3) 539,7	3) 75,7	3) 32,1	3,5	3) 28,6	3) 50,7	0,3	0,3	-
April	540,5	75,7	32,7	3,5	29,2	42,0	0,3	0,3	-
Mai	555,9	75,7	32,3	4,7	27,6	37,5	0,3	0,3	-
Juni	3) 628,3	3) 73,0	31,7	4,5	27,2	3) 30,8	0,3	0,3	-
Juli	572,3	73,0	31,8	4,7	27,1	25,3	0,3	0,3	-
Aug.	571,2	73,0	41,6	15,1	26,5	24,0	0,3	0,3	-
Sept.	3) 577,7	3) 74,9	3) 41,9	16,3	3) 25,6	3) 21,6	0,3	0,3	-
Okt.	557,2	74,9	42,5	16,6	25,9	16,9	0,3	0,3	-
Nov.	551,7	74,9	41,0	15,9	25,1	13,0	0,3	0,3	-
Dez.	3) 588,2	3) 83,9	41,6	16,0	25,6	4,4	0,3	0,3	-
2010 Jan.	571,8	83,9	41,7	16,0	25,7	-	0,3	0,3	-
Febr.	591,6	83,9	42,4	16,7	25,7	-	-	-	-
März	3) 608,6	3) 90,2	3) 44,7	3) 17,2	3) 27,5	-	-	-	-
April	615,5	90,2	44,8	17,2	27,6	-	-	-	-
Mai	673,4	90,2	45,5	17,9	27,6	0,1	-	-	-
Juni	3) 713,7	3) 110,7	3) 49,9	3) 19,0	3) 30,9	0,2	-	-	-
Juli	625,3	110,6	49,9	19,1	30,8	0,2	-	-	-
Aug.	624,7	110,6	49,8	19,0	30,7	0,0	-	-	-
Sept.	3) 623,2	3) 105,1	3) 45,7	3) 18,2	3) 27,5	-	-	-	-

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteueroptionsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
Eurosystem 2)													
726,3	64,0	662,2	-	-	0,1	0,0	26,7	331,2	33,5	297,7	36,2	250,2	2010 Jan. 29.
718,7	56,4	662,2	-	-	0,1	0,0	26,9	332,6	34,8	297,8	36,1	251,9	Febr. 5.
717,1	76,7	636,5	-	-	3,9	0,0	27,4	334,0	36,1	297,9	36,1	253,4	12.
719,2	82,5	636,5	-	-	0,1	0,0	27,6	333,9	37,4	333,9	36,1	255,4	19.
726,9	82,0	644,7	-	-	0,2	0,0	26,7	335,8	38,7	297,1	36,1	255,3	26.
724,9	80,5	644,4	-	-	0,1	0,0	26,4	336,7	39,6	297,1	36,1	257,9	März 5.
722,8	78,4	644,3	-	-	0,1	0,0	27,2	338,9	41,5	297,3	36,1	253,5	12.
723,4	79,0	644,3	-	-	0,1	0,0	25,4	340,3	42,4	297,8	36,1	255,0	19.
725,4	81,1	644,3	-	-	0,0	0,0	27,2	342,9	43,5	299,4	36,1	253,6	26.
740,0	78,3	661,7	-	-	0,1	0,0	26,7	345,2	44,4	300,8	36,1	250,4	April 1.
730,9	71,5	659,3	-	-	0,0	0,0	29,0	348,5	46,1	302,4	36,1	250,4	9.
736,3	70,6	665,7	-	-	0,0	0,0	31,7	351,0	47,2	303,8	36,1	243,1	16.
735,9	70,2	665,7	-	-	0,0	0,0	32,7	352,1	48,5	303,6	36,1	245,0	23.
743,6	75,6	667,2	-	-	0,8	0,0	32,7	354,7	50,2	304,5	35,6	247,0	30.
760,0	90,3	667,2	-	-	2,4	0,0	33,9	360,2	51,6	308,5	35,6	251,7	Mai 7.
806,7	99,6	706,9	-	-	0,2	0,0	36,7	377,3	68,7	308,6	35,6	253,4	14.
811,7	104,8	706,9	-	-	0,0	0,0	39,9	387,1	79,8	307,3	35,6	248,2	21.
815,1	106,0	708,8	-	-	0,3	0,0	40,4	398,2	90,0	308,2	35,6	248,3	28.
826,6	117,7	708,8	-	-	0,0	0,0	37,6	400,7	96,2	304,5	35,6	251,9	2010 Juni 4.
829,5	122,0	707,1	-	-	0,4	0,0	40,5	406,5	103,7	302,7	35,6	249,1	11.
844,9	126,7	718,2	-	-	0,0	0,0	39,4	410,4	109,6	300,8	35,6	249,8	18.
870,4	151,5	718,2	-	-	0,6	0,0	42,2	414,4	115,1	299,4	35,6	247,4	25.
680,6	162,9	405,9	111,2	-	0,5	0,0	43,8	3) 416,7	120,1	3) 296,7	35,1	3) 240,7	Juli 2.
635,0	229,1	405,9	-	-	0,0	0,0	43,0	418,0	120,9	297,1	35,0	239,0	9.
619,4	195,7	423,7	-	-	0,0	0,0	42,6	417,1	121,2	295,9	35,0	236,5	16.
625,2	201,3	423,7	-	-	0,0	0,2	44,4	418,5	121,4	297,1	35,0	235,0	23.
632,5	190,0	442,0	-	-	0,4	0,1	42,9	417,8	121,5	296,3	35,0	237,7	30.
597,1	154,8	442,0	-	-	0,1	0,1	41,2	418,7	121,5	297,3	35,0	236,9	Aug. 6.
585,8	153,7	431,8	-	-	0,3	0,1	39,5	419,7	121,5	298,3	35,0	239,1	13.
587,4	155,2	431,8	-	-	0,3	0,1	37,5	420,3	121,8	298,5	35,0	241,4	20.
590,5	150,3	438,7	-	-	1,4	0,1	34,2	421,6	121,9	299,7	35,0	241,5	27.
591,8	153,1	438,7	-	-	0,0	0,1	32,3	423,9	122,1	301,7	35,0	245,5	Sept. 3.
592,2	153,7	437,5	-	-	1,0	0,1	30,7	426,3	122,4	303,9	35,0	254,3	10.
589,1	151,6	437,5	-	-	-	0,1	30,0	428,3	122,7	305,7	35,0	253,9	17.
592,5	153,8	437,5	-	-	1,2	0,1	27,6	429,3	122,8	306,5	35,0	253,7	24.
514,1	166,4	316,7	29,4	-	1,6	0,0	26,3	431,3	124,3	307,0	35,0	3) 262,6	Okt. 1.
Deutsche Bundesbank													
263,3	101,4	159,7	-	-	2,2	-	23,5	-	-	-	4,4	120,9	2008 Nov.
277,7	75,3	201,6	-	-	0,8	-	22,0	-	-	-	4,4	3) 146,0	Dez.
245,4	74,4	169,2	-	-	1,8	-	3,9	-	-	-	4,4	162,9	2009 Jan.
219,4	75,4	143,4	-	-	0,6	-	4,4	-	-	-	4,4	176,4	Febr.
186,7	71,6	114,6	-	-	0,6	-	5,0	-	-	-	4,4	3) 184,6	März
194,6	83,6	110,6	-	-	0,4	-	6,0	-	-	-	4,4	184,8	April
225,0	121,5	103,4	-	-	0,2	-	5,9	2,1	-	2,1	4,4	172,6	Mai
273,5	71,6	201,6	-	-	0,3	-	6,5	4,4	-	4,4	4,4	3) 203,8	Juni
231,8	48,8	182,9	-	-	0,1	-	4,5	6,5	1,2	5,3	4,4	194,6	Juli
220,9	45,9	175,0	-	-	0,1	-	6,0	8,5	3,2	5,3	4,4	192,4	Aug.
205,6	33,0	168,8	-	-	3,8	-	6,8	10,6	5,3	5,3	4,4	211,6	Sept.
212,9	35,1	177,7	-	-	0,1	-	6,8	11,6	6,4	5,3	4,4	186,8	Okt.
206,0	35,3	170,6	-	-	0,0	-	6,9	12,9	7,6	5,3	4,4	192,3	Nov.
223,6	53,6	170,0	-	-	0,0	-	7,1	13,2	7,9	5,3	4,4	209,6	Dez.
210,3	41,7	168,5	-	-	0,0	-	7,7	14,1	8,8	5,3	4,4	209,4	2010 Jan.
209,1	51,6	157,3	-	-	0,1	-	7,2	15,6	10,3	5,3	4,4	228,9	Febr.
206,1	40,9	164,7	-	-	0,6	-	7,3	17,0	11,8	5,3	4,4	239,0	März
206,1	41,6	164,5	-	-	0,0	-	7,8	18,1	12,9	5,3	4,4	244,2	April
210,2	43,3	166,8	-	-	0,1	-	8,4	28,4	23,1	5,3	4,4	286,3	Mai
225,6	58,6	167,0	-	-	0,0	-	8,8	33,4	28,1	5,3	4,4	280,8	Juni
115,0	61,7	53,3	-	-	0,0	-	9,3	33,7	28,4	5,3	4,4	302,3	Juli
103,8	52,9	50,3	-	-	0,6	-	8,7	33,7	28,4	5,3	4,4	313,8	Aug.
85,3	56,4	24,0	4,1	-	0,8	-	8,9	33,9	28,6	5,3	4,4	3) 339,9	Sept.

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknoten- umlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
Eurosystem 4)													
2010 Jan. 29.	1 877,7	783,5	384,8	219,5	165,3	-	-	0,0	0,4	-	143,6	135,2	8,3
Febr. 5.	1 874,5	785,2	398,6	169,3	229,4	-	-	-	0,5	-	121,6	113,4	8,3
12.	1 874,7	785,2	404,8	254,7	150,1	-	-	-	0,5	-	115,7	107,5	8,2
19.	1 880,9	782,8	394,8	207,8	187,0	-	-	0,0	0,4	-	131,5	123,5	8,1
26.	1 889,0	784,3	402,5	199,8	202,7	-	-	-	0,6	-	134,3	126,2	8,1
März 5.	1 890,3	788,4	423,7	164,0	259,8	-	-	0,0	0,4	-	109,5	101,3	8,2
12.	1 886,7	788,1	423,0	262,6	160,3	-	-	0,0	2,4	-	112,9	104,9	8,1
19.	1 889,7	787,7	418,2	223,1	195,1	-	-	0,0	0,6	-	121,6	113,5	8,1
26.	1 894,9	791,3	413,8	199,9	213,9	-	-	0,0	0,8	-	128,2	120,2	8,0
April 1.	5) 1 942,5	801,7	421,8	179,2	242,7	-	-	0,0	0,7	-	126,3	118,2	8,2
9.	1 936,7	797,5	427,2	177,9	249,3	-	-	0,0	0,6	-	120,4	112,4	8,1
16.	1 940,0	794,5	430,9	259,7	171,1	-	-	0,0	0,5	-	125,6	117,5	8,1
23.	1 943,3	792,8	421,5	204,1	217,4	-	-	-	0,7	-	137,8	129,9	7,9
30.	1 956,8	798,1	449,1	197,5	251,6	-	-	-	0,5	-	113,1	104,9	8,1
Mai 7.	1 983,2	802,6	454,2	172,2	282,0	-	-	0,0	0,6	-	107,9	98,6	9,3
14.	2 062,9	805,0	527,4	301,8	225,6	-	-	0,0	0,6	-	117,2	109,2	8,1
21.	2 070,0	804,6	516,2	246,2	253,5	-	-	0,0	0,4	-	126,5	118,3	8,2
28.	2 088,5	804,7	526,3	183,7	316,2	16,5	-	0,0	0,5	-	145,7	137,7	8,0
2010 Juni 4.	2 098,5	809,4	557,3	171,3	350,9	35,0	-	0,0	0,6	-	125,4	117,2	8,2
11.	2 107,1	809,7	562,6	137,8	384,3	40,5	-	0,0	0,7	-	130,6	122,5	8,1
18.	2 124,7	808,9	574,9	295,7	232,0	47,0	-	0,2	1,0	-	139,6	131,0	8,5
25.	2 154,2	809,8	580,6	245,1	284,4	51,0	-	0,1	1,0	-	163,5	155,4	8,1
Juli 2.	5) 2 049,8	816,5	424,0	160,4	231,7	31,9	-	0,1	0,8	-	123,8	115,7	8,1
9.	2 004,7	818,8	391,4	126,8	205,5	59,0	-	0,1	0,6	-	108,9	100,8	8,1
16.	1 987,0	819,0	384,4	265,9	58,6	60,0	-	0,0	0,6	-	100,0	91,9	8,1
23.	1 993,6	817,5	366,6	245,3	61,3	60,0	-	0,0	1,4	-	124,8	116,9	7,9
30.	2 001,7	820,6	377,3	195,8	120,9	60,5	-	0,1	1,8	-	118,1	110,8	7,3
Aug. 6.	1 964,9	822,6	376,1	154,2	161,3	60,5	-	0,1	0,8	-	83,1	76,0	7,1
13.	1 953,1	819,9	371,7	255,5	55,6	60,5	-	0,1	1,2	-	80,1	73,1	7,0
20.	1 956,1	815,7	372,4	237,6	74,2	60,5	-	0,2	2,0	-	85,8	79,0	6,9
27.	1 957,9	813,4	355,2	191,9	102,7	60,5	-	0,1	1,6	-	108,0	101,1	6,8
Sept. 3.	1 963,2	816,8	359,8	176,3	122,4	61,0	-	0,1	1,5	-	103,8	97,0	6,8
10.	1 973,3	816,0	371,5	261,4	49,1	61,0	-	0,1	1,7	-	99,8	92,9	6,8
17.	1 970,5	814,2	375,0	252,3	61,6	61,0	-	0,1	1,6	-	96,5	89,4	7,1
24.	1 971,4	812,0	366,7	221,0	84,1	61,5	-	0,1	1,5	-	111,5	104,6	6,9
Okt. 1.	5) 1 865,9	814,8	301,3	190,3	49,5	61,5	-	0,1	1,3	-	104,9	98,1	6,8
Deutsche Bundesbank													
2008 Nov.	577,1	198,1	138,3	52,5	85,7	-	-	-	-	-	2,9	0,1	2,8
Dez.	5) 612,9	206,6	166,9	100,7	66,3	-	-	-	-	-	1,1	0,2	0,9
2009 Jan.	560,5	184,7	127,2	49,3	77,8	-	-	-	-	-	2,6	2,2	0,5
Febr.	547,5	185,2	106,6	54,2	52,4	-	-	-	-	-	12,5	11,9	0,6
März	5) 539,7	186,5	100,0	53,1	46,9	-	-	-	-	-	15,7	15,4	0,3
April	540,5	189,5	80,0	48,3	31,7	-	-	-	-	-	30,8	30,2	0,6
Mai	555,9	190,0	87,2	71,1	16,1	-	-	-	-	-	36,8	36,2	0,5
Juni	5) 628,3	190,6	176,7	75,1	101,5	-	-	-	-	-	23,7	23,4	0,4
Juli	572,3	192,9	120,7	44,5	76,2	-	-	-	-	-	23,9	23,5	0,4
Aug.	571,2	191,6	107,4	46,2	61,2	-	-	-	-	-	24,0	23,5	0,4
Sept.	5) 577,7	191,5	109,7	76,1	33,6	-	-	-	-	-	24,0	23,6	0,4
Okt.	557,2	192,6	86,5	50,7	35,9	-	-	-	-	-	24,0	23,6	0,4
Nov.	551,7	193,7	87,0	59,0	28,0	-	-	-	-	-	16,0	15,6	0,4
Dez.	5) 588,2	201,3	112,2	76,7	35,5	-	-	-	-	-	10,4	10,0	0,4
2010 Jan.	571,8	195,6	106,3	60,9	45,4	-	-	-	-	-	4,1	3,7	0,4
Febr.	591,6	195,8	127,6	55,2	72,3	-	-	-	-	-	0,7	0,3	0,4
März	5) 608,6	199,0	135,7	82,3	53,4	-	-	-	-	-	0,6	0,2	0,4
April	615,5	199,2	139,1	58,6	80,5	-	-	-	-	-	0,7	0,2	0,5
Mai	673,4	201,0	193,0	52,8	123,9	16,2	-	-	-	-	0,9	0,3	0,6
Juni	5) 713,7	202,7	208,8	108,6	82,9	17,3	-	-	-	-	0,6	0,1	0,4
Juli	625,3	204,8	115,9	61,8	34,7	19,4	-	-	-	-	1,0	0,5	0,5
Aug.	624,7	203,2	115,3	62,4	29,8	23,1	-	-	-	-	1,0	0,6	0,4
Sept.	5) 623,2	203,0	121,3	64,9	28,2	28,2	-	-	-	-	1,0	0,6	0,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monats-

ultimo. — 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknoten-Umlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes an in Umlauf befind-

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 3)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 2)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem 4)										
40,2	2,7	9,4	9,4	–	51,2	167,5	–	220,2	74,0	2010 Jan. 29.
40,0	2,9	10,4	10,4	–	51,2	169,7	–	220,2	74,0	Febr. 5.
40,1	2,6	9,9	9,9	–	51,2	170,1	–	220,2	74,5	12.
40,0	2,8	11,1	11,1	–	51,2	171,5	–	220,2	74,5	19.
40,5	1,9	12,1	12,1	–	51,2	166,5	–	220,2	75,0	26.
39,8	1,8	11,4	11,4	–	51,2	168,8	–	220,2	75,0	März 5.
38,8	1,3	12,1	12,1	–	51,2	161,6	–	220,2	75,0	12.
37,9	1,6	12,6	12,6	–	51,2	163,1	–	220,2	75,0	19.
37,6	1,6	12,9	12,9	–	51,2	160,6	–	220,2	76,4	26.
37,2	1,4	5) 14,5	5) 14,5	–	5) 53,0	5) 160,2	–	5) 249,2	76,4	April 1.
36,5	0,9	13,0	13,0	–	53,0	161,6	–	249,2	76,7	9.
36,4	1,1	13,4	13,4	–	53,0	158,8	–	249,2	76,7	16.
36,2	1,0	13,0	13,0	–	53,0	161,4	–	249,2	76,7	23.
40,1	1,1	14,5	14,5	–	53,0	161,4	–	249,2	76,7	30.
56,7	2,8	12,7	12,7	–	53,0	167,0	–	249,2	76,7	Mai 7.
45,6	3,4	13,4	13,4	–	53,0	171,4	–	249,2	76,7	14.
59,2	2,4	12,6	12,6	–	53,0	169,2	–	249,2	76,7	21.
48,5	2,1	13,1	13,1	–	53,0	167,9	–	249,2	77,3	28.
40,6	2,2	13,3	13,3	–	53,0	170,2	–	249,2	77,3	2010 Juni 4.
41,1	1,1	15,4	15,4	–	53,0	165,6	–	249,2	77,9	11.
41,8	1,1	14,7	14,7	–	53,0	162,6	–	249,2	77,9	18.
41,4	1,0	14,6	14,6	–	53,0	162,2	–	249,2	77,9	25.
41,9	0,9	5) 15,5	5) 15,5	–	5) 56,7	5) 162,6	–	5) 328,8	78,2	Juli 2.
42,2	0,9	16,3	16,3	–	56,7	161,8	–	328,8	78,2	9.
42,8	0,9	15,7	15,7	–	56,7	159,8	–	328,8	78,2	16.
42,2	0,9	16,6	16,6	–	56,7	159,8	–	328,8	78,2	23.
42,2	1,3	16,1	16,1	–	56,7	160,5	–	328,8	78,2	30.
41,4	1,0	17,0	17,0	–	56,7	159,2	–	328,8	78,2	Aug. 6.
40,6	1,0	15,9	15,9	–	56,7	159,0	–	328,8	78,2	13.
41,0	1,1	15,1	15,1	–	56,7	159,4	–	328,8	78,2	20.
39,2	1,0	16,0	16,0	–	56,7	159,8	–	328,8	78,2	27.
38,9	1,0	16,9	16,9	–	56,7	161,0	–	328,8	78,2	Sept. 3.
39,7	1,0	16,1	16,1	–	56,7	163,8	–	328,8	78,2	10.
40,1	1,0	15,4	15,4	–	56,7	163,0	–	328,8	78,2	17.
40,4	2,1	13,8	13,8	–	56,7	159,6	–	328,8	78,2	24.
41,9	1,1	5) 13,1	5) 13,1	–	5) 53,7	5) 158,8	–	5) 296,7	78,2	Okt. 1.
Deutsche Bundesbank										
16,1	13,5	3,0	3,0	–	1,3	15,9	120,6	62,2	5,0	2008 Nov.
9,2	18,4	2,5	2,5	–	1,3	16,9	121,8	5) 63,1	5,0	Dez.
6,9	13,4	0,1	0,1	–	1,3	17,0	139,2	63,1	5,0	2009 Jan.
7,5	7,6	0,2	0,2	–	1,3	17,7	140,7	63,1	5,0	Febr.
7,5	0,0	–	–	–	1,4	5) 11,6	140,4	5) 71,5	5,0	März
8,3	0,0	0,2	0,2	–	1,4	12,1	141,8	71,5	5,0	April
8,7	0,1	0,5	0,5	–	1,4	12,6	142,2	71,5	5,0	Mai
9,3	0,0	0,8	0,8	–	1,3	5) 12,4	141,9	5) 66,6	5,0	Juni
6,7	0,0	1,2	1,2	–	1,3	12,2	141,8	66,6	5,0	Juli
8,1	0,0	0,9	0,9	–	11,9	12,4	143,4	66,6	5,0	Aug.
8,6	0,0	0,1	0,1	–	13,0	5) 13,2	144,9	5) 67,6	5,0	Sept.
8,5	0,0	0,5	0,5	–	13,0	12,9	146,5	67,6	5,0	Okt.
9,3	0,0	0,0	0,0	–	13,0	13,2	146,8	67,6	5,0	Nov.
9,1	0,0	–	–	–	13,1	13,5	146,8	5) 76,8	5,0	Dez.
9,8	0,0	0,2	0,2	–	13,1	13,2	147,6	76,8	5,0	2010 Jan.
9,3	0,0	0,3	0,3	–	13,1	13,4	149,6	76,8	5,0	Febr.
9,3	0,0	0,1	0,1	–	13,6	10,3	150,2	5) 84,8	5,0	März
11,5	0,0	0,3	0,3	–	13,6	10,2	151,1	84,8	5,0	April
12,8	0,0	0,2	0,2	–	13,6	10,4	151,7	84,8	5,0	Mai
11,0	0,0	0,2	0,2	–	5) 14,5	5) 11,3	150,9	5) 108,8	5,0	Juni
11,2	0,0	0,3	0,3	–	14,5	12,5	151,2	108,8	5,0	Juli
10,5	0,0	0,5	0,5	–	14,5	12,8	153,2	108,8	5,0	Aug.
10,8	0,0	0,1	0,1	–	5) 13,7	5) 12,4	155,8	5) 99,9	5,0	Sept.

lichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugewiesenen Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen

Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 3 Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 4 Quelle: EZB. — 5 Veränderungen überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-			öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte					
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere				
261,3	587,8	468,7	119,1	232,3	111,3	53,7	121,0	26,2	94,8	727,3	572,0	174,3	2001
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	2002
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	806,4	645,6	163,6	2003
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009
294,8	477,2	344,2	133,0	498,5	369,2	186,6	129,4	28,6	100,8	1 357,6	1 078,6	274,7	2008 Nov.
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	Dez.
330,5	483,5	344,3	139,2	487,9	359,7	182,0	128,3	26,1	102,1	1 256,5	991,4	281,4	2009 Jan.
334,1	480,8	342,4	138,3	484,7	356,1	175,8	128,5	25,9	102,7	1 233,9	974,1	281,6	Febr.
333,0	477,1	338,1	139,0	476,0	348,8	172,5	127,2	25,5	101,7	1 169,9	916,9	312,7	März
345,0	485,6	340,5	145,1	474,1	348,6	171,9	125,5	24,8	100,7	1 213,3	961,0	298,7	April
330,1	483,7	336,6	147,0	481,9	353,8	172,1	128,1	24,4	103,7	1 184,7	933,9	267,1	Mai
337,3	486,1	336,5	149,7	482,5	357,3	178,2	125,2	22,7	102,5	1 165,0	912,3	234,8	Juni
334,3	499,0	348,5	150,5	479,4	352,3	173,5	127,1	23,6	103,5	1 132,8	882,1	228,8	Juli
329,8	492,4	342,9	149,5	472,1	347,1	170,4	124,9	23,7	101,2	1 107,4	856,8	249,5	Aug.
330,0	494,3	340,0	154,3	475,4	349,0	172,6	126,4	23,6	102,8	1 069,0	822,5	248,8	Sept.
326,5	510,2	351,7	158,5	470,9	341,3	166,5	129,6	23,7	105,9	1 063,7	822,7	250,7	Okt.
327,5	501,7	340,9	160,8	469,5	341,0	165,1	128,4	23,5	105,0	1 057,5	818,6	255,0	Nov.
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	Dez.
341,7	502,3	338,0	164,4	457,5	325,5	161,9	132,1	23,7	108,3	1 081,5	838,8	236,0	2010 Jan.
331,7	502,2	334,8	167,4	460,5	325,7	162,9	134,8	23,7	111,1	1 072,7	832,8	225,9	Febr.
326,6	507,3	335,5	171,8	453,1	319,6	162,7	133,5	22,3	111,2	1 073,9	833,9	242,6	März
350,8	511,8	337,7	174,1	466,1	332,9	175,7	133,1	22,0	111,2	1 120,2	879,4	239,8	April
324,3	522,2	343,8	178,4	439,8	307,7	175,0	132,1	26,4	105,7	1 167,0	923,7	255,2	Mai
317,0	543,2	349,1	194,1	435,8	303,1	172,8	132,7	24,2	108,5	1 111,1	865,0	268,4	Juni
316,0	538,9	344,7	194,2	434,7	299,9	173,2	134,8	23,9	110,9	1 048,9	810,6	262,7	Juli
315,2	541,2	344,9	196,3	437,3	303,0	173,4	134,4	23,8	110,5	1 073,1	834,1	281,9	Aug.
Veränderungen 1)													
6,2	0,8	- 20,2	19,4	18,3	15,9	12,0	2,4	- 0,6	3,0	65,7	64,1	- 0,4	2002
- 3,6	0,8	- 8,7	9,6	6,4	13,1	2,6	- 6,8	- 0,8	- 6,0	115,4	97,7	- 42,0	2003
0,9	17,8	- 17,0	34,9	26,6	8,2	3,1	18,4	0,0	18,4	111,0	100,2	- 14,7	2004
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,2	18,2	4,6	13,5	57,2	31,3	- 22,2	2005
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,2	- 1,3	- 3,8	205,8	165,7	9,8	2006
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,7	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	223,0	136,7	21,1	2007
65,4	- 28,3	- 16,9	- 11,5	37,7	42,2	40,3	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,1	- 7,5	29,7	2008
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 21,0	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,2	- 162,2	- 99,8	2009
35,2	0,2	- 0,2	0,3	- 16,9	- 15,1	- 10,7	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 34,0	- 30,0	- 3,1	2008 Dez.
4,4	7,0	1,3	5,6	8,3	8,8	6,1	- 0,5	- 1,7	1,2	- 52,0	- 48,0	- 9,1	2009 Jan.
4,2	- 2,7	- 1,8	- 0,9	- 3,9	- 4,2	- 6,7	0,3	- 0,3	0,5	- 24,8	- 20,7	- 13,7	Febr.
- 1,0	- 3,5	- 4,2	0,7	- 4,7	- 3,6	- 1,1	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 38,3	- 35,2	9,3	März
11,7	8,5	2,4	6,1	- 2,3	- 0,6	- 0,8	- 1,7	- 0,5	- 1,2	40,2	41,5	- 14,5	April
- 14,0	- 1,8	- 3,8	2,0	10,5	7,7	2,2	2,7	- 0,3	3,1	- 7,0	- 7,5	- 32,6	Mai
7,5	2,5	- 0,2	2,6	1,0	3,7	6,3	- 2,7	- 1,7	- 1,1	- 19,1	- 21,2	- 35,0	Juni
- 3,0	12,9	12,0	0,9	- 3,3	- 5,2	- 4,6	1,9	0,9	1,0	- 31,6	- 29,5	- 9,1	Juli
- 4,4	- 6,7	- 5,6	- 1,0	- 6,6	- 4,5	- 2,6	- 2,1	0,1	- 2,2	- 9,6	- 9,8	21,5	Aug.
0,5	2,0	- 2,8	4,9	4,8	3,2	3,2	1,6	- 0,0	1,6	- 28,4	- 25,3	- 1,8	Sept.
- 3,8	15,9	11,7	4,2	- 3,6	- 6,8	- 5,5	3,2	0,0	3,1	- 1,8	3,2	0,5	Okt.
1,0	- 5,9	- 8,2	2,3	- 0,5	0,5	- 0,9	- 1,1	- 0,1	- 0,9	- 0,7	0,9	3,6	Nov.
7,5	- 6,9	- 5,9	- 1,0	- 20,6	- 20,1	- 2,9	- 0,4	- 0,1	- 0,4	- 9,0	- 10,7	- 18,9	Dez.
5,6	7,3	2,8	4,5	5,3	1,5	- 1,0	3,8	0,2	3,6	- 6,1	6,3	- 11,2	2010 Jan.
- 10,0	- 0,2	- 3,2	3,0	1,8	- 0,9	0,3	2,7	- 0,0	2,7	- 17,1	- 13,7	- 2,7	Febr.
- 1,3	5,7	0,7	5,0	- 3,7	- 4,2	- 0,4	0,5	- 1,4	2,0	3,1	- 1,2	3,7	März
24,7	4,5	2,2	2,3	12,3	12,7	12,7	- 0,4	- 0,4	0,0	40,7	40,7	- 3,4	April
- 26,7	10,2	6,0	4,2	- 30,2	- 28,9	- 3,3	- 1,4	4,4	- 5,7	13,9	15,0	13,9	Mai
- 7,3	20,9	5,2	15,7	- 4,4	- 4,9	- 2,5	0,5	- 0,3	0,8	- 62,1	- 64,3	12,3	Juni
- 0,9	- 4,0	- 4,1	0,1	1,3	- 1,0	2,5	- 2,3	- 0,2	- 2,5	- 39,1	- 33,5	- 6,1	Juli
- 0,9	2,2	0,1	2,1	2,6	2,9	0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,3	24,4	23,7	41,4	Aug.

auch Anmerkung * in Tabelle II,1). — 2 Einschließlich Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuld-verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten										
92,4	9,0	5,2	3,8	49,1	46,9	4,9	33,2	1 445,4	129,3	647,6	319,2	300,8	2001
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	2002
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,8	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
47,1	23,9	2,3	1,7	36,7	34,4	71,0	17,5	1 655,9	242,5	713,2	448,2	460,1	2008 Nov.
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	Dez.
44,6	19,7	2,4	1,8	35,2	33,0	67,4	15,9	1 614,6	215,8	697,5	462,3	437,1	2009 Jan.
45,2	19,3	2,5	1,8	33,6	32,7	74,0	15,4	1 604,9	211,4	686,7	441,5	442,1	Febr.
44,0	18,2	2,5	1,8	33,2	32,0	87,7	14,8	1 580,2	201,3	664,6	447,9	482,5	März
46,5	21,0	2,5	1,9	32,6	32,0	92,6	14,4	1 579,0	203,6	697,7	430,2	463,3	April
45,7	19,9	2,5	1,9	38,5	36,5	90,9	14,1	1 574,2	196,6	646,6	425,4	431,7	Mai
44,7	19,1	2,5	1,9	42,6	40,6	93,4	13,6	1 571,0	185,5	652,1	441,8	411,0	Juni
46,0	19,7	2,5	1,9	36,6	34,6	82,4	12,4	1 565,9	181,1	647,3	441,5	412,0	Juli
45,3	19,2	2,5	1,9	26,8	25,0	71,7	12,2	1 570,3	177,8	626,3	443,6	422,6	Aug.
47,1	19,2	2,5	1,9	24,4	22,7	83,7	12,4	1 543,3	171,9	599,7	442,8	427,3	Sept.
46,2	18,8	2,5	1,9	25,9	23,2	83,3	12,3	1 530,6	161,7	591,4	439,4	442,0	Okt.
44,6	16,3	2,5	1,9	26,1	24,2	81,0	12,0	1 518,8	158,0	589,4	440,6	429,1	Nov.
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	Dez.
44,0	15,5	2,5	2,0	23,0	21,3	68,2	12,2	1 503,2	142,7	598,0	441,8	406,3	2010 Jan.
46,6	15,1	2,5	2,0	22,6	20,7	78,9	12,0	1 496,5	140,1	608,5	441,6	385,9	Febr.
45,2	13,6	2,6	2,0	21,1	20,4	79,8	11,6	1 503,2	138,0	622,6	445,8	409,3	März
48,0	16,8	2,6	2,0	21,2	19,8	100,7	11,3	1 501,9	132,1	672,6	448,0	399,8	April
44,5	13,9	2,6	2,1	22,7	20,6	101,4	11,3	1 503,4	127,7	738,4	447,0	409,4	Mai
44,6	14,1	2,7	2,1	21,9	20,8	102,7	11,0	1 487,2	111,3	705,4	443,4	432,6	Juni
44,9	13,1	2,7	2,1	23,0	19,6	92,2	10,7	1 448,5	106,8	686,7	439,9	404,9	Juli
45,3	13,9	2,7	2,1	30,4	20,4	104,0	10,3	1 458,0	111,4	701,7	437,9	427,7	Aug.
Veränderungen 1)													
- 2,6	1,1	- 0,5	- 0,3	- 1,4	- 1,3	- 1,6	4,1	18,8	- 14,8	- 2,1	25,6	- 2,7	2002
- 4,4	2,0	- 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,4	10,7	- 0,5	49,6	- 2,2	4,9	- 3,3	- 19,4	2003
- 8,3	1,4	- 0,6	- 0,4	- 2,1	- 2,8	0,8	- 5,2	73,2	- 14,8	21,7	- 10,5	14,0	2004
- 7,7	0,4	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	4,7	0,2	39,1	- 9,5	22,0	14,4	13,3	2005
- 3,9	0,3	- 0,1	- 0,2	- 3,9	- 3,1	- 3,3	0,3	34,4	21,7	32,4	27,9	33,7	2006
8,0	13,0	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,3	48,7	48,8	42,9	65,1	2007
- 7,4	0,7	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	33,8	50,4	- 0,0	39,2	56,6	2008
- 5,6	7,6	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 105,0	- 87,3	- 95,5	- 0,1	- 65,1	2009
1,3	1,3	0,1	0,0	- 0,1	0,4	- 9,9	- 1,1	- 27,1	- 9,0	- 24,2	17,3	- 1,8	2008 Dez.
- 5,5	- 5,7	0,0	0,0	- 1,5	- 1,8	6,3	- 0,5	- 12,5	- 17,7	11,9	- 3,2	- 19,6	2009 Jan.
0,6	- 0,4	0,0	0,0	- 1,6	- 0,3	6,6	- 0,5	- 9,7	- 4,7	- 13,1	- 20,8	- 7,5	Febr.
- 1,1	- 0,9	0,0	0,0	- 0,3	- 0,6	13,7	- 0,6	- 12,9	- 9,9	- 9,5	8,9	25,1	März
2,4	2,7	0,0	0,0	- 0,3	0,4	4,9	- 0,4	- 3,4	- 2,3	31,4	- 18,2	- 18,9	April
- 0,5	- 0,9	0,0	0,0	5,9	4,4	- 1,7	- 0,3	4,2	- 6,9	- 39,9	3,1	- 27,3	Mai
- 1,1	- 0,8	- 0,0	0,0	3,8	4,1	2,5	- 0,4	- 3,5	- 11,1	5,4	16,3	- 20,4	Juni
1,3	0,6	0,0	0,0	- 6,0	- 6,0	- 11,0	- 1,2	- 4,8	- 4,4	- 4,6	- 0,2	- 1,4	Juli
- 0,5	- 0,4	0,0	0,0	1,7	1,9	- 10,6	- 0,3	6,1	- 3,3	- 18,2	2,5	12,4	Aug.
2,0	0,0	0,0	0,0	- 2,5	- 2,3	11,9	0,2	- 22,7	- 5,9	- 21,3	0,2	6,1	Sept.
- 0,7	- 0,1	0,0	0,0	1,5	0,5	- 0,4	- 0,1	- 11,0	- 10,2	- 7,1	- 3,1	2,1	Okt.
- 1,5	- 2,4	- 0,0	0,0	0,2	0,9	- 2,3	- 0,2	- 10,1	- 3,7	0,8	1,5	1,4	Nov.
- 1,1	0,6	0,0	0,0	- 3,3	- 1,9	- 0,5	- 0,6	- 24,6	- 11,8	- 31,4	12,8	- 17,1	Dez.
0,1	- 1,6	0,0	0,0	0,2	- 0,9	- 12,3	0,8	- 6,2	- 5,3	26,3	- 13,0	- 17,0	2010 Jan.
- 5,5	- 4,8	0,0	0,0	- 0,4	- 0,6	10,7	- 0,1	- 10,9	- 2,7	6,4	- 1,2	- 9,4	Febr.
- 1,4	- 1,5	0,0	0,0	- 1,5	- 0,4	1,0	- 0,4	6,0	- 2,0	13,0	4,0	10,3	März
2,7	3,1	0,0	0,0	0,1	- 0,5	20,8	- 0,3	- 4,0	- 6,0	47,5	1,6	- 10,1	April
- 3,9	- 3,2	0,0	0,0	1,5	0,8	0,7	- 0,0	- 16,2	- 4,5	49,5	- 5,3	7,1	Mai
- 0,1	0,0	0,0	0,0	- 0,9	0,2	1,2	- 0,3	- 20,7	- 16,4	- 35,6	- 4,7	22,7	Juni
0,6	- 0,8	0,0	0,0	1,1	- 1,2	- 10,4	- 0,2	- 26,2	- 4,4	- 6,6	- 0,9	- 26,4	Juli
0,4	0,8	0,0	0,0	7,4	0,7	11,8	- 0,4	11,0	6,1	15,1	- 3,5	44,9	Aug.

in Tabelle II,1). — 2 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. — 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu

den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht.

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2010 März	1 938	7 527,9	104,0	2 992,2	2 138,8	821,4	3 921,3	464,4	2 695,8	1,0	746,0	147,9	362,5
April	1 937	7 643,7	80,4	3 061,8	2 214,9	815,8	3 993,1	499,4	2 702,9	0,9	776,5	148,5	359,8
Mai	1 937	7 755,8	72,3	3 174,3	2 340,9	800,3	3 984,5	514,5	2 724,2	0,9	731,8	147,7	377,0
Juni	1 937	7 715,7	130,3	3 062,1	2 243,1	786,4	3 980,3	501,8	2 720,8	0,8	737,4	153,5	389,6
Juli	1 935	7 511,5	81,6	2 948,6	2 154,3	764,3	3 953,4	486,0	2 714,5	0,8	729,8	146,0	382,0
Aug.	1 928	7 591,6	81,3	2 998,0	2 203,6	763,5	3 972,1	492,2	2 724,6	0,8	734,4	147,1	393,1
Kreditbanken ⁵⁾													
2010 Juli	279	2 237,3	34,6	920,1	797,7	104,8	1 063,9	235,2	620,8	0,4	193,4	72,7	146,1
Aug.	278	2 284,1	37,1	945,3	818,4	107,6	1 078,8	245,4	624,6	0,4	195,3	73,7	149,1
Großbanken ⁶⁾													
2010 Juli	4	1 310,9	22,3	574,2	502,6	54,3	531,2	144,6	262,6	0,3	110,9	65,9	117,3
Aug.	4	1 354,3	23,7	594,3	518,2	57,0	549,4	158,6	265,0	0,3	113,8	67,0	120,0
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2010 Juli	170	734,3	10,6	231,1	181,9	49,0	461,4	66,2	314,5	0,1	79,8	6,5	24,7
Aug.	169	730,4	11,6	228,1	178,9	49,0	459,2	63,5	315,7	0,1	78,9	6,5	25,0
Zweigstellen ausländischer Banken													
2010 Juli	105	192,2	1,7	114,8	113,2	1,5	71,3	24,4	43,8	0,0	2,7	0,3	4,2
Aug.	105	199,3	1,9	122,9	121,3	1,5	70,2	23,2	43,9	0,0	2,7	0,3	4,1
Landesbanken													
2010 Juli	10	1 392,8	6,8	617,4	469,6	139,6	676,9	104,2	435,4	0,1	130,1	20,6	71,2
Aug.	10	1 393,4	6,2	622,2	475,3	139,4	674,0	100,9	437,2	0,1	129,9	20,5	70,5
Sparkassen													
2010 Juli	430	1 064,3	22,8	250,1	84,9	164,0	756,8	60,9	591,8	0,2	103,8	17,3	17,2
Aug.	430	1 066,1	21,5	251,5	86,2	164,0	758,9	60,0	594,1	0,2	104,4	17,3	17,0
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2010 Juli	2	257,9	0,8	163,7	122,5	39,9	59,2	13,1	19,8	0,0	25,5	14,8	19,3
Aug.	2	260,9	0,4	165,5	125,6	38,9	60,2	13,6	19,7	0,0	26,3	14,8	20,0
Kreditgenossenschaften													
2010 Juli	1 154	693,0	14,5	186,2	67,5	118,3	462,0	33,4	365,4	0,1	63,1	11,5	18,7
Aug.	1 148	695,7	14,1	187,6	68,8	118,3	463,6	32,5	367,4	0,1	63,6	11,6	18,8
Realkreditinstitute													
2010 Juli	18	754,7	0,5	264,5	176,1	88,0	470,5	10,2	346,8	-	113,6	1,4	17,8
Aug.	18	764,5	0,5	273,2	186,3	86,5	471,1	10,2	345,9	-	115,0	1,4	18,4
Bausparkassen													
2010 Juli	24	196,4	0,1	56,4	37,4	18,9	127,3	1,7	111,7	.	13,9	0,5	12,1
Aug.	24	198,1	0,1	57,2	38,2	18,9	128,1	1,7	111,9	.	14,6	0,5	12,2
Banken mit Sonderaufgaben													
2010 Juli	18	915,2	1,5	490,2	398,6	90,9	336,6	27,4	222,8	-	86,3	7,3	79,6
Aug.	18	928,6	1,4	495,5	404,9	89,8	337,4	28,0	223,8	-	85,3	7,3	87,0
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2010 Juli	149	856,2	11,6	359,8	302,9	54,7	435,5	77,5	271,7	0,2	83,8	6,4	42,9
Aug.	147	837,3	8,9	356,1	299,7	53,3	429,4	74,3	268,7	0,2	83,8	5,4	37,6
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2010 Juli	44	664,0	9,9	245,0	189,7	53,2	364,2	53,1	227,9	0,2	81,0	6,1	38,7
Aug.	42	638,0	7,1	233,2	178,4	51,7	359,1	51,0	224,8	0,2	81,1	5,1	33,5

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen s. Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuld-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 4)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 1)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 2)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 1)									
Alle Bankengruppen														
2 029,6	407,8	1 621,8	3 055,2	1 132,5	384,5	807,0	137,2	614,4	494,1	116,9	1 578,0	370,4	494,8	2010 März
2 090,6	411,1	1 679,4	3 118,4	1 181,7	400,3	805,5	173,3	614,5	496,1	116,4	1 580,9	368,4	485,4	April
2 171,3	450,6	1 720,7	3 138,7	1 205,6	402,9	799,0	188,5	614,7	498,1	116,6	1 584,8	365,0	495,9	Mai
2 145,2	472,0	1 673,2	3 121,8	1 200,8	393,3	797,2	174,0	614,2	498,8	116,4	1 562,9	367,2	518,5	Juni
2 022,4	446,5	1 575,9	3 111,9	1 197,1	389,3	794,5	167,9	615,7	502,5	115,3	1 520,1	367,6	489,5	Juli
2 056,2	463,0	1 593,2	3 140,9	1 209,5	404,2	796,4	182,3	615,6	504,3	115,2	1 527,4	367,8	499,2	Aug.
Kreditbanken 5)														
742,7	292,2	450,5	1 015,5	539,8	155,3	169,5	78,0	122,6	102,6	28,3	203,9	118,0	157,2	2010 Juli
764,9	311,4	453,5	1 038,3	552,7	162,1	172,9	85,9	121,9	101,9	28,7	206,9	118,1	155,9	Aug.
Großbanken 6)														
450,4	189,5	260,9	535,3	268,0	84,2	96,6	72,6	76,5	72,9	10,0	166,7	70,6	87,9	2010 Juli
471,8	213,3	258,5	552,8	280,6	89,7	96,0	81,8	76,4	72,9	10,1	169,7	70,6	89,5	Aug.
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
166,1	67,0	99,1	427,9	244,2	61,1	58,9	5,4	46,1	29,7	17,6	37,2	40,2	63,0	2010 Juli
161,2	60,6	100,6	432,3	243,7	61,9	63,4	4,1	45,4	28,9	17,9	37,2	40,3	59,3	Aug.
Zweigstellen ausländischer Banken														
126,2	35,7	90,5	52,4	27,6	10,1	14,0	–	0,0	0,0	0,7	0,0	7,2	6,4	2010 Juli
131,9	37,5	94,4	53,2	28,4	10,5	13,6	–	0,0	0,0	0,7	0,0	7,2	7,1	Aug.
Landesbanken														
429,1	69,9	359,2	404,5	90,9	113,9	184,3	75,5	13,9	11,2	1,5	404,2	65,7	89,3	2010 Juli
419,4	61,8	357,6	409,5	88,9	122,0	183,2	83,4	13,9	11,2	1,5	406,2	65,7	92,6	Aug.
Sparkassen														
185,6	21,9	163,7	738,7	324,8	40,4	15,2	–	295,1	235,5	63,3	26,0	59,7	54,2	2010 Juli
185,3	20,3	165,0	740,5	326,1	41,1	15,1	–	295,4	236,9	62,8	25,9	59,7	54,7	Aug.
Genossenschaftliche Zentralbanken														
134,6	33,0	101,6	35,2	9,2	9,6	14,2	4,7	–	–	2,3	55,7	11,8	20,7	2010 Juli
136,7	32,0	104,7	35,2	8,9	9,9	14,1	5,5	–	–	2,3	55,7	11,8	21,6	Aug.
Kreditgenossenschaften														
97,9	4,3	93,6	495,9	217,8	46,7	28,8	–	183,4	152,5	19,2	25,3	41,2	32,7	2010 Juli
98,8	4,2	94,6	498,0	219,5	47,1	28,6	–	183,7	153,6	19,0	24,6	41,2	33,1	Aug.
Realkreditinstitute														
244,2	6,0	238,1	192,6	5,5	15,7	171,0	7,0	0,4	0,4	–	275,6	18,8	23,6	2010 Juli
255,3	9,2	246,1	190,5	5,1	14,1	170,9	4,8	0,4	0,4	–	274,0	18,8	25,9	Aug.
Bausparkassen														
27,1	2,1	24,9	133,8	0,5	1,3	130,9	–	0,3	0,3	0,9	5,4	7,4	22,7	2010 Juli
27,6	1,7	25,9	134,1	0,4	1,2	131,2	–	0,3	0,3	0,9	6,1	7,4	22,9	Aug.
Banken mit Sonderaufgaben														
161,3	17,1	144,1	95,7	8,7	6,4	80,6	2,7	–	–	–	524,1	45,1	89,1	2010 Juli
168,2	22,4	145,8	94,9	7,8	6,7	80,4	2,6	–	–	–	528,1	45,1	92,5	Aug.
Nachrichtlich: Auslandsbanken 7)														
302,5	115,8	186,7	386,4	197,2	71,6	86,7	23,3	20,4	20,2	10,4	68,6	45,3	53,4	2010 Juli
296,7	112,9	183,7	382,8	196,3	66,3	89,1	21,1	20,4	20,1	10,7	68,1	43,1	46,6	Aug.
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 8)														
176,3	80,1	96,2	334,0	169,6	61,6	72,7	23,3	20,4	20,2	9,7	68,6	38,1	47,0	2010 Juli
164,8	75,4	89,4	329,6	167,9	55,8	75,6	21,1	20,3	20,1	10,0	68,1	35,9	39,5	Aug.

verschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. —

7 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 5)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparinlagen und Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	
				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristig				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	2000
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009
24,1	49,5	705,4	266,8	438,7	315,7	122,9	0,3	273,0	103,7	169,3	71,3	98,0	2,5	2009 März
24,2	50,0	729,0	228,6	500,4	378,6	121,8	0,3	288,8	100,4	188,4	91,5	96,9	2,4	April
23,8	49,7	718,8	214,4	504,4	353,6	150,8	0,3	239,2	102,5	136,7	72,1	64,7	2,3	Mai
23,3	49,7	720,6	247,2	473,4	321,9	151,5	0,3	237,5	102,5	135,0	70,9	64,1	2,1	Juni
23,2	49,7	699,5	227,9	471,7	321,9	149,8	0,3	250,7	112,3	138,3	73,2	65,1	2,0	Juli
32,9	49,6	682,3	215,3	467,1	321,8	145,2	0,3	243,9	100,5	143,4	79,7	63,7	2,0	Aug.
32,5	49,3	665,4	218,9	446,5	304,7	141,9	0,2	237,0	94,7	142,3	76,1	66,2	2,0	Sept.
32,3	49,2	657,2	226,4	430,9	291,5	139,4	0,2	245,0	103,8	141,1	75,5	65,7	1,9	Okt.
32,1	51,1	651,3	235,9	415,4	281,6	133,7	0,2	241,0	93,2	147,8	82,1	65,7	1,9	Nov.
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	Dez.
32,4	48,0	683,5	253,9	429,6	299,0	130,6	0,2	237,2	96,1	141,0	74,7	66,4	1,9	2010 Jan.
32,8	47,7	678,1	253,6	424,5	293,3	131,2	0,2	244,5	92,6	152,0	82,3	69,7	1,9	Febr.
32,8	49,2	701,7	278,4	423,3	289,7	133,6	0,1	236,2	92,4	143,8	76,8	67,0	1,8	März
32,9	49,9	750,2	270,8	479,3	345,4	134,0	0,1	266,4	111,4	155,0	88,8	66,2	1,8	April
33,9	49,9	815,8	311,0	504,8	367,4	137,4	0,1	271,2	116,0	155,2	88,7	66,5	1,7	Mai
33,6	55,9	780,1	331,9	448,2	310,4	137,8	0,1	254,3	110,3	144,1	77,7	66,4	1,7	Juni
32,4	49,9	779,1	311,8	467,3	336,6	130,7	0,1	260,8	112,2	148,6	82,4	66,2	1,7	Juli
32,9	51,5	803,7	324,2	479,5	347,2	132,3	0,1	267,5	114,7	152,8	87,3	65,6	1,8	Aug.
Veränderungen *)														
- 0,5	- 0,5	+ 23,5	- 23,6	+ 47,0	+ 42,4	+ 4,6	- 0,4	+ 30,8	- 1,8	+ 32,6	+ 33,3	- 0,7	- 0,6	2001
+ 1,7	+ 1,6	+ 22,7	+ 14,6	+ 8,1	- 1,3	+ 9,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,8	- 4,6	+ 8,4	- 0,9	2002
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009
- 1,6	+ 0,8	- 17,5	+ 17,9	- 35,4	- 35,3	- 0,0	- 0,0	- 3,1	+ 4,0	- 7,1	- 6,0	- 1,1	- 0,1	2009 März
+ 0,0	+ 0,3	+ 22,5	- 37,8	+ 60,3	+ 60,8	- 0,5	-	+ 14,8	- 3,3	+ 18,1	+ 19,8	- 1,6	- 0,1	April
- 0,9	+ 0,1	- 36,3	- 11,5	- 24,9	- 23,8	- 1,0	- 0,0	- 10,5	+ 3,1	- 13,6	- 14,3	+ 0,7	- 0,1	Mai
- 0,5	- 0,1	+ 1,9	+ 32,8	- 30,9	- 30,7	- 0,2	- 0,0	- 1,9	+ 0,1	- 2,0	- 1,3	- 0,6	- 0,1	Juni
- 0,1	-	- 21,0	- 19,4	- 1,7	+ 0,0	- 1,7	- 0,0	+ 13,2	+ 9,8	+ 3,4	+ 2,3	+ 1,1	- 0,1	Juli
+ 0,0	+ 0,1	- 15,1	- 12,8	- 2,3	+ 1,6	- 4,0	- 0,0	- 5,6	- 11,7	+ 6,1	+ 6,9	- 0,7	+ 0,0	Aug.
- 0,4	+ 0,0	- 12,2	+ 4,7	- 16,9	- 14,6	- 2,3	- 0,1	- 5,6	- 5,5	- 2,9	+ 2,9	+ 2,9	- 0,1	Sept.
- 0,2	- 0,1	- 6,9	+ 7,9	- 14,8	- 12,5	- 2,3	-	+ 8,2	+ 9,3	- 1,1	- 0,4	- 0,7	- 0,1	Okt.
- 0,2	+ 2,0	- 3,6	+ 10,2	- 13,9	- 8,8	- 5,1	-	- 3,3	- 10,4	+ 7,1	+ 6,9	+ 0,2	- 0,0	Nov.
- 0,0	- 6,1	- 5,4	- 24,4	+ 19,0	+ 22,5	- 3,5	- 0,0	- 26,4	- 15,6	- 10,8	- 9,1	- 1,7	- 0,0	Dez.
+ 0,3	+ 2,2	+ 25,6	+ 39,0	- 13,3	- 11,3	- 2,0	- 0,0	+ 19,4	+ 17,7	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,1	2010 Jan.
+ 0,4	- 0,5	- 5,0	- 1,5	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 0,0	- 1,4	- 3,9	+ 2,5	+ 3,0	- 0,5	- 0,0	Febr.
+ 0,0	+ 1,4	+ 22,4	+ 24,4	- 2,0	- 4,2	+ 2,2	- 0,0	- 8,6	- 0,2	- 8,4	- 5,6	- 2,8	- 0,1	März
+ 0,1	+ 0,5	+ 46,4	- 8,3	+ 54,6	+ 54,8	- 0,1	-	+ 29,5	+ 18,8	+ 10,7	+ 11,7	- 1,0	- 0,0	April
+ 1,0	- 1,0	+ 52,5	+ 36,3	+ 16,2	+ 15,1	+ 1,1	- 0,0	+ 0,2	+ 2,8	- 2,6	- 1,9	- 0,8	- 0,0	Mai
- 0,3	+ 5,7	- 37,8	+ 20,5	- 58,3	- 58,1	- 0,1	- 0,0	- 17,8	- 6,0	- 11,8	- 11,4	- 0,4	- 0,0	Juni
- 1,1	- 5,8	+ 9,2	- 16,6	+ 25,7	+ 31,1	- 5,4	- 0,0	+ 9,9	+ 3,3	+ 6,6	+ 6,0	+ 0,6	+ 0,0	Juli
+ 0,5	+ 1,5	+ 19,4	+ 10,6	+ 8,7	+ 8,0	+ 0,7	- 0,0	+ 4,9	+ 1,9	+ 3,0	+ 4,1	- 1,1	+ 0,0	Aug.

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 2. — 5 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. —

6 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 7 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt ^{1) 2)} mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾
			insgesamt	zusammen	Buchkredite und Wechsel ^{3) 4)}	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2009 März	3 101,4	2 721,5	410,5	368,3	367,9	0,4	42,2	39,0	3,3	2 690,9	2 256,7
April	3 124,3	2 726,0	408,5	362,5	362,1	0,4	46,0	41,0	5,0	2 715,8	2 276,8
Mai	3 106,5	2 721,4	401,9	360,4	359,5	0,9	41,4	36,5	5,0	2 704,6	2 263,1
Juni	3 121,8	2 724,8	401,8	362,3	362,0	0,3	39,5	36,0	3,4	2 720,0	2 274,1
Juli	3 116,5	2 720,9	387,8	336,5	336,1	0,3	51,3	46,4	4,9	2 728,7	2 281,7
Aug.	3 094,1	2 704,5	367,4	321,9	321,7	0,3	45,5	40,9	4,6	2 726,7	2 280,6
Sept.	3 110,3	2 715,5	383,3	337,5	337,2	0,3	45,8	39,1	6,7	2 727,1	2 279,4
Okt.	3 116,9	2 717,2	381,6	326,3	325,9	0,4	55,3	50,4	4,9	2 735,3	2 281,4
Nov.	3 117,3	2 713,4	374,5	327,2	327,0	0,2	47,4	42,1	5,2	2 742,7	2 289,4
Dez.	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010 Jan.	3 111,5	2 692,1	349,7	305,0	304,8	0,2	44,7	40,9	3,8	2 761,8	2 305,2
Febr.	3 103,1	2 685,6	343,5	299,8	299,6	0,2	43,7	40,8	2,9	2 759,6	2 302,2
März	3 098,8	2 682,4	348,9	302,9	302,6	0,3	46,1	43,2	2,8	2 749,9	2 290,3
April	3 140,8	2 697,9	358,7	311,7	311,5	0,3	46,9	45,2	1,7	2 782,2	2 318,9
Mai	3 130,1	2 708,4	361,7	310,6	310,3	0,2	51,1	48,8	2,3	2 768,4	2 298,8
Juni	3 147,5	2 717,1	376,0	313,2	312,9	0,3	62,8	55,2	7,7	2 771,5	2 292,6
Juli	3 139,7	2 709,3	366,0	305,7	305,4	0,3	60,4	50,8	9,6	2 773,7	2 296,5
Aug.	3 150,2	2 718,1	367,2	309,8	309,6	0,2	57,3	48,4	9,0	2 783,0	2 300,7
Veränderungen *)											
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	- 3,4	+ 32,0
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3	+ 7,6
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	- 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	+ 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2009 März	+ 9,2	+ 9,7	+ 23,6	+ 24,2	+ 24,3	- 0,1	- 0,6	- 1,1	+ 0,5	- 14,4	- 11,3
April	+ 22,8	+ 4,5	- 2,0	- 5,8	- 5,7	- 0,0	+ 3,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 24,9	+ 20,2
Mai	- 16,9	- 4,6	- 6,6	- 2,1	- 2,6	+ 0,5	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 10,4	- 12,9
Juni	+ 15,8	+ 3,4	+ 0,7	+ 2,7	+ 2,8	- 0,1	- 1,9	- 0,4	- 1,5	+ 15,1	+ 10,7
Juli	- 5,4	- 3,9	- 14,1	- 25,9	- 25,9	+ 0,0	+ 11,8	+ 10,3	+ 1,5	+ 8,6	+ 7,5
Aug.	- 22,4	- 16,4	- 20,4	- 14,5	- 14,4	- 0,1	- 5,8	- 5,5	- 0,4	- 2,0	- 1,1
Sept.	+ 15,9	+ 10,7	+ 15,9	+ 15,5	+ 15,5	+ 0,1	+ 0,3	- 1,8	+ 2,1	+ 0,1	- 1,5
Okt.	+ 6,4	+ 1,8	- 1,6	- 11,1	- 11,2	+ 0,0	+ 9,5	+ 11,2	- 1,7	+ 8,0	+ 1,7
Nov.	+ 0,4	- 3,7	- 7,0	+ 0,9	+ 1,1	- 0,2	- 7,9	- 8,2	+ 0,3	+ 7,4	+ 5,4
Dez.	- 20,2	- 23,7	- 27,2	- 20,8	- 20,8	- 0,0	- 6,4	- 5,0	- 1,4	+ 7,1	+ 7,5
2010 Jan.	+ 11,2	- 0,6	+ 2,3	- 1,5	- 1,6	+ 0,1	+ 3,8	+ 3,8	- 0,1	+ 9,0	+ 5,5
Febr.	- 8,9	- 7,1	- 6,2	- 5,1	- 5,2	+ 0,0	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 2,8	- 3,5
März	+ 0,2	- 3,1	+ 5,4	+ 3,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 2,4	+ 2,5	- 0,1	- 5,2	- 8,1
April	+ 42,1	+ 15,5	+ 9,7	+ 8,9	+ 8,9	- 0,0	+ 0,9	+ 2,0	- 1,1	+ 32,3	+ 28,6
Mai	- 10,7	+ 10,5	+ 3,0	- 1,2	- 1,1	- 0,0	+ 4,2	+ 3,6	+ 0,6	- 13,7	- 20,0
Juni	+ 17,4	+ 8,7	+ 12,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 11,7	+ 6,3	+ 5,4	+ 5,1	- 4,4
Juli	- 7,8	- 7,8	- 10,3	- 7,5	- 7,5	+ 0,0	- 2,8	- 4,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 3,9
Aug.	+ 10,4	+ 8,8	+ 0,6	+ 3,6	+ 3,7	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 0,6	+ 9,9	+ 4,8

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 8. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab 1999 Aufgliederung

IV. Banken

Kredite 2) 5)											Zeit	
nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)							
Buchkredite			Wertpapiere 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 8)	zu-sammen	Buchkredite			Wertpapiere 5) 9)	Ausgleichs-forderungen 10)		Nachrichtlich: Treuhandkredite 8)
zu-sammen	mittel-fristig 6)	lang-fristig 7)				zu-sammen	mittel-fristig 6)	lang-fristig 7)				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	-	4,5	2008
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	-	4,3	2009
2 015,5	224,4	1 791,1	241,1	42,0	434,3	299,2	28,8	270,4	135,1	-	4,4	2009 März
2 023,4	229,0	1 794,4	253,5	41,1	439,0	299,5	29,2	270,3	139,4	-	4,4	April
2 025,2	230,2	1 795,0	237,9	40,3	441,5	300,2	30,4	269,8	141,4	-	4,4	Mai
2 026,3	233,0	1 793,3	247,8	39,9	445,9	300,4	30,8	269,6	145,5	-	4,3	Juni
2 036,3	236,7	1 799,5	245,5	39,5	447,0	302,1	31,8	270,3	144,9	-	4,3	Juli
2 039,9	237,1	1 802,9	240,7	39,2	446,1	302,0	31,9	270,1	144,1	-	4,3	Aug.
2 038,3	237,2	1 801,0	241,1	38,9	447,7	300,9	32,5	268,4	146,8	-	4,3	Sept.
2 039,6	236,9	1 802,7	241,8	38,7	447,0	301,3	32,5	268,8	152,6	-	4,2	Okt.
2 045,5	236,9	1 808,6	243,9	38,5	453,4	298,8	32,6	266,2	154,6	-	4,3	Nov.
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	-	4,3	Dez.
2 049,4	241,4	1 808,0	255,8	39,2	456,6	297,0	31,5	265,5	159,5	-	4,2	2010 Jan.
2 051,2	241,9	1 809,4	251,0	39,1	457,3	294,0	30,8	263,2	163,4	-	4,2	Febr.
2 044,4	237,5	1 806,9	245,9	38,7	459,6	292,2	30,5	261,8	167,4	-	4,1	März
2 048,7	237,7	1 811,0	270,1	38,7	463,3	292,5	30,9	261,6	170,8	-	4,1	April
2 054,3	237,6	1 816,7	244,6	38,6	469,6	295,0	31,4	263,6	174,6	-	4,1	Mai
2 055,1	237,2	1 817,9	237,5	38,4	479,0	293,9	31,3	262,6	185,0	-	4,1	Juni
2 059,1	237,2	1 821,9	237,3	38,3	477,2	294,0	31,9	262,1	183,3	-	4,1	Juli
2 063,6	236,7	1 826,9	237,1	38,3	482,3	296,5	33,9	262,6	185,8	-	4,0	Aug.
Veränderungen *)												
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001
+ 26,6	- 2,1	+ 28,7	- 19,0	- 1,6	- 3,4	- 23,1	+ 1,0	- 24,1	+ 20,7	- 1,0	- 0,5	2002
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	- 1,9	+ 2,6	- 5,9	- 16,1	+ 4,9	- 21,0	+ 11,2	- 1,0	- 0,5	2003
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	- 13,8	- 0,9	- 12,9	+ 34,3	- 1,1	- 0,6	2004
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	- 3,0	- 22,1	- 13,4	+ 0,9	- 14,2	- 7,7	- 1,0	- 2,0	2005
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	- 3,9	- 28,8	- 16,4	- 1,4	- 15,0	- 12,4	-	+ 0,3	2006
+ 9,6	+ 10,1	- 0,6	- 16,7	- 2,2	- 36,3	- 25,8	+ 0,1	- 26,0	- 10,5	-	- 0,1	2007
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	- 5,3	- 34,5	- 23,2	- 2,3	- 20,8	- 11,4	-	- 0,1	2008
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	- 3,9	+ 15,2	- 7,6	+ 2,5	- 10,2	+ 22,8	-	- 0,2	2009
- 10,2	- 3,1	- 7,2	- 1,1	- 0,5	- 3,1	- 3,2	- 0,4	- 2,9	+ 0,1	-	- 0,0	2009 März
+ 7,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 12,3	- 0,9	+ 4,7	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	+ 4,3	-	+ 0,0	April
+ 1,8	+ 1,2	+ 0,7	- 14,8	- 0,1	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,2	- 0,5	+ 1,9	-	- 0,0	Mai
+ 0,8	+ 2,6	- 1,8	+ 9,9	- 0,4	+ 4,4	+ 0,3	+ 0,5	- 0,2	+ 4,1	-	- 0,0	Juni
+ 10,0	+ 3,8	+ 6,2	- 2,4	- 0,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,7	- 0,6	-	- 0,0	Juli
+ 3,7	+ 0,3	+ 3,4	- 4,8	- 0,3	- 0,9	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	-	- 0,0	Aug.
- 2,0	+ 0,2	- 2,1	+ 0,5	- 0,3	+ 1,6	- 1,1	+ 0,6	- 1,7	+ 2,6	-	- 0,0	Sept.
+ 1,3	- 0,3	+ 1,6	+ 0,4	- 0,2	+ 6,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 5,8	-	- 0,0	Okt.
+ 3,3	+ 0,0	+ 3,3	+ 2,1	- 0,2	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,0	-	+ 0,0	Nov.
+ 3,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 4,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,8	- 0,4	- 0,4	+ 0,4	-	- 0,0	Dez.
- 1,9	- 1,3	- 0,6	+ 7,4	- 0,4	+ 3,4	- 0,9	- 0,7	- 0,3	+ 4,4	-	- 0,1	2010 Jan.
+ 1,3	- 0,1	+ 1,4	- 4,8	- 0,1	+ 0,8	- 3,1	- 0,7	- 2,4	+ 3,8	-	- 0,0	Febr.
- 6,8	- 4,4	- 2,5	- 1,2	- 0,4	+ 2,8	- 1,8	- 0,4	- 1,4	+ 4,6	-	- 0,0	März
+ 4,4	+ 0,2	+ 4,2	+ 24,2	- 0,1	+ 3,7	+ 0,3	+ 0,5	- 0,2	+ 3,5	-	- 0,0	April
+ 5,5	- 0,1	+ 5,6	- 25,6	- 0,0	+ 6,3	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,8	-	- 0,0	Mai
+ 2,7	+ 0,6	+ 2,1	- 7,1	- 0,3	+ 9,4	- 1,0	- 0,4	- 0,6	+ 10,4	-	- 0,0	Juni
+ 4,1	+ 0,0	+ 4,1	- 0,2	- 0,1	- 1,4	+ 0,0	+ 0,6	- 0,6	- 1,5	-	- 0,0	Juli
+ 5,0	- 0,3	+ 5,3	- 0,2	- 0,0	+ 5,1	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,5	-	- 0,0	Aug.

der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 6 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5

Jahren. — 8 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)^{x)}

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) ¹⁾

Zeit	Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) ¹⁾														
	darunter:				Kredite an Unternehmen und Selbständige										
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau		Kredite an Unternehmen und Selbständige						Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung
	Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2008	2 357,5	1 157,4	1 093,4	907,1	186,3	1 332,6	302,8	157,4	56,1	52,1	138,9	34,6	74,0	127,6	
2009 Juni	2 388,5	1 149,7	1 087,4	899,6	187,7	1 365,5	300,9	160,4	62,7	63,4	128,8	34,8	74,7	173,3	
2009 Sept.	2 375,6	1 149,2	1 092,1	900,2	191,9	1 346,7	300,7	155,4	63,1	62,7	126,2	36,0	73,6	165,7	
2009 Dez.	2 357,6	1 155,1	1 094,7	905,0	189,7	1 327,1	301,4	145,8	68,5	63,2	122,1	36,4	74,7	165,2	
2010 März	2 347,1	1 151,5	1 090,4	902,0	188,5	1 320,8	299,6	143,9	69,5	63,7	122,2	37,6	77,2	162,7	
2010 Juni	2 368,1	1 145,9	1 091,0	901,8	189,2	1 339,2	299,0	143,5	72,3	64,2	120,6	39,6	81,5	171,8	
	Veränderungen im Vierteljahr *)														
2009 2.Vj.	+ 4,9	- 0,5	+ 0,7	- 0,5	+ 1,2	+ 3,8	+ 0,4	- 0,5	+ 1,1	+ 0,4	- 2,2	+ 0,7	- 0,4	+ 10,1	
2009 3.Vj.	- 13,2	- 0,7	+ 3,3	+ 0,3	+ 3,0	- 19,2	- 0,2	- 4,3	+ 0,3	- 0,7	- 2,7	+ 1,3	- 1,1	- 7,6	
2009 4.Vj.	- 23,3	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,3	- 23,9	+ 0,7	- 9,7	+ 3,8	+ 0,2	- 4,3	+ 0,4	+ 1,1	- 7,7	
2010 1.Vj.	- 11,2	- 3,4	- 4,7	- 3,0	- 1,7	- 6,3	- 1,4	- 1,9	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 2,5	- 4,5	
2010 2.Vj.	+ 21,0	- 3,8	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	+ 18,2	- 0,6	- 0,4	+ 2,7	+ 0,4	- 1,6	+ 2,1	+ 4,4	+ 8,7	
	Veränderungen im Vierteljahr *)														
2009 2.Vj.	- 5,6	-	+ 0,0	-	+ 0,0	- 5,6	+ 0,0	- 3,1	- 0,3	+ 0,3	- 1,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,6	
2009 3.Vj.	- 24,9	-	+ 0,0	-	+ 0,0	- 25,3	- 0,1	- 4,4	- 0,9	- 0,7	- 2,9	+ 0,1	- 0,5	- 10,9	
2009 4.Vj.	- 30,9	-	- 0,3	-	- 0,3	- 29,9	- 0,3	- 10,1	+ 0,6	- 0,9	- 4,2	- 0,9	- 0,2	- 10,6	
2010 1.Vj.	- 3,8	-	- 0,3	-	- 0,3	- 2,9	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,8	- 0,0	+ 0,4	+ 0,6	- 3,5	
2010 2.Vj.	+ 8,4	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 7,9	- 0,6	- 0,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 8,1	
	Veränderungen im Vierteljahr *)														
2009 2.Vj.	+ 8,4	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 6,9	+ 0,2	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 3,0	
2009 3.Vj.	+ 4,3	-	+ 0,4	-	+ 0,4	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,3	- 0,5	+ 0,7	
2009 4.Vj.	+ 2,7	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,5	+ 2,4	
2010 1.Vj.	- 5,8	-	- 0,2	-	- 0,2	- 5,6	- 0,2	- 2,3	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	- 0,1	- 0,3	- 1,6	
2010 2.Vj.	+ 0,7	-	+ 0,5	-	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,3	- 1,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7	
	Veränderungen im Vierteljahr *)														
2009 2.Vj.	+ 2,1	- 0,5	+ 0,4	- 0,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,2	- 0,6	- 0,2	+ 0,3	- 0,7	+ 4,5	
2009 3.Vj.	+ 7,4	- 0,7	+ 2,8	+ 0,3	+ 2,6	+ 3,7	- 0,3	- 0,5	+ 0,8	+ 0,0	- 0,0	+ 0,8	- 0,0	+ 2,6	
2009 4.Vj.	+ 4,9	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,3	+ 3,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,3	+ 1,1	- 0,3	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,4	
2010 1.Vj.	- 1,7	- 3,4	- 4,2	- 3,0	- 1,2	+ 2,1	- 1,1	+ 0,1	+ 0,6	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	+ 2,3	+ 0,6	
2010 2.Vj.	+ 11,9	- 3,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 10,4	- 0,2	- 0,2	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,6	+ 4,3	- 0,1	

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparbanken nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen

durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Treuhandkredite. — 2 Einschl. Einzelkaufleute. — 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbst-ständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Raten-kredite 3)	Debet-salden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensions-konten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
691,9	169,4	51,7	190,2	381,4	58,2	1 011,4	787,3	224,0	132,1	17,1	13,5	3,3	2008	
667,5	181,2	50,7	171,3	380,3	55,7	1 010,3	783,4	226,8	137,2	16,1	12,7	3,1	2009 Juni	
663,9	180,9	50,0	172,3	379,7	55,1	1 015,9	788,1	227,8	140,3	16,2	13,0	3,3	2009 Sept.	
651,2	181,2	46,5	170,5	378,9	54,3	1 017,5	790,0	227,5	142,0	15,8	13,0	3,3	2009 Dez.	
643,9	179,5	44,9	171,7	378,1	54,4	1 013,4	787,5	225,8	141,8	15,0	13,0	3,3	2010 März	
645,7	177,3	44,1	175,0	381,1	55,1	1 016,0	788,6	227,4	143,9	14,2	12,9	3,4	2010 Juni	
Kurzfristige Kredite														
91,4	13,4	17,0	19,3	35,4	9,4	39,7	3,9	35,8	2,8	17,1	1,0	0,0	2008	
81,0	12,0	15,5	16,4	35,5	9,8	39,2	3,9	35,3	3,1	16,1	0,7	0,0	2009 Juni	
76,5	11,5	15,1	15,8	34,6	9,2	39,7	4,0	35,7	3,0	16,2	0,7	0,0	2009 Sept.	
69,9	11,1	12,1	14,6	33,3	8,3	38,7	4,0	34,7	3,0	15,8	0,7	0,0	2009 Dez.	
68,2	10,6	11,7	14,8	33,8	8,9	37,8	3,8	34,0	3,0	15,0	0,7	0,0	2010 März	
68,7	10,5	11,7	14,5	34,1	8,8	39,6	3,7	35,9	2,8	14,2	0,8	0,0	2010 Juni	
Mittelfristige Kredite														
73,3	8,2	9,2	21,3	26,7	4,0	62,3	19,5	42,8	35,1	-	0,6	0,0	2008	
71,3	7,9	10,3	20,8	26,8	4,1	65,4	20,1	45,2	38,1	-	0,5	0,0	2009 Juni	
72,1	8,3	10,5	21,9	27,2	4,0	67,0	20,4	46,6	39,6	-	0,6	0,0	2009 Sept.	
70,8	8,5	11,0	21,7	27,6	4,0	68,2	20,5	47,7	40,9	-	0,6	0,0	2009 Dez.	
66,9	8,4	9,5	21,7	27,4	3,9	68,1	20,5	47,6	40,9	-	0,6	0,0	2010 März	
66,8	8,5	8,8	21,8	27,8	3,8	67,4	20,6	46,8	41,5	-	0,5	0,0	2010 Juni	
Langfristige Kredite														
527,2	147,8	25,6	149,7	319,3	44,8	909,4	763,9	145,4	94,2	-	11,9	3,2	2008	
515,2	161,3	24,8	134,2	318,1	41,9	905,7	759,4	146,3	96,0	-	11,4	3,0	2009 Juni	
515,3	161,1	24,4	134,6	317,9	41,9	909,2	763,7	145,5	97,7	-	11,7	3,3	2009 Sept.	
510,4	161,6	23,5	134,1	318,0	42,0	910,6	765,5	145,0	98,0	-	11,7	3,3	2009 Dez.	
508,8	160,5	23,7	135,1	316,9	41,6	907,5	763,2	144,3	97,9	-	11,7	3,3	2010 März	
510,2	158,3	23,6	138,7	319,1	42,4	909,1	764,3	144,8	99,6	-	11,6	3,3	2010 Juni	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
- 5,5	- 2,2	- 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 0,9	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,2	- 0,1	- 0,5	- 0,2	2009 2.Vj.	
- 4,5	- 0,3	- 1,5	+ 0,9	- 0,6	- 0,6	+ 5,7	+ 3,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	2009 3.Vj.	
- 7,6	+ 0,5	- 2,9	+ 0,3	- 1,0	- 0,8	+ 0,6	+ 1,9	- 1,3	+ 0,7	+ 0,4	- 0,0	+ 0,0	2009 4.Vj.	
- 4,6	- 1,8	- 1,6	+ 0,9	- 0,8	+ 0,2	- 4,9	- 3,3	- 1,6	- 0,2	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	2010 1.Vj.	
+ 2,1	- 2,0	- 0,9	+ 3,2	+ 2,7	- 0,0	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,9	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	2010 2.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 3,7	- 0,6	- 1,0	+ 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2009 2.Vj.	
- 5,2	- 0,5	- 1,2	- 0,5	- 0,8	- 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	2009 3.Vj.	
- 3,7	- 0,3	- 2,4	- 0,4	- 1,3	- 0,9	- 1,0	- 0,1	- 1,0	+ 0,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	2009 4.Vj.	
- 1,5	- 0,5	- 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,8	-	+ 0,0	2010 1.Vj.	
+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,6	- 0,2	- 0,7	+ 0,0	- 0,0	2010 2.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 0,4	- 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,5	+ 1,6	-	- 0,0	- 0,0	2009 2.Vj.	
+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,4	- 0,0	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2009 3.Vj.	
- 1,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	- 0,0	+ 0,0	2009 4.Vj.	
- 2,1	- 0,1	- 1,5	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-	- 0,0	- 0,0	2010 1.Vj.	
+ 0,0	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	-	- 0,1	+ 0,0	2010 2.Vj.	
Langfristige Kredite														
- 2,2	- 1,2	- 0,8	+ 2,6	+ 1,1	- 0,7	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,5	-	- 0,4	- 0,2	2009 2.Vj.	
- 0,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,0	+ 3,5	+ 2,9	+ 0,6	+ 1,6	-	+ 0,3	+ 0,2	2009 3.Vj.	
- 2,9	+ 0,6	- 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,9	- 0,5	+ 0,3	-	- 0,0	+ 0,0	2009 4.Vj.	
- 1,0	- 1,2	+ 0,2	+ 0,7	- 1,1	- 0,4	- 3,9	- 3,1	- 0,7	- 0,1	-	+ 0,0	+ 0,0	2010 1.Vj.	
+ 1,8	- 1,8	- 0,4	+ 3,7	+ 2,3	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,5	-	- 0,0	+ 0,0	2010 2.Vj.	

worden sind. x) Ab Dezember 2008 werden die Daten auf der Grundlage der "Klassifikation der Wirtschaftszweige" des Statistischen Bundesamtes Ausgabe 2008 (WZ 2008) erhoben. Der Übergang von der "alten" zur "neuen" Klassifikation hat eine Vielzahl von Umsetzungen innerhalb der

Branchen zur Folge. Da die daraus resultierenden Brüche nur teilweise in den Veränderungen statistisch bereinigt werden konnten, sind die Daten ab dem 4. Quartal 2008 nur eingeschränkt mit den vorhergehenden Quartalen vergleichbar.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2007	2 579,1	779,9	1 125,4	418,9	706,5	22,8	683,7	555,4	118,4	36,4	35,0	22,6		
2008	2 781,4	834,6	1 276,1	530,6	745,6	32,6	713,0	535,2	135,4	32,3	34,4	59,3		
2009	2 829,7	1 029,5	1 102,6	339,5	763,1	32,1	731,0	594,5	103,2	43,4	35,6	76,8		
2009 Sept.	2 810,6	987,2	1 139,6	374,1	765,5	32,4	733,2	575,1	108,6	42,2	35,4	83,5		
Okt.	2 812,0	1 014,0	1 110,4	347,2	763,2	32,3	730,9	581,8	105,9	42,2	35,3	82,0		
Nov.	2 825,5	1 037,6	1 098,1	336,0	762,1	31,7	730,4	585,6	104,2	42,2	35,6	80,2		
Dez.	2 829,7	1 029,5	1 102,6	339,5	763,1	32,1	731,0	594,5	103,2	43,4	35,6	76,8		
2010 Jan.	2 820,3	1 051,3	1 070,0	309,9	760,1	30,3	729,8	597,7	101,3	43,0	38,1	63,5		
Febr.	2 830,1	1 055,9	1 070,5	310,8	759,7	29,9	729,8	602,9	100,8	42,7	38,1	73,3		
März	2 819,0	1 040,0	1 073,7	315,1	758,6	29,1	729,6	604,7	100,5	42,8	38,1	74,5		
April	2 852,0	1 070,3	1 077,0	319,0	758,1	28,6	729,5	604,8	99,9	42,7	38,0	95,3		
Mai	2 867,5	1 089,6	1 073,1	321,6	751,5	27,3	724,2	605,1	99,7	42,7	38,0	97,8		
Juni	2 867,5	1 090,5	1 073,1	323,1	750,0	25,8	724,2	604,4	99,5	42,4	37,8	96,1		
Juli	2 851,1	1 084,9	1 061,3	314,4	746,9	24,7	722,2	605,9	98,9	42,2	37,6	86,4		
Aug.	2 873,4	1 094,8	1 074,1	324,6	749,5	24,3	725,2	605,9	98,7	42,2	37,8	97,5		
Veränderungen *)														
2008	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	+ 114,5	+ 42,1	+ 10,0	+ 32,0	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	- 0,6	+ 36,7		
2009	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	- 207,5	+ 28,2	- 0,5	+ 28,7	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	+ 1,4	+ 17,5		
2009 Sept.	+ 9,1	+ 24,7	- 17,4	- 16,7	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	+ 4,3	- 2,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 10,8		
Okt.	+ 1,7	+ 26,8	- 29,3	- 26,9	- 2,3	- 0,0	- 2,3	+ 6,6	- 2,5	+ 0,1	+ 0,2	- 1,5		
Nov.	+ 13,5	+ 23,6	- 12,3	- 11,1	- 1,1	- 0,7	- 0,5	+ 3,8	- 1,7	+ 0,0	+ 0,3	- 1,8		
Dez.	+ 4,3	- 8,1	+ 4,5	+ 3,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 8,9	- 1,0	+ 0,1	+ 0,0	- 3,4		
2010 Jan.	- 9,5	+ 21,9	- 32,6	- 29,6	- 3,0	- 1,8	- 1,2	+ 3,2	- 1,9	- 0,5	+ 2,5	- 13,3		
Febr.	+ 9,9	+ 4,6	+ 0,5	+ 0,9	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	+ 5,2	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	+ 9,8		
März	- 11,2	- 15,9	+ 3,2	+ 4,3	- 1,0	- 0,8	- 0,2	+ 1,8	- 0,4	- 0,2	- 0,0	+ 1,3		
April	+ 32,0	+ 30,3	+ 2,2	+ 2,8	- 0,6	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 20,8		
Mai	+ 15,4	+ 19,3	- 3,9	+ 2,7	- 6,6	- 1,2	- 5,3	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 2,5		
Juni	+ 0,0	+ 1,4	- 0,5	+ 1,1	- 1,6	- 1,6	+ 0,0	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 1,7		
Juli	- 16,4	- 5,6	- 11,8	- 8,7	- 3,1	- 1,1	- 2,0	+ 1,5	- 0,5	- 0,2	+ 0,0	- 9,7		
Aug.	+ 17,6	+ 9,9	+ 8,1	+ 10,2	- 2,1	- 0,4	- 1,7	- 0,1	- 0,3	- 0,0	- 0,2	+ 11,1		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2007	158,5	28,0	127,7	71,9	55,8	3,7	52,1	1,4	1,5	27,6	4,5	-		
2008	164,7	34,2	127,8	75,4	52,5	3,6	48,8	1,2	1,5	24,2	3,9	-		
2009	129,3	41,8	83,4	43,0	40,4	3,6	36,8	2,6	1,5	35,7	3,9	0,5		
2009 Sept.	133,7	43,6	86,3	45,2	41,1	3,9	37,1	2,3	1,5	34,9	3,9	1,8		
Okt.	131,0	42,6	84,5	43,6	40,9	3,9	37,0	2,4	1,6	34,9	3,9	2,7		
Nov.	134,4	44,9	85,4	44,6	40,9	3,8	37,1	2,5	1,5	34,9	3,9	3,3		
Dez.	129,3	41,8	83,4	43,0	40,4	3,6	36,8	2,6	1,5	35,7	3,9	0,5		
2010 Jan.	127,7	41,1	82,6	40,0	42,6	3,6	39,1	2,5	1,5	35,6	6,3	1,2		
Febr.	130,6	43,7	82,9	40,1	42,7	3,6	39,2	2,5	1,5	35,6	6,3	0,5		
März	127,6	40,3	83,3	41,3	42,0	3,4	38,5	2,5	1,5	35,4	6,3	0,9		
April	124,4	39,2	81,2	39,6	41,6	3,3	38,3	2,6	1,5	35,4	6,3	-		
Mai	131,9	43,8	83,9	42,6	41,3	3,1	38,3	2,8	1,5	35,4	6,2	-		
Juni	139,0	47,1	87,5	45,4	42,1	2,5	39,6	2,8	1,6	35,3	6,2	0,2		
Juli	130,5	40,5	85,7	43,9	41,8	2,1	39,7	2,8	1,6	35,2	6,2	0,1		
Aug.	137,0	43,1	89,5	47,5	42,0	2,0	40,0	2,8	1,6	35,1	6,2	0,4		
Veränderungen *)														
2008	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,5	+ 5,1	- 2,6	+ 0,0	- 2,6	- 0,3	- 0,0	- 0,6	- 0,6	± 0,0		
2009	- 23,9	+ 7,5	- 32,9	- 32,2	- 0,7	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	+ 0,5		
2009 Sept.	- 6,0	+ 1,4	- 7,5	- 7,5	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 2,0		
Okt.	- 2,7	- 1,0	- 1,8	- 1,6	- 0,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	-	+ 0,9		
Nov.	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,5		
Dez.	- 5,1	- 3,1	- 2,1	- 1,6	- 0,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 2,7		
2010 Jan.	- 1,6	- 0,8	- 0,7	- 3,0	+ 2,3	- 0,1	+ 2,3	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 2,4	+ 0,6		
Febr.	+ 2,9	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,6		
März	- 3,0	- 3,4	+ 0,4	+ 1,2	- 0,8	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,3		
April	- 3,2	- 1,1	- 2,1	- 1,7	- 0,4	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,9		
Mai	+ 7,3	+ 4,4	+ 2,7	+ 3,0	- 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 0,2	-	- 0,0	- 0,0	-		
Juni	+ 7,1	+ 3,3	+ 3,6	+ 2,8	+ 0,8	- 0,5	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,2		
Juli	- 8,5	- 6,6	- 1,8	- 1,5	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	-	- 0,1		
Aug.	+ 6,5	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,6	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,3		

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufge- nommene Kredite insgesamt	Sicht- einlagen	Termineinlagen 1) 2)					Sparein- lagen 3)	Spar- briefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhand- kredite	Nachrangige Verbindlich- keiten (ohne börsenfähige Schuldver- schreibungen)	in Termin- einlagen enthalten: Verbindlich- keiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2007	2 420,6	752,0	997,7	347,0	650,7	19,0	631,7	554,0	116,9	8,8	30,5	22,6		
2008	2 616,7	800,5	1 148,3	455,2	693,1	29,0	664,1	534,0	133,9	8,1	30,5	59,3		
2009	2 700,4	987,6	1 019,2	296,5	722,7	28,5	694,2	591,9	101,6	7,7	31,7	76,3		
2009 Sept.	2 676,8	943,5	1 053,3	328,8	724,5	28,4	696,0	572,9	107,1	7,3	31,4	81,7		
Okt.	2 681,0	971,4	1 025,9	303,6	722,3	28,4	693,9	579,4	104,3	7,3	31,4	79,3		
Nov.	2 691,1	992,6	1 012,7	291,5	721,2	27,9	693,3	583,1	102,7	7,3	31,7	76,9		
Dez.	2 700,4	987,6	1 019,2	296,5	722,7	28,5	694,2	591,9	101,6	7,7	31,7	76,3		
2010 Jan.	2 692,6	1 010,3	987,3	269,9	717,4	26,7	690,7	595,2	99,8	7,4	31,8	62,3		
Febr.	2 699,6	1 012,3	987,6	270,7	716,9	26,3	690,6	600,4	99,3	7,4	31,8	72,7		
März	2 691,4	999,8	990,4	273,7	716,7	25,6	691,1	602,2	99,0	7,3	31,8	73,7		
April	2 727,6	1 031,1	995,9	279,4	716,5	25,3	691,2	602,3	98,3	7,3	31,8	95,3		
Mai	2 735,5	1 045,8	989,2	279,0	710,2	24,3	685,9	602,3	98,2	7,3	31,7	97,8		
Juni	2 728,5	1 043,4	985,6	277,7	707,9	23,3	684,6	601,7	97,8	7,1	31,6	95,9		
Juli	2 720,6	1 044,5	975,7	270,5	705,1	22,6	682,5	603,1	97,4	7,1	31,6	86,3		
Aug.	2 736,4	1 051,7	984,6	277,1	707,5	22,3	685,2	603,0	97,1	7,1	31,4	97,1		
Veränderungen *)														
2008	+ 199,1	+ 48,1	+ 154,0	+ 109,4	+ 44,6	+ 10,0	+ 34,6	- 20,0	+ 17,0	- 0,7	+ 0,0	+ 36,7		
2009	+ 83,6	+ 203,8	- 146,4	- 175,3	+ 28,9	- 0,5	+ 29,4	+ 57,9	- 31,7	- 0,4	+ 1,4	+ 17,0		
2009 Sept.	+ 15,1	+ 23,3	- 9,9	- 9,3	- 0,6	- 0,9	+ 0,2	+ 4,3	- 2,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 12,8		
Okt.	+ 4,4	+ 27,8	- 27,4	- 25,3	- 2,1	- 0,0	- 2,1	+ 6,5	- 2,5	+ 0,0	+ 0,2	- 2,4		
Nov.	+ 9,9	+ 21,3	- 13,4	- 12,3	- 1,1	- 0,6	- 0,6	+ 3,7	- 1,7	+ 0,0	+ 0,3	- 2,3		
Dez.	+ 9,4	- 5,0	+ 6,5	+ 5,0	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 8,9	- 1,0	+ 0,3	- 0,0	- 0,7		
2010 Jan.	- 7,8	+ 22,6	- 31,9	- 26,6	- 5,3	- 1,8	- 3,5	+ 3,2	- 1,8	- 0,3	+ 0,1	- 13,9		
Febr.	+ 7,0	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,8	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 5,2	- 0,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 10,4		
März	- 8,2	- 12,5	+ 2,8	+ 3,1	- 0,3	- 0,7	+ 0,4	+ 1,8	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	+ 0,9		
April	+ 35,1	+ 31,3	+ 4,3	+ 4,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 21,6		
Mai	+ 8,1	+ 14,9	- 6,6	- 0,3	- 6,3	- 1,0	- 5,3	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	+ 2,5		
Juni	- 7,0	- 1,9	- 4,1	- 1,8	- 2,4	- 1,1	- 1,3	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 1,9		
Juli	- 7,9	+ 1,1	- 9,9	- 7,2	- 2,8	- 0,6	- 2,1	+ 1,5	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 9,6		
Aug.	+ 11,1	+ 7,2	+ 4,2	+ 6,6	- 2,3	- 0,3	- 2,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 10,8		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2007	961,9	264,9	672,9	178,6	494,3	5,5	488,8	3,9	20,1	8,3	21,5	22,6		
2008	1 073,5	292,6	757,7	223,7	534,0	7,7	526,3	3,8	19,3	7,8	22,0	59,3		
2009	1 105,6	336,4	743,6	187,5	556,1	9,1	547,0	5,5	20,2	7,6	21,8	76,3		
2009 Sept.	1 109,2	326,3	758,1	195,5	562,6	8,5	554,1	5,1	19,6	7,2	21,9	81,7		
Okt.	1 107,8	342,8	740,1	180,6	559,5	8,4	551,0	5,2	19,7	7,2	21,8	79,3		
Nov.	1 106,2	346,5	734,6	176,4	558,2	8,5	549,7	5,3	19,8	7,2	22,0	76,9		
Dez.	1 105,6	336,4	743,6	187,5	556,1	9,1	547,0	5,5	20,2	7,6	21,8	76,3		
2010 Jan.	1 089,1	343,0	720,2	169,0	551,1	8,6	542,6	5,7	20,2	7,2	21,8	62,3		
Febr.	1 087,3	337,2	723,9	174,3	549,6	8,5	541,2	5,9	20,3	7,3	21,8	72,7		
März	1 083,5	329,6	727,5	178,7	548,8	8,4	540,4	6,2	20,2	7,2	21,8	73,7		
April	1 110,4	349,3	734,6	186,4	548,2	8,4	539,8	6,2	20,2	7,2	21,7	95,3		
Mai	1 115,0	357,5	731,0	188,7	542,3	8,2	534,1	6,3	20,2	7,2	21,7	97,8		
Juni	1 105,6	351,6	727,4	187,5	539,9	7,6	532,3	6,4	20,1	7,0	21,8	95,9		
Juli	1 092,2	346,8	718,4	181,3	537,2	7,5	529,7	6,5	20,5	7,0	21,8	86,3		
Aug.	1 110,5	356,3	727,2	187,9	539,3	7,5	531,8	6,5	20,5	7,0	21,5	97,1		
Veränderungen *)														
2008	+ 110,4	+ 27,0	+ 84,4	+ 45,0	+ 39,3	+ 2,1	+ 37,2	- 0,1	- 0,8	- 0,5	+ 0,4	+ 36,7		
2009	+ 32,6	+ 61,6	- 31,5	- 53,1	+ 21,6	+ 1,4	+ 20,3	+ 1,6	+ 0,9	- 0,4	- 0,3	+ 17,0		
2009 Sept.	+ 15,6	+ 15,1	+ 0,1	+ 1,3	- 1,2	- 0,6	- 0,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 12,8		
Okt.	- 1,4	+ 16,4	- 18,0	- 14,9	- 3,1	- 0,0	- 3,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 2,4		
Nov.	- 1,9	+ 3,8	- 5,8	- 4,4	- 1,4	+ 0,1	- 1,4	+ 0,0	+ 0,1	-	+ 0,1	- 2,3		
Dez.	- 0,6	- 10,2	+ 9,0	+ 11,1	- 2,1	+ 0,6	- 2,7	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,7		
2010 Jan.	- 16,5	+ 6,6	- 23,4	- 18,5	- 5,0	- 0,5	- 4,4	+ 0,3	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 13,9		
Febr.	- 1,8	- 5,8	+ 3,7	+ 5,2	- 1,5	- 0,1	- 1,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 10,4		
März	- 3,8	- 7,5	+ 3,6	+ 4,4	- 0,8	- 0,1	- 0,7	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,9		
April	+ 25,8	+ 19,7	+ 6,0	+ 6,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,6	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 21,6		
Mai	+ 4,8	+ 8,4	- 3,6	+ 2,3	- 6,0	- 0,2	- 5,7	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 2,5		
Juni	- 9,4	- 5,4	- 4,0	- 1,6	- 2,4	- 0,7	- 1,8	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 1,9		
Juli	- 13,4	- 4,8	- 9,0	- 6,2	- 2,8	- 0,1	- 2,6	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	- 9,6		
Aug.	+ 13,6	+ 9,5	+ 4,1	+ 6,6	- 2,5	+ 0,0	- 2,6	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	+ 10,8		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zu-sammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zu-sammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2007	1 458,7	487,1	472,1	83,9	320,9	67,2	15,0	324,8	300,7	41,7	234,3	24,7	
2008	1 543,2	507,8	491,8	85,1	336,5	70,3	16,0	390,6	367,2	50,4	281,0	35,8	
2009	1 594,9	651,3	631,3	112,5	424,6	94,3	19,9	275,6	258,5	24,5	213,2	20,7	
2010 März	1 607,9	670,1	648,5	112,8	437,1	98,6	21,7	263,0	246,6	21,9	205,4	19,4	
April	1 617,2	681,8	659,8	116,8	442,3	100,8	22,0	261,2	245,0	21,7	204,1	19,1	
Mai	1 620,5	688,3	665,2	118,0	446,1	101,1	23,1	258,2	242,2	21,0	202,5	18,7	
Juni	1 622,9	691,8	668,0	116,9	456,1	95,0	23,8	258,2	241,9	21,7	201,9	18,3	
Juli	1 628,4	697,6	674,6	120,3	458,9	95,3	23,1	257,2	240,9	21,8	201,1	18,0	
Aug.	1 625,9	695,4	672,6	120,8	457,4	94,4	22,7	257,4	240,8	22,2	200,9	17,7	
Veränderungen *)													
2008	+ 88,7	+ 21,1	+ 19,5	+ 1,2	+ 15,2	+ 3,2	+ 1,5	+ 69,7	+ 66,6	+ 9,4	+ 46,1	+ 11,1	
2009	+ 51,0	+ 142,2	+ 138,3	+ 27,4	+ 88,3	+ 22,6	+ 4,0	- 115,0	- 108,7	- 25,8	- 67,7	- 15,2	
2010 März	- 4,4	- 4,9	- 4,4	- 2,2	- 1,9	- 0,3	- 0,5	- 0,7	- 0,6	- 0,5	- 0,4	+ 0,2	
April	+ 9,3	+ 11,6	+ 11,4	+ 4,0	+ 5,2	+ 2,2	+ 0,3	- 1,7	- 1,7	- 0,2	- 1,2	- 0,2	
Mai	+ 3,4	+ 6,5	+ 5,4	+ 1,3	+ 3,8	+ 0,3	+ 1,1	- 3,0	- 2,8	- 0,7	- 1,6	- 0,5	
Juni	+ 2,4	+ 3,5	+ 2,8	- 1,1	+ 4,3	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	- 0,3	+ 0,7	- 0,6	- 0,4	
Juli	+ 5,5	+ 5,9	+ 6,6	+ 3,4	+ 2,9	+ 0,4	- 0,8	- 0,9	- 1,0	+ 0,1	- 0,8	- 0,3	
Aug.	- 2,5	- 2,3	- 1,9	+ 0,5	- 1,7	- 0,8	- 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,3	- 0,3	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zu-sammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2007	158,5	38,3	1,9	3,1	33,2	0,0	8,2	27,9	6,0	11,2	10,6	0,1	19,1		
2008	164,7	34,8	2,3	3,7	28,9	0,0	6,6	28,2	6,9	9,9	11,3	0,1	17,3		
2009	129,3	22,2	1,3	3,7	17,1	0,1	17,3	23,1	7,1	5,8	10,1	0,1	18,0		
2010 März	127,6	20,4	1,3	2,4	16,6	0,1	17,3	30,6	8,6	9,6	12,3	0,2	17,7		
April	124,4	19,8	1,9	1,6	16,3	0,1	17,3	28,0	6,7	8,8	12,3	0,2	17,7		
Mai	131,9	20,6	2,1	2,2	16,2	0,1	17,3	27,8	6,7	8,6	12,4	0,2	17,6		
Juni	139,0	20,8	2,3	2,4	16,1	0,1	17,3	36,1	11,8	10,6	13,5	0,3	17,6		
Juli	130,5	19,6	2,2	1,5	15,9	0,1	17,2	30,7	7,2	9,9	13,3	0,3	17,5		
Aug.	137,0	20,4	2,2	2,0	16,0	0,1	17,2	33,9	8,5	11,7	13,3	0,3	17,5		
Veränderungen *)															
2008	+ 8,5	- 3,2	+ 0,3	+ 0,6	- 4,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,5	+ 0,9	- 1,1	+ 0,7	- 0,0	- 0,6		
2009	- 23,9	- 0,8	- 1,0	+ 0,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	- 5,1	+ 0,2	- 4,1	- 1,1	+ 0,0	- 0,4		
2010 März	- 3,0	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,6	+ 0,0	-	+ 1,0	- 0,7	+ 1,8	- 0,1	+ 0,0	- 0,2		
April	- 3,2	- 0,5	+ 0,6	- 0,8	- 0,4	-	- 0,0	- 2,6	- 1,8	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0		
Mai	+ 7,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		
Juni	+ 7,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 8,3	+ 5,0	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,1	- 0,1		
Juli	- 8,5	- 1,2	- 0,1	- 0,9	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 5,3	- 4,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,0	- 0,0		
Aug.	+ 6,5	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,2	-	+ 0,0	+ 3,1	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1		

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
24,1	168,4	156,4	13,5	142,8	550,1	542,4	7,7	96,8	0,5	9,0	-	2007	
23,4	231,5	159,2	21,3	137,9	530,2	523,1	7,1	114,6	0,3	8,5	-	2008	
17,2	109,0	166,6	19,4	147,2	586,5	577,5	9,0	81,5	0,1	9,8	-	2009	
16,3	95,1	167,9	17,2	150,6	596,0	586,5	9,5	78,7	0,1	10,1	-	2010 März	
16,3	93,0	168,3	16,9	151,4	596,0	586,4	9,6	78,2	0,1	10,1	-	April	
16,0	90,3	167,9	16,0	151,8	596,0	586,2	9,8	78,0	0,1	10,0	-	Mai	
16,3	90,2	168,0	15,6	152,3	595,3	585,3	9,9	77,7	0,1	9,8	-	Juni	
16,3	89,2	168,0	15,2	152,8	596,7	586,7	10,0	76,9	0,1	9,8	-	Juli	
16,6	89,2	168,2	14,8	153,4	596,5	586,5	10,1	76,6	0,1	9,8	-	Aug.	
Veränderungen *)													
+ 3,1	+ 64,4	+ 5,3	+ 7,9	- 2,6	- 19,9	- 19,3	- 0,6	+ 17,8	- 0,2	- 0,4	-	2008	
- 6,2	- 122,2	+ 7,2	- 1,9	+ 9,1	+ 56,3	+ 54,4	+ 1,9	- 32,6	+ 0,0	+ 1,7	-	2009	
- 0,1	- 1,3	+ 0,6	- 0,6	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	-	2010 März	
- 0,0	- 2,1	+ 0,4	- 0,4	+ 0,8	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	+ 0,0	-	April	
- 0,3	- 2,6	- 0,4	- 0,8	+ 0,5	- 0,0	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	-	Mai	
+ 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	- 0,7	- 0,9	+ 0,1	- 0,3	- 0,0	- 0,2	-	Juni	
+ 0,1	- 1,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,1	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	-	Juli	
+ 0,3	- 0,0	+ 0,2	- 0,3	+ 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	-	Aug.	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung					Zeit		
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
37,8	12,3	19,5	3,6	2,5	0,3	54,5	7,7	38,1	8,4	0,3	0,0	2007
42,5	14,3	22,0	3,9	2,2	0,2	59,2	10,7	39,8	8,4	0,3	0,0	2008
38,0	20,2	10,3	4,2	3,3	0,4	46,0	13,3	23,1	8,9	0,6	0,0	2009
34,4	17,9	8,7	4,4	3,4	0,4	42,3	12,5	20,6	8,6	0,4	0,0	2010 März
34,4	17,9	8,7	4,3	3,4	0,4	42,2	12,6	20,5	8,6	0,5	0,0	April
37,3	19,9	9,6	4,4	3,5	0,4	46,2	15,0	22,2	8,4	0,5	0,0	Mai
35,2	18,2	9,1	4,5	3,5	0,4	46,9	14,9	23,3	8,1	0,6	0,0	Juni
34,6	17,5	9,2	4,5	3,4	0,4	45,5	13,5	23,3	8,1	0,6	0,0	Juli
37,6	19,4	10,2	4,5	3,5	0,4	45,2	12,9	23,5	8,2	0,6	0,0	Aug.
Veränderungen *)												
+ 5,4	+ 2,0	+ 3,3	+ 0,4	- 0,3	- 0,0	+ 5,9	+ 3,0	+ 2,3	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	2008
- 4,4	+ 5,9	- 11,7	+ 0,3	+ 1,1	- 0,0	- 13,6	+ 2,5	- 16,8	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	2009
- 1,4	- 1,0	- 0,6	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2010 März
- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	-	April
+ 3,0	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 3,8	+ 2,2	+ 1,7	- 0,3	+ 0,1	-	Mai
- 2,1	- 1,7	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	-	+ 0,7	- 0,1	+ 1,1	- 0,3	+ 0,0	-	Juni
- 0,6	- 0,6	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	-	- 1,4	- 1,4	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-	Juli
+ 3,0	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,6	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	-	Aug.

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Spareinlagen 1)									Sparbriefe 3), abgegeben an				
	insgesamt	von Inländern				von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgut- schriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		auslän- dische Nicht- banken
		zu- sammen	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
				darunter Sonder- spar- formen 2)	darunter Sonder- spar- formen 2)									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2007	563,8	555,4	446,0	354,6	109,4	101,4	8,4	6,1	14,2	130,7	118,4	64,5	12,3	
2008	544,1	535,2	424,8	344,0	110,4	103,2	8,9	6,3	14,9	150,8	135,4	59,6	15,4	
2009	604,1	594,5	474,5	379,4	120,0	112,1	9,6	7,0	13,8	118,8	103,2	68,3	15,6	
2010 April	614,5	604,8	488,9	390,9	116,0	107,4	9,7	7,2	0,3	116,4	99,9	72,4	16,5	
Mai	614,7	605,1	490,9	392,6	114,2	105,3	9,6	7,2	0,3	116,6	99,7	73,1	16,9	
Juni	614,2	604,4	491,5	392,8	112,9	104,1	9,7	7,3	0,3	116,4	99,5	74,0	16,9	
Juli	615,7	605,9	495,2	396,2	110,8	101,8	9,7	7,4	0,4	115,3	98,9	74,4	16,4	
Aug.	615,6	605,9	496,9	398,1	109,0	100,0	9,8	7,4	0,3	115,2	98,7	74,3	16,5	
Veränderungen *)														
2008	- 19,7	- 20,2	- 21,2	- 11,1	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,5	+ 0,1	.	+ 20,1	+ 17,0	- 4,9	+ 3,2	
2009	+ 60,0	+ 59,3	+ 50,3	+ 35,8	+ 8,9	+ 7,8	+ 0,7	+ 0,8	.	- 30,6	- 31,6	+ 9,5	+ 1,0	
2010 April	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,0	+ 1,5	- 1,9	- 2,0	+ 0,0	+ 0,1	.	- 0,5	- 0,6	+ 0,4	+ 0,1	
Mai	+ 0,2	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,7	- 1,8	- 2,1	- 0,0	+ 0,0	.	+ 0,2	- 0,2	+ 0,7	+ 0,4	
Juni	- 0,6	- 0,6	+ 0,7	+ 0,2	- 1,3	- 1,2	+ 0,1	+ 0,1	.	- 0,2	- 0,3	+ 0,9	+ 0,1	
Juli	+ 1,5	+ 1,5	+ 3,6	+ 3,4	- 2,2	- 2,2	+ 0,0	+ 0,1	.	- 1,1	- 0,5	+ 0,4	- 0,5	
Aug.	- 0,0	- 1,1	+ 1,7	+ 1,9	- 1,8	- 1,9	+ 0,0	+ 0,1	.	- 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,1	

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 5)			Nachrangig begebene		
	insgesamt	darunter:							insgesamt	darunter mit Laufzeit:		börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit:				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.			über 2 Jahre
						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2007	1 659,1	375,7	54,2	305,1	51,2	109,6	147,5	1 402,0	1,9	0,1	1,1	0,7	53,6	1,4
2008	1 640,1	395,9	50,7	314,1	64,0	162,6	153,3	1 324,2	2,3	0,2	1,3	0,8	52,5	1,6
2009	1 529,8	380,6	43,9	317,4	70,4	115,9	105,8	1 308,2	0,9	0,0	0,3	0,6	46,1	1,8
2010 April	1 536,0	389,9	40,0	353,8	80,5	122,7	88,4	1 324,9	0,7	0,0	0,1	0,6	44,9	1,8
Mai	1 540,0	388,5	40,9	375,3	79,6	123,9	85,3	1 330,8	0,7	0,0	0,1	0,6	44,9	1,9
Juni	1 517,0	394,5	39,1	370,3	73,2	116,6	70,8	1 329,6	0,6	0,0	0,1	0,6	45,9	1,6
Juli	1 475,3	388,0	37,7	359,6	70,7	113,6	65,0	1 296,8	0,6	0,0	0,1	0,5	44,8	1,6
Aug.	1 482,4	391,6	38,4	368,1	74,5	120,0	61,0	1 301,4	0,6	0,0	0,0	0,5	45,0	1,6
Veränderungen *)														
2008	- 17,0	+ 18,2	- 3,7	+ 9,0	+ 12,8	+ 53,1	+ 5,8	- 75,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 1,1	+ 0,1
2009	- 110,1	- 15,3	- 6,8	+ 4,7	+ 6,4	- 46,7	- 47,8	- 15,6	- 1,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	- 6,4	+ 0,5
2010 April	+ 3,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 13,5	+ 5,0	+ 4,3	- 6,0	+ 4,9	- 0,0	-	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,0
Mai	+ 3,9	- 1,3	+ 1,0	+ 21,5	- 0,9	+ 1,2	- 3,1	+ 5,9	- 0,0	-	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0
Juni	- 23,0	+ 6,0	- 1,8	- 5,0	- 6,4	- 7,3	- 14,5	- 1,2	- 0,0	-	- 0,0	- 0,0	+ 1,0	- 0,2
Juli	- 41,6	- 6,5	- 0,5	- 10,7	- 2,5	- 3,0	- 5,8	- 32,8	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 1,1	- 0,0
Aug.	+ 7,1	+ 3,8	+ 0,7	+ 8,5	+ 3,8	+ 6,4	- 4,0	+ 4,6	- 0,0	-	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 2 Emissionswert bei Auflegung. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 5 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2009	25	193,6	37,2	0,0	19,1	29,4	70,7	12,6	12,2	0,4	27,8	123,4	7,4	6,3	7,3	87,5
2010 Juni	24	196,2	37,7	0,0	18,8	29,0	71,0	13,4	13,9	0,5	26,9	126,3	7,4	5,3	7,5	7,9
Juli	24	196,4	37,5	0,0	19,0	28,9	71,0	13,4	13,9	0,6	26,5	126,5	7,3	5,4	7,4	7,7
Aug.	24	198,1	38,2	0,0	19,1	28,8	71,1	13,7	14,6	0,6	27,1	126,9	7,2	6,1	7,4	7,5
Private Bausparkassen																
2010 Juni	14	142,9	21,7	0,0	14,0	18,6	56,4	12,0	8,5	0,3	23,3	82,9	7,2	5,3	4,9	4,8
Juli	14	143,0	21,6	0,0	14,0	18,6	56,6	12,0	8,4	0,4	23,0	83,0	7,1	5,4	4,8	4,8
Aug.	14	144,7	22,5	0,0	14,0	18,5	56,7	12,3	8,9	0,4	23,8	83,3	7,0	6,1	4,8	4,7
Öffentliche Bausparkassen																
2010 Juni	10	53,3	16,1	0,0	4,9	10,4	14,5	1,4	5,3	0,2	3,5	43,4	0,2	-	2,7	3,1
Juli	10	53,4	15,8	0,0	5,0	10,4	14,4	1,4	5,6	0,2	3,5	43,5	0,2	-	2,7	2,9
Aug.	10	53,4	15,7	0,0	5,0	10,3	14,5	1,4	5,7	0,2	3,3	43,6	0,2	-	2,7	2,8

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- bau- prä- mien 12)		
	eingezahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lun- gen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt	darunter Tilg- ungen im Quartal			
							Bauspareinlagen									Bauspardarlehen 9)	
							zu- sammen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungskrediten								zu- sammen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungskrediten
Alle Bausparkassen																	
2009	25,4	2,5	5,8	46,6	31,6	41,3	18,4	4,2	9,1	3,9	13,7	10,9	7,5	11,4	9,3	0,4	
2010 Juni	2,3	0,0	0,5	3,9	2,6	3,4	1,5	0,3	0,7	0,3	1,2	11,5	7,8	1,0	2,4	0,0	
Juli	2,2	0,0	0,5	3,9	2,7	3,5	1,6	0,4	0,7	0,4	1,2	11,4	7,8	1,0	0,0	0,0	
Aug.	2,2	0,0	0,4	3,6	2,3	3,1	1,4	0,3	0,6	0,3	1,1	11,4	7,7	0,9	0,0	0,0	
Private Bausparkassen																	
2010 Juni	1,5	0,0	0,2	2,7	1,6	2,4	1,0	0,3	0,4	0,2	1,0	7,0	4,0	0,7	1,6	0,0	
Juli	1,4	0,0	0,3	2,6	1,7	2,4	1,0	0,3	0,4	0,2	1,0	7,0	4,0	0,7	0,0	0,0	
Aug.	1,4	0,0	0,2	2,4	1,5	2,2	0,9	0,3	0,4	0,2	0,9	7,0	3,9	0,6	0,0	0,0	
Öffentliche Bausparkassen																	
2010 Juni	0,8	0,0	0,2	1,2	0,9	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,4	3,8	0,3	0,8	0,0	
Juli	0,8	0,0	0,2	1,3	1,0	1,0	0,5	0,1	0,3	0,1	0,2	4,5	3,8	0,3	0,0	0,0	
Aug.	0,8	0,0	0,2	1,1	0,9	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,5	3,8	0,3	0,0	0,0	

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen an Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktiv- posi- tionen	
	deut- schen Banken (MFIs) mit Auslands- filialen bzw. Auslands- töchtern	Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchter		ins- gesamt	Guthaben und Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- pierre 2) 3)	ins- gesamt	Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- pierre 2)		
					zu- sammen	deutsche Banken	auslän- dische Banken			zu- sammen	an deutsche Nichtbanken	darunter Unter- nehmen und Privat- personen			an auslän- dische Nicht- banken
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2007	52	218	2 042,4	813,8	743,1	238,6	504,5	70,7	1 066,8	811,4	21,6	20,7	789,8	255,3	161,8
2008	56	226	1 715,5	730,7	669,1	244,9	424,2	61,6	825,3	630,4	20,2	19,2	610,3	194,9	159,5
2009	51	211	1 461,6	579,2	539,1	210,1	328,9	40,2	691,5	534,7	20,7	19,7	514,0	156,7	190,9
2009 Okt.	54	225	1 552,6	612,5	569,0	229,1	339,9	43,4	720,6	553,1	20,0	18,9	533,1	167,5	219,5
Nov.	53	222	1 530,0	581,5	540,0	205,6	334,4	41,5	710,1	547,5	19,9	18,9	527,6	162,6	238,4
Dez.	51	211	1 461,6	579,2	539,1	210,1	328,9	40,2	691,5	534,7	20,7	19,7	514,0	156,7	190,9
2010 Jan.	53	212	1 557,1	609,7	570,4	214,8	355,6	39,3	715,9	552,3	20,7	19,7	531,6	163,6	231,5
Febr.	53	213	1 539,5	604,8	565,7	211,5	354,3	39,1	709,5	547,7	19,7	18,6	528,0	161,8	225,3
März	53	212	1 523,3	614,4	578,4	219,0	359,4	36,0	726,5	559,0	18,9	17,9	540,0	167,5	182,4
April	55	214	1 641,2	648,4	613,8	239,2	374,6	34,6	804,7	620,3	19,9	18,9	600,4	184,4	188,2
Mai	55	215	1 695,9	691,9	659,0	233,3	425,7	32,9	807,2	622,2	37,4	20,4	584,8	185,0	196,8
Juni	55	215	1 674,3	679,4	647,8	226,8	421,0	31,6	777,5	598,0	22,5	20,0	575,5	179,5	217,4
Juli	56	216	1 584,2	633,6	603,0	230,7	372,3	30,6	742,3	564,5	23,4	20,7	541,1	177,8	208,3
Veränderungen *)															
2008	+ 4	+ 8	- 359,4	- 98,5	- 89,3	+ 6,3	- 95,5	- 9,2	- 256,8	- 190,7	- 1,5	- 1,6	- 189,3	- 66,1	- 4,1
2009	- 5	- 15	- 247,9	- 148,8	- 127,3	- 34,7	- 92,6	- 21,5	- 131,7	- 94,6	+ 0,5	+ 0,5	- 95,1	- 37,1	+ 32,6
2009 Nov.	- 1	- 3	- 15,0	- 28,8	- 27,0	- 23,5	- 3,5	- 1,9	- 5,3	- 1,4	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 3,9	+ 19,1
Dez.	- 2	- 11	- 92,6	- 10,5	- 8,9	+ 4,5	- 13,4	- 1,6	- 33,5	- 24,5	+ 0,8	+ 0,8	- 25,2	- 9,0	- 48,6
2010 Jan.	+ 2	+ 1	+ 74,7	+ 23,4	+ 24,5	+ 4,6	+ 19,9	- 1,1	+ 11,6	+ 7,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 7,4	+ 4,1	+ 39,7
Febr.	+ 1	+ 1	- 32,8	- 11,8	- 11,4	- 3,3	- 8,1	- 0,4	- 14,1	- 10,2	- 1,1	- 1,1	- 9,2	- 3,9	- 6,9
März	-	- 1	- 19,3	+ 8,3	+ 11,4	+ 7,5	+ 3,9	- 3,1	+ 15,0	+ 9,6	- 0,7	- 0,7	+ 10,3	+ 5,4	- 42,6
April	+ 2	+ 2	+ 108,8	+ 30,9	+ 32,5	+ 20,2	+ 12,3	- 1,6	+ 72,4	+ 56,5	+ 1,0	+ 0,9	+ 55,6	+ 15,9	+ 5,5
Mai	-	+ 1	- 5,5	+ 21,3	+ 23,5	- 5,9	+ 29,4	- 2,2	- 32,8	- 26,2	+ 17,5	+ 1,5	- 43,7	- 6,6	+ 6,1
Juni	-	-	- 34,2	- 12,6	- 11,2	- 6,5	- 4,7	- 1,4	- 38,5	- 31,5	- 14,9	- 0,4	- 16,6	- 7,0	+ 16,9
Juli	+ 1	+ 1	- 49,0	- 28,3	- 27,6	+ 3,8	- 31,4	- 0,7	- 12,7	- 15,7	+ 1,0	+ 0,6	- 16,7	+ 3,0	- 8,0
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2007	39	120	590,8	267,8	202,4	104,8	97,5	65,5	263,9	176,0	37,8	36,8	138,1	87,9	59,0
2008	38	116	594,9	244,9	183,1	85,5	97,6	61,8	267,8	196,5	42,2	41,6	154,3	71,3	82,2
2009	36	97	474,1	205,4	157,0	87,4	69,6	48,4	217,0	154,7	38,7	38,4	115,9	62,4	51,7
2009 Okt.	36	110	517,3	210,3	160,6	77,6	83,0	49,7	251,1	186,6	40,9	40,4	145,7	64,5	56,0
Nov.	36	108	516,5	212,8	163,7	77,5	86,2	49,1	247,0	183,5	41,0	40,5	142,5	63,4	56,7
Dez.	36	97	474,1	205,4	157,0	87,4	69,6	48,4	217,0	154,7	38,7	38,4	115,9	62,4	51,7
2010 Jan.	36	97	476,5	206,1	158,2	84,9	73,2	48,0	219,1	155,5	38,9	38,5	116,6	63,6	51,3
Febr.	36	96	480,5	211,7	163,8	85,4	78,4	47,9	218,9	155,7	38,6	38,2	117,1	63,2	49,9
März	36	96	476,9	209,7	162,0	87,2	74,8	47,7	217,7	154,7	37,8	37,4	116,9	63,0	49,6
April	36	99	514,1	211,1	163,2	86,2	77,0	48,0	230,4	165,9	38,1	37,7	127,8	64,6	72,5
Mai	37	98	521,0	224,0	176,7	98,9	77,9	47,3	222,2	166,3	38,3	38,0	128,0	55,9	74,7
Juni	37	99	494,4	215,4	167,6	95,8	71,9	47,8	224,7	168,6	38,7	38,4	129,9	56,1	54,3
Juli	38	99	495,0	212,9	168,2	88,6	79,6	44,7	227,0	173,1	39,8	39,4	133,3	53,9	55,1
Veränderungen *)															
2008	- 1	- 4	- 0,2	- 24,2	- 19,8	- 19,3	- 0,5	- 4,4	+ 1,1	+ 17,5	+ 4,4	+ 4,8	+ 13,2	- 16,4	+ 22,9
2009	- 2	- 19	- 120,2	- 39,8	- 26,9	+ 1,9	- 28,8	- 12,9	- 50,0	- 41,1	- 3,5	- 3,3	- 37,6	- 8,9	- 30,4
2009 Nov.	-	- 2	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,4	- 0,1	+ 3,5	- 0,3	- 3,7	- 2,7	+ 0,2	+ 0,1	- 2,8	- 1,0	+ 0,8
Dez.	-	- 11	- 46,0	- 9,3	- 7,8	+ 9,9	- 17,7	- 1,5	- 31,4	- 30,4	- 2,3	- 2,1	- 28,1	- 1,1	- 5,2
2010 Jan.	-	-	- 0,7	- 0,9	+ 0,3	- 2,5	+ 2,7	- 1,2	+ 0,7	- 0,5	+ 0,1	+ 0,1	- 0,6	+ 1,2	- 0,5
Febr.	-	+ 1	+ 2,0	+ 4,4	+ 5,2	+ 0,5	+ 4,7	- 0,7	- 1,0	- 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 1,5
März	-	-	- 4,4	- 2,4	- 2,1	+ 1,8	- 3,9	- 0,3	- 1,6	- 1,4	- 0,8	- 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,4
April	-	+ 3	+ 35,9	+ 0,7	+ 0,8	- 1,0	+ 1,8	- 0,0	+ 12,3	+ 10,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 10,5	+ 1,6	+ 22,9
Mai	+ 1	- 1	- 0,7	+ 8,6	+ 11,1	+ 12,7	- 1,6	- 2,5	- 11,2	- 2,6	+ 0,2	+ 0,2	- 2,8	- 8,6	+ 1,9
Juni	-	+ 1	- 28,8	- 9,6	- 9,8	- 3,1	- 6,7	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,2	- 20,5
Juli	+ 1	-	+ 5,9	+ 0,1	+ 1,9	- 7,1	+ 9,1	- 1,8	+ 4,7	+ 6,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 5,8	- 2,2	+ 1,1

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandsstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandsstöchern grundsätzlich nicht in den Verände-

rungerwerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite											Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	Sonstige Passiv-positio-nen 6)	Zeit			
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)						auslän-dische Nicht-banken							
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)												
					zu-sammen	kurzfristig	mittel- und langfristig										
					zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen	zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															Auslandsfilialen		
1 723,7	1 191,0	547,7	643,3	532,7	55,3	51,2	47,5	4,1	3,9	477,4	186,0	29,2	103,5	2007			
1 446,1	1 070,4	554,3	516,1	375,7	45,0	36,5	34,6	8,5	8,0	330,7	126,6	35,6	107,2	2008			
1 125,9	798,0	449,6	348,4	327,9	37,4	33,8	31,6	3,5	3,3	290,5	157,5	33,9	144,4	2009			
1 203,4	822,4	441,1	381,3	381,1	36,9	32,5	32,2	4,4	3,9	344,2	169,4	34,7	145,1	2009 Okt.			
1 172,1	829,1	434,1	395,0	343,0	36,5	32,2	31,6	4,3	3,8	306,5	169,0	34,6	154,3	Nov.			
1 125,9	798,0	449,6	348,4	327,9	37,4	33,8	31,6	3,5	3,3	290,5	157,5	33,9	144,4	Dez.			
1 195,5	824,5	444,2	380,3	371,1	36,3	32,9	32,3	3,5	3,2	334,7	171,2	34,2	156,3	2010 Jan.			
1 178,0	801,9	431,4	370,5	376,1	38,9	35,4	34,8	3,5	3,3	337,2	168,2	34,3	159,2	Febr.			
1 168,0	802,6	437,8	364,8	365,4	41,6	38,2	37,6	3,5	3,2	323,8	171,0	34,1	150,2	März			
1 284,0	860,7	440,4	420,3	423,2	41,2	37,8	37,7	3,4	3,1	382,1	173,6	34,2	149,5	April			
1 328,6	877,4	446,3	431,1	451,2	38,9	35,4	33,5	3,5	3,2	412,3	178,0	35,2	154,0	Mai			
1 298,9	867,0	425,3	441,7	431,9	39,7	36,1	33,7	3,6	3,3	392,2	181,1	35,2	159,1	Juni			
1 211,4	801,7	404,5	397,2	409,7	41,9	38,1	37,3	3,7	3,4	367,9	185,3	34,7	152,8	Juli			

Veränderungen *)														
- 304,0	- 139,7	+ 6,5	- 146,3	- 164,3	- 10,3	- 14,7	- 12,9	+ 4,4	+ 4,1	- 153,9	- 59,4	+ 6,5	- 2,4	2008
- 312,0	- 267,8	- 104,7	- 163,1	- 44,2	- 7,6	- 2,6	- 3,0	- 5,0	- 4,7	- 36,6	+ 30,9	- 1,7	+ 34,9	2009
- 25,8	+ 9,4	- 7,0	+ 16,4	- 35,2	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 34,8	- 0,4	- 0,1	+ 11,2	2009 Nov.
- 62,4	- 40,1	+ 15,5	- 55,6	- 22,4	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,0	- 0,8	- 0,6	- 23,2	- 11,5	- 0,7	- 17,9	Dez.
+ 56,3	+ 18,9	- 5,4	+ 24,3	+ 37,4	- 1,0	- 1,0	+ 0,7	- 0,1	- 0,1	+ 38,4	+ 13,7	+ 0,2	+ 4,5	2010 Jan.
- 28,5	- 29,2	- 12,8	- 16,4	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,1	- 1,9	- 3,0	+ 0,1	- 1,4	Febr.
- 11,9	- 0,0	+ 6,5	- 6,5	- 11,9	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	- 0,1	- 0,1	- 14,6	+ 2,8	- 0,2	- 10,1	März
+ 110,2	+ 55,3	+ 2,6	+ 52,7	+ 54,9	- 0,4	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 55,3	+ 2,6	+ 0,1	- 4,1	April
+ 2,2	- 6,6	+ 5,9	- 12,5	+ 8,8	- 2,2	- 2,4	- 4,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 11,0	+ 4,4	+ 1,1	- 13,1	Mai
- 33,6	- 9,6	- 20,4	+ 10,9	- 24,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 24,8	+ 3,1	+ 0,0	- 3,7	Juni
- 57,3	- 48,4	- 20,8	- 27,6	- 8,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 3,6	+ 0,1	+ 0,2	- 11,1	+ 4,2	- 0,6	+ 4,7	Juli

Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															Auslandstöchter		
437,3	270,1	118,2	151,9	167,2	37,1	30,3	29,5	6,8	6,7	130,1	69,5	28,6	55,4	2007			
453,7	277,7	145,1	132,7	176,0	32,8	24,1	23,6	8,7	8,6	143,2	57,7	30,5	52,9	2008			
377,6	218,5	125,4	93,1	159,1	37,0	29,6	29,4	7,4	7,3	122,1	33,3	24,3	38,9	2009			
387,8	228,3	121,7	106,6	159,5	31,7	23,2	22,3	8,5	8,4	127,8	53,7	27,9	47,9	2009 Okt.			
387,2	227,1	119,9	107,2	160,1	30,0	21,5	21,1	8,5	8,4	130,0	53,3	28,9	47,1	Nov.			
377,6	218,5	125,4	93,1	159,1	37,0	29,6	29,4	7,4	7,3	122,1	33,3	24,3	38,9	Dez.			
378,1	220,5	121,5	99,1	157,5	34,2	26,9	26,6	7,4	7,3	123,3	33,5	24,4	40,7	2010 Jan.			
382,4	219,9	121,9	98,0	162,5	35,3	27,6	27,3	7,7	7,6	127,2	33,9	24,4	39,8	Febr.			
377,9	216,7	119,7	96,9	161,2	35,3	27,9	27,3	7,3	7,3	126,0	34,4	24,8	39,8	März			
409,4	242,0	137,1	104,9	167,4	34,6	27,3	26,7	7,3	7,2	132,9	33,3	27,6	43,8	April			
414,7	239,0	139,8	99,2	175,7	31,5	24,2	23,5	7,3	7,2	144,1	31,0	27,4	47,8	Mai			
386,2	219,2	127,1	92,1	167,0	30,3	23,0	22,6	7,3	7,2	136,8	31,1	27,9	49,1	Juni			
387,1	218,3	127,5	90,9	168,8	31,1	23,7	23,7	7,3	7,2	137,7	30,7	32,7	44,5	Juli			

Veränderungen *)														
+ 12,1	+ 4,8	+ 26,9	- 22,1	+ 7,3	- 4,3	- 6,3	- 5,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 11,6	- 11,8	+ 1,9	- 2,4	2008
- 76,0	- 59,1	- 19,7	- 39,5	- 16,9	+ 4,2	+ 5,5	+ 5,8	- 1,4	- 1,4	- 21,1	- 24,3	- 6,2	- 13,6	2009
+ 0,2	- 0,9	- 1,9	+ 1,0	+ 1,1	- 1,7	- 1,7	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,7	- 0,4	+ 1,0	- 0,5	2009 Nov.
- 12,2	- 9,8	+ 5,5	- 15,4	- 2,4	+ 6,9	+ 8,1	+ 8,3	- 1,1	- 1,1	- 9,3	- 19,9	- 4,6	- 9,3	Dez.
- 1,8	+ 0,9	- 4,0	+ 4,9	- 2,8	- 2,7	- 2,7	- 2,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,9	2010 Jan.
+ 2,9	- 1,4	+ 0,5	- 1,9	+ 4,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 3,2	+ 0,4	+ 0,0	- 1,4	Febr.
- 5,1	- 3,5	- 2,2	- 1,3	- 1,6	- 0,0	+ 0,4	- 0,0	- 0,4	- 0,4	- 1,6	+ 0,5	+ 0,4	- 0,2	März
+ 30,6	+ 24,9	+ 17,4	+ 7,6	+ 5,7	- 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 6,4	- 1,1	+ 2,8	+ 3,7	April
- 0,4	- 5,7	+ 2,7	- 8,4	+ 5,3	- 3,1	- 3,0	- 3,2	- 0,0	- 0,0	+ 8,3	- 2,3	- 0,1	+ 2,1	Mai
- 29,8	- 20,5	- 12,8	- 7,7	- 9,3	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 8,1	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,5	Juni
+ 4,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5	+ 4,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 3,2	- 0,3	+ 4,7	- 3,3	Juli

als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarkt-papiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und

nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarkt-papiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservepflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998 – gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservepflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservepflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservepflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion – ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs- periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2010 Febr.	10 568,9	211,4	0,5	210,9	211,8	1,0	0,0
März	10 595,2	211,9	0,5	211,4	212,5	1,2	0,0
April	10 587,4	211,7	0,5	211,2	212,4	1,2	0,0
Mai	10 590,1	211,8	0,5	211,3	212,5	1,3	0,0
Juni	10 676,4	213,5	0,5	213,0	214,4	1,4	0,0
Juli	10 739,9	214,8	0,5	214,3	215,7	1,4	0,0
Aug. p)	10 716,7	214,3	0,5	213,8	215,3	1,5	0,0
Sept. p)	10 621,6	212,4	0,5	211,9
Okt.
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2010 Febr.	2 496 911	49 938	187	49 751	50 044	293	0
März	2 508 645	50 173	187	49 985	50 295	310	0
April	2 504 766	50 095	187	49 908	50 213	305	0
Mai	2 510 392	50 208	187	50 020	50 473	453	0
Juni	2 553 393	51 068	188	50 880	51 229	349	1
Juli	2 602 742	52 055	187	51 868	52 276	408	0
Aug. p)	2 587 031	51 741	187	51 554	51 963	409	0
Sept. p)	2 543 184	50 864	186	50 678
Okt. p)	2 565 552	51 311	186	51 125

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reser-

sätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
2002 6. Dez.	1,75	–	2,75	3,75
2003 7. März 6. Juni	1,50 1,00	– –	2,50 2,00	3,50 3,00
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25
2006 8. März 15. Juni 9. Aug. 11. Okt. 13. Dez.	1,50 1,75 2,00 2,25 2,50	– – – – –	2,50 2,75 3,00 3,25 3,50	3,50 3,75 4,00 4,25 4,50
2007 14. März 13. Juni	2,75 3,00	– –	3,75 4,00	4,75 5,00

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan. 1. Juli	2,57 2,47	2007 1. Jan. 1. Juli	2,70 3,19
2003 1. Jan. 1. Juli	1,97 1,22	2008 1. Jan. 1. Juli	3,32 3,19
2004 1. Jan. 1. Juli	1,14 1,13	2009 1. Jan. 1. Juli 2)	1,62 0,12
2005 1. Jan. 1. Juli	1,21 1,17		
2006 1. Jan. 1. Juli	1,37 1,95		

1 Gemäß § 247 BGB. — 2 Seit 1. Juli 2009 unverändert.

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		gewichteter Durchschnittssatz	Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)		
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2010 18. Aug.	155 227	155 227	1,00	–	–	–	–	7
25. Aug.	150 315	150 315	1,00	–	–	–	–	7
1. Sept.	153 315	153 315	1,00	–	–	–	–	7
8. Sept.	153 655	153 655	1,00	–	–	–	–	7
15. Sept.	151 574	151 574	1,00	–	–	–	–	7
22. Sept.	153 771	153 771	1,00	–	–	–	–	7
29. Sept.	166 361	166 361	1,00	–	–	–	–	7
6. Okt.	197 049	197 049	1,00	–	–	–	–	7
13. Okt.	185 984	185 984	1,00	–	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2010 29. Juli	23 166	23 166	1,00	–	–	–	–	91
11. Aug.	39 148	39 148	1,00	–	–	–	–	28
26. Aug.	19 083	19 083	1,00	–	–	–	–	91
8. Sept.	37 903	37 903	1,00	–	–	–	–	35
30. Sept.	104 009	104 009	1,00	–	–	–	–	84
13. Okt.	52 236	52 236	1,00	–	–	–	–	28

Quelle: EZB. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				Monatsdurchschnitte	EURIBOR 3)						
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld			EONIA 2)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze								
2010 März	0,28	0,23 – 0,75	0,57	0,49 – 0,66	0,35	0,34	0,41	0,64	0,95	1,09	1,22	
April	0,29	0,24 – 0,75	0,58	0,49 – 0,67	0,35	0,35	0,40	0,64	0,96	1,10	1,23	
Mai	0,29	0,24 – 0,65	0,61	0,51 – 0,71	0,34	0,36	0,42	0,69	0,98	1,12	1,25	
Juni	0,30	0,25 – 0,70	0,65	0,55 – 0,77	0,35	0,38	0,45	0,73	1,01	1,15	1,28	
Juli	0,46	0,25 – 0,85	0,79	0,62 – 0,92	0,48	0,53	0,58	0,85	1,10	1,25	1,37	
Aug.	0,36	0,25 – 0,80	0,83	0,73 – 0,95	0,43	0,54	0,64	0,90	1,15	1,29	1,42	
Sept.	0,40	0,25 – 1,15	0,83	0,73 – 0,94	0,45	0,51	0,62	0,88	1,14	1,29	1,42	

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion *) a) Bestände o)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte		Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften		Kredite an private Haushalte					Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
					Wohnungsbaukredite		Konsumentenkredite und sonstige Kredite						
	mit vereinbarter Laufzeit				mit Ursprungslaufzeit								
	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2009 Dez.	2,36	2,91	1,56	3,30	4,07	4,11	4,07	7,55	6,57	5,42	3,46	3,35	3,50
2010 Jan.	2,19	2,80	1,45	3,23	3,99	4,05	3,99	7,51	6,52	5,37	3,47	3,31	3,45
Febr.	2,14	2,84	1,42	3,31	4,03	4,11	4,03	7,49	6,61	5,43	3,45	3,33	3,43
März	2,12	2,74	1,38	3,26	3,98	4,04	3,98	7,43	6,51	5,35	3,43	3,26	3,37
April	2,12	2,74	1,37	3,24	3,89	4,01	3,92	7,38	6,50	5,29	3,42	3,21	3,33
Mai	2,12	2,71	1,42	3,22	3,87	3,97	3,89	7,40	6,45	5,29	3,41	3,20	3,31
Juni	2,13	2,72	1,46	3,12	3,79	3,96	3,84	7,62	6,48	5,20	3,28	3,21	3,30
Juli	2,15	2,72	1,54	3,16	3,74	3,93	3,82	7,70	6,50	5,19	3,34	3,25	3,33
Aug.	2,17	2,72	1,56	3,12	3,81	3,89	3,81	7,74	6,45	5,17	3,37	3,28	3,34

b) Neugeschäft +)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Erhebungs- zeitraum	Einlagen privater Haushalte						Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften					
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist			täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			
		bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 3 Monate	von über 3 Monaten	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren		
2009 Dez.	0,45	1,67	2,31	2,40	1,53	2,45	0,47	0,77	2,00	2,53		
2010 Jan.	0,43	1,74	2,33	2,52	1,47	2,23	0,45	0,72	1,95	2,46		
Febr.	0,42	1,75	2,24	2,36	1,45	2,11	0,44	0,73	2,11	2,39		
März	0,42	1,90	2,38	2,24	1,45	2,05	0,44	0,79	2,73	2,34		
April	0,41	2,02	2,64	2,14	1,42	2,01	0,43	0,78	2,78	2,30		
Mai	0,40	2,04	2,73	2,24	1,40	1,98	0,43	0,77	2,78	2,26		
Juni	0,43	2,15	2,25	2,47	1,41	1,96	0,43	0,89	1,85	2,29		
Juli	0,43	2,31	2,59	2,36	1,39	1,93	0,45	1,04	2,09	2,24		
Aug.	0,43	2,20	2,54	2,35	1,49	1,91	0,45	0,98	2,00	2,18		

Erhebungs- zeitraum	Kredite an private Haushalte												
	Über- ziehungs- kredite 2)	Konsumentenkredite				Wohnungsbaukredite				Sonstige Kredite			
		insgesamt 3)	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt 3)	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt 3)	mit anfänglicher Zinsbindung		
			variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre
2009 Dez.	8,99	7,43	6,42	6,26	7,56	3,81	2,71	3,96	4,42	4,26	3,08	4,40	4,35
2010 Jan.	8,94	7,86	6,83	6,42	8,04	3,79	2,71	3,94	4,38	4,26	3,12	4,45	4,46
Febr.	9,01	7,78	6,72	6,25	7,98	3,74	2,68	3,83	4,32	4,18	3,16	4,48	4,74
März	8,82	7,59	6,35	6,21	7,94	3,66	2,63	3,72	4,21	4,15	3,05	4,61	4,55
April	8,77	7,66	6,77	6,12	7,92	3,68	2,62	3,71	4,18	4,12	3,06	4,32	4,53
Mai	8,77	7,62	6,69	6,14	7,84	3,58	2,58	3,64	4,14	4,02	3,09	4,45	4,50
Juni	8,79	7,13	5,26	6,13	7,73	3,55	2,56	3,59	4,06	3,90	3,04	4,22	4,27
Juli	8,76	7,35	5,57	6,22	7,77	3,64	2,66	3,60	3,94	3,84	3,15	4,27	4,28
Aug.	8,68	7,36	5,29	6,25	7,84	3,75	2,81	3,63	3,95	3,81	3,38	4,49	4,11

Erhebungs- zeitraum	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
	Überziehungs- kredite 2)	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			Kredite über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2009 Dez.	4,06	3,28	4,22	3,96	2,19	3,15	3,58
2010 Jan.	4,05	3,25	4,20	3,99	2,02	2,88	3,65
Febr.	4,03	3,25	4,22	4,05	1,94	2,90	3,61
März	3,98	3,24	4,21	4,00	1,99	2,54	3,44
April	3,98	3,19	4,17	3,90	2,00	2,73	3,45
Mai	3,97	3,25	4,12	3,86	1,96	2,83	3,41
Juni	3,76	3,25	4,11	3,80	2,18	2,90	3,37
Juli	3,71	3,30	4,27	3,95	2,26	2,84	3,19
Aug.	3,76	3,38	4,18	3,84	2,29	2,91	3,65

Quelle: EZB. — Anmerkungen *, o und 1 s. S. 45*; Anmerkung + s. S. 46*. — 2 Ab Juni 2010 einschl. revolvingkredite sowie echter und unechter Kreditkartenkredite. — 3 Effektiver Jahreszinssatz, der die eventuell anfallen-

den sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände o)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2009 Aug.	2,91	211 060	2,43	185 213	1,20	102 191	4,03	25 351
Sept.	2,75	196 660	2,42	186 698	1,09	99 264	3,99	25 666
Okt.	2,59	182 143	2,42	188 911	1,06	93 477	3,95	25 921
Nov.	2,39	170 152	2,41	191 395	1,01	92 010	3,92	26 499
Dez.	2,18	161 018	2,40	196 621	0,95	88 785	3,99	26 227
2010 Jan.	1,92	148 065	2,40	199 231	0,91	87 339	3,93	25 855
Febr.	1,80	141 541	2,40	201 737	0,88	86 509	4,16	24 504
März	1,77	138 799	2,38	203 418	0,83	86 535	4,04	24 304
April	1,74	135 398	2,37	204 546	0,83	87 161	4,05	24 331
Mai	1,70	130 925	2,37	205 790	0,83	85 444	4,06	24 284
Juni	1,70	129 294	2,47	207 028	0,85	83 947	3,92	22 642
Juli	1,65	126 987	2,46	207 585	0,89	86 081	3,90	22 755
Aug.	1,62	126 761	2,46	208 117	0,91	88 674	3,90	22 588

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte 3)						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte 4) 5)					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2009 Aug.	4,56	5 590	4,41	25 463	4,92	919 804	8,67	67 279	5,41	68 040	5,94	313 043
Sept.	4,51	5 673	4,38	25 577	4,91	920 688	8,67	69 218	5,36	68 844	5,94	312 413
Okt.	4,37	5 595	4,35	25 653	4,89	922 437	8,53	67 505	5,33	69 092	5,90	312 661
Nov.	4,38	5 539	4,33	25 786	4,88	923 421	8,40	66 513	5,29	69 197	5,89	312 363
Dez.	4,46	5 548	4,28	25 772	4,86	922 968	8,53	67 071	5,30	70 265	5,88	311 657
2010 Jan.	4,37	5 331	4,26	25 666	4,85	920 635	8,44	65 619	5,28	69 803	5,86	310 801
Febr.	4,36	5 265	4,25	25 617	4,84	919 585	8,30	64 998	5,26	69 606	5,85	310 649
März	4,34	5 409	4,22	25 698	4,83	919 684	8,40	66 783	5,22	69 966	5,83	310 443
April	4,19	5 308	4,20	25 751	4,81	920 311	8,31	65 798	5,21	69 811	5,82	311 285
Mai	4,16	5 432	4,17	25 886	4,80	920 455	8,34	65 888	5,18	69 992	5,79	311 983
Juni	4,07	5 042	4,17	25 736	4,74	920 866	8,37	69 258	6,00	69 419	5,79	312 492
Juli	3,92	5 045	4,14	25 877	4,73	922 884	8,24	66 947	5,97	69 924	5,78	313 416
Aug.	4,05	5 504	4,10	26 087	4,72	923 459	8,27	66 989	5,95	69 869	5,77	313 912

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2009 Aug.	3,85	162 055	3,72	144 119	4,15	543 900
Sept.	3,87	160 310	3,65	144 402	4,10	542 542
Okt.	3,83	154 789	3,61	143 106	4,06	542 895
Nov.	3,82	152 333	3,61	142 207	4,06	547 731
Dez.	3,68	140 178	3,66	144 786	4,01	545 324
2010 Jan.	3,66	140 783	3,61	143 161	3,98	545 782
Febr.	3,67	140 023	3,62	143 854	3,96	547 450
März	3,77	139 354	3,49	139 466	3,93	544 224
April	3,77	135 797	3,45	138 677	3,92	546 900
Mai	3,76	136 914	3,44	137 604	3,91	547 945
Juni	3,71	137 411	3,52	136 207	3,85	549 949
Juli	3,71	132 479	3,57	134 907	3,86	552 591
Aug.	3,74	130 802	3,60	133 973	3,86	553 845

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im EuroWährungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. — o Die Bestände werden zeitpunkt-

bezogen zum Monatsultimo erhoben. — 1 Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — 6 Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 11 bis 13 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum												
2009 Aug.	0,84	609 242	1,18	21 694	2,14	1 393	2,83	2 866	1,62	454 401	3,25	116 343
Sept.	0,82	617 597	1,01	19 325	2,02	1 584	2,61	2 779	1,61	457 521	3,14	117 556
Okt.	0,79	629 015	1,03	19 145	1,97	1 868	2,75	3 393	1,49	461 657	2,99	119 952
Nov.	0,75	646 360	1,04	17 401	1,92	1 801	2,80	3 572	1,47	464 488	2,77	120 775
Dez.	0,75	651 570	0,87	19 427	1,94	1 704	2,69	3 516	1,52	474 429	2,44	119 702
2010 Jan.	0,73	667 262	1,12	20 151	1,88	1 645	2,93	3 755	1,37	479 240	2,22	118 141
Febr.	0,71	675 402	1,21	17 884	1,87	1 287	2,80	2 873	1,34	485 075	2,09	117 491
März	0,70	670 474	1,35	18 487	1,90	1 418	2,43	2 485	1,40	486 809	2,03	117 551
April	0,69	681 563	1,07	15 049	1,83	935	2,36	1 946	1,31	488 783	1,98	115 665
Mai	0,69	688 068	0,96	13 756	1,78	701	3,16	2 319	1,31	490 706	1,95	113 839
Juni	0,76	691 840	0,94	12 881	1,46	545	3,18	2 388	1,36	491 359	1,95	112 572
Juli	0,73	698 095	1,10	14 993	2,21	1 171	2,22	1 514	1,32	495 008	1,91	110 429
Aug.	0,74	695 742	1,03	13 927	2,35	1 245	2,13	1 252	1,32	496 668	1,90	108 681

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften											
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit									
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren					
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €		
Erhebungszeitraum											
2009 Aug.	0,53	228 457	0,46	34 238	1,75	326	3,63	792			
Sept.	0,51	234 141	0,42	38 890	1,78	325	2,91	565			
Okt.	0,48	244 464	0,42	40 077	1,79	229	3,20	513			
Nov.	0,47	249 011	0,48	41 382	1,75	301	3,59	559			
Dez.	0,46	249 139	0,47	37 933	2,20	460	3,24	844			
2010 Jan.	0,48	245 835	0,45	36 579	1,38	256	2,57	539			
Febr.	0,47	238 889	0,46	30 650	1,57	200	2,76	294			
März	0,45	243 829	0,47	34 452	1,87	344	3,04	473			
April	0,45	248 053	0,44	34 914	1,79	334	3,29	281			
Mai	0,44	249 328	0,43	32 850	1,79	185	2,89	193			
Juni	0,43	247 746	0,51	29 165	1,76	331	2,29	172			
Juli	0,44	246 466	0,60	38 656	1,68	479	2,56	183			
Aug.	0,44	250 809	0,59	32 075	1,59	353	2,33	238			

Kredite an private Haushalte													
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)						Sonstige Kredite mit anfänglicher Zinsbindung 5)							
insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Erhebungszeitraum	effektiver Jahreszinssatz 9) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2009 Aug.	7,19	5,55	1 187	5,28	2 401	8,24	1 958	2,38	5 529	4,62	1 119	4,82	1 825
Sept.	6,93	5,32	1 322	5,10	2 294	8,20	2 007	2,17	6 690	4,61	1 043	4,60	2 043
Okt.	6,84	4,90	1 651	5,05	2 386	8,29	2 018	2,24	6 626	4,65	1 208	4,52	2 480
Nov.	6,47	4,55	2 065	4,96	2 242	8,05	1 733	2,08	5 102	4,47	1 225	4,39	1 859
Dez.	6,06	4,04	2 385	4,83	2 027	7,57	1 789	2,40	6 198	4,41	1 495	4,25	2 902
2010 Jan.	6,95	4,36	2 233	5,30	1 775	8,45	1 889	2,30	5 417	4,43	1 422	4,37	1 894
Febr.	6,91	4,32	2 127	5,31	1 759	8,37	1 834	2,23	4 795	4,62	977	4,57	1 634
März	6,72	4,13	2 685	5,14	2 385	8,20	2 179	2,22	7 183	4,48	1 205	4,41	2 487
April	6,74	4,27	2 297	5,14	2 247	8,24	1 979	2,26	6 504	4,12	1 307	4,42	2 110
Mai	6,61	4,31	2 041	5,04	2 074	8,09	1 719	2,17	5 191	4,26	1 082	4,32	2 021
Juni	6,83	3,39	1 033	5,50	2 324	8,28	2 175	2,21	5 620	4,10	1 930	4,05	2 456
Juli	7,10	3,50	776	5,63	2 285	8,46	2 223	2,37	4 890	4,18	1 706	4,01	2 741
Aug.	7,14	3,38	1 074	5,76	2 080	8,46	2 036	2,40	3 897	4,47	857	3,92	2 206

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmontats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezo-

gen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — 10 Ohne Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2009 Aug.	4,28	3,47	2 931	3,87	2 812	4,46	6 269	4,51	3 767	
Sept.	4,22	3,38	2 256	3,81	2 587	4,37	5 904	4,45	4 060	
Okt.	4,17	3,28	2 956	3,83	2 707	4,34	6 512	4,41	3 780	
Nov.	4,14	3,24	2 214	3,78	2 462	4,35	5 363	4,32	3 681	
Dez.	4,13	3,36	2 530	3,76	2 741	4,29	5 547	4,38	3 668	
2010 Jan.	4,08	3,20	2 978	3,71	2 512	4,27	5 293	4,49	3 006	
Febr.	4,06	3,16	2 057	3,67	2 096	4,22	4 389	4,34	3 354	
März	3,96	3,04	2 660	3,56	2 470	4,09	5 889	4,30	4 291	
April	3,97	3,08	2 723	3,56	2 485	4,07	5 485	4,36	4 104	
Mai	3,89	3,16	2 233	3,42	2 271	4,01	5 238	4,10	4 104	
Juni	3,78	3,19	2 215	3,36	2 323	3,89	5 494	3,90	4 865	
Juli	3,68	3,11	3 092	3,35	2 842	3,79	6 801	3,76	5 357	
Aug.	3,73	3,27	2 125	3,31	2 330	3,80	5 931	3,83	4 769	

noch: Kredite an private Haushalte				Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften				
Revolvierende Kredite 11) und Überziehungskredite 12)		Revolvierende Kredite 11) und Überziehungskredite 12) Kreditkartenkredite 13)		Revolvierende Kredite 11) und Überziehungskredite 12)		Revolvierende Kredite 11) und Überziehungskredite 12) Kreditkartenkredite 13)		
Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 14) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 14) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 14) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 14) Mio €	
2009 Aug.	10,58	43 846	10,58	43 846	4,86	77 358	4,86	77 358
Sept.	10,61	45 022	10,61	45 022	5,05	76 050	5,05	76 050
Okt.	10,53	43 311	10,53	43 311	5,02	72 593	5,02	72 593
Nov.	10,36	41 858	10,36	41 858	4,99	72 412	4,99	72 412
Dez.	10,38	43 670	10,38	43 670	4,84	67 483	4,84	67 483
2010 Jan.	10,33	42 165	10,33	42 165	4,70	69 286	4,70	69 286
Febr.	10,28	41 795	10,28	41 795	4,82	68 416	4,82	68 416
März	10,36	43 281	10,36	43 281	5,03	66 593	5,03	66 593
April	10,34	41 655	10,34	41 655	5,06	64 035	5,06	64 035
Mai	10,38	41 645	10,38	41 645	5,09	63 191	5,09	63 191
Juni	10,20	39 362	10,22	44 263	4,75	70 537	4,74	70 717
Juli	10,09	40 207	10,03	45 246	4,72	66 073	4,72	66 293
Aug.	10,11	40 420	10,07	45 622	4,75	64 337	4,74	64 516

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften												
Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)						
variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2009 Aug.	3,26	8 654	4,80	990	4,43	1 155	2,80	54 832	4,18	1 771	4,40	3 281
Sept.	3,28	11 592	4,72	986	4,35	1 283	2,26	59 657	4,23	2 479	4,12	3 334
Okt.	3,37	11 279	4,54	1 133	4,37	1 403	2,59	58 565	3,88	2 149	4,29	3 158
Nov.	3,37	8 729	4,70	965	4,22	1 252	2,95	51 190	3,87	1 858	4,20	3 859
Dez.	3,36	9 502	4,23	1 426	3,98	1 719	2,57	67 036	3,88	3 644	4,07	5 099
2010 Jan.	3,19	7 819	4,54	1 047	4,20	1 124	2,45	49 385	3,90	2 333	4,23	3 270
Febr.	3,43	7 546	4,63	943	4,17	940	2,43	37 997	4,54	1 840	4,07	3 029
März	3,41	11 490	4,70	1 076	4,16	1 337	2,32	50 429	3,69	1 629	3,81	6 274
April	3,28	9 965	4,52	1 147	4,08	1 180	2,35	50 433	3,92	1 730	4,06	3 542
Mai	3,45	10 055	4,52	897	3,94	1 304	2,45	42 240	3,59	1 102	3,74	3 990
Juni	3,54	7 438	4,70	962	3,82	1 458	2,36	49 112	3,29	1 939	3,62	4 607
Juli	3,36	7 401	4,56	1 065	3,78	1 507	2,46	47 412	2,97	2 312	3,24	4 474
Aug.	3,55	5 891	4,61	820	3,70	1 318	2,62	37 358	3,39	1 400	3,66	3 808

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 46*. — 11 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. — 12 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskre-

diten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. — 13 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. — 14 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 15 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz					Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	Inländer				Aus- länder 7)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	
Mio DM											
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	-	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	-	173 038
Mio €											
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	-	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	60 121	-	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	75 433	-	68 946
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	46 940	-	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	69 809	-	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	- 13 723	-	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	32 978	-	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	56 530	-	116 583
2007	217 859	90 270	42 034	20 123	28 111	127 589	- 28 853	96 476	- 125 329	-	246 712
2008	72 358	66 139	- 45 712	86 527	25 322	6 219	21 032	68 049	- 47 017	-	51 326
2009	70 433	- 538	- 114 902	22 709	91 655	70 971	96 606	12 973	83 633	-	26 173
2010 Juni	- 23 391	- 21 782	- 24 526	- 3 637	6 380	- 1 609	6 084	1 165	4 919	-	29 475
Juli	- 29 675	- 33 570	- 31 224	- 1 169	- 1 176	3 895	- 26 070	- 23 894	- 2 176	-	3 605
Aug.	16 404	14 267	2 574	- 732	12 425	2 137	- 3 266	- 1 922	- 1 344	-	19 670

Aktien									
Zeit	Absatz			Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)		
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)			
Mio DM									
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	22 678		
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 353		
Mio €									
1999	150 013	36 010	114 003	103 136	18 637	84 499	46 877		
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	24 194		
2001	82 665	17 575	65 091	2 252	14 714	12 462	84 918		
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941		
2003	11 896	16 838	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016		
2004	- 3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748		
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329		
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748		
2007	- 3 722	10 053	13 773	48 183	6 702	41 481	44 461		
2008	- 20 326	11 326	31 651	10 417	23 079	33 496	30 742		
2009	36 217	23 962	12 254	24 015	8 335	32 350	12 201		
2010 Juni	11 756	439	11 317	1 605	2 163	558	13 361		
Juli	- 1 593	269	1 862	2 581	2 697	116	988		
Aug.	150	70	80	820	2 474	1 654	670		

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Anteile an Investmentfonds s. Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräuße-

rung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschl. 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerk.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand 2)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 3)									
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010 Mai	78 413	48 079	3 628	1 227	25 231	17 993	1 422	28 912	–
Juni	166 968	115 898	7 875	4 374	24 861	78 788	3 220	47 850	–
Juli	98 592	58 918	5 572	4 567	28 617	20 162	3 135	36 540	–
Aug.	94 113	60 973	1 507	837	32 142	26 487	4 091	29 050	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)									
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010 Mai	20 788	7 600	1 692	218	2 108	3 581	799	12 389	–
Juni	30 526	14 178	3 595	1 295	3 428	5 859	2 148	14 200	–
Juli	30 610	13 172	939	3 095	4 208	4 931	2 021	15 417	–
Aug.	22 989	12 585	1 104	289	6 687	4 506	883	9 522	–
Netto-Absatz 5)									
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	16 705
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	30 657
2002	131 976	56 393	7 936	26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	44 546
2003	124 556	40 873	2 700	42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	54 990
2004	167 233	81 860	1 039	52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	22 124
2005	141 715	65 798	2 151	34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	35 963
2006	129 423	58 336	12 811	20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	19 208
2007	86 579	58 168	10 896	46 629	42 567	73 127	3 683	32 093	29 750
2008	119 472	8 517	15 052	65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	31 607
2009	76 441	75 554	858	80 646	25 579	–	21 345	103 482	21 037
2010 Mai	6 022	891	401	4 047	2 743	814	837	7 750	2 832
Juni	18 047	23 496	3 447	8 610	2 831	15 503	1 172	6 621	779
Juli	28 806	27 506	2 394	11 718	1 266	14 660	1 376	77	905
Aug.	13 148	3 053	526	3 980	1 994	3 447	2 044	14 156	650

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. —

3 Brutto-Absatz ist nur der Erstabatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 4 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 5 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Mio DM									
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010 Juni	3 352 173	1 753 187	152 329	264 952	540 340	795 565	243 135	1 355 851	24 664
Juli	3 323 367	1 725 681	149 935	253 234	541 606	780 906	241 759	1 355 928	23 759
Aug.	3 336 515	1 722 628	149 410	249 254	539 612	784 353	243 803	1 370 084	23 109
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)									
Stand Ende August 2010									
bis unter 2	1 302 894	771 302	59 343	111 965	216 775	383 220	37 886	493 705	7 238
2 bis unter 4	738 520	427 572	50 528	79 192	135 860	161 992	40 420	270 530	7 571
4 bis unter 6	534 426	279 286	27 913	28 477	69 583	153 312	33 738	221 402	2 742
6 bis unter 8	210 416	89 868	6 822	19 271	37 016	26 761	13 997	106 549	1 876
8 bis unter 10	166 780	46 876	4 011	5 362	26 054	11 448	9 242	110 662	204
10 bis unter 15	61 616	29 061	776	3 013	19 540	5 732	12 025	20 530	1 782
15 bis unter 20	67 597	15 835	19	783	9 711	5 321	3 299	48 463	632
20 und darüber	254 268	62 829	0	1 191	25 072	36 566	93 197	98 241	1 064

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur

Endfälligkeit bei gesamtgeführten Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtgeführten Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	
Mio DM										
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	- 4 055	3 905	- 1 188	1 258 042
Mio €										
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	- 2 099	1 560	- 708	1 603 304
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	- 1 986	1 827	- 1 745	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	- 1 018	905	- 3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	- 868	- 2 152	- 2 224	647 492
2003	162 131	- 6 585	4 482	923	211	513	- 322	- 10 806	- 1 584	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	- 220	- 1 760	- 2 286	887 217
2005	163 071	- 1 733	2 470	1 040	694	268	- 1 443	- 3 060	- 1 703	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	- 1 868	- 1 256	- 3 761	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	- 682	- 1 847	- 1 636	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	- 428	- 608	- 1 306	830 622
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	- 3 741	- 1 269	- 974	927 256
2010 Juni	174 756	264	249	265	-	-	- 35	- 90	- 125	931 277
Juli	174 619	- 137	46	46	30	10	- 1	- 11	- 258	944 596
Aug.	174 381	- 238	47	9	2	-	- 4	- 121	- 171	913 265

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Geregelteten Markt aufgehoben) oder zum Neuen Markt

(Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)								Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien		
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)		Deutscher Rentenindex (REX)	iBoxx-€Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktienindex (DAX)	
			zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)								
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000		
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	118,18	100,00	343,64	5 002,39	
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	110,60	92,52	445,95	6 958,14	
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	112,48	94,11	396,59	6 433,61	
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	113,12	94,16	319,38	5 160,10	
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63	
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16	
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08	
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26	
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92	
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32	
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20	
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43	
2010 Juni	2,3	2,2	2,2	2,5	2,5	3,2	4,4	127,85	105,41	313,07	5 965,52	
Juli	2,4	2,3	2,3	2,6	2,5	3,1	4,0	125,75	104,43	322,99	6 147,97	
Aug.	2,2	2,1	2,1	2,4	2,3	3,0	3,8	129,20	108,24	312,12	5 925,22	
Sept.	2,1	2,0	2,0	2,3	2,3	3,0	3,7	128,37	106,61	329,00	6 229,02	

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewo-

gen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz							Erwerb						
	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		darunter			ausländische Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 3)		Ausländer 5)	
		zu-sammen	zu-sammen	Geldmarktfonds	Wertpapierfonds	Offene Immobilienfonds			Spezialfonds	zu-sammen	darunter ausländische Anteile	zu-sammen		darunter ausländische Anteile
Mio DM														
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	- 2 775
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	- 637	85 659	14 722	5 761
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	- 14 676	5 221	24 330	22 508	8 258
2007	55 695	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 259	50 925	- 229	4 240	51 154	38 019	4 770
2008	514	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	8 425	9 154	- 16 625	- 9 252	25 779	17 677	- 8 640
2009	43 139	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	- 609	42 984	- 14 995	- 8 178	57 979	7 569	155
2010 Juni	558	- 2 154	- 5 277	- 299	- 4 661	289	3 123	2 712	2 495	- 2 626	85	5 121	2 627	- 1 937
Juli	7 614	6 789	1 724	- 55	1 146	599	5 066	825	8 327	- 5	- 382	8 332	1 207	- 713
Aug.	12 510	9 511	1 111	94	371	- 106	8 400	2 999	13 104	404	1 352	12 700	1 647	- 594

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. — 2 Buchwerte. — 3 Als Rest errechnet. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 Netto-Erwerb

bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Finanzierungsrechnung
1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren

Mrd €

Position	2007	2008	2009	2008			2009				2010
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	85,9	121,0	49,9	14,6	12,9	87,1	9,4	15,2	5,5	19,8	16,5
Rentenwerte 2)	- 53,6	1,7	- 5,3	1,2	6,6	- 25,4	9,7	0,1	1,5	- 16,7	2,5
Aktien	- 16,5	- 45,5	- 1,0	- 2,5	- 9,0	- 33,0	- 2,0	- 1,0	1,0	1,0	1,0
Sonstige Beteiligungen	2,9	3,0	3,0	0,7	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7
Investmentzertifikate	24,3	9,3	29,2	7,6	1,7	- 13,4	9,3	5,4	7,6	6,8	6,1
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	71,9	31,7	69,0	8,3	7,3	9,1	23,8	14,5	12,9	17,7	23,9
Kurzfristige Ansprüche	1,1	0,4	3,4	- 0,2	0,1	0,1	0,8	0,9	0,8	0,9	0,9
Längerfristige Ansprüche	70,8	31,2	65,6	8,5	7,2	9,0	23,0	13,6	12,1	16,9	23,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	4,3	7,3	7,7	1,8	1,8	1,9	1,9	2,0	1,9	1,9	2,0
Sonstige Forderungen 4)	- 4,1	- 2,8	- 5,5	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 1,3	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 1,3
Insgesamt	115,1	125,7	146,9	30,9	21,5	26,3	51,6	35,6	29,8	30,0	51,4
II. Finanzierung											
Kredite	- 20,7	- 16,0	- 4,4	0,8	- 1,2	- 5,7	- 7,6	2,4	4,6	- 3,9	- 7,1
Kurzfristige Kredite	- 1,2	1,2	- 4,3	- 0,0	0,6	1,4	- 0,4	- 0,1	- 1,3	- 2,5	- 0,3
Längerfristige Kredite	- 19,5	- 17,2	- 0,1	0,9	- 1,8	- 7,1	- 7,1	2,6	5,8	- 1,4	- 6,8
Sonstige Verbindlichkeiten	- 0,4	0,4	1,2	0,1	- 0,1	0,4	0,3	0,2	- 0,2	0,9	- 0,7
Insgesamt	- 21,1	- 15,5	- 3,2	0,9	- 1,3	- 5,3	- 7,2	2,7	4,4	- 3,0	- 7,8
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	71,2	22,8	47,7	- 15,5	33,5	- 3,7	13,2	- 1,4	14,5	21,4	- 0,7
Rentenwerte 2)	-115,6	3,5	3,9	- 24,2	- 3,7	73,0	1,0	- 16,1	- 20,3	39,3	16,5
Finanzderivate	44,9	14,3	- 10,3	8,3	0,1	- 4,4	- 11,4	- 2,0	3,0	0,2	2,1
Aktien	39,5	100,2	73,7	48,3	15,2	23,7	13,2	39,9	29,5	- 8,9	6,8
Sonstige Beteiligungen	17,4	18,5	19,0	17,7	- 8,5	- 3,0	11,2	6,4	3,7	- 2,3	27,9
Investmentzertifikate	- 2,9	- 8,2	- 41,4	- 2,8	5,6	- 7,2	- 3,0	- 10,1	- 15,5	- 12,8	- 1,2
Kredite	9,7	32,1	12,4	12,3	9,7	3,9	3,3	- 1,4	- 2,0	12,5	8,3
Kurzfristige Kredite	5,0	23,7	- 1,3	12,7	6,5	4,8	1,0	- 3,0	- 3,1	3,9	7,3
Längerfristige Kredite	4,6	8,4	13,7	- 0,4	3,2	- 0,9	2,3	1,6	1,2	8,6	0,9
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1,0	0,4	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Kurzfristige Ansprüche	1,0	0,4	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	104,0	- 51,8	- 67,9	- 11,8	- 29,3	- 34,4	- 44,8	- 18,8	- 25,1	20,8	- 53,2
Insgesamt	169,1	131,8	37,4	32,4	22,6	48,0	- 17,3	- 3,5	- 12,2	70,5	6,6
II. Finanzierung											
Rentenwerte 2)	7,2	9,6	- 7,1	- 4,9	1,9	5,6	- 9,9	- 1,8	3,5	1,2	8,7
Finanzderivate
Aktien	6,8	3,6	5,5	1,4	0,7	0,5	1,9	0,3	2,3	1,0	6,1
Sonstige Beteiligungen	34,9	14,9	8,1	5,7	0,2	2,8	3,7	0,7	1,1	2,6	1,5
Kredite	51,5	73,9	- 19,3	20,8	24,7	31,9	18,1	- 6,7	- 24,7	- 6,0	5,0
Kurzfristige Kredite	16,4	18,7	- 36,8	14,9	1,2	8,5	3,6	- 14,1	- 18,0	- 8,2	- 3,9
Längerfristige Kredite	35,1	55,3	17,5	5,9	23,4	23,4	14,5	7,5	- 6,7	2,2	8,9
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	1,3	2,9	2,9	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Sonstige Verbindlichkeiten	13,3	- 0,7	9,6	- 0,8	5,4	- 14,5	15,3	- 6,4	0,8	- 0,1	- 4,1
Insgesamt	114,9	104,2	- 0,3	23,1	33,5	26,9	29,8	- 13,1	- 16,3	- 0,7	17,9

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere. — 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungsein-

richtungen. — 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

VIII. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2007	2008	2009	2008			2009				2010
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 620,8	1 737,5	1 788,1	1 642,0	1 650,6	1 737,5	1 746,8	1 762,9	1 768,4	1 788,1	1 804,6
Rentenwerte 2)	345,4	326,2	363,6	353,0	330,5	326,2	316,5	322,8	369,5	363,6	362,1
Aktien	368,5	169,4	181,3	302,0	259,8	169,4	142,6	155,1	161,3	181,3	192,7
Sonstige Beteiligungen	187,8	177,5	183,8	189,3	194,4	177,5	178,3	179,8	179,7	183,8	186,8
Investmentzertifikate	549,4	503,6	555,3	543,4	530,8	503,6	502,6	526,0	542,9	555,3	568,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 190,4	1 216,9	1 295,3	1 203,5	1 209,8	1 216,9	1 234,6	1 255,0	1 275,8	1 295,3	1 319,2
Kurzfristige Ansprüche	80,8	81,3	84,7	81,0	81,1	81,3	82,1	83,0	83,8	84,7	85,5
Längerfristige Ansprüche	1 109,6	1 135,7	1 210,6	1 122,5	1 128,6	1 135,7	1 152,5	1 172,0	1 192,0	1 210,6	1 233,7
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	255,1	262,4	270,1	258,7	260,5	262,4	264,3	266,3	268,2	270,1	272,1
Sonstige Forderungen 4)	42,6	39,8	34,2	41,2	40,5	39,8	38,4	37,0	35,6	34,2	32,9
Insgesamt	4 559,8	4 433,4	4 671,7	4 533,2	4 476,8	4 433,4	4 424,1	4 505,0	4 601,4	4 671,7	4 738,6
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 536,7	1 520,8	1 520,7	1 526,4	1 525,1	1 520,8	1 513,4	1 518,2	1 522,8	1 520,7	1 514,4
Kurzfristige Kredite	78,9	80,0	75,7	78,1	78,7	80,0	79,6	79,5	78,2	75,7	75,4
Längerfristige Kredite	1 457,9	1 440,8	1 444,9	1 448,3	1 446,5	1 440,8	1 433,8	1 438,7	1 444,6	1 444,9	1 439,0
Sonstige Verbindlichkeiten	9,1	10,2	11,4	10,2	10,6	10,2	11,4	11,5	11,2	11,4	11,8
Insgesamt	1 545,8	1 531,0	1 532,0	1 536,6	1 535,7	1 531,0	1 524,8	1 529,7	1 534,0	1 532,0	1 526,1
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	477,0	507,3	560,7	470,0	502,5	507,3	517,4	517,5	539,9	560,7	558,2
Rentenwerte 2)	120,0	113,5	125,7	47,1	50,7	113,5	114,1	92,2	82,0	125,7	146,0
Finanzderivate
Aktien	1 024,3	644,2	800,4	933,5	861,4	644,2	575,1	668,3	718,3	800,4	845,2
Sonstige Beteiligungen	297,2	293,7	318,4	327,4	326,4	293,7	305,0	312,7	314,9	318,4	350,2
Investmentzertifikate	109,5	67,9	61,6	81,0	85,3	67,9	63,0	58,0	83,4	61,6	79,1
Kredite	152,2	184,1	200,7	172,3	179,4	184,1	187,5	186,4	188,2	200,7	211,7
Kurzfristige Kredite	103,0	126,3	123,7	115,9	119,8	126,3	126,2	124,2	120,3	123,7	130,0
Längerfristige Kredite	49,2	57,8	77,0	56,5	59,6	57,8	61,3	62,2	67,9	77,0	81,7
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	43,8	44,2	44,6	44,0	44,1	44,2	44,3	44,4	44,5	44,6	44,7
Kurzfristige Ansprüche	43,8	44,2	44,6	44,0	44,1	44,2	44,3	44,4	44,5	44,6	44,7
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	500,2	576,9	525,9	536,7	569,4	576,9	588,9	513,0	521,8	525,9	513,4
Insgesamt	2 724,1	2 431,8	2 637,9	2 611,9	2 619,2	2 431,8	2 395,3	2 392,4	2 493,0	2 637,9	2 748,4
II. Verbindlichkeiten											
Rentenwerte 2)	118,7	137,0	136,9	118,4	126,6	137,0	129,2	124,5	132,8	136,9	146,9
Finanzderivate
Aktien	1 564,3	963,5	1 081,3	1 266,1	1 154,1	963,5	814,4	948,4	1 043,3	1 081,3	1 118,8
Sonstige Beteiligungen	670,4	685,3	693,4	682,3	682,5	685,3	688,9	689,7	690,8	693,4	694,9
Kredite	1 392,9	1 470,0	1 450,6	1 414,9	1 437,2	1 470,0	1 488,1	1 479,4	1 454,6	1 450,6	1 447,5
Kurzfristige Kredite	380,3	390,7	356,4	383,8	381,5	390,7	392,2	378,1	361,8	356,4	350,5
Längerfristige Kredite	1 012,6	1 079,2	1 094,2	1 031,2	1 055,7	1 079,2	1 095,9	1 101,4	1 092,9	1 094,2	1 097,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	215,5	218,4	221,3	216,9	217,7	218,4	219,1	219,8	220,6	221,3	222,0
Sonstige Verbindlichkeiten	446,8	490,8	475,9	465,5	474,4	490,8	552,8	470,1	482,5	475,9	474,0
Insgesamt	4 408,4	3 964,8	4 059,4	4 164,2	4 092,4	3 964,8	3 892,4	3 931,9	4 024,6	4 059,4	4 104,1

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere. — 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungsein-

richtungen. — 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Gesamtstaat					in % des BIP				
	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen		Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	
	Mrd €									
	Finanzierungssaldo ¹⁾					Stand am Jahres- bzw. Quartalsende				
2004	- 83,5	- 52,0	- 27,9	- 2,4	- 1,2	- 3,8	- 2,4	- 1,3	- 0,1	- 0,1
2005	- 74,0	- 47,4	- 22,5	- 0,2	- 3,9	- 3,3	- 2,1	- 1,0	- 0,0	- 0,2
2006	- 36,8	- 34,2	- 10,5	+ 2,9	+ 5,1	- 1,6	- 1,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2
2007 p)	+ 6,6	- 18,2	+ 4,1	+ 9,8	+ 10,9	+ 0,3	- 0,7	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4
2008 p)	+ 3,0	- 15,4	+ 1,8	+ 7,8	+ 8,8	+ 0,1	- 0,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4
2009 p)	- 72,9	- 39,4	- 16,2	- 4,0	- 13,3	- 3,0	- 1,6	- 0,7	- 0,2	- 0,6
2008 1.Hj. p)	+ 8,5	- 7,1	+ 4,2	+ 6,3	+ 5,1	+ 0,7	- 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4
2.Hj. p)	- 5,6	- 8,4	- 2,4	+ 1,5	+ 3,7	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	+ 0,3
2009 1.Hj. p)	- 18,7	- 9,6	- 5,2	+ 0,2	- 4,0	- 1,6	- 0,8	- 0,4	+ 0,0	- 0,3
2.Hj. p)	- 54,0	- 29,5	- 11,0	- 4,1	- 9,4	- 4,4	- 2,4	- 0,9	- 0,3	- 0,8
2010 1.Hj. ts)	- 42,8	- 29,1	- 11,2	- 6,6	+ 4,1	- 3,5	- 2,4	- 0,9	- 0,5	+ 0,3
	Schuldenstand ²⁾									
2004	1 453,8	889,5	459,8	116,3	4,2	65,8	40,2	20,8	5,3	0,2
2005	1 524,4	935,3	482,3	120,0	2,7	68,0	41,7	21,5	5,4	0,1
2006	1 571,7	970,7	492,1	122,4	1,7	67,6	41,7	21,2	5,3	0,1
2007	1 578,8	977,9	494,0	120,2	1,6	64,9	40,2	20,3	4,9	0,1
2008	1 646,2	1 006,8	533,3	118,8	1,5	66,3	40,6	21,5	4,8	0,1
2009 ts)	1 762,2	1 077,1	575,2	122,6	1,3	73,5	44,9	24,0	5,1	0,1
2008 1.Vj.	1 598,5	989,0	504,3	118,3	1,6	65,2	40,4	20,6	4,8	0,1
2.Vj.	1 634,3	997,0	531,4	118,7	1,6	66,0	40,3	21,5	4,8	0,1
3.Vj.	1 628,4	995,1	528,1	117,6	2,0	65,5	40,0	21,2	4,7	0,1
4.Vj.	1 646,2	1 006,8	533,3	118,8	1,5	66,3	40,6	21,5	4,8	0,1
2009 1.Vj. ts)	1 677,5	1 028,2	542,0	119,6	1,6	68,5	42,0	22,1	4,9	0,1
2.Vj. ts)	1 742,9	1 073,6	561,5	120,3	1,4	72,2	44,5	23,3	5,0	0,1
3.Vj. ts)	1 750,8	1 077,0	564,8	121,1	1,5	73,0	44,9	23,6	5,1	0,1
4.Vj. ts)	1 762,2	1 077,1	575,2	122,6	1,3	73,5	44,9	24,0	5,1	0,1
2010 1.Vj. ts)	1 782,4	1 088,5	581,8	125,0	1,3	73,8	45,1	24,1	5,2	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. — 1 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren ent-

sprechen dem Finanzierungssaldo gemäß VGR. — 2 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben					Finanzierungs- saldo	Nachrichtl.: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:						
Steuern		Sozial- beiträge	sonstige	Sozial- leistungen		Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen	sonstige			
	Mrd €											
2004	957,7	481,3	396,5	79,9	1 041,2	592,0	169,6	62,4	31,7	185,5	- 83,5	888,0
2005	976,1	493,2	396,5	86,4	1 050,3	597,0	168,9	62,6	30,3	191,5	- 74,2	900,5
2006	1 017,1	530,6	400,1	86,3	1 054,2	598,4	168,3	65,6	32,4	189,6	- 37,1	942,0
2007 p)	1 065,8	576,4	400,2	89,2	1 059,4	597,3	168,3	67,3	34,4	192,1	+ 6,3	988,6
2008 p)	1 088,5	590,1	407,8	90,5	1 085,6	606,8	170,7	66,7	36,8	204,7	+ 2,8	1 010,8
2009 p)	1 066,0	564,5	409,9	91,7	1 138,7	640,1	177,6	62,2	39,3	219,5	- 72,7	984,6
	in % des BIP											
2004	43,3	21,8	17,9	3,6	47,1	26,8	7,7	2,8	1,4	8,4	- 3,8	40,2
2005	43,5	22,0	17,7	3,9	46,8	26,6	7,5	2,8	1,4	8,5	- 3,3	40,2
2006	43,7	22,8	17,2	3,7	45,3	25,7	7,2	2,8	1,4	8,1	- 1,6	40,5
2007 p)	43,8	23,7	16,5	3,7	43,6	24,6	6,9	2,8	1,4	7,9	+ 0,3	40,6
2008 p)	43,9	23,8	16,4	3,6	43,8	24,5	6,9	2,7	1,5	8,3	+ 0,1	40,7
2009 p)	44,5	23,5	17,1	3,8	47,5	26,7	7,4	2,6	1,6	9,2	- 3,0	41,1
	Zuwachsraten in %											
2004	- 0,4	- 0,1	+ 0,1	- 4,8	- 0,8	- 0,4	+ 0,2	- 3,0	- 6,4	- 1,1	.	- 0,1
2005	+ 1,9	+ 2,5	+ 0,0	+ 8,1	+ 0,9	+ 0,8	- 0,4	+ 0,4	- 4,4	+ 3,2	.	+ 1,4
2006	+ 4,2	+ 7,6	+ 0,9	- 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,4	+ 4,7	+ 7,0	- 1,0	.	+ 4,6
2007 p)	+ 4,8	+ 8,6	+ 0,0	+ 3,3	+ 0,5	- 0,2	+ 0,0	+ 2,7	+ 6,0	+ 1,3	.	+ 4,9
2008 p)	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,4	- 1,0	+ 7,1	+ 6,6	.	+ 2,2
2009 p)	- 2,1	- 4,3	+ 0,5	+ 1,2	+ 4,9	+ 5,5	+ 4,1	- 6,7	+ 7,0	+ 7,2	.	- 2,6

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden

auf den Internetseiten der Deutschen Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. — 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2003 ts)	547,0	442,2	21,5	614,2	174,0	235,0	65,6	36,3	10,0	- 67,2	467,6	474,4	- 6,8	925,2	999,1	- 73,9
2004 ts)	545,9	442,8	24,1	610,4	173,4	236,9	64,8	34,3	9,6	- 64,5	469,7	468,6	+ 1,1	926,8	990,2	- 63,4
2005 ts)	568,9	452,1	31,3	620,6	172,1	245,3	64,0	33,0	14,3	- 51,7	467,8	471,3	- 3,4	947,4	1 002,5	- 55,1
2006 ts)	590,9	488,4	18,8	626,2	169,7	252,1	64,4	33,7	11,6	- 35,3	486,3	466,6	+ 19,7	988,2	1 003,8	- 15,6
2007 ts)	644,8	538,2	17,7	644,2	182,2	250,0	66,2	34,6	9,5	+ 0,6	475,3	466,4	+ 8,9	1 025,6	1 016,1	+ 9,6
2008 ts)	668,9	561,2	13,4	677,4	187,3	259,9	67,3	36,4	18,6	- 8,5	485,7	478,9	+ 6,9	1 058,8	1 060,4	- 1,7
2009 ts)	634,3	524,0	9,1	722,8	195,2	271,1	64,0	39,3	38,0	- 88,5	491,6	506,0	- 14,4	1 024,2	1 127,1	- 102,9
2008 1.Vj. p)	160,0	130,8	3,0	164,5	43,7	65,5	24,7	5,3	2,0	- 4,5	114,1	119,4	- 5,3	250,4	260,2	- 9,8
2.Vj. p)	166,1	143,5	2,1	151,5	44,9	61,4	11,1	7,2	1,7	+ 14,6	120,6	120,1	+ 0,5	263,0	247,9	+ 15,1
3.Vj. p)	159,7	137,2	1,3	167,1	45,9	62,6	21,2	9,0	1,5	- 7,4	118,6	118,9	- 0,3	254,5	262,2	- 7,7
4.Vj. p)	180,9	149,4	6,7	192,4	51,2	68,7	10,0	13,6	13,3	- 11,5	130,4	121,7	+ 8,7	287,4	290,2	- 2,8
2009 1.Vj. p)	157,0	128,9	1,8	175,7	45,9	67,4	22,8	5,0	10,0	- 18,7	117,9	122,3	- 4,4	251,2	274,4	- 23,1
2.Vj. p)	154,4	130,4	3,3	169,2	47,2	60,4	10,7	7,4	16,9	- 14,8	120,5	125,5	- 5,0	251,4	271,2	- 19,8
3.Vj. p)	148,8	124,4	2,1	174,9	47,6	65,0	19,8	10,5	4,5	- 26,0	120,1	127,6	- 7,5	245,2	278,7	- 33,5
4.Vj. p)	172,2	140,6	1,8	201,3	52,8	76,6	10,5	15,2	6,4	- 29,1	132,3	130,1	+ 2,2	273,4	300,3	- 26,9

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Einschl. Nebenhaushalte, aber ohne Postpensionskasse. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. — 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. —

3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2003	239,6	278,8	- 39,2	229,2	259,7	- 30,5	142,1	149,9	- 7,8
2004	233,9	273,6	- 39,7	233,5	257,1	- 23,6	147,0	150,1	- 3,1
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,6	- 22,2	151,3	153,2	- 1,9
2006	254,6	282,8	- 28,2	249,8	260,1	- 10,3	161,1	157,4	+ 3,7
2007 ts)	277,4	292,1	- 14,7	275,9	267,5	+ 8,4	171,3	162,4	+ 8,9
2008 ts)	292,0	303,8	- 11,8	279,3	278,0	+ 1,3	176,9	169,0	+ 7,9
2009 ts)	282,6	317,1	- 34,5	269,9	295,0	- 25,1	171,7	178,6	- 6,9
2008 1.Vj. p)	64,1	75,6	- 11,5	67,7	67,7	- 0,1	37,3	37,4	- 0,1
2.Vj. p)	73,0	68,3	+ 4,7	70,7	64,2	+ 6,5	42,7	39,7	+ 3,0
3.Vj. p)	71,2	82,7	- 11,4	67,3	66,3	+ 1,0	43,8	41,1	+ 2,7
4.Vj. p)	83,7	77,3	+ 6,4	72,6	78,7	- 6,0	51,0	49,0	+ 2,0
2009 1.Vj. p)	65,8	76,8	- 11,0	65,3	75,9	- 10,6	35,8	39,0	- 3,1
2.Vj. p)	71,3	68,6	+ 2,7	66,1	67,9	- 1,8	41,1	42,2	- 1,1
3.Vj. p)	68,6	84,5	- 15,9	63,1	69,4	- 6,3	42,5	45,1	- 2,6
4.Vj. p)	77,0	87,2	- 10,2	74,4	80,7	- 6,3	50,6	51,0	- 0,4
2010 1.Vj. p)	61,1	82,6	- 21,5	65,0	73,5	- 8,5	34,6	41,2	- 6,6
2.Vj. p)	75,6	80,6	- 5,0	68,3	69,1	- 0,8	42,2	43,5	- 1,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwertes bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. —

2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: BEZ, Energie- steueranteil der Länder
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder	Europäische Union 2)			
2003	442 238	390 438	214 002	155 510	20 926	51 673	+ 127	22 067
2004	442 838	386 459	208 920	157 898	19 640	56 237	+ 142	21 967
2005	452 078	392 313	211 779	158 823	21 711	59 750	+ 16	21 634
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	- 22	21 742
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+ 138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	20 275
2008 1.Vj.	131 507	111 845	56 179	47 660	8 006	14 148	+ 5 513	5 272
2.Vj.	143 006	122 931	66 952	51 585	4 394	19 614	+ 461	5 324
3.Vj.	137 454	117 861	65 380	48 667	3 814	19 715	- 122	5 503
4.Vj.	149 216	131 545	72 178	52 500	6 867	23 712	- 6 042	5 411
2009 1.Vj.	128 787	109 674	55 941	46 212	7 521	13 289	+ 5 824	5 154
2.Vj.	130 491	113 442	65 247	46 653	1 541	17 397	- 347	5 140
3.Vj.	124 437	108 572	62 354	42 335	3 883	15 865	- 1	5 048
4.Vj.	140 285	123 928	69 299	47 073	7 556	21 868	- 5 511	4 933
2010 1.Vj.	121 321	104 370	54 316	41 777	8 278	11 299	+ 5 652	4 885
2.Vj.	...	116 767	66 331	46 516	3 919	4 879
2009 Juli	...	34 341	19 890	13 561	889	1 683
Aug.	...	32 107	18 395	12 059	1 652	1 683
2010 Juli	...	34 147	18 892	13 498	1 757	1 694
Aug.	...	33 407	18 906	12 672	1 830	1 694

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen und Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund. — 2 Zölle sowie die zu Lasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten

Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. — 3 Inchl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tab. IX. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2003	414 846	162 567	133 090	4 568	8 275	16 633	136 996	103 162	33 834	7 085	86 609	18 713	2 877	24 409	
2004	409 517	159 104	123 896	5 394	13 123	16 691	137 366	104 715	32 651	5 661	84 554	19 774	3 059	23 058	
2005	415 355	161 960	118 919	9 766	16 333	16 943	139 713	108 440	31 273	6 218	83 508	20 579	3 378	23 042	
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988	
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263	
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316	
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265	
2008 1.Vj.	118 847	49 649	32 793	3 668	4 727	8 462	44 294	33 488	10 806	297	17 515	6 114	980	7 002	
2.Vj.	130 829	60 000	34 700	10 398	4 821	10 080	41 890	30 645	11 244	1 636	20 700	5 676	927	7 898	
3.Vj.	125 510	52 135	34 063	8 878	4 086	5 109	44 338	32 705	11 633	1 690	20 888	5 442	1 017	7 648	
4.Vj.	140 312	58 699	40 339	9 741	2 235	6 384	45 468	33 951	11 517	3 161	27 200	4 705	1 080	8 767	
2009 1.Vj.	116 731	50 001	33 975	2 971	4 399	8 657	43 087	34 234	8 853	- 36	17 361	5 351	966	7 057	
2.Vj.	120 543	48 503	30 481	9 141	342	8 539	43 424	35 176	8 248	1 499	21 085	5 186	846	7 102	
3.Vj.	115 567	43 486	32 150	6 732	592	4 011	44 365	35 717	8 649	1 346	22 427	3 023	920	6 994	
4.Vj.	132 040	51 695	38 559	7 586	1 841	3 708	46 114	36 780	9 334	2 099	28 445	2 815	872	8 112	
2010 1.Vj.	111 163	45 127	30 255	6 155	1 951	6 766	42 891	34 054	8 837	215	19 001	2 814	1 115	6 793	
2.Vj.	123 859	51 667	30 447	9 681	3 830	7 710	44 343	33 779	10 564	1 311	22 682	2 914	943	7 092	
2009 Juli	36 457	12 541	12 073	- 566	- 819	1 853	14 242	11 409	2 833	952	7 276	1 150	297	2 116	
Aug.	33 923	9 841	10 010	- 563	- 838	1 232	15 098	12 118	2 980	393	7 317	955	319	1 817	
2010 Juli	36 127	11 749	11 286	- 423	- 857	1 742	14 518	10 617	3 900	1 155	7 308	1 042	355	1 980	
Aug.	35 143	9 992	9 672	- 631	54	897	15 629	11 708	3 921	400	7 639	1 104	379	1 736	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. IX. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in Prozent): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Zinsabschlag 44/44/12. —

3 Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. — 4 Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. — 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in Prozent) für 2009: 53,9/44,1/2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. — 6 Anteile von Bund/Ländern (in Prozent) für 2009: 21,3/78,7. — 7 Aufgliederung s. Tab. IX. 7.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)							Ländersteuern 1)					Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherungs- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2003	43 188	14 094	10 280	8 870	.	6 531	2 204	1 442	7 336	4 800	3 373	3 205	34 477	24 139	9 658
2004	41 782	13 630	10 108	8 751	.	6 597	2 195	1 492	7 740	4 646	4 284	3 105	38 982	28 373	9 939
2005	40 101	14 273	10 315	8 750	.	6 462	2 142	1 465	8 674	4 791	4 097	3 018	42 941	32 129	10 247
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	.	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2008 1.Vj.	4 668	2 547	3 192	4 540	.	1 547	626	394	2 590	1 676	1 087	761	12 956	10 330	2 444
2.Vj.	9 570	3 267	3 502	1 950	.	1 594	479	338	2 290	1 461	1 301	624	13 813	10 850	2 815
3.Vj.	9 807	3 649	3 059	2 078	.	1 464	488	343	2 050	1 398	1 361	632	13 634	10 281	3 184
4.Vj.	15 203	4 111	3 392	1 911	.	1 655	533	396	1 912	1 193	1 022	579	12 065	9 577	2 364
2009 1.Vj.	4 777	2 365	3 191	4 502	.	1 560	594	372	2 284	1 165	1 144	758	12 021	9 370	2 452
2.Vj.	10 059	3 560	3 057	1 999	.	1 569	478	363	2 114	1 131	1 334	608	11 447	8 433	2 860
3.Vj.	9 883	3 499	2 638	2 096	1 907	1 582	488	335	0	1 297	1 123	604	10 216	6 800	3 233
4.Vj.	15 103	3 942	3 040	1 952	1 897	1 567	542	402	-	1 264	950	601	10 344	7 818	2 391
2010 1.Vj.	4 446	2 462	2 856	4 496	2 345	1 498	526	372	-	1 229	918	667	10 374	7 641	2 518
2.Vj.	9 596	3 327	3 100	2 060	2 235	1 570	437	357	-	1 207	1 115	591
2009 Juli	3 192	1 283	787	569	661	518	157	108	23	444	482	200	.	.	.
Aug.	3 167	1 144	607	1 017	578	528	160	115	-	418	340	197	.	.	.
2010 Juli	3 306	1 225	708	564	723	499	165	118	-	449	385	208	.	.	.
Aug.	3 359	1 208	635	1 006	647	507	159	118	-	477	447	179	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Für die Summe siehe Tabelle IX. 6. — 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchun-

gen bei den Ländern in der Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. — 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2003	229 371	156 510	71 447	231 362	196 038	15 178	- 1 991	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2004 8)	231 684	156 535	71 680	233 011	198 587	14 258	- 1 327	5 158	4 980	19	41	118	4 834
2005	229 428	156 264	71 917	233 357	199 873	13 437	- 3 929	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2008 1.Vj.	57 611	39 028	18 241	58 952	50 795	3 473	- 1 341	10 730	9 459	1 095	46	130	4 792
2.Vj.	60 574	41 958	18 241	59 346	50 714	3 482	+ 1 228	11 923	10 267	1 466	61	128	4 704
3.Vj.	59 525	40 769	18 215	60 124	51 418	3 539	- 599	11 727	10 421	1 128	50	127	4 690
4.Vj.	64 495	45 851	18 231	60 100	51 301	3 548	+ 4 395	16 912	16 399	336	50	126	4 677
2009 1.Vj.	58 681	39 891	18 500	60 105	51 554	3 633	- 1 424	14 902	14 699	15	56	132	4 618
2.Vj.	60 812	42 140	18 384	60 263	51 410	3 626	+ 549	15 280	15 082	15	59	124	4 593
3.Vj.	59 783	41 142	18 364	61 841	52 869	3 580	- 2 058	13 647	13 428	40	60	119	4 585
4.Vj.	64 864	46 005	18 594	61 993	52 917	3 583	+ 2 871	16 812	16 608	23	61	120	4 582
2010 1.Vj.	59 761	40 601	18 917	61 861	53 059	3 582	- 2 100	14 922	14 717	20	64	120	4 490
2.Vj.	62 249	43 054	18 923	61 999	53 006	3 585	+ 250	15 254	15 053	20	69	112	4 478

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. — * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrech-

nung. — 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger. — 8 Einnahmen einschl. Erlös aus Beteiligungsverkauf.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben								Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes	
	ins-gesamt 1)	darunter:		ins-gesamt 3)	Arbeits-losen-unterstützun-gen 4) 5)	davon:			beruf-liche Förde-rung 5) 6)	davon:				Umlagen-finanzierte Maßnah-men 7)
		Beiträge	Um-lagen 2)			West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	West-deutsch-land		Ost-deutsch-land				
2003	50 635	47 337	2 081	56 850	29 735	21 528	8 207	19 155	10 564	8 591	1 948	- 6 215	6 215	
2004	50 314	47 211	1 674	54 490	29 746	21 821	7 925	16 843	9 831	7 011	1 641	- 4 176	4 175	
2005	52 692	46 989	1 436	53 089	27 654	20 332	7 322	11 590	7 421	4 169	1 450	- 397	397	
2006	55 384	51 176	1 123	44 162	23 249	17 348	5 901	9 259	6 185	3 074	1 089	+ 11 221	0	
2007	42 838	32 264	971	36 196	17 356	13 075	4 282	8 370	5 748	2 623	949	+ 6 643	-	
2008	38 289	26 452	974	39 407	14 283	10 652	3 631	8 712	6 222	2 490	920	- 1 118	-	
2009	34 254	22 046	1 000	48 057	20 866	16 534	4 332	11 595	8 794	2 801	1 946	- 13 803	-	
2008 1.Vj.	8 714	5 955	83	11 295	4 299	3 183	1 116	2 088	1 473	615	327	- 2 581	-	
2.Vj.	9 690	6 931	211	10 367	3 739	2 761	978	2 182	1 556	626	255	- 677	-	
3.Vj.	9 330	6 317	272	8 648	3 245	2 442	804	2 053	1 462	592	149	+ 683	-	
4.Vj.	10 555	7 248	409	9 098	3 001	2 267	733	2 389	1 731	657	189	+ 1 458	-	
2009 1.Vj.	6 283	5 248	192	10 396	4 723	3 556	1 167	2 318	1 688	630	480	- 4 113	-	
2.Vj.	6 490	5 421	261	12 391	5 563	4 376	1 187	2 893	2 193	700	491	- 5 901	-	
3.Vj.	6 853	5 316	250	12 480	5 465	4 439	1 026	3 026	2 325	701	630	- 5 626	-	
4.Vj.	14 627	6 061	296	12 790	5 115	4 163	951	3 358	2 588	770	345	+ 1 837	-	
2010 1.Vj.	10 020	5 196	714	11 681	6 475	5 112	1 362	2 957	2 263	694	208	- 1 661	-	
2.Vj.	10 649	5 601	784	10 501	5 264	4 148	1 116	2 872	2 204	668	184	+ 148	-	

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für das Insolvenzgeld. — 3 Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbetrag an den Bund. — 4 Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. — 5 Einschl. Kran-

ken-, Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge. — 6 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltsicherung und Existenzgründungszuschüsse. — 7 Winterbauförderung und Insolvenzgeld.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Kranken-haus-behand-lung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben 5)	
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2003	141 654	138 383	.	145 095	46 800	24 218	24 301	11 819	9 409	6 973	8 206	- 3 441
2004	144 279	140 120	1 000	140 260	47 594	21 811	22 955	11 263	8 281	6 367	8 196	+ 4 020
2005	145 742	140 250	2 500	144 071	48 959	25 358	23 096	9 928	8 284	5 868	8 303	+ 1 671
2006	149 929	142 183	4 200	148 297	50 327	25 835	23 896	10 364	8 303	5 708	8 319	+ 1 632
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 758	158 594	7 200	170 823	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 947	- 1 065
2008 1.Vj.	37 937	37 136	-	39 010	13 410	7 084	6 409	2 711	2 011	1 643	1 898	- 1 073
2.Vj.	40 361	38 491	1 250	40 232	13 387	7 339	6 434	2 728	2 292	1 644	2 021	+ 129
3.Vj.	39 185	38 338	-	39 733	13 012	7 215	6 415	2 660	2 271	1 602	2 045	- 548
4.Vj.	44 387	41 838	1 250	42 165	12 913	7 588	6 812	2 894	2 461	1 672	2 704	+ 2 222
2009 1.Vj.	42 502	39 324	2 575	41 432	14 154	7 463	6 969	2 797	2 095	1 822	1 977	+ 1 069
2.Vj.	42 540	40 464	1 377	42 400	14 092	7 652	6 810	2 857	2 392	1 779	2 083	+ 140
3.Vj.	42 752	38 827	3 002	42 548	13 967	7 574	6 981	2 684	2 437	1 746	2 324	+ 204
4.Vj.	41 635	39 992	246	44 445	13 892	8 052	7 021	2 904	2 607	1 895	2 604	- 2 809
2010 1.Vj. 6)	43 093	38 542	3 878	43 274	14 769	7 555	6 933	2 871	2 363	1 996	2 130	- 182
2.Vj.	44 440	39 826	3 889	43 999	14 384	7 876	6 815	2 882	2 664	1 955	2 261	+ 441

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. — 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. — 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. —

4 Einschl. Zahnersatz. — 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. — 6 Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2003	16 844	16 665	17 468	2 361	8 183	4 090	951	853	-	624
2004	16 817	16 654	17 605	2 365	8 349	4 049	925	851	-	788
2005	17 526	17 385	17 891	2 409	8 516	4 050	890	875	-	366
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009 p)	21 314	21 189	20 327	2 754	9 288	4 467	877	996	+	987
2008 1.Vj.	4 421	4 381	4 681	641	2 229	1 022	210	255	-	261
2.Vj.	4 597	4 563	4 703	634	2 251	1 025	221	230	-	106
3.Vj.	5 167	5 133	4 872	665	2 280	1 089	218	234	+	295
4.Vj.	5 583	5 535	4 884	662	2 293	1 103	219	220	+	698
2009 1.Vj.	5 110	5 082	4 970	676	2 284	1 104	215	274	+	139
2.Vj.	5 275	5 253	4 977	662	2 308	1 100	217	248	+	298
3.Vj.	5 279	5 239	5 157	706	2 338	1 115	219	246	+	122
4.Vj.	5 650	5 614	5 223	710	2 358	1 148	225	228	+	427
2010 1.Vj.	5 241	5 175	5 298	722	2 362	1 151	217	264	-	56
2.Vj.	5 398	5 369	5 302	707	2 378	1 167	219	258	+	95

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Seit 2005: Einschl. Sonder-

beitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). — 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen	Stand am Jahres- bzw. Quartalsende
	brutto 2)	netto			
2004	+ 227 441	+ 44 410	+ 1 844	+ 802	2004
2005	+ 224 922	+ 35 479	+ 4 511	+ 6 041	2005
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308	2006
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900	2007
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036	2008
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106	2009
2008 1.Vj.	+ 69 510	+ 10 443	+ 12 306	- 705	2008 1.Vj.
2.Vj.	+ 52 618	+ 7 478	+ 4 872	+ 10 289	2.Vj.
3.Vj.	+ 53 933	- 2 231	- 10 736	- 12 088	3.Vj.
4.Vj.	+ 57 296	+ 10 519	+ 447	+ 11 541	4.Vj.
2009 1.Vj.	+ 66 560	+ 20 334	- 2 256	- 7 856	2009 1.Vj.
2.Vj.	+ 96 270	+ 46 283	- 2 791	+ 26 434	2.Vj.
3.Vj.	+ 82 451	+ 1 343	+ 1 268	- 15 901	3.Vj.
4.Vj.	+ 67 448	- 1 139	- 4 406	- 2 572	4.Vj.
2010 1.Vj.	+ 74 369	+ 12 637	- 5 322	- 1 520	2010 1.Vj. p)
2.Vj.	+ 83 082	+ 3 666	- 4 143	+ 1 950	

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. — 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin) und Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“. — 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2004	1 430 582	4 440	544 200	430	306 912	574 600
2005	1 489 029	4 440	518 500	488	312 201	653 400
2006	1 533 697	4 440	496 900	480	329 177	702 700
2007	1 540 381	4 440	457 000	476	316 665	761 800
2008	1 564 590	4 440	435 700	510	320 640	803 300
2009	1 657 842	4 440	438 800	516	332 786	881 300
2008 1.Vj.	1 541 759	4 440	467 300	475	305 144	764 400
2.Vj.	1 554 151	4 440	462 200	506	292 406	794 600
3.Vj.	1 547 336	4 440	431 900	506	295 090	815 400
4.Vj.	1 564 590	4 440	435 700	510	320 640	803 300
2009 1.Vj.	1 594 403	4 440	426 200	514	322 049	841 200
2.Vj.	1 646 307	4 440	430 400	520	324 447	886 500
3.Vj.	1 651 955	4 440	439 600	520	320 395	887 000
4.Vj.	1 657 842	4 440	438 800	516	332 786	881 300
2010 1.Vj. p)	1 678 191	4 440	450 200	518	338 733	884 300

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Als Differenz ermittelt.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2004	1 430 582	35 722	279 796	168 958	10 817	495 547	.	379 984	430	53 672	5 572	84
2005	1 489 029	36 945	310 044	174 423	11 055	521 801	.	366 978	488	62 765	4 443	88
2006	1 533 697	37 834	320 288	179 940	10 199	552 028	.	356 514	480	71 889	4 443	82
2007	1 540 381	39 510	329 108	177 394	10 287	574 512	.	329 588	476	74 988	4 443	76
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	510	82 781	4 443	73
2009 1.Vj.	1 594 403	70 065	341 419	177 859	9 436	586 340	3 413	320 277	514	80 564	4 443	74
2.Vj.	1 646 307	98 920	354 154	174 146	9 490	600 012	3 185	310 665	520	90 699	4 443	73
3.Vj.	1 651 955	109 876	347 083	181 326	9 450	587 608	2 746	315 889	520	92 945	4 443	72
4.Vj.	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	507	103 014	4 442	71
2010 1.Vj. p)	1 678 191	93 830	374 088	191 722	9 441	602 650	2 286	297 874	508	101 276	4 442	73
Bund 7) 8) 9) 10) 11)												
2004	812 123	34 440	95 638	159 272	10 817	460 380	.	34 835	333	10 751	5 572	83
2005	886 254	36 098	108 899	174 371	11 055	510 866	.	29 318	408	10 710	4 443	87
2006	918 911	37 798	103 624	179 889	10 199	541 404	.	30 030	408	11 036	4 443	82
2007	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	.	22 829	408	10 928	4 443	75
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	448	10 674	4 443	72
2009 1.Vj.	986 530	64 653	104 571	177 859	9 436	586 225	3 413	24 804	448	10 605	4 443	74
2.Vj.	1 032 813	95 758	113 060	174 146	9 490	599 898	3 185	21 634	448	10 680	4 443	72
3.Vj.	1 034 156	107 415	107 171	181 326	9 450	587 493	2 746	22 877	448	10 718	4 443	71
4.Vj.	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	448	10 700	4 442	70
2010 1.Vj.	1 045 654	93 630	117 695	191 722	9 441	602 345	2 286	13 303	448	10 270	4 442	73
2.Vj.	1 049 321	82 511	120 801	192 682	9 438	617 682	2 123	8 859	408	10 300	4 440	77
Länder												
2004	448 672	1 282	179 620	228 644	3	39 122	.	1
2005	471 375	847	201 146	221 163	3	48 216	.	1
2006	481 850	36	216 665	209 270	2	55 876	.	1
2007	484 373	2 125	227 025	194 956	2	60 264	.	1
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009 1.Vj.	492 771	5 411	236 849	184 415	6	66 090	.	1
2.Vj.	497 725	3 161	241 094	177 307	12	76 149	.	1
3.Vj.	501 092	2 461	239 911	180 349	12	78 358	.	1
4.Vj.	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010 1.Vj. p)	511 619	200	256 393	167 878	10	87 137	.	1
2.Vj. p)	515 471	150	258 111	168 581	10	88 618	.	1
Gemeinden 12)												
2004	112 538	812	.	108 231	86	3 410	.	.
2005	116 033	466	.	111 889	77	3 601	.	.
2006	118 380	256	.	113 265	70	4 789	.	.
2007	115 920	256	.	111 803	66	3 796	.	.
2008	114 518	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009 1.Vj.	115 102	114	.	111 058	60	3 870	.	.
2.Vj.	115 769	114	.	111 725	60	3 870	.	.
3.Vj.	116 707	114	.	112 663	60	3 870	.	.
4.Vj.	119 466	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010 1.Vj. p)	120 918	305	.	116 693	50	3 870	.	.
Sondervermögen 7) 8) 9) 13)												
2004	57 250	.	4 538	9 685	.	34 355	.	8 274	8	389	.	.
2005	15 367	.	.	51	.	10 469	.	4 609	.	238	.	.
2006	14 556	.	.	51	.	10 368	.	3 950	.	188	.	.
2007	100	100
2008
2009 1.Vj.
2.Vj.
3.Vj.
4.Vj.
2010 1.Vj.
2.Vj.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Einschl. Finanzierungsschätze. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im Wesentlichen Schulscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – ent-

sprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Jan. 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 10 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin). — 11 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. — 12 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. — 13 ERP-Sondervermögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2008			2009			2010						
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
	Index 2000=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	116,7	112,7	93,9	3,8	- 3,4	- 16,7	- 12,2	- 20,3	- 22,9	- 15,9	- 6,9	7,0	13,2
Baugewerbe	78,7	77,9	76,5	- 0,1	- 1,0	- 1,8	- 3,1	- 5,5	- 3,3	0,7	0,5	- 0,9	4,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	113,9	118,9	111,8	3,4	4,4	- 6,0	1,4	- 6,8	- 7,5	- 5,8	- 3,7	0,5	2,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	115,1	118,2	116,8	4,5	2,7	- 1,2	1,4	- 1,2	- 1,7	- 1,3	- 0,5	1,0	1,5
Öffentliche und private Dienstleister 3)	106,0	108,5	110,4	1,1	2,4	1,7	2,7	1,1	1,5	1,9	2,5	2,7	1,9
Bruttowertschöpfung	111,1	112,3	106,4	3,1	1,1	- 5,3	- 2,2	- 6,8	- 7,6	- 4,9	- 1,9	2,6	4,4
Bruttoinlandsprodukt 4)	109,3	110,4	105,2	2,7	1,0	- 4,7	- 1,9	- 6,3	- 6,8	- 4,4	- 1,3	2,1	4,1
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	102,8	103,5	103,3	- 0,2	0,7	- 0,2	0,0	- 0,2	0,3	- 0,6	- 0,3	- 0,7	- 0,7
Konsumausgaben des Staates	104,7	107,2	110,2	1,6	2,3	2,9	2,2	3,3	2,7	3,3	2,1	3,2	3,1
Ausrüstungen	122,8	127,2	98,4	10,7	3,5	- 22,6	- 3,0	- 20,6	- 25,7	- 23,4	- 20,5	1,3	9,5
Bauten	86,0	87,0	85,7	- 0,5	1,2	- 1,5	- 1,2	- 6,1	- 3,4	0,9	2,1	- 1,0	5,2
Sonstige Anlagen 6)	136,2	145,0	153,2	6,8	6,5	5,6	5,7	5,7	5,0	5,8	6,1	6,2	6,7
Vorratsveränderungen 7) 8)	.	.	.	0,1	- 0,2	- 0,3	0,4	0,0	- 0,7	0,1	- 0,5	0,1	1,4
Inländische Verwendung	101,5	102,7	100,8	1,2	1,2	- 1,9	0,5	- 1,6	- 2,6	- 1,4	- 2,0	0,3	2,9
Außenbeitrag 8)	.	.	.	1,5	- 0,1	- 2,9	- 2,4	- 4,9	- 4,4	- 3,1	0,6	1,8	1,4
Exporte	164,4	168,6	144,5	7,6	2,5	- 14,3	- 5,7	- 16,7	- 19,9	- 15,3	- 4,7	8,3	19,1
Importe	141,4	146,0	132,3	5,0	3,3	- 9,4	- 1,0	- 8,0	- 13,0	- 9,9	- 6,7	4,4	17,8
Bruttoinlandsprodukt 4)	109,3	110,4	105,2	2,7	1,0	- 4,7	- 1,9	- 6,3	- 6,8	- 4,4	- 1,3	2,1	4,1
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 378,9	1 413,2	1 411,1	1,6	2,5	- 0,2	1,1	- 0,3	0,3	- 0,9	0,2	1,2	1,2
Konsumausgaben des Staates	434,9	449,6	472,1	2,2	3,4	5,0	2,8	5,5	4,9	6,1	3,6	4,2	3,7
Ausrüstungen	196,0	201,6	154,7	9,9	2,9	- 23,3	- 3,6	- 21,2	- 26,3	- 24,1	- 21,3	0,1	8,1
Bauten	231,0	241,5	240,1	5,7	4,5	- 0,6	2,1	- 3,8	- 2,4	0,8	2,7	- 0,9	6,5
Sonstige Anlagen 6)	27,6	28,3	27,9	3,7	2,8	- 1,4	1,5	- 0,5	- 1,7	- 2,0	- 1,4	0,6	1,3
Vorratsveränderungen 7)	- 8,8	- 12,4	- 27,3
Inländische Verwendung	2 259,6	2 321,8	2 278,6	3,0	2,8	- 1,9	1,4	- 1,5	- 2,6	- 1,6	- 1,8	1,6	4,4
Außenbeitrag	172,8	159,5	118,5
Exporte	1 141,2	1 177,9	978,8	8,1	3,2	- 16,9	- 5,4	- 18,9	- 23,1	- 18,5	- 6,5	8,8	22,4
Importe	968,4	1 018,4	860,3	5,0	5,2	- 15,5	- 0,8	- 13,2	- 19,5	- 17,6	- 11,5	5,5	23,7
Bruttoinlandsprodukt 4)	2 432,4	2 481,2	2 397,1	4,6	2,0	- 3,4	- 1,0	- 5,2	- 5,7	- 2,8	0,0	3,1	4,9
IV. Preise (2000 = 100)													
Privater Konsum	110,5	112,4	112,5	1,8	1,7	0,1	1,1	- 0,1	0,0	- 0,3	0,6	1,9	2,0
Bruttoinlandsprodukt	107,9	109,0	110,5	1,8	1,0	1,4	1,0	1,3	1,2	1,7	1,3	0,9	0,7
Terms of Trade	100,3	99,1	103,1	0,5	- 1,2	4,0	0,1	3,3	3,8	5,3	3,4	- 0,5	- 2,1
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 181,0	1 223,3	1 225,9	2,7	3,6	0,2	3,4	1,4	0,4	- 0,2	- 0,6	1,3	2,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	656,9	647,7	566,0	4,3	- 1,4	- 12,6	- 12,7	- 21,1	- 21,6	- 7,4	1,9	17,3	21,9
Volkseinkommen	1 837,8	1 871,0	1 791,8	3,3	1,8	- 4,2	- 1,9	- 7,2	- 7,3	- 2,8	0,2	6,5	8,3
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 475,2	2 520,9	2 430,9	4,2	1,8	- 3,6	- 1,2	- 5,4	- 5,7	- 3,0	- 0,3	3,2	4,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2010. — 1 Einschl. Nachrichtenvermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert

mit Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettozugang an Wertsachen. — 8 Wachstumsbeitrag zum BIP.

X. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Bauhauptgewerbe	Energie	Industrie					darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
			zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallergüssen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2005=100												
Gewicht in % ¹⁾	100,00	5,56	8,76	85,69	33,96	35,37	2,78	13,58	12,15	10,82	12,48	12,34
Zeit												
2005	99,7	99,5	100,1	99,7	99,7	99,6	99,7	99,6	99,7	99,8	99,5	99,7
2006	105,4	105,8	101,0	105,8	107,1	106,0	107,3	101,7	107,3	112,9	107,5	102,6
2007	111,6	108,9	98,2	113,1	114,6	114,9	108,4	105,8	114,0	124,4	119,4	109,7
2008	111,5	108,3	95,6	113,3	114,2	116,8	104,0	104,4	114,4	128,8	124,5	104,5
2009	94,3	108,2	90,7	93,7	93,3	92,0	87,6	100,6	87,5	100,8	92,2	82,0
2008 Dez.	95,5	84,9	99,8	95,7	82,6	107,6	84,6	99,6	80,0	109,7	136,3	61,6
2009 Jan.	86,8	58,8	105,4	86,7	86,8	82,0	84,8	98,8	82,3	95,7	86,2	68,0
Febr.	86,4	67,5	93,2	86,9	86,7	84,0	85,1	95,4	82,3	96,6	90,4	65,4
März	97,3	104,3	92,6	97,3	93,8	99,0	93,2	102,3	87,4	104,3	105,0	84,4
April	89,0	117,6	82,4	87,8	87,1	84,6	83,6	98,9	81,0	91,3	86,9	70,2
Mai	91,8	117,7	80,9	91,3	90,6	90,2	83,2	97,8	84,0	93,7	89,1	83,6
Juni	96,4	123,9	84,2	95,9	94,7	97,0	83,9	98,3	88,6	98,6	95,2	91,2
Juli	94,6	126,2	86,1	93,4	95,6	89,9	80,1	99,7	87,8	99,2	86,0	83,7
Aug.	88,9	122,1	84,4	87,2	92,3	79,1	74,0	98,0	84,6	95,9	78,5	65,1
Sept.	103,3	129,1	85,9	103,4	102,0	104,2	99,4	105,8	96,0	109,2	102,5	103,1
Okt.	102,0	126,0	93,5	101,3	103,5	97,5	98,5	106,6	97,1	111,8	89,9	97,8
Nov.	103,7	121,2	95,7	103,4	103,4	101,8	102,7	107,8	99,3	113,9	93,0	99,8
Dez.	91,1	84,0	103,6	90,3	83,2	94,8	82,8	97,9	79,5	99,7	103,4	71,4
2010 Jan.	89,8	49,3	110,4	90,3	95,3	82,7	89,0	97,7	88,3	99,7	77,6	82,5
Febr.	91,6	55,4	99,8	93,1	96,0	89,9	91,8	94,2	91,0	103,3	83,2	91,8
März	106,3	105,1	98,1	107,2	109,3	106,5	99,7	105,6	105,4	115,7	103,4	108,2
April ^{r)}	101,2	123,2	90,1	100,9	106,1	97,5	91,0	98,9	100,3	110,1	93,1	99,6
Mai ^{r)}	103,4	122,8	91,4	103,4	108,9	100,5	92,3	99,5	102,6	113,2	95,7	104,6
Juni ^{r)}	106,6	127,6	83,5	107,6	110,8	108,1	96,6	100,6	105,9	120,1	104,7	108,9
Juli ^{x) r)}	104,9	132,5	86,2	105,0	110,9	101,1	90,2	103,4	104,1	120,1	99,4	97,3
Aug. ^{x) p)}	98,4	124,2	84,5	98,2	106,0	90,3	85,0	101,7	98,0	115,6	94,6	78,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2005	+ 3,0	- 5,4	+ 0,4	+ 3,9	+ 3,0	+ 5,0	+ 0,1	+ 3,9	+ 1,5	+ 8,8	+ 5,1	+ 4,2
2006	+ 5,7	+ 6,3	+ 0,9	+ 6,1	+ 7,4	+ 6,4	+ 7,6	+ 2,1	+ 7,6	+ 13,1	+ 8,0	+ 2,9
2007	+ 5,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 6,9	+ 7,0	+ 8,4	+ 1,0	+ 4,0	+ 6,2	+ 10,2	+ 11,1	+ 6,9
2008	- 0,1	- 0,6	- 2,6	+ 0,2	- 0,3	+ 1,7	- 4,1	- 1,3	+ 0,4	+ 3,5	+ 4,3	- 4,7
2009	- 15,4	- 0,1	- 5,1	- 17,3	- 18,3	- 21,2	- 15,8	- 3,6	- 23,5	- 21,7	- 25,9	- 21,5
2008 Dez.	- 11,2	- 3,7	- 9,0	- 11,9	- 18,6	- 9,5	- 14,8	- 2,1	- 20,7	- 11,4	- 0,4	- 31,4
2009 Jan.	- 18,4	- 25,0	+ 0,6	- 20,0	- 22,7	- 23,6	- 16,8	- 3,8	- 26,4	- 22,0	- 20,5	- 34,9
Febr.	- 21,0	- 20,7	- 4,8	- 22,4	- 24,0	- 27,0	- 20,8	- 4,8	- 28,2	- 23,2	- 21,8	- 43,9
März	- 19,6	+ 4,1	- 12,0	- 21,5	- 25,4	- 22,8	- 20,5	- 6,2	- 31,3	- 25,8	- 21,4	- 32,4
April	- 22,0	+ 6,4	- 17,4	- 24,2	- 26,8	- 28,9	- 22,1	- 2,6	- 32,5	- 28,4	- 29,9	- 39,7
Mai	- 17,4	+ 2,8	- 12,8	- 19,0	- 22,7	- 21,1	- 14,2	- 2,9	- 28,6	- 25,8	- 25,4	- 21,5
Juni	- 17,1	+ 2,8	- 3,3	- 19,3	- 21,3	- 22,3	- 21,1	- 4,2	- 27,9	- 26,3	- 29,1	- 20,6
Juli	- 16,4	+ 2,9	- 3,3	- 18,8	- 19,8	- 22,9	- 15,8	- 4,4	- 25,9	- 24,4	- 32,0	- 20,2
Aug.	- 16,1	+ 3,8	- 1,5	- 18,7	- 19,0	- 23,8	- 17,7	- 5,3	- 24,9	- 23,8	- 31,0	- 22,8
Sept.	- 12,2	+ 3,1	- 4,1	- 13,8	- 14,4	- 17,2	- 14,1	- 1,8	- 19,9	- 19,6	- 20,8	- 9,5
Okt.	- 11,8	+ 2,3	- 4,6	- 13,5	- 11,9	- 18,2	- 13,1	- 4,5	- 17,4	- 15,9	- 28,6	- 6,2
Nov.	- 7,5	+ 3,7	- 1,8	- 8,7	- 4,9	- 15,0	- 8,1	- 0,8	- 9,2	- 14,7	- 26,5	- 1,2
Dez.	- 4,6	- 1,1	+ 3,8	- 5,6	+ 0,7	- 11,9	- 2,1	- 1,7	- 0,6	- 9,1	- 24,1	+ 15,9
2010 Jan.	+ 3,5	- 16,2	+ 4,7	+ 4,2	+ 9,8	+ 0,9	+ 5,0	- 1,1	+ 7,3	+ 4,2	- 10,0	+ 21,3
Febr.	+ 6,0	- 17,9	+ 7,1	+ 7,1	+ 10,7	+ 7,0	+ 7,9	- 1,3	+ 10,6	+ 6,9	- 8,0	+ 40,4
März	+ 9,2	+ 0,8	+ 5,9	+ 10,2	+ 16,5	+ 7,6	+ 7,0	+ 3,2	+ 20,6	+ 10,9	- 1,5	+ 28,2
April ^{r)}	+ 13,7	+ 4,8	+ 9,3	+ 14,9	+ 21,8	+ 15,2	+ 8,9	± 0,0	+ 23,8	+ 20,6	+ 7,1	+ 41,9
Mai ^{r)}	+ 12,6	+ 4,3	+ 13,0	+ 13,3	+ 20,2	+ 11,4	+ 10,9	+ 1,7	+ 22,1	+ 20,8	+ 7,4	+ 25,1
Juni ^{r)}	+ 10,6	+ 3,0	- 0,8	+ 12,2	+ 17,0	+ 11,4	+ 15,1	+ 2,3	+ 19,5	+ 21,8	+ 10,0	+ 19,4
Juli ^{x) r)}	+ 10,9	+ 5,0	+ 0,1	+ 12,4	+ 16,0	+ 12,5	+ 12,6	+ 3,7	+ 18,6	+ 21,1	+ 15,6	+ 16,2
Aug. ^{x) p)}	+ 10,7	+ 1,7	+ 0,1	+ 12,6	+ 14,8	+ 14,2	+ 14,9	+ 3,8	+ 15,8	+ 20,5	+ 20,5	+ 19,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. — ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — ¹⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden

Gewerbes im Basisjahr 2005. — x) Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung.

X. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Industrie		davon:																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																								
	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon:																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		
			2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																
insgesamt																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
2005	99,7	+ 6,5	99,7	+ 5,6	99,7	+ 7,3	99,7	+ 5,5	99,7	- 1,5	99,8	+ 8,1	2006	110,7	+ 11,0	113,9	+ 14,2	109,4	+ 9,7	105,3	+ 5,6	108,4	+ 8,7	104,3	+ 4,5	2007	123,0	+ 11,1	125,2	+ 9,9	123,3	+ 12,7	111,9	+ 6,3	110,3	+ 1,8	112,5	+ 7,9	2008	115,5	- 6,1	121,2	- 3,2	112,9	- 8,4	108,1	- 3,4	103,5	- 6,2	109,7	- 2,5	2009	87,5	- 24,2	89,3	- 26,3	85,2	- 24,5	94,8	- 12,3	88,5	- 14,5	96,9	- 11,7	2009 Aug.	83,9	- 24,3	87,7	- 25,7	80,1	- 24,5	93,0	- 16,2	76,0	- 20,7	98,8	- 15,0	2009 Sept.	95,3	- 16,3	97,6	- 20,0	92,9	- 14,6	101,7	- 9,3	110,6	- 3,7	98,7	- 11,2	2009 Okt.	92,0	- 12,6	98,1	- 14,5	86,9	- 11,8	99,2	- 9,2	100,9	- 8,8	98,5	- 9,4	2009 Nov.	96,8	- 1,6	101,0	- 1,6	93,6	- 1,0	99,7	- 6,4	99,4	- 4,1	99,7	- 7,3	2009 Dez.	89,5	+ 4,8	87,2	+ 4,7	91,4	+ 6,3	87,0	- 4,0	86,9	+ 5,7	87,0	- 6,9	2010 Jan.	97,5	+ 19,9	104,8	+ 22,9	92,5	+ 20,8	99,0	+ 3,3	93,5	+ 11,4	100,9	+ 1,0	2010 Febr.	98,5	+ 24,5	103,8	+ 32,7	94,6	+ 22,7	100,9	+ 3,1	94,1	+ 19,4	103,3	- 1,0	2010 März	113,2	+ 27,2	119,3	+ 37,9	110,0	+ 22,9	107,6	+ 9,7	107,3	+ 21,2	107,7	+ 6,2	2010 April	106,1	+ 33,0	115,7	+ 40,8	101,6	+ 31,8	94,3	+ 7,9	99,5	+ 23,6	92,6	+ 3,1	2010 Mai	106,7	+ 28,6	114,4	+ 36,0	103,0	+ 26,5	97,6	+ 9,4	104,4	+ 25,9	95,4	+ 4,5	2010 Juni	115,5	+ 28,8	118,6	+ 29,3	115,7	+ 31,2	100,4	+ 10,5	106,7	+ 21,7	98,2	+ 6,9	2010 Juli	110,7	+ 22,7	119,2	+ 30,0	105,7	+ 20,0	106,3	+ 8,9	104,2	+ 21,6	107,1	+ 5,3	2010 Aug. p)	104,5	+ 24,6	109,1	+ 24,4	102,1	+ 27,5	100,3	+ 7,8	89,9	+ 18,3	104,0	+ 5,3	aus dem Inland															2005	99,7	+ 3,4	99,7	+ 4,0	99,6	+ 2,8	99,7	+ 4,2	99,7	- 3,2	99,7	+ 6,7	2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,3	+ 3,6	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2	2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	106,9	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2	2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,8	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0	2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8	2009 Aug.	86,8	- 22,5	89,6	- 26,9	84,1	- 19,0	88,8	- 17,7	81,9	- 14,2	91,1	- 18,7	2009 Sept.	93,1	- 18,9	97,6	- 20,8	88,3	- 18,7	98,4	- 10,5	121,9	+ 1,1	90,7	- 14,8	2009 Okt.	92,7	- 13,1	101,2	- 11,8	85,8	- 14,3	90,7	- 14,0	103,7	- 9,5	86,4	- 15,7	2009 Nov.	95,1	- 1,9	103,9	+ 2,6	88,6	- 3,9	89,6	- 12,8	97,4	- 12,3	87,0	- 13,0	2009 Dez.	84,5	+ 2,1	87,5	+ 7,9	82,8	- 0,6	79,4	- 9,4	82,6	- 3,6	78,3	- 11,2	2010 Jan.	96,2	+ 12,0	105,0	+ 21,5	90,2	+ 6,4	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3	2010 Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7	2010 März	110,0	+ 22,1	120,1	+ 40,0	104,1	+ 11,1	95,9	+ 5,7	99,8	+ 12,4	94,6	+ 3,6	2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7
2009 Aug.	83,9	- 24,3	87,7	- 25,7	80,1	- 24,5	93,0	- 16,2	76,0	- 20,7	98,8	- 15,0	2009 Sept.	95,3	- 16,3	97,6	- 20,0	92,9	- 14,6	101,7	- 9,3	110,6	- 3,7	98,7	- 11,2	2009 Okt.	92,0	- 12,6	98,1	- 14,5	86,9	- 11,8	99,2	- 9,2	100,9	- 8,8	98,5	- 9,4	2009 Nov.	96,8	- 1,6	101,0	- 1,6	93,6	- 1,0	99,7	- 6,4	99,4	- 4,1	99,7	- 7,3	2009 Dez.	89,5	+ 4,8	87,2	+ 4,7	91,4	+ 6,3	87,0	- 4,0	86,9	+ 5,7	87,0	- 6,9	2010 Jan.	97,5	+ 19,9	104,8	+ 22,9	92,5	+ 20,8	99,0	+ 3,3	93,5	+ 11,4	100,9	+ 1,0	2010 Febr.	98,5	+ 24,5	103,8	+ 32,7	94,6	+ 22,7	100,9	+ 3,1	94,1	+ 19,4	103,3	- 1,0	2010 März	113,2	+ 27,2	119,3	+ 37,9	110,0	+ 22,9	107,6	+ 9,7	107,3	+ 21,2	107,7	+ 6,2	2010 April	106,1	+ 33,0	115,7	+ 40,8	101,6	+ 31,8	94,3	+ 7,9	99,5	+ 23,6	92,6	+ 3,1	2010 Mai	106,7	+ 28,6	114,4	+ 36,0	103,0	+ 26,5	97,6	+ 9,4	104,4	+ 25,9	95,4	+ 4,5	2010 Juni	115,5	+ 28,8	118,6	+ 29,3	115,7	+ 31,2	100,4	+ 10,5	106,7	+ 21,7	98,2	+ 6,9	2010 Juli	110,7	+ 22,7	119,2	+ 30,0	105,7	+ 20,0	106,3	+ 8,9	104,2	+ 21,6	107,1	+ 5,3	2010 Aug. p)	104,5	+ 24,6	109,1	+ 24,4	102,1	+ 27,5	100,3	+ 7,8	89,9	+ 18,3	104,0	+ 5,3	aus dem Inland															2005	99,7	+ 3,4	99,7	+ 4,0	99,6	+ 2,8	99,7	+ 4,2	99,7	- 3,2	99,7	+ 6,7	2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,3	+ 3,6	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2	2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	106,9	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2	2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,8	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0	2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8	2009 Aug.	86,8	- 22,5	89,6	- 26,9	84,1	- 19,0	88,8	- 17,7	81,9	- 14,2	91,1	- 18,7	2009 Sept.	93,1	- 18,9	97,6	- 20,8	88,3	- 18,7	98,4	- 10,5	121,9	+ 1,1	90,7	- 14,8	2009 Okt.	92,7	- 13,1	101,2	- 11,8	85,8	- 14,3	90,7	- 14,0	103,7	- 9,5	86,4	- 15,7	2009 Nov.	95,1	- 1,9	103,9	+ 2,6	88,6	- 3,9	89,6	- 12,8	97,4	- 12,3	87,0	- 13,0	2009 Dez.	84,5	+ 2,1	87,5	+ 7,9	82,8	- 0,6	79,4	- 9,4	82,6	- 3,6	78,3	- 11,2	2010 Jan.	96,2	+ 12,0	105,0	+ 21,5	90,2	+ 6,4	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3	2010 Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7	2010 März	110,0	+ 22,1	120,1	+ 40,0	104,1	+ 11,1	95,9	+ 5,7	99,8	+ 12,4	94,6	+ 3,6	2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																	
2009 Okt.	92,0	- 12,6	98,1	- 14,5	86,9	- 11,8	99,2	- 9,2	100,9	- 8,8	98,5	- 9,4	2009 Nov.	96,8	- 1,6	101,0	- 1,6	93,6	- 1,0	99,7	- 6,4	99,4	- 4,1	99,7	- 7,3	2009 Dez.	89,5	+ 4,8	87,2	+ 4,7	91,4	+ 6,3	87,0	- 4,0	86,9	+ 5,7	87,0	- 6,9	2010 Jan.	97,5	+ 19,9	104,8	+ 22,9	92,5	+ 20,8	99,0	+ 3,3	93,5	+ 11,4	100,9	+ 1,0	2010 Febr.	98,5	+ 24,5	103,8	+ 32,7	94,6	+ 22,7	100,9	+ 3,1	94,1	+ 19,4	103,3	- 1,0	2010 März	113,2	+ 27,2	119,3	+ 37,9	110,0	+ 22,9	107,6	+ 9,7	107,3	+ 21,2	107,7	+ 6,2	2010 April	106,1	+ 33,0	115,7	+ 40,8	101,6	+ 31,8	94,3	+ 7,9	99,5	+ 23,6	92,6	+ 3,1	2010 Mai	106,7	+ 28,6	114,4	+ 36,0	103,0	+ 26,5	97,6	+ 9,4	104,4	+ 25,9	95,4	+ 4,5	2010 Juni	115,5	+ 28,8	118,6	+ 29,3	115,7	+ 31,2	100,4	+ 10,5	106,7	+ 21,7	98,2	+ 6,9	2010 Juli	110,7	+ 22,7	119,2	+ 30,0	105,7	+ 20,0	106,3	+ 8,9	104,2	+ 21,6	107,1	+ 5,3	2010 Aug. p)	104,5	+ 24,6	109,1	+ 24,4	102,1	+ 27,5	100,3	+ 7,8	89,9	+ 18,3	104,0	+ 5,3	aus dem Inland															2005	99,7	+ 3,4	99,7	+ 4,0	99,6	+ 2,8	99,7	+ 4,2	99,7	- 3,2	99,7	+ 6,7	2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,3	+ 3,6	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2	2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	106,9	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2	2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,8	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0	2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8	2009 Aug.	86,8	- 22,5	89,6	- 26,9	84,1	- 19,0	88,8	- 17,7	81,9	- 14,2	91,1	- 18,7	2009 Sept.	93,1	- 18,9	97,6	- 20,8	88,3	- 18,7	98,4	- 10,5	121,9	+ 1,1	90,7	- 14,8	2009 Okt.	92,7	- 13,1	101,2	- 11,8	85,8	- 14,3	90,7	- 14,0	103,7	- 9,5	86,4	- 15,7	2009 Nov.	95,1	- 1,9	103,9	+ 2,6	88,6	- 3,9	89,6	- 12,8	97,4	- 12,3	87,0	- 13,0	2009 Dez.	84,5	+ 2,1	87,5	+ 7,9	82,8	- 0,6	79,4	- 9,4	82,6	- 3,6	78,3	- 11,2	2010 Jan.	96,2	+ 12,0	105,0	+ 21,5	90,2	+ 6,4	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3	2010 Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7	2010 März	110,0	+ 22,1	120,1	+ 40,0	104,1	+ 11,1	95,9	+ 5,7	99,8	+ 12,4	94,6	+ 3,6	2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																											
2010 Jan.	97,5	+ 19,9	104,8	+ 22,9	92,5	+ 20,8	99,0	+ 3,3	93,5	+ 11,4	100,9	+ 1,0	2010 Febr.	98,5	+ 24,5	103,8	+ 32,7	94,6	+ 22,7	100,9	+ 3,1	94,1	+ 19,4	103,3	- 1,0	2010 März	113,2	+ 27,2	119,3	+ 37,9	110,0	+ 22,9	107,6	+ 9,7	107,3	+ 21,2	107,7	+ 6,2	2010 April	106,1	+ 33,0	115,7	+ 40,8	101,6	+ 31,8	94,3	+ 7,9	99,5	+ 23,6	92,6	+ 3,1	2010 Mai	106,7	+ 28,6	114,4	+ 36,0	103,0	+ 26,5	97,6	+ 9,4	104,4	+ 25,9	95,4	+ 4,5	2010 Juni	115,5	+ 28,8	118,6	+ 29,3	115,7	+ 31,2	100,4	+ 10,5	106,7	+ 21,7	98,2	+ 6,9	2010 Juli	110,7	+ 22,7	119,2	+ 30,0	105,7	+ 20,0	106,3	+ 8,9	104,2	+ 21,6	107,1	+ 5,3	2010 Aug. p)	104,5	+ 24,6	109,1	+ 24,4	102,1	+ 27,5	100,3	+ 7,8	89,9	+ 18,3	104,0	+ 5,3	aus dem Inland															2005	99,7	+ 3,4	99,7	+ 4,0	99,6	+ 2,8	99,7	+ 4,2	99,7	- 3,2	99,7	+ 6,7	2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,3	+ 3,6	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2	2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	106,9	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2	2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,8	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0	2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8	2009 Aug.	86,8	- 22,5	89,6	- 26,9	84,1	- 19,0	88,8	- 17,7	81,9	- 14,2	91,1	- 18,7	2009 Sept.	93,1	- 18,9	97,6	- 20,8	88,3	- 18,7	98,4	- 10,5	121,9	+ 1,1	90,7	- 14,8	2009 Okt.	92,7	- 13,1	101,2	- 11,8	85,8	- 14,3	90,7	- 14,0	103,7	- 9,5	86,4	- 15,7	2009 Nov.	95,1	- 1,9	103,9	+ 2,6	88,6	- 3,9	89,6	- 12,8	97,4	- 12,3	87,0	- 13,0	2009 Dez.	84,5	+ 2,1	87,5	+ 7,9	82,8	- 0,6	79,4	- 9,4	82,6	- 3,6	78,3	- 11,2	2010 Jan.	96,2	+ 12,0	105,0	+ 21,5	90,2	+ 6,4	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3	2010 Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7	2010 März	110,0	+ 22,1	120,1	+ 40,0	104,1	+ 11,1	95,9	+ 5,7	99,8	+ 12,4	94,6	+ 3,6	2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																		
2010 April	106,1	+ 33,0	115,7	+ 40,8	101,6	+ 31,8	94,3	+ 7,9	99,5	+ 23,6	92,6	+ 3,1	2010 Mai	106,7	+ 28,6	114,4	+ 36,0	103,0	+ 26,5	97,6	+ 9,4	104,4	+ 25,9	95,4	+ 4,5	2010 Juni	115,5	+ 28,8	118,6	+ 29,3	115,7	+ 31,2	100,4	+ 10,5	106,7	+ 21,7	98,2	+ 6,9	2010 Juli	110,7	+ 22,7	119,2	+ 30,0	105,7	+ 20,0	106,3	+ 8,9	104,2	+ 21,6	107,1	+ 5,3	2010 Aug. p)	104,5	+ 24,6	109,1	+ 24,4	102,1	+ 27,5	100,3	+ 7,8	89,9	+ 18,3	104,0	+ 5,3	aus dem Inland															2005	99,7	+ 3,4	99,7	+ 4,0	99,6	+ 2,8	99,7	+ 4,2	99,7	- 3,2	99,7	+ 6,7	2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,3	+ 3,6	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2	2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	106,9	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2	2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,8	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0	2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8	2009 Aug.	86,8	- 22,5	89,6	- 26,9	84,1	- 19,0	88,8	- 17,7	81,9	- 14,2	91,1	- 18,7	2009 Sept.	93,1	- 18,9	97,6	- 20,8	88,3	- 18,7	98,4	- 10,5	121,9	+ 1,1	90,7	- 14,8	2009 Okt.	92,7	- 13,1	101,2	- 11,8	85,8	- 14,3	90,7	- 14,0	103,7	- 9,5	86,4	- 15,7	2009 Nov.	95,1	- 1,9	103,9	+ 2,6	88,6	- 3,9	89,6	- 12,8	97,4	- 12,3	87,0	- 13,0	2009 Dez.	84,5	+ 2,1	87,5	+ 7,9	82,8	- 0,6	79,4	- 9,4	82,6	- 3,6	78,3	- 11,2	2010 Jan.	96,2	+ 12,0	105,0	+ 21,5	90,2	+ 6,4	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3	2010 Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7	2010 März	110,0	+ 22,1	120,1	+ 40,0	104,1	+ 11,1	95,9	+ 5,7	99,8	+ 12,4	94,6	+ 3,6	2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																									
2010 Juli	110,7	+ 22,7	119,2	+ 30,0	105,7	+ 20,0	106,3	+ 8,9	104,2	+ 21,6	107,1	+ 5,3	2010 Aug. p)	104,5	+ 24,6	109,1	+ 24,4	102,1	+ 27,5	100,3	+ 7,8	89,9	+ 18,3	104,0	+ 5,3	aus dem Inland															2005	99,7	+ 3,4	99,7	+ 4,0	99,6	+ 2,8	99,7	+ 4,2	99,7	- 3,2	99,7	+ 6,7	2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,3	+ 3,6	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2	2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	106,9	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2	2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,8	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0	2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8	2009 Aug.	86,8	- 22,5	89,6	- 26,9	84,1	- 19,0	88,8	- 17,7	81,9	- 14,2	91,1	- 18,7	2009 Sept.	93,1	- 18,9	97,6	- 20,8	88,3	- 18,7	98,4	- 10,5	121,9	+ 1,1	90,7	- 14,8	2009 Okt.	92,7	- 13,1	101,2	- 11,8	85,8	- 14,3	90,7	- 14,0	103,7	- 9,5	86,4	- 15,7	2009 Nov.	95,1	- 1,9	103,9	+ 2,6	88,6	- 3,9	89,6	- 12,8	97,4	- 12,3	87,0	- 13,0	2009 Dez.	84,5	+ 2,1	87,5	+ 7,9	82,8	- 0,6	79,4	- 9,4	82,6	- 3,6	78,3	- 11,2	2010 Jan.	96,2	+ 12,0	105,0	+ 21,5	90,2	+ 6,4	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3	2010 Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7	2010 März	110,0	+ 22,1	120,1	+ 40,0	104,1	+ 11,1	95,9	+ 5,7	99,8	+ 12,4	94,6	+ 3,6	2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																
aus dem Inland																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
2005	99,7	+ 3,4	99,7	+ 4,0	99,6	+ 2,8	99,7	+ 4,2	99,7	- 3,2	99,7	+ 6,7	2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,3	+ 3,6	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2	2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	106,9	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2	2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,8	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0	2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8	2009 Aug.	86,8	- 22,5	89,6	- 26,9	84,1	- 19,0	88,8	- 17,7	81,9	- 14,2	91,1	- 18,7	2009 Sept.	93,1	- 18,9	97,6	- 20,8	88,3	- 18,7	98,4	- 10,5	121,9	+ 1,1	90,7	- 14,8	2009 Okt.	92,7	- 13,1	101,2	- 11,8	85,8	- 14,3	90,7	- 14,0	103,7	- 9,5	86,4	- 15,7	2009 Nov.	95,1	- 1,9	103,9	+ 2,6	88,6	- 3,9	89,6	- 12,8	97,4	- 12,3	87,0	- 13,0	2009 Dez.	84,5	+ 2,1	87,5	+ 7,9	82,8	- 0,6	79,4	- 9,4	82,6	- 3,6	78,3	- 11,2	2010 Jan.	96,2	+ 12,0	105,0	+ 21,5	90,2	+ 6,4	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3	2010 Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7	2010 März	110,0	+ 22,1	120,1	+ 40,0	104,1	+ 11,1	95,9	+ 5,7	99,8	+ 12,4	94,6	+ 3,6	2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																									
2009 Aug.	86,8	- 22,5	89,6	- 26,9	84,1	- 19,0	88,8	- 17,7	81,9	- 14,2	91,1	- 18,7	2009 Sept.	93,1	- 18,9	97,6	- 20,8	88,3	- 18,7	98,4	- 10,5	121,9	+ 1,1	90,7	- 14,8	2009 Okt.	92,7	- 13,1	101,2	- 11,8	85,8	- 14,3	90,7	- 14,0	103,7	- 9,5	86,4	- 15,7	2009 Nov.	95,1	- 1,9	103,9	+ 2,6	88,6	- 3,9	89,6	- 12,8	97,4	- 12,3	87,0	- 13,0	2009 Dez.	84,5	+ 2,1	87,5	+ 7,9	82,8	- 0,6	79,4	- 9,4	82,6	- 3,6	78,3	- 11,2	2010 Jan.	96,2	+ 12,0	105,0	+ 21,5	90,2	+ 6,4	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3	2010 Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7	2010 März	110,0	+ 22,1	120,1	+ 40,0	104,1	+ 11,1	95,9	+ 5,7	99,8	+ 12,4	94,6	+ 3,6	2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																										
2009 Okt.	92,7	- 13,1	101,2	- 11,8	85,8	- 14,3	90,7	- 14,0	103,7	- 9,5	86,4	- 15,7	2009 Nov.	95,1	- 1,9	103,9	+ 2,6	88,6	- 3,9	89,6	- 12,8	97,4	- 12,3	87,0	- 13,0	2009 Dez.	84,5	+ 2,1	87,5	+ 7,9	82,8	- 0,6	79,4	- 9,4	82,6	- 3,6	78,3	- 11,2	2010 Jan.	96,2	+ 12,0	105,0	+ 21,5	90,2	+ 6,4	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3	2010 Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7	2010 März	110,0	+ 22,1	120,1	+ 40,0	104,1	+ 11,1	95,9	+ 5,7	99,8	+ 12,4	94,6	+ 3,6	2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																				
2010 Jan.	96,2	+ 12,0	105,0	+ 21,5	90,2	+ 6,4	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3	2010 Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7	2010 März	110,0	+ 22,1	120,1	+ 40,0	104,1	+ 11,1	95,9	+ 5,7	99,8	+ 12,4	94,6	+ 3,6	2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
2010 April	104,2	+ 28,0	118,9	+ 45,0	95,7	+ 18,0	82,7	+ 3,0	87,7	+ 9,5	81,1	+ 0,9	2010 Mai	103,2	+ 22,7	116,2	+ 39,5	95,5	+ 12,0	84,9	+ 4,0	94,5	+ 13,4	81,8	+ 1,0	2010 Juni	107,6	+ 22,8	120,7	+ 32,8	100,5	+ 17,0	85,6	+ 4,4	90,7	+ 5,8	83,9	+ 3,8	2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		
2010 Juli	107,4	+ 14,0	122,5	+ 32,1	97,3	+ 0,7	92,4	+ 5,2	91,0	+ 7,2	92,9	+ 4,6	2010 Aug. p)	100,0	+ 15,2	112,2	+ 25,2	91,4	+ 8,7	90,2	+ 1,6	86,0	+ 5,0	91,6	+ 0,5	aus dem Ausland															2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																									
aus dem Ausland																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
2005	99,7	+ 9,6	99,7	+ 7,7	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8	2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,9	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3	2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,6	+ 10,6	2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,1	2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4	2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		
2009 Aug.	81,4	- 25,9	85,6	- 24,3	77,3	- 28,2	97,5	- 14,8	70,1	- 27,1	107,2	- 11,3	2009 Sept.	97,2	- 14,1	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,3	- 8,0	99,2	- 9,0	107,5	- 7,6	2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
2009 Okt.	91,3	- 12,3	94,5	- 17,8	87,6	- 10,0	108,3	- 4,2	98,1	- 7,9	111,9	- 3,1	2009 Nov.	98,3	- 1,4	97,6	- 6,2	97,2	+ 1,0	110,6	± 0,0	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,7	2009 Dez.	93,9	+ 7,1	86,9	+ 1,4	97,4	+ 10,8	95,2	+ 1,5	91,3	+ 16,0	96,6	- 2,6	2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
2010 Jan.	98,7	+ 27,7	104,6	+ 24,4	94,2	+ 33,1	110,1	+ 7,9	100,3	+ 26,2	113,5	+ 3,2	2010 Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,7	102,3	+ 31,8	117,3	- 0,3	2010 März	116,0	+ 31,7	118,4	+ 35,8	114,2	+ 32,0	120,2	+ 13,3	114,8	+ 30,3	122,1	+ 8,4	2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																				
2010 April	107,8	+ 37,5	112,0	+ 35,8	105,8	+ 42,4	106,8	+ 12,3	111,5	+ 37,7	105,2	+ 5,0	2010 Mai	109,7	+ 33,6	112,3	+ 32,0	108,2	+ 37,5	111,4	+ 14,5	114,4	+ 38,7	110,4	+ 7,6	2010 Juni	122,4	+ 33,8	116,2	+ 25,5	126,4	+ 40,6	116,3	+ 15,8	122,9	+ 37,0	113,9	+ 9,3	2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
2010 Juli	113,5	+ 30,9	115,5	+ 27,5	111,7	+ 36,1	121,4	+ 12,2	117,6	+ 35,8	122,8	+ 6,0	2010 Aug. p)	108,5	+ 33,3	105,6	+ 23,4	109,7	+ 41,9	111,3	+ 14,2	93,9	+ 34,0	117,6	+ 9,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. — o) Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

X. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt		Hochbau		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber	
			zusammen	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	
2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	
2006	105,1	+ 5,2	106,6	+ 6,7	104,3	+ 4,4	109,6	+ 9,7	101,7	+ 1,7	103,5	+ 3,7	109,0	+ 9,1	101,6	+ 1,7
2007	113,9	+ 8,4	112,5	+ 5,5	98,5	- 5,6	123,2	+ 12,4	108,5	+ 6,7	115,4	+ 11,5	120,7	+ 10,7	113,7	+ 11,9
2008	113,4	- 0,4	114,7	+ 2,0	94,4	- 4,2	127,9	+ 3,8	116,7	+ 7,6	112,0	- 2,9	123,3	+ 2,2	111,4	- 2,0
2009	107,4	- 5,3	100,7	- 12,2	94,1	- 0,3	100,7	- 21,3	115,5	- 1,0	114,4	+ 2,1	104,9	- 14,9	115,5	+ 3,7
2009 Juli	123,7	- 7,1	109,8	- 8,5	107,7	+ 3,7	106,3	- 17,1	126,4	- 1,6	138,2	- 5,9	112,0	- 13,9	142,3	- 4,2
Aug.	118,4	+ 2,1	110,4	- 2,6	97,3	+ 3,8	116,2	- 8,0	120,8	+ 5,8	126,7	+ 6,6	117,3	- 6,5	128,5	+ 10,7
Sept.	123,2	- 6,1	115,8	- 14,9	109,8	- 3,2	110,8	- 26,2	146,0	+ 4,4	130,8	+ 3,7	116,0	- 17,1	136,0	+ 4,7
Okt.	109,2	± 0,0	104,1	- 5,2	103,0	+ 9,7	101,7	- 12,6	114,5	- 7,7	114,5	+ 5,3	109,5	- 9,4	111,4	+ 6,9
Nov.	90,6	- 1,9	93,1	- 2,8	89,6	+ 1,0	92,8	- 11,7	102,3	+ 26,6	88,0	- 1,0	96,7	- 8,4	84,9	+ 5,2
Dez.	99,0	+ 5,8	99,2	- 0,5	89,1	+ 12,1	97,3	- 7,7	128,2	+ 1,3	98,8	+ 13,3	101,8	- 5,7	100,3	+ 17,9
2010 Jan.	71,2	- 5,2	69,7	- 4,3	56,0	- 2,8	75,2	- 11,6	82,4	+ 24,7	72,7	- 6,1	79,0	- 5,4	69,8	- 5,7
Febr.	90,9	+ 18,2	87,4	+ 16,7	76,2	+ 8,9	88,1	+ 18,3	110,2	+ 26,2	94,5	+ 19,6	90,6	+ 16,0	97,4	+ 23,8
März	126,8	+ 11,9	121,6	+ 11,5	114,5	+ 19,8	122,7	+ 7,3	134,2	+ 10,3	132,2	+ 12,2	130,0	+ 16,6	128,8	+ 4,9
April	114,1	+ 0,5	111,4	+ 9,5	113,2	+ 7,6	103,8	+ 5,8	132,6	+ 25,7	117,0	- 7,1	107,7	+ 5,8	121,0	- 6,1
Mai	116,0	+ 0,1	108,3	+ 1,6	108,7	+ 12,6	103,3	- 2,5	124,3	- 5,9	124,0	- 1,2	112,2	+ 0,9	122,9	- 4,5
Juni	128,1	- 1,5	125,0	+ 13,2	110,4	+ 1,9	127,0	+ 21,3	151,2	+ 12,4	131,4	- 12,6	134,5	+ 12,8	129,3	- 13,8
Juli	123,3	- 0,3	117,8	+ 7,3	113,8	+ 5,7	116,2	+ 9,3	132,1	+ 4,5	129,0	- 6,7	123,4	+ 10,2	127,2	- 10,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte

Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Wohnungsbauaufträge.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen*)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel													Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen		
	insgesamt		darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 1):													
			Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in Preisen von 2005	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr	2005 = 100	%	
2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	
2005	99,9	+ 1,8	99,9	+ 1,2	99,9	+ 2,9	100,0	+ 2,0	100,0	+ 7,8	99,9	- 1,9	99,9	+ 4,6	99,5	+ 1,5
2006 3)	100,9	+ 1,0	100,3	+ 0,4	100,1	+ 0,2	102,4	+ 2,4	102,3	+ 2,3	103,4	+ 3,5	102,1	+ 2,2	106,8	+ 7,3
2007 3)	99,4	- 1,5	99,0	- 1,3	99,5	- 0,6	103,6	+ 1,2	110,1	+ 7,6	98,5	- 4,7	104,2	+ 2,1	100,7	- 5,7
2008	101,5	+ 2,1	98,9	- 0,1	100,8	+ 1,3	104,7	+ 1,1	116,3	+ 5,6	99,7	+ 1,2	107,1	+ 2,8	95,8	- 4,9
2009 4)	98,7	- 2,8	96,8	- 2,1	99,0	- 1,8	104,1	- 0,6	117,1	+ 0,7	98,0	- 1,7	110,1	+ 2,8	96,9	+ 1,1
2009 Aug. 4)	95,0	- 4,6	93,1	- 3,5	98,9	- 0,9	93,4	- 5,8	105,0	- 0,6	94,6	- 2,2	106,2	+ 3,3	89,9	+ 1,9
Sept.	96,3	- 4,7	94,4	- 3,4	94,1	- 3,5	111,1	- 4,5	110,9	+ 2,3	98,6	- 0,3	107,7	+ 1,9	94,2	+ 0,3
Okt.	103,0	- 2,4	100,8	- 1,6	98,4	- 4,3	127,4	+ 7,4	123,1	+ 3,0	103,6	- 0,9	113,1	+ 3,0	99,5	+ 1,5
Nov.	102,8	- 2,9	101,2	- 2,7	98,4	- 3,8	106,2	- 3,1	135,8	+ 4,0	105,9	- 1,0	118,4	+ 6,9	91,7	- 1,5
Dez.	118,6	- 1,3	116,7	- 2,0	116,8	+ 0,2	132,6	+ 2,6	179,5	- 0,9	104,8	- 2,3	128,8	+ 3,7	82,5	- 0,6
2010 Jan.	90,0	- 0,9	88,5	- 1,4	92,9	+ 1,1	86,3	- 0,8	121,1	- 3,6	81,4	- 2,0	107,1	+ 3,2	71,5	- 4,4
Febr.	87,6	+ 1,5	85,6	+ 0,9	89,8	+ 0,8	77,9	+ 1,7	105,5	+ 1,3	83,2	+ 0,8	106,0	+ 6,1	75,4	- 19,7
März	102,1	+ 1,8	98,7	+ 0,2	102,6	+ 1,5	106,7	+ 5,5	112,7	± 0,0	106,0	+ 2,2	117,2	+ 6,6	100,0	- 13,4
April	100,9	± 0,0	97,1	- 1,0	99,2	- 3,1	110,2	- 2,0	102,2	+ 3,4	104,9	- 1,0	113,6	+ 3,8	98,3	- 9,6
Mai	102,1	+ 3,3	98,4	+ 2,3	102,1	- 0,6	104,2	+ 1,5	110,2	+ 13,0	105,3	+ 4,5	114,1	+ 7,4	94,5	- 9,9
Juni	97,5	+ 3,6	94,3	+ 2,9	97,8	+ 1,5	102,0	+ 6,8	108,6	+ 6,6	98,3	+ 3,3	112,0	+ 5,9	99,0	- 7,0
Juli	100,4	+ 2,9	97,4	+ 1,2	99,7	+ 1,9	105,5	+ 2,5	112,5	+ 2,3	99,7	+ 2,6	116,1	+ 4,2	96,3	- 4,3
Aug. 5)	98,2	+ 3,4	95,1	+ 2,1	98,6	- 0,3	101,8	+ 9,0	110,9	+ 5,6	99,6	+ 5,3	110,7	+ 4,2	86,5	- 3,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 In Verkaufsräumen. — 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. — 3 Im Januar 2006 und Januar 2007 Erweiterung des Berichts-

kreises um Neuzugänge; Berichtskreisprünge durch Verkettung ausgeschaltet. — 4 Im Januar 2009 neuer Berichtskreis, einschl. Neuzugänge; Berichtskreisprünge durch Verkettung ausgeschaltet. Ergebnisse ab Januar 2009 vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

X. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 2)		Kurz- arbeiter 5)	Beschäftigte in Beschäftigung schaffenden Maß- nahmen 6) 7)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 7)	Arbeitslose 7)		Arbeits- losenquote 7) 8) %	Offene Stellen 7) 9) Tsd			
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe 3)				Tsd	Bau- haupt- gewerbe 4)			Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr Tsd	Tsd
		%	Tsd														
Deutschland																	
2007	39 724	+ 1,7	+ 650	35 288	+ 1,7	5 158	714	68	43	149	3 777	- 711	9,0	423			
2008	40 277	+ 1,4	+ 553	35 843	+ 1,6	5 276	706	102	40	171	3 268	- 509	7,8	389			
2009	40 271	± 0,0	- 6	35 862	+ 0,1	5 134	705	r) 1 144	16	216	10) 3 423	10) + 155	10)	8,2			
2009 Sept.	40 554	- 0,3	- 103			5 099	726	r) 1 104	9	218	3 346	+ 266	8,0	302			
Okt.	40 685	- 0,4	- 158			5 074	717	r) 1 109	7	231	3 229	+ 232	7,7	298			
Nov.	40 663	- 0,3	- 136	36 178	- 0,4	5 059	714	r) 982	6	234	3 215	+ 227	7,6	291			
Dez.	40 490	- 0,2	- 68			5 035	701	r) 929	5	226	3 276	+ 173	7,8	281			
2010 Jan.	39 832	- 0,2	- 88			4 971	673	r) 1 057	4	207	3 617	+ 129	8,6	271			
Febr.	39 816	- 0,3	- 100	35 438	- 0,4	4 971	667	r) 1 031	4	206	3 643	+ 91	8,7	298			
März	39 919	- 0,1	- 57			4 968	11) 680	r) 874	4	211	3 568	- 18	8,5	320			
April	40 127	+ 0,0	+ 13			4 965	11) 694	...	3	215	3 406	- 178	8,1	335			
Mai	40 279	+ 0,2	+ 79	35 814	+ 0,1	4 965	11) 699	...	3	212	3 242	- 217	7,7	355			
Juni	13) 40 368	13) + 0,3	13) + 124			4 976	11) 703	...	3	208	3 153	- 257	7,5	370			
Juli	13) 40 351	13) + 0,3	13) + 137			4 994	11) 705	...	14) 3	14) 189	3 192	- 271	7,6	391			
Aug.	13) 40 465	13) + 0,5	13) + 193	14) 2	14) 183	3 188	- 283	7,6	396			
Sept.	14) 2	14) 197	3 031	- 315	7,2	398			
Westdeutschland o)																	
2007	4 560	529	52	9	103	2 486	- 521	7,5	359			
2008	4 651	527	80	7	118	2 145	- 341	6,4	333			
2009	4 517	.	r) 988	4	150	10) 2 320	10) + 176	10)	6,9			
2009 Sept.	4 485	.	r) 958	3	151	2 307	+ 265	6,9	252			
Okt.	4 462	.	r) 966	2	157	2 229	+ 239	6,6	248			
Nov.	4 448	.	r) 855	2	158	2 216	+ 230	6,6	242			
Dez.	4 427	.	r) 791	2	151	2 248	+ 189	6,7	234			
2010 Jan.	4 370	.	r) 878	1	137	2 470	+ 163	7,4	225			
Febr.	4 367	.	r) 845	1	138	2 482	+ 134	7,4	246			
März	4 363	.	r) 713	1	142	2 428	+ 49	7,2	262			
April	4 359	1	145	2 329	- 70	6,9	275			
Mai	4 358	1	145	2 224	- 110	12) 6,6	294			
Juni	4 366	1	142	2 176	- 143	6,5	308			
Juli	4 382	14) 1	14) 130	2 209	- 159	6,6	327			
Aug.	14) 1	14) 126	2 219	- 171	6,6	333			
Sept.	14) 1	14) 136	2 104	- 203	6,2	334			
Ostdeutschland +)																	
2007	597	185	16	33	46	1 291	- 190	15,1	63			
2008	625	179	21	33	53	1 123	- 167	13,1	55			
2009	617	.	r) 151	13	66	10) 1 103	10) - 20	10)	13,0			
2009 Sept.	614	.	r) 142	7	68	1 040	+ 1	12,3	50			
Okt.	612	.	r) 140	5	73	1 000	- 7	11,8	50			
Nov.	611	.	r) 124	4	76	1 000	- 3	11,8	49			
Dez.	608	.	r) 135	3	75	1 027	- 16	12,1	47			
2010 Jan.	601	.	r) 177	2	70	1 148	- 34	13,5	47			
Febr.	603	.	r) 183	2	68	1 162	- 42	13,7	52			
März	604	.	r) 160	2	69	1 140	- 67	13,5	58			
April	606	2	69	1 077	- 108	12,7	60			
Mai	608	2	67	1 017	- 107	12) 12,1	62			
Juni	610	2	65	978	- 114	11,6	62			
Juli	612	14) 2	14) 59	983	- 111	11,6	64			
Aug.	14) 1	14) 58	969	- 113	11,5	63			
Sept.	14) 1	14) 61	928	- 112	11,0	63			

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; Jahreswerte: Eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — o Ohne West-Berlin. — + Inchl. West-Berlin. — 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. — 2 Inchl. tätiger Inhaber; Monatswerte: Endstände. — 3 Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf Betriebe der WZ 2008-Positionen 41.2, 42, 43.1 und 43.9. — 5 Anzahl innerhalb eines Monats; Ergebnisse für Deutschland enthalten ab Januar 2009 Angaben, die regional nicht zugeordnet werden können. — 6 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM); bis Dezember 2008 inchl. Beschäftigte in

Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). — 7 Stand zur Monatsmitte. — 8 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 9 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. — 10 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. — 11 Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung vorläufig. — 12 Ab Mai 2010 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 13 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. — 14 Auf Basis bisher eingegangener Meldungen hochgerechnete Angaben der Bundesagentur für Arbeit.

X. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2002	908,2	0,7	591,9	0,3	367,7	3,9	959,6	1,7	1 402,8	1,0	139,3	6,4	9,9
2003	908,3	0,0	589,0	- 0,5	378,3	2,9	967,2	0,8	1 431,8	2,1	147,2	5,6	10,3
2004	914,6	0,7	603,3	2,4	378,2	- 0,0	981,5	1,5	1 454,5	1,6	151,4	2,9	10,4
2005	912,1	- 0,3	602,4	- 0,2	378,6	0,1	981,0	- 0,1	1 481,0	1,8	155,6	2,7	10,5
2006	926,6	1,6	605,0	0,4	378,1	- 0,1	983,1	0,2	1 518,7	2,5	160,9	3,4	10,6
2007	957,6	3,3	622,8	2,9	373,3	- 1,3	996,1	1,3	1 545,8	1,8	166,8	3,7	10,8
2008	994,5	3,9	641,3	3,0	374,4	0,3	1 015,7	2,0	1 600,7	3,6	187,5	12,4	11,7
2009	992,4	- 0,2	639,2	- 0,3	403,3	7,7	1 042,5	2,6	1 587,8	- 0,8	176,8	- 5,7	11,1
2009 1.Vj.	232,6	0,8	148,9	- 0,3	98,8	4,6	247,8	1,6	396,0	- 0,7	58,5	- 2,5	14,8
2.Vj.	240,0	- 0,2	151,1	- 0,4	101,5	8,8	252,6	3,1	395,3	- 0,5	41,7	- 7,2	10,6
3.Vj.	246,5	- 0,6	163,5	- 0,6	102,3	9,7	265,7	3,1	393,3	- 1,4	37,6	- 6,7	9,6
4.Vj.	273,3	- 0,7	175,7	- 0,1	100,7	7,9	276,4	2,7	403,3	- 0,6	38,9	- 7,8	9,6
2010 1.Vj.	235,5	1,2	153,5	3,1	103,5	4,7	257,0	3,7	403,3	1,8	61,8	5,5	15,3
2.Vj.	246,1	2,5	157,0	3,9	102,7	1,2	259,7	2,8	401,5	1,6	43,6	4,5	10,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2010. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich emp-

fangene monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
			2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr		
2002	104,7	2,6	104,5	2,6	104,5	2,2	104,4	2,2	103,2	1,3
2003	106,7	2,0	106,6	2,0	106,7	2,1	106,9	2,4	104,5	1,3
2004	107,9	1,1	108,0	1,3	108,1	1,3	108,6	1,6	105,1	0,6
2005	108,9	0,9	109,1	1,1	109,1	0,9	109,8	1,0	105,4	0,3
2006	109,9	1,0	110,5	1,2	110,0	0,8	110,7	0,9	106,4	0,9
2007	111,2	1,2	111,9	1,3	111,6	1,5	112,3	1,5	108,0	1,5
2008	114,3	2,8	115,1	2,8	114,9	3,0	115,9	3,2	110,4	2,2
2009	116,9	2,3	117,8	2,3	117,8	2,5	119,0	2,7	110,2	- 0,2
2009 1.Vj.	108,2	3,1	109,0	3,1	108,9	2,7	117,9	2,8	103,9	0,1
2.Vj.	109,0	2,8	109,8	2,8	110,0	2,8	118,9	2,8	106,7	- 0,4
3.Vj.	119,6	2,1	120,5	2,1	120,5	2,6	119,4	2,6	109,5	- 0,3
4.Vj.	130,8	1,5	131,8	1,4	132,0	2,2	119,8	2,6	120,5	- 0,1
2010 1.Vj.	110,2	1,8	111,0	1,8	111,2	2,2	120,5	2,2	105,7	1,7
2.Vj.	111,3	2,1	112,2	2,1	111,8	1,6	120,9	1,7	109,3	2,5
2010 Febr.	110,2	2,3	111,0	2,4	111,2	2,2	120,4	2,2	.	.
März	110,4	2,0	111,2	2,0	111,4	1,8	120,6	1,8	.	.
April	110,8	2,3	111,6	2,3	111,5	1,9	120,8	1,9	.	.
Mai	111,8	2,0	112,6	2,1	112,0	1,3	120,9	1,6	.	.
Juni	111,4	2,1	112,2	2,1	111,9	1,7	121,0	1,6	.	.
Juli	140,7	0,9	141,8	1,0	142,2	1,0	121,1	1,5	.	.
Aug.	110,8	1,6	111,7	1,6	111,8	1,4	121,1	1,4	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. — 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (Verml, Sonderzahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld,

Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). — 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2010.

XI. Außenwirtschaft
1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2007	2008	2009	2009		2010			Juli
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	
A. Leistungsbilanz	+ 13 493	- 153 805	- 55 926	+ 6 841	- 25 416	- 23 623	- 17 949	+ 1 793	+ 3 682
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 518 025	1 580 431	1 291 213	348 757	348 735	387 871	124 594	140 404	139 297
Einfuhr (fob)	1 470 068	1 599 530	1 250 519	328 213	345 969	379 007	124 150	134 858	131 251
Saldo	+ 47 958	- 19 096	+ 40 692	+ 20 543	+ 2 764	+ 8 864	+ 444	+ 5 546	+ 8 046
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	494 918	517 570	469 809	120 598	110 148	121 643	40 017	43 393	45 654
Ausgaben	445 275	476 182	439 942	111 543	106 822	110 333	36 151	39 145	41 888
Saldo	+ 49 639	+ 41 388	+ 29 870	+ 9 056	+ 3 326	+ 11 311	+ 3 866	+ 4 248	+ 3 766
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 2 931	- 76 560	- 38 237	- 3 055	+ 3 303	- 26 127	- 16 881	- 3 439	- 674
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	91 023	88 467	92 868	31 727	21 031	17 058	7 578	5 371	4 822
eigene Leistungen	178 055	188 001	181 118	51 431	55 840	34 729	12 956	9 933	12 278
Saldo	- 87 034	- 99 536	- 88 248	-19 704	- 34 810	- 17 671	- 5 378	- 4 562	- 7 456
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 5 015	+ 9 765	+ 6 186	+ 1 161	+ 2 556	+ 1 773	+ 1 976	- 5	+ 1 459
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 10 669	+ 163 207	+ 42 976	- 6 173	+ 24 427	+ 23 633	+ 16 293	- 1 280	- 10 481
1. Direktinvestitionen	- 73 696	- 198 689	- 78 940	+ 9 027	- 34 948	- 31 695	- 12 356	- 7 923	- 1 897
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 476 544	- 323 796	- 289 844	- 38 267	- 40 417	- 38 837	- 13 907	- 9 202	- 9 174
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 402 850	+ 125 111	+ 210 905	+ 47 294	+ 5 470	+ 7 141	+ 1 550	+ 1 279	+ 7 277
2. Wertpapieranlagen	+ 151 493	+ 344 074	+ 308 697	+ 53 899	+ 22 383	+ 103 636	+ 64 408	+ 6 950	- 23 835
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 438 456	+ 10 201	- 68 227	- 32 036	- 64 881	+ 6 613	+ 12 332	+ 11 563	- 21 862
Aktien	- 64 685	+ 103 949	- 45 126	- 34 350	- 34 539	+ 6 128	+ 15 552	- 3 002	+ 2 064
Anleihen	- 290 454	- 96 736	- 24 327	- 20 078	- 51 708	- 8 112	+ 1 097	+ 5 083	+ 24 564
Geldmarktpapiere	- 83 318	+ 2 986	+ 1 225	+ 22 392	+ 21 365	+ 8 598	- 4 317	+ 9 482	- 48 490
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 589 949	+ 333 873	+ 376 925	+ 85 934	+ 87 264	+ 97 022	+ 52 076	- 4 613	- 1 973
Aktien	+ 167 969	- 107 113	+ 123 708	+ 34 236	+ 4 902	+ 23 025	+ 4 133	+ 22 800	+ 356
Anleihen	+ 362 509	+ 236 328	+ 119 069	+ 27 343	+ 72 200	+ 88 571	+ 39 372	- 506	- 39 883
Geldmarktpapiere	+ 59 468	+ 204 657	+ 134 148	+ 24 356	+ 10 162	- 14 572	+ 8 572	- 26 907	+ 37 553
3. Finanzderivate	- 63 743	- 62 476	+ 42 064	+ 7 937	+ 1 839	- 1 483	- 2 547	+ 740	- 370
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 19 637	+ 83 677	- 233 318	- 76 947	+ 39 790	- 47 857	- 33 116	- 2 211	+ 18 725
Eurosysteem	+ 67 582	+ 290 011	- 225 866	- 18 782	+ 1 753	+ 2 761	+ 13 435	- 11 491	- 3 147
Staat	+ 6 835	+ 16 413	- 16 510	- 10 615	+ 13 065	+ 2 492	+ 6 445	- 66	+ 2 769
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 78 364	- 130 518	+ 60 237	- 76 626	+ 44 894	- 22 152	- 36 018	- 5 794	+ 19 026
langfristig	- 112 471	- 227 007	- 27 855	+ 16 438	+ 1 801	+ 30 281	- 12 819	+ 29 933	+ 30 329
kurzfristig	+ 190 835	+ 96 490	+ 88 094	- 93 063	+ 43 092	- 52 433	- 23 199	- 35 728	- 11 302
Unternehmen und Privatpersonen	- 172 415	- 92 229	- 51 179	+ 29 074	- 19 922	- 30 961	- 16 980	+ 15 140	+ 77
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	- 5 087	- 3 381	+ 4 473	- 88	- 4 637	+ 1 032	- 96	+ 1 164	- 3 103
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 7 839	- 19 169	+ 6 761	- 1 830	- 1 567	- 1 781	- 319	- 508	+ 5 340

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XI. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen										Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	übrige Dienstleistungen					
							zusammen	darunter: Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen			
2005	- 25 677	- 36 317	+ 6 379	+ 1 622	- 1 203	+ 3 688	+ 153	- 1 638	+ 3 086	- 1 285	+ 26 182	
2006	- 13 740	- 32 771	+ 5 723	+ 2 232	- 1 895	+ 3 736	+ 9 235	- 1 790	+ 3 980	- 773	+ 45 666	
2007	- 11 603	- 34 324	+ 6 770	+ 2 886	- 2 192	+ 3 309	+ 11 947	- 1 977	+ 3 089	+ 342	+ 43 163	
2008	- 7 031	- 34 644	+ 8 312	+ 4 067	- 1 715	+ 2 351	+ 14 598	- 1 583	+ 3 059	+ 523	+ 42 094	
2009	- 9 662	- 33 299	+ 6 877	+ 3 941	- 357	+ 2 315	+ 10 861	- 1 164	+ 2 165	- 344	+ 34 142	
2008 4.Vj.	+ 1 649	- 5 221	+ 2 197	+ 1 600	- 183	+ 542	+ 2 713	- 501	+ 748	+ 189	+ 14 269	
2009 1.Vj.	- 1 253	- 5 410	+ 2 260	+ 921	- 994	+ 615	+ 1 355	- 342	+ 311	+ 677	+ 11 273	
2.Vj.	- 2 261	- 8 308	+ 1 855	+ 697	- 343	+ 644	+ 3 193	- 254	+ 467	+ 269	- 362	
3.Vj.	- 7 752	- 13 821	+ 1 325	+ 732	+ 103	+ 577	+ 3 332	- 276	+ 585	- 720	+ 11 435	
4.Vj.	+ 1 604	- 5 760	+ 1 437	+ 1 591	+ 877	+ 478	+ 2 981	- 291	+ 802	- 570	+ 11 796	
2010 1.Vj.	- 1 467	- 5 465	+ 1 399	+ 905	+ 1	+ 585	+ 1 109	- 237	+ 457	+ 812	+ 10 663	
2.Vj.	- 2 892	- 8 269	+ 1 992	+ 683	+ 220	+ 600	+ 1 882	- 265	+ 600	+ 366	+ 540	
2009 Okt.	- 1 422	- 3 872	+ 466	+ 373	- 80	+ 154	+ 1 537	- 67	+ 374	- 224	+ 4 069	
Nov.	+ 493	- 1 430	+ 517	+ 314	+ 368	+ 183	+ 541	- 102	+ 153	- 215	+ 4 020	
Dez.	+ 2 532	- 457	+ 454	+ 904	+ 588	+ 141	+ 903	- 121	+ 275	- 132	+ 3 707	
2010 Jan.	- 1 885	- 1 872	+ 361	+ 303	- 560	+ 154	- 271	- 81	+ 136	+ 250	+ 3 255	
Febr.	- 407	- 1 997	+ 475	+ 289	+ 397	+ 213	- 184	- 70	+ 111	+ 270	+ 3 387	
März	+ 825	- 1 597	+ 563	+ 314	+ 164	+ 218	+ 1 563	- 86	+ 209	+ 292	+ 4 022	
April	+ 275	- 1 999	+ 660	+ 414	+ 381	+ 182	+ 636	- 79	+ 176	+ 112	+ 712	
Mai	- 1 685	- 2 946	+ 637	+ 117	+ 44	+ 231	+ 233	- 80	+ 57	+ 134	- 3 598	
Juni	- 1 481	- 3 325	+ 696	+ 152	- 205	+ 187	+ 1 013	- 106	+ 367	+ 120	+ 3 426	
Juli	- 2 996	- 4 717	+ 698	+ 287	- 446	+ 174	+ 1 008	- 156	+ 234	- 203	+ 3 708	
Aug.	- 3 067	- 5 210	+ 729	+ 443	+ 175	+ 202	+ 594	- 70	+ 115	- 206	+ 3 417	

1 Ergebnisse ab Januar 2001 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom
Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2005	- 28 712	- 17 588	- 16 264	- 14 687	- 1 324	- 11 124	- 2 926	- 8 198
2006	- 27 206	- 14 496	- 14 902	- 13 348	+ 406	- 12 710	- 2 927	- 9 783
2007	- 32 206	- 16 752	- 18 659	- 16 876	+ 1 908	- 15 454	- 2 997	- 12 458
2008	- 34 303	- 17 907	- 19 611	- 17 536	+ 1 704	- 16 395	- 3 079	- 13 316
2009	- 33 727	- 19 486	- 19 657	- 17 317	+ 171	- 14 241	- 2 995	- 11 247
2008 4.Vj.	- 7 219	- 3 034	- 2 045	- 1 582	- 989	- 4 185	- 770	- 3 415
2009 1.Vj.	- 12 099	- 8 469	- 7 873	- 7 010	- 597	- 3 629	- 749	- 2 881
2.Vj.	- 6 075	- 2 202	- 4 662	- 4 183	+ 2 460	- 3 873	- 749	- 3 124
3.Vj.	- 8 159	- 5 019	- 4 288	- 3 766	- 731	- 3 140	- 749	- 2 392
4.Vj.	- 7 395	- 3 796	- 2 834	- 2 358	- 962	- 3 599	- 749	- 2 850
2010 1.Vj.	- 13 416	- 9 954	- 8 959	- 8 268	- 994	- 3 463	- 759	- 2 704
2.Vj.	- 6 353	- 2 270	- 4 168	- 3 763	+ 1 898	- 4 083	- 759	- 3 324
2009 Okt.	- 4 898	- 3 974	- 3 557	- 3 350	- 418	- 924	- 250	- 674
Nov.	- 3 844	- 2 517	- 2 077	- 1 991	- 441	- 1 327	- 250	- 1 077
Dez.	+ 1 348	+ 2 696	+ 2 799	+ 2 982	- 103	- 1 348	- 250	- 1 098
2010 Jan.	- 4 353	- 3 179	- 2 952	- 2 716	- 227	- 1 175	- 253	- 922
Febr.	- 6 328	- 5 137	- 4 696	- 4 358	- 442	- 1 191	- 253	- 938
März	- 2 735	- 1 638	- 1 312	- 1 194	- 326	- 1 097	- 253	- 844
April	- 2 034	- 711	- 1 349	- 1 166	+ 638	- 1 324	- 253	- 1 071
Mai	- 1 519	- 284	- 1 642	- 1 589	+ 1 358	- 1 234	- 253	- 982
Juni	- 2 800	- 1 275	- 1 177	- 1 007	- 98	- 1 525	- 253	- 1 272
Juli	- 3 633	- 2 387	- 2 092	- 1 931	- 295	- 1 247	- 253	- 994
Aug.	- 3 401	- 2 312	- 1 983	- 1 674	- 329	- 1 089	- 253	- 837

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

6. Vermögensübertragungen
(Salden)

Mio €

Zeit	insgesamt 4)	Öffentlich 1)		Privat 1)
		Öffentlich 1)	Privat 1)	
2005	- 1 369	- 3 419	+ 2 050	
2006	- 258	- 1 947	+ 1 689	
2007	+ 110	- 2 034	+ 2 145	
2008	- 209	- 1 857	+ 1 648	
2009	- 186	- 1 645	+ 1 459	
2008 4.Vj.	- 658	- 792	+ 134	
2009 1.Vj.	+ 25	- 407	+ 432	
2.Vj.	+ 290	- 303	+ 592	
3.Vj.	- 42	- 360	+ 318	
4.Vj.	- 459	- 576	+ 117	
2010 1.Vj.	+ 293	- 376	+ 669	
2.Vj.	- 434	- 395	- 39	
2009 Okt.	- 235	- 148	- 88	
Nov.	+ 89	- 198	+ 287	
Dez.	- 313	- 230	- 83	
2010 Jan.	+ 82	- 112	+ 193	
Febr.	+ 432	- 108	+ 540	
März	- 220	- 156	- 64	
April	- 197	- 115	- 82	
Mai	- 50	- 124	+ 74	
Juni	- 187	- 156	- 30	
Juli	+ 424	- 144	+ 568	
Aug.	- 92	- 126	+ 34	

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

XI. Außenwirtschaft
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2007	2008	2009	2009		2010				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	Aug.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 687 629	- 233 154	+ 10 792	+ 40 831	- 22 687	- 73 008	- 114 523	+ 68 637	- 27 508	- 47 834
1. Direktinvestitionen 1)	- 118 723	- 91 882	- 43 958	- 17 247	+ 1 855	- 34 144	- 31 506	- 21 592	+ 839	+ 4 597
Beteiligungskapital	- 43 692	- 61 067	- 47 617	- 14 892	+ 2 563	- 16 335	- 10 645	- 7 696	- 3 352	- 1 197
reinvestierte Gewinne 2)	- 30 853	- 11 852	- 14 431	- 5 584	- 4 649	- 5 303	- 2 248	- 717	- 2 585	- 2 862
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	- 44 178	- 18 964	+ 18 090	+ 3 228	+ 3 941	- 12 507	- 18 613	- 13 180	+ 6 776	+ 8 655
2. Wertpapieranlagen	- 148 706	+ 24 956	- 72 571	- 18 369	- 17 979	- 22 086	- 3 620	- 6 142	- 1 470	- 5 247
Aktien 3)	+ 21 141	+ 39 598	- 2 208	- 253	- 771	+ 3 584	- 3 704	- 5 039	+ 3 250	- 111
Investmentzertifikate 4)	- 42 259	- 8 425	+ 608	- 865	+ 2 995	- 7 786	- 3 195	- 2 712	- 825	- 2 999
Anleihen 5)	- 101 167	- 23 905	- 83 507	- 19 949	- 21 596	- 18 862	- 89	- 2 103	- 2 727	- 3 237
Geldmarktpapiere	- 26 422	+ 17 688	+ 12 536	+ 2 698	+ 1 393	+ 978	+ 3 368	+ 3 712	- 1 168	+ 1 101
3. Finanzderivate 6)	- 85 170	- 25 449	+ 20 415	- 5 902	- 377	- 4 081	- 6 337	+ 55	- 781	- 2 233
4. übriger Kapitalverkehr	- 334 077	- 138 770	+ 103 706	+ 80 081	- 6 755	- 12 047	- 72 259	+ 96 330	- 26 117	- 45 069
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 226 871	- 71 875	+ 176 593	+ 71 065	- 772	+ 23 638	- 23 037	+ 83 547	+ 19 756	- 25 659
langfristig	- 98 835	- 142 257	+ 25 819	+ 18 219	+ 23 670	+ 11 601	+ 10 161	+ 10 216	+ 25 810	+ 1 220
kurzfristig	- 128 036	+ 70 382	+ 150 774	+ 52 846	- 24 442	+ 12 037	- 33 198	+ 73 331	- 6 054	- 26 879
Unternehmen und Privatpersonen	- 49 908	- 25 105	- 13 625	+ 2 839	- 5 636	- 4 828	- 13 529	+ 2 205	- 15 139	- 6 561
langfristig	- 47 586	- 22 745	- 16 747	- 11 394	- 5 611	- 8 307	- 6 562	+ 2 801	- 5 808	- 5 841
kurzfristig 7)	- 2 321	- 2 360	+ 3 122	+ 14 232	- 24	+ 3 479	- 6 966	- 597	- 9 331	- 720
Staat	+ 8 426	+ 2 809	+ 2 005	+ 14 159	- 1 446	- 1 677	+ 6 306	+ 4 530	- 8 926	- 1 474
langfristig	+ 309	- 325	- 652	- 43	+ 130	- 519	+ 108	+ 195	- 10 400	- 22
kurzfristig 7)	+ 8 117	+ 3 135	+ 2 657	+ 14 203	- 1 577	- 1 158	+ 6 199	+ 4 335	+ 1 474	- 1 452
Bundesbank	- 65 724	- 44 600	- 61 267	- 7 982	+ 1 099	- 29 181	- 42 000	+ 6 048	- 21 807	- 11 375
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	- 953	- 2 008	+ 3 200	+ 2 269	+ 569	- 651	- 801	- 14	+ 20	+ 119
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 468 128	+ 35 823	- 140 442	- 55 353	- 52 684	+ 57 607	+ 93 658	- 69 144	+ 33 814	+ 39 695
1. Direktinvestitionen 1)	+ 55 925	+ 18 081	+ 27 917	+ 6 782	+ 7 924	+ 6 631	+ 5 089	+ 2 458	+ 2 575	- 42
Beteiligungskapital	+ 39 980	+ 17 536	+ 8 976	+ 2 310	+ 2 402	- 253	+ 782	+ 340	+ 3 543	- 36
reinvestierte Gewinne 2)	+ 5 487	- 1 802	+ 2 322	+ 481	- 5	+ 3 844	- 1 213	+ 799	+ 1 025	+ 1 398
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 10 458	+ 2 347	+ 16 620	+ 3 991	+ 5 527	+ 3 041	+ 5 519	+ 1 319	- 1 993	- 1 404
2. Wertpapieranlagen	+ 291 455	+ 10 068	- 18 227	- 5 296	- 18 788	+ 10 647	+ 3 178	- 18 086	- 3 498	+ 18 406
Aktien 3)	+ 39 971	- 32 619	+ 7 791	+ 11 807	- 700	+ 838	- 1 477	+ 13 326	+ 820	- 670
Investmentzertifikate	+ 4 771	- 8 639	+ 155	- 612	+ 475	+ 1 732	+ 736	- 1 937	- 713	- 594
Anleihen 5)	+ 199 219	+ 13 894	- 75 383	- 27 423	- 14 156	+ 13 382	+ 19 769	- 13 196	- 7 288	+ 14 092
Geldmarktpapiere	+ 47 493	+ 37 432	+ 49 210	+ 10 933	- 4 407	- 5 304	- 15 851	- 16 279	+ 3 683	+ 5 578
3. übriger Kapitalverkehr	+ 120 748	+ 7 674	- 150 132	- 56 839	- 41 821	+ 40 328	+ 85 392	- 53 516	+ 34 736	+ 21 331
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 73 212	- 58 201	- 115 410	- 45 741	- 36 894	+ 51 662	+ 72 897	- 55 674	+ 19 269	+ 24 267
langfristig	- 14 201	+ 11 871	- 24 386	- 4 564	- 12 456	- 1 603	- 1 317	- 575	- 4 655	- 152
kurzfristig	+ 87 413	- 70 073	- 91 024	- 41 176	- 24 438	+ 53 265	+ 74 214	- 55 100	+ 23 924	+ 24 419
Unternehmen und Privatpersonen	+ 39 667	+ 45 177	- 7 706	- 10 360	+ 8 489	- 13 106	+ 9 459	+ 4 540	+ 9 580	- 1 817
langfristig	+ 20 003	+ 24 555	+ 168	- 1 046	+ 1 836	+ 280	- 2 661	- 1 852	+ 3 009	- 2 354
kurzfristig 7)	+ 19 664	+ 20 623	- 7 874	- 9 314	+ 10 324	- 13 387	+ 12 121	+ 6 392	+ 6 571	+ 537
Staat	- 3 480	+ 6 347	- 5 235	+ 711	- 13 904	+ 1 496	+ 1 252	- 579	+ 5 530	- 470
langfristig	- 3 204	- 1 048	- 1 959	- 180	- 355	- 521	+ 103	+ 353	+ 69	- 8
kurzfristig 7)	- 276	+ 7 396	- 3 276	+ 891	- 13 549	+ 2 016	+ 1 149	- 932	+ 5 461	- 462
Bundesbank	+ 11 349	+ 14 351	- 21 782	- 1 449	+ 489	+ 277	+ 1 784	- 1 803	+ 358	- 649
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 219 502	- 197 330	- 129 649	- 14 521	- 75 371	- 15 402	- 20 865	- 507	+ 6 305	- 8 139

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XI. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an die Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2) netto					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen						sonstige Forderungen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern	Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	insgesamt	Währungsreserven				Devisen- reserven					
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146	
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779	
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170	
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396	
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942	
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951	
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175	
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983	
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570	
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488	
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607	
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160	
2009 Mai	261 878	107 375	75 646	4 599	27 130	350	151 664	2 490	9 175	252 703	
Juni	290 738	104 691	72 955	4 493	27 243	350	183 052	2 645	10 121	280 617	
Juli	282 460	104 931	72 586	4 694	27 651	350	173 956	3 222	7 900	274 560	
Aug.	291 882	115 309	72 998	15 186	27 124	350	171 719	4 506	8 972	282 910	
Sept.	314 396	116 785	74 913	16 268	25 604	350	191 035	6 227	8 641	305 756	
Okt.	292 775	119 584	77 320	16 501	25 763	350	166 341	6 500	9 038	283 737	
Nov.	306 623	126 129	85 449	15 723	24 957	350	172 779	7 366	9 274	297 349	
Dez.	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160	
2010 Jan.	326 161	127 966	84 917	16 350	26 699	350	189 759	8 086	10 066	316 095	
Febr.	352 969	134 669	89 796	17 327	27 546	50	209 481	8 770	9 573	343 396	
März	364 072	134 826	90 158	17 176	27 491	50	219 417	9 780	9 421	354 651	
April	377 729	142 021	96 677	17 290	28 054	50	225 677	9 982	11 833	365 897	
Mai	444 480	157 385	108 045	18 854	30 486	50	267 464	19 580	13 024	431 455	
Juni	444 756	160 629	110 727	19 039	30 863	50	261 416	22 662	11 220	433 536	
Juli	452 125	145 637	98 074	18 507	29 056	50	283 223	23 216	11 557	440 569	
Aug.	473 073	155 245	106 417	18 798	30 030	50	294 597	23 181	10 910	462 163	
Sept.	496 333	150 758	105 059	18 188	27 511	50	321 979	23 547	10 995	485 338	

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreiten-

den Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. — 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XI. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... WE

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2009 Febr.	1,9723	8,7406	7,4514	118,30	1,5940	8,7838	10,9069	1,4904	1,2785	0,88691
2009 März	1,9594	8,9210	7,4509	127,65	1,6470	8,8388	11,1767	1,5083	1,3050	0,91966
2009 April	1,8504	9,0110	7,4491	130,25	1,6188	8,7867	10,8796	1,5147	1,3190	0,89756
2009 Mai	1,7831	9,3157	7,4468	131,85	1,5712	8,7943	10,5820	1,5118	1,3650	0,88445
2009 Juni	1,7463	9,5786	7,4457	135,39	1,5761	8,9388	10,8713	1,5148	1,4016	0,85670
2009 Juli	1,7504	9,6246	7,4458	133,09	1,5824	8,9494	10,8262	1,5202	1,4088	0,86092
2009 Aug.	1,7081	9,7485	7,4440	135,31	1,5522	8,6602	10,2210	1,5236	1,4268	0,86265
2009 Sept.	1,6903	9,9431	7,4428	133,14	1,5752	8,5964	10,1976	1,5148	1,4562	0,89135
2009 Okt.	1,6341	10,1152	7,4438	133,91	1,5619	8,3596	10,3102	1,5138	1,4816	0,91557
2009 Nov.	1,6223	10,1827	7,4415	132,97	1,5805	8,4143	10,3331	1,5105	1,4914	0,89892
2009 Dez.	1,6185	9,9777	7,4419	131,21	1,5397	8,4066	10,4085	1,5021	1,4614	0,89972
2010 Jan.	1,5624	9,7436	7,4424	130,34	1,4879	8,1817	10,1939	1,4765	1,4272	0,88305
2010 Febr.	1,5434	9,3462	7,4440	123,46	1,4454	8,0971	9,9505	1,4671	1,3686	0,87604
2010 März	1,4882	9,2623	7,4416	123,03	1,3889	8,0369	9,7277	1,4482	1,3569	0,90160
2010 April	1,4463	9,1505	7,4428	125,33	1,3467	7,9323	9,6617	1,4337	1,3406	0,87456
2010 Mai	1,4436	8,5794	7,4413	115,83	1,3060	7,8907	9,6641	1,4181	1,2565	0,85714
2010 Juni	1,4315	8,3245	7,4409	110,99	1,2674	7,9062	9,5723	1,3767	1,2209	0,82771
2010 Juli	1,4586	8,6538	7,4522	111,73	1,3322	8,0201	9,4954	1,3460	1,2770	0,83566
2010 Aug.	1,4337	8,7520	7,4495	110,04	1,3411	7,9325	9,4216	1,3413	1,2894	0,82363
2010 Sept.	1,3943	8,8104	7,4476	110,26	1,3515	7,9156	9,2241	1,3089	1,3067	0,83987

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5

Devisenkursstatistik. — 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. — 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... WE
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466

XI. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-21 1)		EWK-41 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	23 ausgewählte Industrieländer 4)			36 Länder 5) 6)	23 ausgewählte Industrieländer 4)	36 Länder 5)	56 Länder 7)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU				
1999	96,1	96,0	95,9	96,4	96,5	95,8	97,7	99,5	95,6	97,6	98,1	98,0	97,6
2000	86,8	86,5	85,9	85,4	87,9	85,8	91,6	97,1	85,1	91,0	92,8	91,9	90,9
2001	87,3	87,0	86,4	84,3	90,2	86,9	91,2	95,9	85,6	90,3	92,9	91,4	90,8
2002	89,7	90,1	89,3	87,4	94,7	90,5	91,8	95,1	88,1	90,7	93,5	91,9	91,7
2003	100,3	101,3	100,1	97,8	106,6	101,3	95,1	94,1	96,9	94,4	97,0	96,5	96,7
2004	104,2	105,1	102,9	101,8	111,2	105,0	95,4	93,0	99,3	94,5	98,4	98,0	98,2
2005	102,7	103,7	101,1	99,6	109,2	102,5	94,1	91,4	98,3	92,4	98,5	96,9	96,5
2006	102,6	103,7	100,5	98,8	109,3	101,9	92,9	89,8	97,8	90,9	98,6	96,5	95,7
2007	106,3	106,8	102,9	100,6	113,0	104,3	93,9	89,0	101,7	91,4	100,9	98,0	97,1
2008	110,5	110,1	105,5	104,3	118,0	107,2	94,1	87,4	104,9	91,1	102,5	98,5	97,6
2009	111,7	110,6	106,4	106,4	120,6	108,0	93,7	87,5	103,8 p)	91,8	102,0	98,6	97,9
2007 Jan.	103,8	104,6			110,6	102,6					99,6	97,1	96,3
2007 Febr.	104,3	105,0	101,5	99,0	111,0	102,8	93,6	89,6	99,8	91,3	99,9	97,3	96,5
2007 März	105,0	105,5			111,9	103,5					100,0	97,4	96,6
2007 April	105,9	106,7			112,7	104,4					100,6	97,9	97,1
2007 Mai	106,0	106,6	102,6	100,3	112,5	104,1	94,0	89,3	101,5	91,6	100,7	97,9	97,0
2007 Juni	105,6	106,1			112,0	103,5					100,5	97,6	96,6
2007 Juli	106,2	106,7			112,6	104,1					101,0	97,9	96,9
2007 Aug.	105,8	106,1	102,7	100,2	112,6	103,8	93,8	88,8	101,6	91,2	100,6	97,5	96,6
2007 Sept.	106,8	107,1			113,5	104,6					101,2	98,2	97,3
2007 Okt.	107,9	108,1			114,4	105,2					101,7	98,5	97,4
2007 Nov.	109,4	109,6	104,8	103,0	116,2	106,7	94,3	88,2	104,0	91,6	102,6	99,5	98,5
2007 Dez.	109,5	109,4			116,0	106,3					102,4	99,1	98,0
2008 Jan.	110,1	110,0			116,6	106,8					102,5	99,1	98,0
2008 Febr.	109,8	109,3	106,1	104,3	116,5	106,2	94,7	88,0	105,5	91,9	102,6	98,8	97,7
2008 März	112,6	112,3			119,9	109,4					103,4	99,9	99,2
2008 April	113,7	113,3			121,2	110,3					103,7	99,9	99,2
2008 Mai	113,2	112,9	108,0	107,0	120,5	109,7	95,3	87,5	108,2	92,2	103,7	99,8	98,9
2008 Juni	113,0	112,7			120,4	109,5					103,5	99,3	98,5
2008 Juli	113,2	112,7			120,6	109,5					103,9	99,4	98,5
2008 Aug.	110,9	110,3	105,6	104,7	117,8	106,8	94,3	87,0	106,2	90,8	102,8	98,2	97,1
2008 Sept.	109,3	108,5			116,4	105,3					102,0	97,5	96,5
2008 Okt.	105,8	105,2			113,8	102,9					99,9	95,8	95,0
2008 Nov.	105,0	104,4	102,1	101,1	113,0	102,1	92,0	87,0	99,9	89,6	99,9	95,7	94,9
2008 Dez.	110,2	109,7			118,7	107,3					101,8	98,1	97,6
2009 Jan.	109,8	109,2			118,6	107,0					101,6	98,1	97,5
2009 Febr.	108,7	108,0	104,8	104,5	117,7	106,1	92,6	87,2	101,2	91,1	100,8	97,8	97,4
2009 März	111,1	110,3			120,4	108,2					101,7	98,5	98,1
2009 April	110,3	109,5			119,1	107,0					101,6	98,1	97,4
2009 Mai	110,8	110,0	106,1	105,6	119,5	107,3	93,6	87,6	103,4	91,8	101,7	98,2	97,5
2009 Juni	112,0	111,1			120,7	108,4					102,1	98,8	98,1
2009 Juli	111,6	110,5			120,5	107,8					102,0	98,4	97,7
2009 Aug.	111,7	110,6	106,7	106,3	120,6	108,0	94,1	87,6	104,6 p)	91,9	102,1	98,6	97,9
2009 Sept.	112,9	111,6			122,0	108,9					102,4	98,8	98,2
2009 Okt.	114,3	112,8			123,0	109,6					103,0	99,5	98,6
2009 Nov.	114,0	112,5	108,0	109,0	122,9	109,3	94,6	87,6	106,1 p)	92,4	102,8	99,4	98,5
2009 Dez.	113,0	111,2			121,7	108,0					102,6	99,0	98,1
2010 Jan.	110,8	108,9			119,1	105,5					101,6	97,7	96,5
2010 Febr.	108,0	106,1	p)	102,8 p)	116,2	102,7 p)	92,8 p)	87,4	101,4 p)	90,3	100,5	96,4	95,0
2010 März	107,4	105,7			115,2	102,0					100,5	96,0	94,5
2010 April	106,1	104,5			113,5	100,5					99,8	95,2	93,4
2010 Mai	102,8	101,4	p)	97,7 p)	109,9 p)	97,4 p)	90,9 p)	87,4	96,5 p)	88,4	98,4	93,8	91,8
2010 Juni	100,7	99,4			107,7 p)	95,6 p)					97,2	92,7	90,6
2010 Juli	102,5 p)	101,1			109,9 p)	97,5					97,8	93,5	91,7
2010 Aug.	102,1 p)	100,6	109,5 p)	97,0	97,6	93,3	91,4
2010 Sept.	102,5 p)	101,0			110,0 p)	97,3					97,8	93,4	91,5

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Mai 2008, S. 41). Zur Erläuterung der Methode siehe EZB, Monatsbericht, Januar 2010, Seiten S95 f. sowie Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB (www.ecb.int) heruntergeladen werden kann. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch

nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. — 2 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der EWK-21-Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. — 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. — 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. der Slowakei) sowie die Länder außerhalb der EWU (Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten). — 5 EWU-Länder sowie EWK-21-Länder. — 6 Aufgrund fehlender Daten für den Deflator des Gesamtabsatzes ist China in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. — 7 EWU-Länder sowie EWK-41-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder CD-ROM über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Finanzstabilitätsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2009 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2010 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

November 2009

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2009

Dezember 2009

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2010 und 2011
- Finanzielle Integration und Risikoteilung in der EWU – Längerfristige Entwicklungstendenzen und Auswirkungen der Finanzkrise
- Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der laufenden Bankenaufsicht

Januar 2010

- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2008
- Preisniveausteuerung als geldpolitische Strategie

Februar 2010

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2009/2010

März 2010

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2009
- Die Verwendung von Bargeld und anderen Zahlungsinstrumenten – Eine Verhaltensanalyse mit Mikrodaten
- Der Vertrag von Lissabon
- Finanzierung und Repräsentanz im Internationalen Währungsfonds

April 2010

- Zur Verschuldung und Zinsbelastung des Staates in Deutschland
- Schwellenländer in der Finanzkrise – Der Einfluss grenzüberschreitender Bankkredite

Mai 2010

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2010

Juni 2010

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2010 und 2011
- Unsicherheit von makroökonomischen Prognosen
- Ausgedehnter Investitionszyklus bei stabilen Preisen: Angebot und Nachfrage am deutschen Wohnungsmarkt in längerfristiger Perspektive
- Das Ganze und seine Teile: Aggregationsprobleme saisonbereinigter Daten

Juli 2010

- Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum
- Nominale und reale Wechselkursentwicklung während der Finanzkrise
- Frühjahrskonferenz der Deutschen Bundesbank 2010 – Internationale Risikoteilung und globale Ungleichgewichte

August 2010

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2010

September 2010

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2009
- Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz aus Sicht der Bankenaufsicht
- Die aufsichtliche Offenlegung nach Säule 3 im BaselII-Ansatz

Oktober 2010

- Deutschland in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik (monatlich)¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, September 2010²⁾³⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2008²⁾³⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2009, Juni 2010³⁾

5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2007, November 2009

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2007, Mai 2010²⁾³⁾

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, März 2009

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾

9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2010¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2010

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2008²⁾

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien und Kundensystematik, Juli 2010³⁾

o Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.

Diskussionspapiere *)

Reihe 1:

Volkswirtschaftliche Studien

11/2010

What can EMU countries' sovereign bond spreads tell us about market perceptions of default probabilities during the recent financial crisis?

12/2010

User costs of housing when households face a credit constraint – evidence for Germany

13/2010

Extraordinary measures in extraordinary times – public measures in support of the financial sector in the EU and the United States

14/2010

The discontinuous integration of Western Europe's heterogeneous market for corporate control from 1995 to 2007

15/2010

Bubbles and incentives: a post-mortem of the Neuer Markt in Germany

16/2010

Rapid demographic change and the allocation of public education resources: evidence from East Germany

17/2010

The determinants of cross-border bank flows to emerging markets – new empirical evidence on the spread of financial crisis

18/2010

Government expenditures and unemployment: a DSGE perspective

19/2010

NAIRU estimates for Germany: new evidence on the inflation-unemployment trade-off

20/2010

Macroeconomic factors and micro-level bank risk

Reihe 2:

Studien zu Banken und Finanzwirtschaft

04/2010

What drives portfolio investments of German banks in emerging capital markets?

05/2010

Bank liquidity creation and risk taking during distress

06/2010

Performance and regulatory effects of non-compliant loans in German synthetic mortgage-backed securities transactions

07/2010

Banks' exposure to interest rate risk, their earnings from term transformation, and the dynamics of the term structure

08/2010

Completeness, interconnectedness and distribution of interbank exposures – a parameterized analysis of the stability of financial networks

09/2010

Do banks benefit from internationalization? Revisiting the market power-risk nexus

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008²⁾

* Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.